



STANDPUNKTE

AUSGRENZUNG IST DIE SEUCHE
RISKANTER DEAL FÜR VIETNAM
DIE VERGESSENEN OPFER: SOV
MASSENSTREIKS IN DER GLOBA
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE VOM
STICHWAHL IN ARGENTINIEN: F
FRANKREICH ZWISCHEN ATTEM
DIE FESTUNG EUROPA MUSS G
DER CHAVISMUS IN DER KRISE
DURCHLEUCHTET, ANALYSIERT
SYRIEN: GEMACHTES «SEKTIER
NOCH IST EIN MORATORIUM M
VISIONEN EINES LEVIATHANS
DIE ENTSTEHUNG DES DIGITALE
FÜR ERINNERUNG WAHREHEIT U
GAZA NACH DEM KRIEG VERBA
BEVOR SICH DAS FENSTER SCH

2015

IMPRESSUM

Jahrbuch STANDPUNKTE 2015

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
JAHRBUCH
STANDPUNKTE 2015

Mit der Publikationsreihe «Standpunkte» interveniert die Rosa-Luxemburg-Stiftung in aktuelle gesellschaftliche Debatten. Sie bietet zugleich Raum für Diskussionen innerhalb der Linken. Die Beiträge mischen sich in die diversen politischen Kämpfen unserer Zeit ein, bringen emanzipatorische Positionen zum Ausdruck und zeigen Alternativen für eine friedliche, gerechte, ökosoziale und solidarische Zukunft.

Die Europäische Union stand auch 2015, so wie im Jahr zuvor, mehrfach im Fokus der «Standpunkte». Allerdings wurde von den Autorinnen und Autoren der vier Beiträge – anders als noch vor Jahresfrist – weniger die Rolle der EU als supranationale Akteurin erörtert. Vielmehr ging es dieses Mal um überwiegend länderspezifische Entwicklungen, wenngleich von gesamteuropäischer Bedeutung – etwa den Aufstieg von Podemos in Spanien, den Umgang mit Flüchtlingen in Italien oder die innenpolitischen Auswirkungen der Anschläge vom 13. November in Frankreich. Als weitere Schwerpunkte der Publikationsreihe kristallisierten sich im Jahresverlauf mit jeweils drei Beiträgen die Themen Netzpolitik und Digitalisierung sowie Geschichtspolitik heraus.

Erneut richteten die «Standpunkte» ihren Blick aber auch über die Bundesrepublik und Europa hinaus. Insbesondere politische Ereignisse und Entwicklungen in Lateinamerika standen im Mittelpunkt, darunter der Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit 50 Jahre nach dem Militärputsch in Brasilien sowie die sich abzeichnenden Wahlniederlagen von links verorteten Parteien und Bewegungen in Venezuela und Argentinien. Mehrfach zur Debatte stand zudem der sich erneut verschärfende Konflikt im Nahen Osten und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Gesellschaften in Israel und Palästina.

Die Beiträge in diesem Sammelband sind, einschließlich der Angaben zu den Autorinnen und Autoren, in der Fassung ihrer Erstveröffentlichung dokumentiert. Druckexemplare können – soweit vorrätig – per E-Mail unter bestellung@rosalux.de geordert werden (siehe auch Umschlagseite 3). Das Jahrbuch ebenso wie die einzelnen Standpunkte lassen sich zudem kostenfrei unter www.rosalux.de/publikationen im portablen Dokumentenformat (pdf) herunterladen.

Berlin, im Dezember 2015

INHALTSVERZEICHNIS

- 5** STANDPUNKTE 01/2015
Michael Brie
Benennen ist kein unschuldiges Geschäft
- 9** STANDPUNKTE 02/2015
Sebastian Strube
Die Entstehung des digitalen Prekariats
- 13** STANDPUNKTE 03/2015
Anne Jung / Andreas Wulf
Ausgrenzung ist die Seuche
- 17** STANDPUNKTE 04/2015
Max Lill
Rechtspopulistische Früchte der Vermarktlichung
- 21** STANDPUNKTE 05/2015
Katja Hermann
Gaza nach dem Krieg
- 25** STANDPUNKTE 06/2015
Nadja Charaby
Riskanter Deal für Vietnam
- 29** STANDPUNKTE 07/2015
Brett Scott
Visionen eines Leviathans
- 33** STANDPUNKTE 08/2015
Jan Korte
Die vergessenen Opfer:
Sowjetische Kriegsgefangene
- 37** STANDPUNKTE 09/2015
Sara Fremberg
Für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit
- 41** STANDPUNKTE 10/2015
Jörg Nowak
Massenstreiks in der globalen Krise
- 45** STANDPUNKTE 11/2015
Karin Kulow / Werner Ruf
Bevor sich das Fenster schließt
- 49** STANDPUNKTE 12/2015
Wolfie Christl
Durchleuchtet, analysiert und einsortiert
- 53** STANDPUNKTE 13/2015
Mario Candeias
Zwischen Marke und verbindender Partei
- 57** STANDPUNKTE 14/2015
Dario Stefano Dell'Aquila
Die Festung Europa muss geschleift werden
- 61** STANDPUNKTE 15/2015
Jan Kühn
Der Chavismus in der Krise
- 65** STANDPUNKTE 16/2015
Christoph Jünke
Vergangenheit, die nicht vergeht
- 69** STANDPUNKTE 17/2015
Thomas Kachel
Noch ist ein Moratorium möglich
- 73** STANDPUNKTE 18/2015
Joseph Daher
Syrien: Gemachtes «Sektierertum»
- 77** STANDPUNKTE 19/2015
Judith Dellheim
Solidarische Ökonomie von Griechenland lernen
- 81** STANDPUNKTE 20/2015
Tsafrir Cohen / Katja Hermann
Quo vadis Israel?
Quo vadis Palästina?
- 85** STANDPUNKTE 21/2015
Gerhard Dilger / Jürgen Vogt
Stichwahl in Argentinien: Rechtsruck in Sicht
- 89** STANDPUNKTE 22/2015
Bernard Schmid
Frankreich zwischen Attentaten und
Ausnahmestand

MICHAEL BRIE

BENENNEN IST KEIN UNSCHULDIGES GESCHÄFT

WAR DIE DDR EIN «UNRECHTSSTAAT»? AUS DEN STRUKTUREN
EINER DIKTATUR ALLEIN LÄSST SICH DIES NICHT FOLGERN

Gegenwärtig hat der Terminus «Unrechtsregime» in seiner Anwendung auf die DDR Konjunktur. Aktueller Anlass ist der Koalitionsvertrag, den die Partei DIE LINKE, die SPD und die Grünen in Thüringen im November 2014 geschlossen haben. Dort heißt es: «Für eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung festzuhalten: die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.»¹ Aus Strukturen einer Diktatur und politischem Unrecht kann aber nicht auf einen Unrechtsstaat geschlossen werden.

Zunächst zu einigen wenigen Tatsachen: Die Staatsorgane der DDR haben im strikten Gegensatz zu den verbrieften Rechten der Verfassung von 1949 und auch zu der von 1968 die Ausübung der elementaren politischen Freiheiten durch Bürgerinnen und Bürger systematisch behindert. Die Staatspartei SED war innerparteilich nicht demokratisch verfasst. Ihr Führungsanspruch war nicht demokratisch legitimiert. Verhalten, das in dieser oder jener öffentlich bedeutungsvollen Form im Widerspruch zur offiziellen Politik stand – und sei es der Versuch, eine Ausreise aus der DDR Richtung Westen zu erreichen –, konnte mit Gefängnishaft geahndet werden.

Die Zahl jener, die in dieser oder jener Weise aus politischen Gründen inhaftiert waren, wird auf rund 200.000 geschätzt.² Die Betroffenen waren teilweise mit Berufsverboten und massiven Einschränkungen für ihre Familien konfrontiert. Es gab eine systematische und flächendeckende Verletzung der Privatsphäre. Gegen Oppositionelle wurden Maßnahmen der psychischen Zersetzung angewandt.³ Mit dem Bau der Mauer wurde das Grundrecht auf freie Ausreise aus dem eigenen Staat beseitigt. Es wurden gleichfalls das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf die Willensbildung des Volkes «durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren» verletzt.⁴

Auf dem außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 hat Michael Schumann im Namen der vorbereitenden Arbeitsgruppe festgestellt, dass es sich in der DDR

um ein «bürokratisch-zentralistisches Regime» handelte, dessen Hauptkennzeichen «Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren».⁵ Er forderte in seine Rede, sich «radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage» zu trennen, bei der die «staatlichen Gewaltinstrumente [...] jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen waren»⁶. Von der sich von der SED zur PDS umgestaltenden Partei verlangte er, «den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken» in der Gesellschaft zu bewahren und ihnen Wiedergutmachung zu leisten.⁷ Dieser «Bruch mit dem Stalinismus als System» müsse irreversibel sein.

Es gibt in der öffentlichen Diskussion, die unter dem Stichwort Unrechtsstaat oder Unrechtsregime geführt wird, keine wesentlichen Differenzen über diese Tatsachen. Sie sind Gegenstand vieler Publikationen im Umfeld der PDS und der LINKEN sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrer Landesvereine. Die immer wieder aufgestellte Behauptung, es habe nach 1990 im Umfeld der PDS und heute der LINKEN keine ausführliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der SED gegeben, ist schlicht falsch. Wahr ist allerdings, dass in diesem Umfeld immer wieder versucht wird, ein differenziertes Bild der Vergangenheit zu zeichnen. Im aktuellen Parteiprogramm der LINKEN heißt es zum Beispiel «Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. [...] Die Geschichte der DDR, auch die der SED, auf den

Stalinismus zu verkürzen, ist jedoch unhistorisch und unwahr.» Und weiter: «Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Erwerbslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen und in der Kultur sowie die Umstrukturierung der Landwirtschaft in genossenschaftliche und staatliche Betriebe. Das Prinzip «Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen» war Staatsräson. Auf der anderen Seite standen Erfahrungen staatlicher Willkür und eingeschränkter Freiheiten, wie der Aufbau eines staatlichen Überwachungsapparates gegen die eigene Bevölkerung.»⁸ Im Rückblick herrscht bei Ostdeutschen die Ansicht vor, dass die DDR die politischen Freiheitsrechte nicht realisiert habe, bei sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit jedoch Westdeutschland überlegen gewesen sei.⁹ Diese differenzierte Sicht spricht nicht zwangsläufig gegen die Anwendung des Begriffs Unrechtsstaat, sollte aber vorsichtig stimmen.

DIE ZENTRALE BEDEUTUNG VON RECHTSSTAATLICHKEIT

Es gibt einen Grund, warum Rechtsstaatlichkeit gerade auch für die Linke ein zentraler Bezugspunkt sein muss: Es ist der Rechtsstaat, der es überhaupt erst ermöglicht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger eines Landes als vom Staat geschützte Subjekte gegenüber diesem Staat autonom und souverän artikulieren können. Sie werden zu Untertanen. Ohne den rechtsstaatlichen Schutz gibt es im strengen Sinne keine Rechte, sondern höchstens mehr oder minder implizite Ansprüche, deren Erfüllung im Einzelfall von politischer Willkür abhängen kann. Vor allem aber ist Rechtsstaatlichkeit auch die Bedingung von demokratischem Widerstand gegen herrschende Politik. Das öffentliche Neinsagen hat die rechtlich gesicherte Möglichkeit der Ausübung von politischen Grundrechten zur Bedingung. Dies alles ist den Bürgerinnen und Bürgern der DDR weitgehend verwehrt gewesen. Die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit einerseits und individueller Autonomie andererseits war strukturell unmöglich. Wie Ernst Bloch in seinem großen Werk «Naturrecht und menschliche Würde» formuliert: «Es gibt keine menschliche Würde ohne Ende der Not, aber auch kein menschengemäßes Glück ohne Ende alter oder neuer Untertänigkeit.»¹⁰ Neben dem «Anti-Mammon», der Auseinandersetzung mit der Zwängen der sachlichen Gewalt der kapitalistischen Verwertung, bliebe, so Bloch auch das Erbe des «Anti-Nero», die Auseinandersetzung mit der «Verdinglichung von Machtmitteln, Kontrolllosigkeit der Macht». Er fügt hinzu: «Auch der Mensch, nicht nur seine Klasse, hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht.»¹¹ In diesem Zusammenhang der Verteidigung von Naturrecht und Rechtsstaatlichkeit fällt dann auch das berühmte blochsche Wort: «Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.»¹²

DER KAMPF UM DIE SPRACHE

Der Kampf um gesellschaftliche Veränderung ist immer auch ein Kampf um Sprache und ihre Klassifizierungen. Es geht darum, eine breit geteilte Zustimmung zu einer bestimmten symbolischen Ordnung zu erzeugen. Deswegen sind Worte nicht nur Hülsen für beliebige Inhalte. Wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu schrieb: «Über die Strukturierung

der Wahrnehmung, die die sozialen Akteure von der sozialen Welt haben, trägt das *Benennen* zur Strukturierung dieser Welt selbst bei, und zwar umso grundlegender, je allgemeiner es anerkannt, das heißt autorisiert ist.»¹³

Die Bildung von Begriffen und Klassifikationen ist wie kaum ein anderer Akt symbolischen Handelns der Versuch, Gesellschaft zu prägen. Man kann die Worte auch nicht aus ihrem jeweiligen Kontext lösen, gilt es doch, diesen Kontext zu beeinflussen. Wird nicht vom Unrecht *in* der DDR gesprochen, sondern von der DDR *als* Unrechtsstaat, dann wird der Staat als Ganzer zu Unrecht. Dies ist, wie Friedrich Schorlemmer sagte, auch nicht steigerungsfähig: «Wer die DDR noch 25 Jahre nach ihrem Ende in toto zum Unrechtsstaat erklärt, der kann zu keiner differenzierenden Betrachtung des Lebens in diesem Land gelangen. Abgesehen von der Frage, ob das Diktum «Unrechtsstaat» überhaupt eine juristisch taugliche Bezeichnung ist: Es delegitimiert alles, was in der DDR gewesen ist.»¹⁴

Wenn die Differenzen in der Diskussion nicht die Tatsachen betreffen, dann kann es sich nur um deren Deutung handeln. Für diese Deutung sind die angelegten Maßstäbe wichtig. Im schon zitierten Koalitionsvertrag von DIE LINKE, SPD und Grünen in Thüringen werden als Maßstäbe für einen Unrechtsstaat die Tatsache einer (Partei-)Diktatur, das Fehlen eines Rechtsstaats, politische Willkür und das Fehlen von Recht und Gerechtigkeit für alle, die sich öffentlich nicht systemkonform verhielten, genannt. Es handelt sich in allen diesen Fällen tatsächlich um gravierende Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte; in Bezug auf die DDR vor allem um das Fehlen garantierter politischer Freiheits- und Demokratierechte. Die Frage ist nur, ob dies «in der Konsequenz», wie es in der Präambel zum Koalitionsvertrag heißt, hinreichend ist, die DDR als Unrechtsstaat zu klassifizieren, oder ob es nicht sinnvoller ist, die konkreten Strukturen und einzelnen Regime von Unrecht in der DDR (vor allem im Bereich der Unterdrückung politischer Freiheiten und bei der politischen Überwachung und Verfolgung sogenannter politischer Straftaten) aufzuzeigen.

DER BEGRIFF DES UNRECHTSSTAATS – DREI MÖGLICHKEITEN

Der Begriff des Unrechtsstaats ist ein für den deutschen politisch-rechtlichen Sprachraum spezifischer Terminus. Als sich die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch an den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages wandte und wissen wollte, wie der Begriff definiert sei, antwortete dieser: «Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs «Unrechtsstaat» gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften.»¹⁵ Dies unterscheidet ihn völlig von den Termini Rechts- oder Sozialstaat.

Ich möchte drei Möglichkeiten skizzieren, den Begriff Unrechtsstaat zu benutzen. Die erste Möglichkeit geht auf Gustav Radbruch, die zweite auf Fritz Bauer zurück. Eine dritte führe ich anschließend ein.

Von Bedeutung wurde der Begriff Unrechtsstaat im deutschen Kontext zunächst im Zusammenhang mit der rechtlichen Aufarbeitung des Unrechts, das im Nationalsozialismus begangen wurde. Gustav Radbruch hat 1946 in dem wirkmächtigen Artikel «Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht» die Berufung auf die positive Gesetzlichkeit als alleiniges Kriterium für Recht zurückgewiesen. Es gebe Fälle, wo der «Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, dass das Gesetz als

«unrichtiges Recht» der Gerechtigkeit zu weichen hat». Weiter heißt es: «Wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewusst verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur «unrichtiges Recht», vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur.» Radspruch spricht im Zusammenhang vom Gebrauch des positiven Rechts, wenn dies den grundlegenden Ansprüchen an Freiheit und Gleichheit widerspricht, auch vom «Unrechtsstaat».¹⁶

Mit einer solchen Bestimmung von Unrechtsstaat ist die Frage aufgeworfen, ob die Setzung positiven Rechts in bestimmten Bereichen wie dem politischen Strafrecht schon hinreichend ist, den gesamten Staat und die durch ihn begründete Gesellschaft als Unrechtsstaat zu bezeichnen, oder ob es sich um einzelne Bereiche handelt, die Unrechtscharakter tragen. Selbst der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR spricht in Bezug auf die DDR nicht von einem Unrechtsstaat, sondern vom SED-Unrechtsregime, insofern es um die politische Verfolgung Andersdenkender ging. Dort heißt es in Artikel 17: «Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Absicht, dass unverzüglich eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wird, dass alle Personen rehabilitiert werden können, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind. Die Rehabilitierung dieser Opfer des SED-Unrechts-Regimes ist mit einer angemessenen Entschädigungsregelung zu verbinden.»¹⁷ Der Unrechtscharakter wird auf die politisch motivierte Strafverfolgung bezogen.

Eine zweite Bestimmung von Unrechtsstaat erfolgte im Zusammenhang mit der Gesamtbewertung des Nationalsozialismus und der Frage, ob gegen die Führung von Hitlerdeutschland ein bewaffneter Putschversuch legitim war. Diese Frage wurde im sogenannten Remer-Prozess von 1952 aufgeworfen. Hintergrund war, dass ein Otto Ernst Remer 1950 diejenigen, die am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Hitler verübt und die Ausschaltung der nationalsozialistischen Führung geplant hatten, als vom Ausland gedungene Landesverräter bezeichnet hatte, die sich bald vor einem deutschen Gericht zu verantworten hätten. Remer war selbst an der Niederschlagung des Putsches gegen Hitler beteiligt gewesen und hatte 1950 die neonazistische Sozialistische Reichspartei mitgegründet, die 1952 verboten wurde. Der damalige Bundesinnenminister Robert Lehr, der mit einem der Verschwörer gegen Hitler, Carl-Friedrich Goerdeler, eng verbunden war, stellte im Juni 1951 Strafanzeige gegen Remer wegen Verleumdung. Diesem Antrag sollte zunächst nicht stattgegeben werden – der zuständige Staatsanwalt war selbst NSDAP-Mitglied und SA-Rottenführer gewesen –, bis der sozialdemokratische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer intervenierte.

Das Braunschweiger Landgericht kam im März 1952 zu der Feststellung: «Die Strafkammer ist der Auffassung, dass der nationalsozialistische Staat kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat war, der nicht dem Wohle des deutschen Volkes diente. Dabei braucht hier auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit des NS-Staates nicht näher eingegangen zu werden. All das, was das deutsche Volk, angefangen vom Reichstagsbrand über den 30. Juli 1934 und den 9. November 1938 hat über sich ergehen lassen müssen, war schreiendes Unrecht, dessen Beseitigung geboten war.»¹⁸ Fritz Bauer war in späteren Jahren auch entscheidend an der Vorbereitung und Durchführung der Auschwitzprozesse von 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main beteiligt.

In seiner Schrift «Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns» von 1961 versucht Fritz Bauer den Begriff des Unrechtsstaats zu definieren. Er tut dies, indem er auf den Unterschied zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nazismus eingeht. Ich möchte dies ausführlich zitieren: «Unter Faschismus pflegen wir ein totalitäres System zu verstehen, das durch irgendeine Form von Führerprinzip, das Verbot, Parteien nach Belieben zu bilden, das Fehlen einer Opposition und damit die Unterdrückung freier Meinungsbildung gekennzeichnet wird. Faschismus wäre also ein System, in dem die Freiheit des politischen, sozialen und kulturellen Denkens und Handelns beseitigt ist. Was ist demgegenüber Nazismus? Im Nazismus haben wir gleichfalls das Führerprinzip, das Ein-Parteien-System, die Tötung menschlicher Freiheit. Aber der Nazismus ist mehr. Er war ein Unrecht-Staat, was bedeutet, dass der Staat selbst, seine Gesetzgebung, seine Verwaltung und Rechtsprechung ganz oder in wesentlichen Teilen kriminell geworden sind.»¹⁹ Der deutsche Nazismus habe auf die systematische Vernichtung von großen Menschengruppen, die nach formalen Kriterien als Feinde definiert wurden, hingearbeitet, Vernichtungslager organisiert und die Versklavung und Vernichtung von ganzen Völkern geplant und begonnen. Noch einmal in aller Schärfe Fritz Bauer: «Die kriminelle Wirklichkeit als Institution der Bewegung blieb leider aber Deutschland vorbehalten.»²⁰ Karl Jaspers formulierte dies 1965 zutreffend so: «Der entscheidende Punkt ist [...]: Der Nazistaat war ein Verbrecherstaat, nicht ein Staat, der auch Verbrechen begeht.»²¹

Es gibt eine dritte Möglichkeit, von Unrechtsstaaten oder noch umfassender von Unrechtssystemen zu sprechen: Auch unter den Bedingungen von Rechtsstaatlichkeit im engeren Sinne kann es zu massivem Unrecht kommen. Hier bestimmt sich Unrecht nicht als Rechtsverletzung und widerspricht das gesetzte Recht auch nicht zwangsläufig den Kriterien von Rechtsstaatlichkeit. Aber das Wirken des ökonomisch-sozialen Systems oder aber das Handeln von staatlichen oder auch nichtstaatlichen Organen (Unternehmen, mafiose Organisationen) prägen derart die Lebenswirklichkeit heutiger oder auch nachfolgender Generationen, im In- und/oder Ausland oder sogar global, dass die Grundbedingungen für ein gedeihliches Leben großer Menschengruppen heute beziehungsweise in Zukunft nicht gegeben sind. Tod, Mangelernährung, elementare Krankheiten, unzureichender Zugang zu Bildung und sozialer Grundversorgung sind die Folgen.

Mehr als 800 Millionen Menschen haben heute keine ausreichende Nahrung, drei Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben in der Folge an Unterernährung, 100 Millionen sind untergewichtig. Es bräuchte jährlich keine drei Milliarden Euro, um die Essensversorgung für alle über 60 Millionen hungerigen Schulkinder zu sichern,²² dies sind keine zwei Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben.

Alein die Tatsache, dass die westlichen Industrieländer heute durch ihre Produktions- und Lebensweise die Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen systematisch und nachhaltig zerstören, damit billigend den Tod oder das beschädigte Leben von noch ungeborenen Generationen in Kauf nehmen, ist massives Unrecht. Sind sie deshalb Unrechtsstaaten? Ist die Verletzung ökologischer Gerechtigkeit weniger gravierend als die Missachtung politischer Rechte?

Es hinzunehmen, dass durch die erzwungene Austeritätspolitik seitens der Troika unter Mitwirkung der Regierung der Bundesrepublik griechischen Bürgerinnen und Bürgern der

Zugang zu elementaren sozialen Dienstleistungen verwehrt ist, ist ebenfalls Unrecht. Wenn in bestimmten Staaten die Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent beträgt, grundlegende soziale Dienstleistungen eingeschränkt werden müssen, Arbeitsarmut steigt, weil internationale Kredite bedient werden müssen, sind dann diese Staaten oder die, die ihnen diese Bedingungen auferlegen, Unrechtsstaaten? Ein Schutz der Außengrenzen der EU, bei dem der Tod Tausender hingenommen wird, ist gemessen an der Verantwortung für globale soziale Grundrechte, natürlich Unrecht.

Der Einsatz militärischer Mittel im Ausland ohne völkerrechtliches Mandat wie im Vietnamkrieg oder gegen den Irak – mit massiven millionenfachen Verletzungen von Menschenrechten verbunden – wäre ein weiteres mögliches Kriterium für einen Unrechtsstaat.

EINIGE ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Der Begriff des Unrechtsstaates ist meines Erachtens ein Grenzbegriff und sollte auch als ein solcher verwendet werden. Ich folge Fritz Bauer und will den Begriff nur auf Staaten beziehen, die in ihrem aktuellen Wirken die bewusste und zielgerichtete Vernichtung großer Menschengruppen als eigentliches Ziel ihres politisch-gesellschaftlichen Handelns vorbereiten, organisieren und durchführen und insofern kriminell sind, in denen Unrecht also Staatsziel ist und den Charakter staatlichen Handelns in seiner Gesamtheit primär prägt. Das traf auf Hitlerdeutschland spätestens ab 1939 und noch mehr ab 1941 zu, als die nationalsozialistische Diktatur zum millionenfachen Völkermord überging. Aber dies traf beziehungsweise trifft weder auf die DDR noch auf die Bundesrepublik zu. Die DDR gehört nicht ins Reich des Bösen. Dies wiederum macht sie nicht zu einem guten Staat, aber zu einem, in dem die Mehrheit lange erträglich unter den Bedingungen von sozial orientierter Diktatur lebte und es viele Möglichkeiten eines weitgehend selbstbestimmten Lebens gab.

Eine weitere Bemerkung: In der Diskussion um den Unrechtsstaat wird eine zentrale systemische Differenz zwischen faschistischen oder nationalsozialistischen Staaten einerseits und staatssozialistischen Ländern andererseits ignoriert. Die faschistischen und nationalsozialistischen Gesellschaften waren Systeme, die die Freiheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft unterdrücken wollten. Ihr Ziel waren Ungleichheit und Unfreiheit. Sie haben das Erbe der Aufklärung an ihren Wurzeln verleugnet. Der sowjetische Sozialismus dagegen wurde von seinen parteikommunistischen Trägergruppen als der einzig mögliche und richtige Weg zur Verwirklichung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen und damit als konsequenter Erbe der Aufklärung angesehen. Die notwendige Bedingung der Einlösung der Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität sei das Gemeineigentum. Im Übergang bedürfe es, so die Überzeugung, einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer disziplinierten kommunistischen Partei. Das parteikommunistische Projekt hatte anders als der Nationalsozialismus Potenziale der Humanisierung und Demokratisierung.²³ Der Sozialdemokrat Erhard Eppler sprach in diesem Zusammenhang deshalb auch vom «humanistischen Pfahl im Fleische des Kommunismus».²⁴ Nicht zufällig hatte der Minister für Staatssicherheit der DDR in einer Weisung vom 20. Januar 1986 festgelegt, dass im Falle eines Verteidigungszustandes oder von Spannungsperioden auch jene inhaftiert werden sollten, die «Forderungen nach einer Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung durch Verbreitung von Auffassungen

über einen «demokratischen Sozialismus» und neue Sozialismusmodelle aufgestellt haben («Dissidenten»)».²⁵

Es ist völlig legitim, wenn manche Bürgerinnen und Bürger auf die DDR nur als Unrechtsregime zurückblicken; es ist aber falsch, wenn dies zur offiziellen Staatspolitik gemacht wird, und es widerspricht dem programmatischen Selbstverständnis der Partei DIE LINKE, wenn dies zur offiziellen Position in der Partei werden würde. Neben dem Festhalten am «Bruch mit dem Stalinismus als System» gehört auch der folgende Satz aus dem von Michael Schumann vor 25 Jahren vorgetragenen Referat in den Gründungskonferenz der PDS und sollte in der Partei DIE LINKE aufbewahrt sein: «Die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich [...] guten Glaubens [...] für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewissheit, dass sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben.» Es gehört zur Souveränität einer sich ständig erneuernden Linken, dass sie diese Widersprüchlichkeit realer Geschichte aushält und deutlich macht, das Schlechte und Widerliche ebenso wie das Gute und Schöne.

Michael Brie ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Schwerpunkt Theorie und Geschichte des Sozialismus.

1 DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, 2014, 2, unter: www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/Koa_gesamt_17_financial_mit_Logos.pdf [Hervorh. M.B.] **2** Wikipedia: Politische Haft (DDR), 2014, unter: [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Politische_Haft_\(DDR\)&oldid=134785496](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Politische_Haft_(DDR)&oldid=134785496). **3** Vgl. Wagnitschke, Matthias: Methoden und Menschenbild des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Köln 2001, S. 51 f. **4** Vgl. ebd., S. 412 f. **5** Arbeitsgruppe in Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS unter Leitung von Heinz Vietze: Zur Krise in der Gesellschaft und ihre Ursachen, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. von Lothar Hornbogen, Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 184. **6** Ebd., S. 185. **7** Ebd., S. 189. **8** DIE LINKE: Parteiprogramm, unter: www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke, S. 12. **9** Förster, Peter: Ohne Arbeit keine Freiheit! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger zwischen 1987 und 2004, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/foersterstudie2005.pdf, S. 46. **10** Bloch, Ernst: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt am Main 2007, S. 237. **11** Ebd., S. 232. **12** Ebd. **13** Bourdieu, Pierre: Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien 1990, S. 71 [Hervorh. M.B.]. **14** Schorlemmer, Friedrich: Es gab Lücken in der Mauer, Süddeutsche Zeitung, 25.10.2014, unter: www.sueddeutsche.de/politik/ddr-es-gab-luecken-in-der-mauer-1.2189246. **15** Zit. nach: Otto, Karl A.: Was ist ein «Unrechtsstaat»? , in: Ossietzky 4/2011, unter: www.sopos.org/aufsaetze/4d5fb313bfa44/1.phtml. **16** Radbruch, Gustav: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, in: Süddeutsche Juristenzeitung, 1946, S. 105–108, unter: www.uni-potsdam.de/~Koll_Radbruch_Aufsatz-SJZ_1946_105.pdf. **17** Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, 1990, unter: www.gesetze-im-internet.de/einigtvtr/. **18** Zit. nach: Wikipedia: Remer-Prozess, 2014, <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Remer-Prozess&oldid=133940425>. **19** Bauer, Fritz: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns, Frankfurt am Main 1965, S. 9. **20** Ebd., S. 11 [Hervorh. M.B.]. **21** Jaspers, Karl: Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1988, S. 21. **22** World Food Programme, «Hunger Statistics», 2015, http://quiz.wfp.org/wfp_quiz_widget/136?nophotos=1&widget_style=small&noborder=0. **23** Zur inneren Widersprüchlichkeit des Staatssozialismus vgl. Brie, Michael: Vom «Unrechtsstaat» und der Tragödie des Parteikommunismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2014, S. 101–109. **24** Eppler, Erhard: Wie Feuer und Wasser. Sind Ost und West friedensfähig?, Reinbek 1988, S. 65. **25** Zit. nach: Knabe, Hubertus: Die geheimen Lager der Stasi, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 4/1993, S. 27.

SEBASTIAN STRUBE

DIE ENTSTEHUNG DES DIGITALEN PREKARIATS

CROWDWORKER IM INTERNET HABEN KAUM RECHTE UND VERDIENEN WENIG – DENNOCH BEGINNEN SIE SICH ZU ORGANISIEREN

Outsourcing ist allgemein bekannt. Die Weiterentwicklung dieses Prinzips heißt Crowdsourcing: Arbeit wird nicht mehr in Billiglohnländer outgesourct, sondern an all die Menschen, die sich im Internet herumtreiben – an die Crowd. Im Netz entsteht dadurch ein neuer Niedriglohnsektor, der die Art, wie wir arbeiten, so stark verändern könnte wie einst die Erfindung des Fließbands vor knapp 100 Jahren. Auf der Plattform Mechanical Turk von Amazon etwa schufteten hunderttausende AkkordarbeiterInnen aus 190 Ländern oft für zwei bis drei Euro pro Stunde. Mittlerweile gibt es auch in Deutschland viele Firmen mit ähnlichen Angeboten. Das neue digitale Prekariat hat praktisch keine Rechte und verdient wenig. Dennoch sehen sich viele Crowdworker nicht als Opfer, sondern als Avantgarde einer neuen digitalen Arbeiterklasse, die gerade anfängt, sich zu organisieren, und die ihr Recht auf Teilhabe an der digitalen Gesellschaft einfordert.

«Lieber Mr. Bezos, [...] an manchen Tagen habe ich 20 bis 27 Dollar verdient. Das hat mich so stolz und glücklich gemacht. Wenn ich für einen einzelnen Auftrag mehr als einen Dollar bekomme, ist das jedes Mal ein tolles Erlebnis. Nun habe ich von Amazon eine E-Mail erhalten: Mein Arbeitskonto soll gesperrt werden. Ich war geschockt, am Boden zerstört. Ich hab' nicht verstanden, wie das passieren konnte. Ich brauche dieses Geld. Ich muss arbeiten! Ich habe so Angst, dass wir unsere Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Meine Familie und ich sind ohne den Verdienst bei Mechanical Turk aufgeschmissen.»

Dies ist der übersetzte Auszug aus einem der Briefe, die kurz vor Weihnachten 2014 an Amazon-Chef Jeff Bezos geschickt wurden.¹ Sie sollen auf die Bedingungen aufmerksam machen, unter denen Crowdworker auf der Plattform Amazon Mechanical Turk arbeiten. Hunderttausende arbeiten dort an sogenannten Mikrotasks. Sie recherchieren E-Mail-Adressen, sie taggen Bilder, sie schreiben Produktbeschreibungen für die Websites großer Onlinekaufhäuser. Sie haben kaum Rechte, kaum Schutz, keine Lobby und schon gar keine Altersvorsorge.

In den Briefen kommt die ganze Ambivalenz zum Ausdruck, die die Arbeit als Crowdworker ausmacht. Einerseits wird die große Unzufriedenheit mit den oft ungerechten und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen deutlich formuliert, andererseits finden sich fast überbordende Dankeschreiben an Bezos. In diesen Briefen wird Amazon überschwänglich dafür gedankt, dass man durch Crowdwork überhaupt die Mög-

lichkeit habe, ein paar Dollar zu verdienen. Tatsächlich schafft Crowdworking neue Arbeitsmärkte, die vor allem denjenigen, die vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, neue Chancen eröffnen. Gleichzeitig entstehen aber auch neue Formen digitaler Ausbeutung. Obwohl sich in den Briefen diese zwei Betrachtungsmöglichkeiten gegenüberstehen, haben fast alle Briefe trotzdem ein gemeinsames Anliegen.

Die Crowdworker wollen, dass die Arbeit, mit der sie ihren Lebensunterhalt verdienen, als Arbeit anerkannt wird. Eines der grundlegendsten Probleme des Crowdworking, aber auch aller Bereiche der *sharing economy*, ist, dass von Seiten der BetreiberInnen großer Crowdworking- und Sharing-Portale oft so getan wird, als handele es sich bei den Jobs, die dort erledigt werden, nicht um echte Arbeit. Ständig wird betont, dass diejenigen, die als Crowdworker oder TaxifahrerInnen bei Uber von dem dort verdienten Geld leben wollten, doch selbst schuld seien. Es gehe doch nur darum, ein wenig Geld dazuzuverdienen, quasi seine «Freizeit» – ein Begriff, der in diesem Zusammenhang tatsächlich öfter fällt – effizient zu nutzen. Ähnlich lautet das Argument bei Uber: Statt sein Auto nutzlos herumstehen zu lassen, könne man quasi «nebenher» noch ein wenig Geld verdienen. Diese Argumentation führt in doppelter Hinsicht in die Irre. Schon jetzt gibt es viele Menschen, die von dem Geld, das sie als Crowdworker verdienen, abhängig sind. Zudem sind aber auch viele Crowdworking-Plattformen existenziell auf Vollzeit-Crowdworker angewiesen, da ohne sie die Arbeit auf den Seiten gar nicht mehr auf einem solch hohen Niveau erledigt werden könnte.

Das Argument des «Freizeitjobs» fällt auch deswegen auf fruchtbaren Boden, weil die allermeisten Menschen noch immer keine Ahnung davon haben, was Crowdfunding überhaupt ist. So ist das zweite zentrale Anliegen der Briefkampagne – die von den Crowdworkern bei Mechanical Turk selbst gestartet wurde – darüber aufzuklären, welcher Arbeit Crowdworker überhaupt nachgehen. Es ist tatsächlich erstaunlich, dass Crowdfunding immer noch recht unbekannt ist, denn die Geschichte dieser neuen Arbeitsform begann bereits vor zehn Jahren – nach digitalen Maßstäben eine Ewigkeit.

VON MECHANISCHEN MENSCHEN

Im November 2005 stellt Amazon eine neue Website ins Netz. Die Seite heißt «Mechanical Turk» und soll ein ganz bestimmtes Problem lösen: Seit kurzem verkauft der Onlinebuchhändler auch CDs. Da Amazon 2005 schon ein Gigant im Onlinehandel ist, geht es dabei nicht nur um ein paar CDs, sondern um hunderttausende – und die müssen sehr schnell auf der Website präsentiert werden. Die Herausforderung: Jemand muss überprüfen, ob die Produktangaben korrekt sind. Das konnten zumindest damals Computer noch nicht. Amazons Lösung, auf die angeblich Amazon-Gründer Jeff Bezos höchstpersönlich kam: Outsourcing – aber nicht in ein Dritte-Welt-Land, sondern in die digitale Welt, also Crowdsourcing.

Das war die Geburtsstunde von www.mturk.com. Auf der Plattform werden Aufgaben angeboten – HITs heißen sie dort, *Human Intelligence Tasks* –, weil sie eben nicht von Computern erledigt werden können. Jede und jeder, der oder die einen Internetanschluss hat, kann sich auf der Seite anmelden und diese Aufgaben im Internet abarbeiten. 2005 also etwa überprüfen, ob CDs auf der Seite von Amazon korrekt präsentiert werden. Wer die Aufgaben abarbeitet, bekommt dafür Geld – allerdings nicht sehr viel: Zwei bis fünf US-Cent gibt es in der Regel für einen kleinen HIT wie die Überprüfung eines Bildes. Theoretisch kann jede Firma in der ganzen Welt auf der Seite ihre Aufträge einstellen, und jeder Mensch mit Internetanschluss kann diese Aufgaben abarbeiten und ein Turker werden – so nennen sich die ArbeiterInnen bei Mechanical Turk selbst. Auch deutsche Firmen geben Aufträge an Amazons Crowdfunding-Website: 2013 hat zum Beispiel das deutsche Energieunternehmen EnBW einen Teil der handschriftlichen Zählerablesungen seiner fünfzehn Millionen KundInnen von Türkern digitalisieren lassen, da die Handschrift für den Computer oft schlecht zu lesen war. Nach Angaben von Amazon sind aktuell etwa 500.000 Menschen aus 190 Nationen bei Mechanical Turk angemeldet. ForscherInnen schätzen, dass egal ob um Mitternacht oder um sechs Uhr morgens zwischen 10.000 und 40.000 Menschen auf Mechanical Turk schuften.

Dass es sich dabei um Menschen handelt, könnte man allerdings bisweilen vergessen. Denn dass diejenigen, die bei Mechanical Turk die Arbeit erledigen, unsichtbar sind, gehört zum Programm. Das zeigt schon der Name: Mechanical Turk bezieht sich nicht, wie man gerade in Deutschland meinen könnte, auf billige GastarbeiterInnen türkischer Herkunft, sondern auf den ersten Computerfake der Geschichte. 1769 baute der österreichische Hofbeamte Wilhelm von Kempelen den vermeintlich ersten Schachcomputer der Welt. Auf einem großen Kasten war die Figur eines Türken mit Turban und Schnurrbart montiert. Dieser «mechanische Türke» bewegte die Schachfiguren und spielte so gut, dass von Kempelen zu einer der Hauptattraktionen an den fürstlichen Höfen des Ancien Régime wurde. Die Erklärung für den «Computer» war

dabei denkbar einfach: Im Inneren der Maschine saß der eigentliche Computer: ein kleiner Mensch, der sehr gut Schach spielen konnte und den mechanischen Türken steuerte.

So lautet der Slogan von Mechanical Turk «artificial artificial intelligence», also «künstliche künstliche Intelligenz». Die ArbeiterInnen bei Mechanical Turk sollen Computer ersetzen und zwar im besten Fall so gut, dass keiner merkt, dass man es mit Menschen zu tun hat. Man benutzt die Website wie ein Computerprogramm, gibt seine Daten ein, und irgendwie wird die Arbeit erledigt. Das Wie spielt für die KundInnen keine Rolle, denn sie selbst fühlen sich statt als ArbeitgeberInnen lediglich als AnwenderInnen eines Computerprogramms.

Da Amazon keinerlei Zahlen über Mechanical Turk zur Verfügung stellt, ist die Frage, wie viel oder wie wenig die Crowdworker wirklich verdienen, bei ForscherInnen und sogar bei den ArbeiterInnen selbst umstritten. Tatsache ist: Man kann es nicht völlig exakt feststellen. Das liegt daran, dass jedeR AuftraggeberIn die Bezahlung für seine bzw. ihre Aufträge selbst festlegt und es sich meist um Akkordarbeit handelt. So ist die Bezahlung je nach AuftraggeberIn und Geschwindigkeit der Turker sehr unterschiedlich.

Den größten Einfluss auf den Verdienst hat die Erfahrung der Turker. Während unerfahrene ArbeiterInnen sich teilweise mit zwei bis drei US-Dollar die Stunde zufriedengeben müssen, verdienen erfahrene Turker aus den USA, die oft Vollzeit für Mechanical Turk arbeiten, zwischen sieben und neun US-Dollar die Stunde. David Martin, der beim Xerox Research Center Europe in Grenoble 2014 die neueste Studie über Turker erarbeitet hat², hat festgestellt, dass für die «Powerturker» (so bezeichnet er erfahrene und regelmäßige Turker) der US-Mindestlohn die entscheidende Referenz ist, an der sie sich bei ihrem Einkommen orientieren. Dieser liegt im Moment bei 7,80 US-Dollar. So erreichen diese Turker in etwa ein Jahresgehalt von 15.000 US-Dollar. Viele andere Crowdworker, die weniger Zeit in die Arbeit bei Mechanical Turk investieren können oder nicht über die gleichen Erfahrungswerte verfügen, haben ein deutlich niedrigeres Jahreseinkommen.

Martin geht davon aus, dass es mindestens sechs Monate und oft bis zu zwei Jahre braucht, bis ein Turker genügend Erfahrung hat, um einen Stundenlohn auf der Höhe des US-Mindestlohns zu erreichen. In dieser Zeit lernen die Turker, wie sie gute von schlechten AuftraggeberInnen unterscheiden können, sie steigern ihre Arbeitsgeschwindigkeit und können sich teilweise für höherwertige Jobs wie die Erstellung von Inhalten qualifizieren. Zumindest für die Powerturker stellt das bei Amazon generierte Einkommen einen wichtigen Teil des Lebensunterhalts dar. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten nutzen viele Menschen Mechanical Turk, um sinkende Einkommen aus regulären Arbeitsverhältnissen aufzustocken oder gar ganz zu ersetzen. «Gerade für Menschen, die Probleme haben, Zugang zum regulären Arbeitsmarkt zu finden, ist Mechanical Turk eine Möglichkeit, überhaupt Geld zu verdienen», so David Martin. Durch die niedrigen Zugangsschwellen zum Crowdfunding-Arbeitsmarkt übernimmt Mechanical Turk vor allem in den USA oft die Funktion einer Grundsicherung, die es Crowdworkern erlaubt, weiter ihre Miete oder den Internetanschluss zu bezahlen. Unter den Türkern, die weniger arbeiten und die somit deutlich weniger verdienen, befinden sich Studierende oder Hausfrauen, die hier die Möglichkeit finden, unkompliziert und von zu Hause aus ein paar Dollar dazuzuverdienen. Hier wird das Geld oft nicht zur Grundsicherung benötigt, sondern erlaubt den meist sehr kleinen Luxus.

Die meisten Zahlen über den Verdienst der Turker liegen aus den USA vor; über das Einkommen von Turkern in anderen Ländern gibt es kaum Erkenntnisse. Vor allem in Indien gibt es viele Turker. Diese arbeiten grundsätzlich zu den gleichen Konditionen wie diejenigen in den USA. Allerdings werden die Einkünfte per Scheck ausbezahlt, was zu erheblichen Verzögerungen bei der Bezahlung führt. Da die Einkünfte zudem in Rupien umgerechnet werden, können Währungsschwankungen zu erheblichen Problemen führen. David Martin berichtet von Powerturkern in Indien, die etwa 10.000 US-Dollar im Jahr verdienen – in Indien ein gutes Gehalt, mit dem ein Turker einen Drei-Generationen-Haushalt anständig ernähren kann. Da man zudem nicht ganz so viel arbeiten muss, um ein für indische Verhältnisse gutes Einkommen zu erwirtschaften, ist der Akkorddruck für Turk-ArbeiterInnen in Indien niedriger, was zu einer insgesamt höheren Arbeitszufriedenheit der dortigen Turker führt. Auf der anderen Seite werden gerade indische Turker oft von höher bezahlten Jobs ausgeschlossen und müssen häufiger damit rechnen, dass ihre Arbeitsleistung nicht anerkannt wird, was dazu führt, dass sie für die von ihnen geleistete Arbeit nicht bezahlt werden.³ Dass es in Fragen der Bezahlung häufig zu Konflikten kommt, liegt ganz wesentlich an dem rigiden Bewertungs- und Sanktionssystem, das Amazon auf der Plattform Mechanical Turk eingeführt hat.

Eines der problematischsten Felder bei Mechanical Turk ist neben der Bezahlung das Verhältnis zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Dieses ist praktisch unreguliert. Einzig die steuerlichen Vorgaben berücksichtigt Amazon seit einigen Jahren. So liegt die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen ArbeitgeberInnen oder besser AuftraggeberInnen und Turkern praktisch allein bei Amazon. Im Moment führt dies dazu, dass die AuftraggeberInnen deutlich mehr Macht haben als die AuftragnehmerInnen. Das liegt vor allem daran, dass Turker einer ständigen, sehr rigiden Bewertung ihrer Arbeitsleistung unterliegen. Diese wird von den AuftraggeberInnen selbst vorgenommen. Der wichtigste Baustein im Bewertungssystem ist die *approval rate*, also der Anteil der vom Auftraggeber als erledigt abgenommenen HITs. Die verhältnismäßig besser bezahlten Aufträge sind oft an eine sehr gute *approval rate* von 95 oder gar 98 Prozent gebunden. Wer einen schlechteren Wert hat, bekommt diese Jobs im Interface von Mechanical Turk gar nicht erst angezeigt. Damit will Amazon garantieren, dass AuftraggeberInnen, die bessere Preise bezahlen, auch bessere ArbeiterInnen bekommen. Es liegt also im Interesse der ArbeiterInnen, ihre *approval rate* hoch zu halten. Das Problem: Für AuftraggeberInnen ist die Versuchung groß, erledigte HITs abzulehnen. Denn weder müssen die AuftraggeberInnen die Ablehnung begründen, noch müssen sie abgelehnte Aufträge bezahlen. Werden also HITs abgelehnt, bringt dies die AuftragnehmerInnen nicht nur um das Geld für bereits geleistete Arbeit, sie verlieren eventuell auch die Möglichkeit, zukünftig besser bezahlte Jobs zu bekommen. Gleichzeitig bekommen die AuftraggeberInnen die Arbeit umsonst. Dies passiert in Deutschland seltener, grundsätzlich agieren aber auch die aus Deutschland stammenden großen Crowdfunding-Seiten ähnlich.

Amazon zufolge gibt es in Deutschland zwar Turker, über deren genaue Zahl schweigt sich der Konzern aber aus. Zudem werden zumindest im Moment keine weiteren deutschen Turker aufgenommen. Auch hierfür gibt Amazon keine Gründe an, vermutlich befürchtet man steuerliche und rechtliche Probleme.

Trotzdem arbeiten auch in Deutschland zehntausende Menschen unter ähnlichen Bedingungen wie die Amazon-Turker. Beim größten deutschen Anbieter für Crowdfunding, Clickworker, sind nach Angaben des Geschäftsführers Christian Rozsenich etwa 500.000 Menschen angemeldet. Rozsenich zufolge sind diese jeweils zu etwa einem Drittel in Deutschland, in anderen europäischen Ländern sowie in Nord- und Südamerika ansässig. Clickworker verfolgt im Grunde das gleiche Geschäftsprinzip wie Mechanical Turk: Auch hier werden Mikrotasks wie Adressrecherche oder Bilderbewertung in hoher Stückzahl für wenige Cents angeboten. Eine recherchierte E-Mail-Adresse etwa bringt in der Regel etwa fünf bis zehn Eurocents. Etwas lukrativer sind die Schreibejobs, bei denen man etwa für deutsche Onlinegroßhändler Produktbeschreibungen verfasst: Zwischen drei und sechs Euro bekommt man ungefähr für einen Text. Auch in Deutschland bewegt sich der Stundenlohn im Bereich des Mindestlohns, also in etwa zwischen acht und zehn Euro. Und auch in Deutschland kommen nur geübte Crowdworker, die Zugang zu «besseren» Jobs haben, auf diesen Lohn.

Clickworker nutzt ein ähnliches Bewertungssystem wie Amazon – besser bezahlte Aufgaben gibt es nur bei einer guten Bewertung. Zudem wird auch hier kein Geld bezahlt, wenn das Arbeitsergebnis abgelehnt wird. Allerdings gibt es einen entscheidenden Unterschied: Bei Clickworker wenden sich die Firmen nicht – wie bei Mechanical Turk – direkt an die NetzarbeiterInnen, sondern an die Plattform Clickworker. Das Unternehmen portioniert die Arbeit in Mikrotasks, legt den Lohn fest und verteilt die Arbeit anschließend über seine Plattform. Auch die Bewertung der Arbeitsleistung nimmt Clickworker selbst vor und nicht die auftraggebenden Unternehmen. Somit gibt es klare AnsprechpartnerInnen, sollte es zu Problemen bei der Bezahlung oder Bewertung kommen. Trotzdem: Bei 500.000 angemeldeten Crowdworkern, die via Internet betreut werden, fallen die Informationen über Bewertungen und Ablehnungen von Arbeit auch hier recht dürrig aus. Im Moment ist das Crowdfunding-Modell, wie es von Mechanical Turk etabliert wurde, vor allem im Bereich der Mikrojobs das wichtigste und einflussreichste, für das auch die meisten Menschen arbeiten. Bedenkt man die beschriebenen Probleme, stellt sich die Frage, warum bisher so wenig unternommen wurde, um diese zu lösen.

EINE DIGITALE ARBEITERBEWEGUNG?

Neben dem niedrigen Verdienst sind abgelehnte HITs der häufigste Grund für Konflikte zwischen Crowdworkern und AuftraggeberInnen. Allerdings haben die Turker praktisch keine Möglichkeit, mit den AuftraggeberInnen in Kontakt zu treten, um etwaige Konflikte auszuräumen. Auch die AuftraggeberInnen wissen in der Regel nicht, welche Personen sich hinter den HITs, die sie ablehnen, tatsächlich verbergen.

Um die eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten auszugleichen, haben sich viele Turker in großen Foren zusammengeschlossen, um sich dort über ihre Erfahrungen mit AuftraggeberInnen auszutauschen. Hier wird vor problematischen AuftraggeberInnen gewarnt, die wenig bezahlen oder viele HITs ablehnen. Ebenso werden gute AuftraggeberInnen positiv hervorgehoben. Negative Bewertungen haben tatsächlich auch negative Folgen für die AuftraggeberInnen. Zwar treffen sich in Foren wie Turkernation in der Regel nur Powerturker. Diese stellen zwar nur etwa 20 Prozent der Arbeitskräfte bei Mechanical Turk, erledigen aber 80 Prozent der Arbeit.⁴ Zudem sind die Crowdfunding-FacharbeiterInnen

nen dank ihrer jahrelangen Erfahrung meist auch diejenigen, die am schnellsten und qualifiziertesten arbeiten. Tatsächlich bedeuten deshalb massenhaft schlechte Bewertungen für eineN AuftraggeberIn beträchtliche Verzögerungen bei der Abarbeitung von Aufträgen. In gleicher Weise profitieren geschätzte Firmen von einer schnellen und korrekten Abwicklung ihrer Aufträge. Foren wie Turkernation können deshalb durchaus als Keimzelle digitaler Gewerkschaften angesehen werden, die wesentliche Aufgaben wie die Organisation von ArbeiterInnen und von Arbeitskämpfen in einer digitalen Welt übernehmen.

Moderiert und betrieben wird das Forum von Kristy Milland aka spamgirl, auf ihrer Idee beruht unter anderem auch die Briefaktion an Jeff Bezos. Neben der praktischen Arbeit mit dem Ziel, Gehälter und Arbeitsbedingungen zu verbessern, geht es ihr mit der Arbeit in den Foren auch darum, eines der zentralen Probleme aller Crowdworker anzupacken: «Wir als Mechanical-Turk-ArbeiterInnen müssen endlich damit anfangen, Teil eines Diskurses zu werden, in dem wir so lange unsichtbar waren», erklärt sie im Interview.

Die Unsichtbarkeit der Crowdworker, die bei Plattformen wie Mechancial Turk geradezu Programm ist, macht es diesen schwer, sich zu organisieren. Neben Foren wie Turkernation hat sich die Seite wearedynamo.org als wichtiges Mittel zur aktivistischen Willensbildung etabliert. Hier kann jeder Crowdworker einen Vorschlag für eine Aktion einbringen. Darüber wird dann abgestimmt; wenn mehr als 25 Crowdworker zustimmen, wird die Aktion umgesetzt. Das Ziel der Seite ist es, eine Art «Crowdworker-Parlament» zu werden, in dem ArbeiterInnen aus der ganzen Welt sich versammeln können, um gemeinsam Aktionen für eine bessere Crowdworking-Zukunft zu entwickeln. Damit diese eintritt, müssen vor allem drei Ziele erreicht werden.

DIE ZUKUNFT DER DIGITALEN ARBEIT

«Selbst im engeren Sinn ist *Digital Labor* heute die alltägliche Wirklichkeit für Millionen Menschen.»⁵ Das schreibt der New Yorker Professor Trebor Scholz im besten deutschen Sammelband über Crowdworking. Das zentrale Wort in diesem Zitat ist eben nicht nur «Digital», sondern besonders «Labor», also Arbeit im engeren Sinne von «Erwerbsarbeit» – eine Arbeit, von der bereits viele Menschen leben und von der in Zukunft noch mehr Menschen leben werden. Wenn die BriefschreiberInnen auf wearedynamo.org ständig auf ihre Abhängigkeit von der Arbeit für Mechanical Turk hinweisen, machen sie genau auf diesen Erwerbsarbeitscharakter von Crowdwork aufmerksam. Diesen Umstand versuchen BetreiberInnen von Crowdworking-Plattformen zu verschleiern, indem sie behaupten, Crowdwork sei eigentlich eine Freizeitbeschäftigung, im besten Fall ein unbedeutender Nebenjob, der irgendwo im digitalen Nirvana von «Geistern in der Maschine» erledigt werde. Genau damit schwächen sie die Position der Crowdworker enorm, denn die Rechte und Forderungen der Crowdworker leiten sich aus dem Erwerbsarbeitscharakter ihrer Tätigkeit ab. Im Sinne der Crowdworker wäre es also ein riesiger Fortschritt, wenn Crowdwork als echte Erwerbsarbeit anerkannt würde. Das mag sich banal anhören, ist aber noch lange keine Selbstverständlichkeit.

Es gilt zudem anzuerkennen, dass man es mit einer neuen digitalen Arbeitswelt zu tun hat. Für ordnungspolitische Regelungen bedeutet das, dass sie die digitalen Voraussetzungen der Crowd mitdenken müssen. Sie müssen also hochgradig flexibel und international sein sowie auf Perso-

nen zugeschnitten, deren Arbeitsleben zu großen Teilen im Internet stattfindet. Eine simple Übertragung klassischer Arbeitsmodelle wird nicht ausreichen, um digitale Arbeit auch im Interesse der Crowdworker zu regeln.

Am konkretesten lassen sich die Arbeitsbedingungen der Crowdworker verbessern, wenn die Webseiten, auf denen sie arbeiten, arbeitnehmerfreundlicher gestaltet werden. Denn die Plattformen sind mehr als ein simples Stück Interface, sie sind die tägliche Arbeitsumgebung für hunderttausende Menschen. Sie sind die digitalen Fabrikhallen der Zukunft und genauso wie dort in jahrzehntelangen Kämpfen Mindeststandards erreicht wurden, wird es auch hier darum gehen, Standards zu schaffen und durchzusetzen. Wie diese Softwareumgebung ausgestaltet ist, hat entscheidenden Einfluss darauf, wie sich die Arbeit dort gestaltet. Wenn etwa eine Plattform Obergrenzen für die maximale Anzahl von Auftragsablehnungen festlegt, die einE AuftraggeberIn ohne Begründung aussprechen kann, so trägt sie wesentlich dazu bei, Lohndiebstahl zu verhindern. Einige Plattformen sind diesen Schritt bereits gegangen, um betrügerische AuftraggeberInnen abzuschrecken.

All diese Vorschläge stellen aber das grundsätzliche System von Crowdworking nicht in Frage. Crowdworking-AktivistInnen wie Kristy Milland denken daher radikaler. Im Interview erklärt sie: «Statt uns selbst und unsere Ideen dem kapitalistischen System zu unterwerfen, sollten wir selbst die Produktionsmittel übernehmen. Lasst uns eine Plattform schaffen, die den ArbeiterInnen selbst gehört. Nur so können wir dafür sorgen, dass nicht die herrschenden Konzerne von unserer Arbeit profitieren, sondern wir selbst.» Und so abwegig ist das nicht. Eine Website zu bauen und zu organisieren, kostet im Vergleich zum Bau einer Fabrik fast nichts. Es ist eigentlich nicht nachvollziehbar, warum bis jetzt vor allem mit Risikokapital gestützte Start-up-Unternehmen vom vereinfachten Zugang zu den Produktionsmitteln profitiert haben, den das digitale Zeitalter mit sich bringt. Die erste Crowdfunding-Kampagne für eine globale Crowdworking-Genossenschaft lässt hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten.

Sebastian Strube ist promovierter Zeithistoriker und arbeitet als freier Autor und Journalist vor allem für den Bayerischen Rundfunk und Süddeutsche Online.

¹ Unter www.wearedynamo.org/dearjeffbezos (Stand 8.1.2015). Eine Auswahl von weiteren Briefen dieser Art findet sich auf der Seite wearedynamo.org. ² Martin, David et al. (2014): Being a Turker. In: CSCW '14 – Proceedings of the 17th ACM conference on Computer supported cooperative work & social computing, S. 224–235. ³ Vgl. Gupta, Neha et al. (2014): Turk-Life in India. In: GROUP '14 – Proceedings of the 18th International Conference on Supporting Group Work, S. 1–11. ⁴ Vgl. Fort, Karen (2011): Amazon Mechanical Turk: Gold Mine or Coal Mine? In: Computational Linguistics 37(2), S. 413–420. ⁵ Scholz, Trebor (2015): Die Zukunft der Crowdworker. Wofür es sich zu kämpfen lohnt. In: Benner, Christiane (Hg.): Crowdwork – zurück in die Zukunft? Perspektiven digitaler Arbeit. Frankfurt a. M.: Bund-Verlag, S. 387–418.

ANNE JUNG/ANDREAS WULF

AUSGRENZUNG IST DIE SEUCHE

ÜBER DIE SOZIALEN UND POLITISCHEN HINTERGRÜNDE
DER EBOLA-EPIDEMIE IN WESTAFRIKA

Ebola ist mehr als eine Krankheit: Die Epidemie ist Ausdruck krank machender Verhältnisse. Eine jahrzehntelange nationale und internationale Politik, in der die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung vernachlässigt wurden, schaffte für den tödlichen Virus die besten Voraussetzungen, sich zu verbreiten. Zugleich verstärkte sie das tiefe Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Versorgungsstrukturen der westafrikanischen Länder.

Seit Monaten hat der Ebola-Virus die westafrikanische Region rund um den Fluss Mano fest im Griff, jenes Dreiländereck, zu dem Liberia, Guinea und Sierra Leone gehören und das leider nur in einer Hinsicht die Weltranglisten anführt: Die Gesundheitssysteme dieser drei Länder gehören zu den schwächsten der Welt. Mit bislang mehr als 8.400 bestätigten Todesfällen und einer besonders in Sierra Leone noch immer nahezu ungehinderten Weiterverbreitung übertrifft die derzeitige Ebola-Epidemie alle bisherigen Ausbrüche des seit 1976 bekannten Virus. Tausende nicht gemeldete oder unbekannte Fälle werden zusätzlich vermutet. Hinzu kommt, dass auch die Sterblichkeit an anderen Krankheiten zunimmt, weil sich im Zuge der Epidemie insbesondere auch GesundheitsarbeiterInnen infizieren und an der Krankheit sterben, sodass auch Malariakranke oder Schwangere nicht mehr versorgt werden können.

Ebola war lange Zeit eine extrem seltene und begrenzt auftretende Erkrankung in wenigen ländlichen Gebieten im tropischen Afrika. Nun ist daraus eine dramatische Krise geworden. Die Ursachen für diese bislang größte Ebola-Epidemie sind untrennbar mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen verbunden.

DER FALL SIERRA LEONE

Um sich vor den Ebola-Viren zu schützen, sollte man sich mehrmals am Tag mit Wasser und einem Desinfektionsmittel die Hände waschen. Im Kampf gegen die Ebola-Epidemie empfiehlt die Regierung den Menschen in Sierra Leone dringend diese Hygienemaßnahme. «Bedenkt man, dass jeder Zweite im Land gar keinen Zugang zu sauberem Wasser hat, klingt dieser Rat geradezu zynisch», sagt Joseph Pokawa vom Network Movement for Justice and Development (NMJD), einer landesweit tätigen und respektierten Menschenrechtsorganisation, die sich seit zwei Jahrzehnten

für Verteilungsgerechtigkeit und Zugang zum Rechtssystem in Sierra Leone einsetzt.

In einem Land, in dem sich im Schnitt eine MedizinerIn um 30.000 PatientInnen kümmern muss, wundert es nicht, dass die Krankheit das schwache öffentliche Gesundheitssystem heillos überfordert. Es gibt kaum Infrastruktur und zu wenig Personal, um die Kranken adäquat und vor allem auch sicher für die Pflegenden zu behandeln und um die Verbreitung des Virus wirksam einzudämmen. Das westafrikanische Land von der Größe Hessens erbte im Jahr seiner Unabhängigkeit 1961 ein System, das auf Ausbeutung gründet, extrem schwache staatliche Institutionen besitzt, wirtschaftlich auf den Export – insbesondere von Rohstoffen – ausgerichtet und damit vom Weltmarkt abhängig ist. Bereits mit der kolonialen Eroberung und Durchdringung der westafrikanischen Küstenregionen wurde eine Plantagenwirtschaft etabliert, die auf die Bedürfnisse der Kolonialmächte und nicht auf eine lokale Nahrungsmittelsicherheit ausgerichtet war. Die im Kolonialismus geschaffenen Herrschaftsstrukturen bereiteten dem heutigen Patrimonialsystem den Boden, das die Ressourcen in einem persönlichen Beziehungsnetzwerk verteilt und die Unterstützung finanzstarker externer Akteure vor die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung stellt. Ein Erfolgsmodell für die herrschende Klasse und ein profitables System für Unternehmen, denn Sierra Leone verfügt über fruchtbare Böden und unter der Erde lagern viele begehrte mineralische Rohstoffe, darunter Diamanten, Bauxit, Rutil und Gold.

Die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums führte zu Perspektivlosigkeit und Wut – gerade bei der jungen Bevölkerung – und bereitete so den Nährboden für die Kriegsrhetorik der Rebellenbewegung und der Regierung. Das Jahrzehnt des Bürgerkriegs von 1991 bis 2002 mit Zehntausenden Toten wurde von beiden Kriegsparteien maßgeblich durch die Geschäfte mit transnationalen Unter-

nehmen finanziert, die mit «Konfliktdiamanten»¹ ein gutes Geschäft machten. Die ohnehin schwach entwickelte Infrastruktur zerbrach, und diejenigen, die es sich finanziell leisten konnten oder berufliche Perspektiven jenseits von Sierra Leone sahen, darunter Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger, flohen ins Ausland.

Nach dem Ende des verheerenden Bürgerkriegs waren es der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, die die Regierung zwangen, die Gehälter im Gesundheitssektor bis unter die Armutsgrenze abzusenken, und so den Großteil des noch vorhandenen Gesundheitspersonals vertrieben. Gesundheitsversorgung musste nun fast immer privat bezahlt werden, die hohen Behandlungsgebühren schlossen Millionen Menschen vom Zugang zu Gesundheit aus. Die Exportorientierung der Wirtschaft wurde mit dem Friedensschluss von 2002 systematisch ausgebaut, ohne dass dies eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung mit sich gebracht hätte, im Gegenteil: Die großflächige Aneignung von Land durch Unternehmen, um Zuckerrohr und Maniok für die Produktion von Biosprit anzubauen, raubte der Bevölkerung die Ernährungsgrundlage und den Zugang zu Trinkwasser. In der Provinz Bombali, einer der von Ebola am schlimmsten betroffenen Regionen im Norden des Landes, sieht man Zuckerrohrplantagen so weit das Auge reicht.

Auch in den an Diamanten reichen Regionen im Osten des Landes wird die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit auf allen Ebenen torpediert. Um an die Diamanten zu gelangen, werden massenhaft Menschen vertrieben und enteignet, die oberirdischen Sprengungen finden im unmittelbaren Lebensraum der Bevölkerung statt und führen zu schweren Atemwegserkrankungen. Die Industrie wurde in den Verträgen zu keinerlei Reinvestitionen in die Bereiche Bildung oder Gesundheit verpflichtet. Sierra Leones Präsident Ernest Koroma ist stolz darauf, sein Land wie ein Unternehmen zu führen, er entbindet sich selbst und die internationalen Unternehmen von jedweder sozialen Verantwortung.

Es sind die beschriebenen Verdrängungsprozesse, durch die die Menschen und die potenziellen Überträger des Ebola-Virus – wie etwa Flughunde oder Fledermäuse – in engen Kontakt zueinander geraten. Die Abholzung nimmt den Flughunden den angestammten Lebensraum, immer zahlreicher ist ihr Vorkommen in Waldgebieten, in die nun auch die vertriebenen Menschen ausweichen; Fledermäusen scheinen auf Palmölplantagen besonders gute Lebensmöglichkeiten vorzufinden. Das alles hat tödliche Folgen: Der Virus wird schneller vom Tierwirt auf den Menschen übertragen, entweder durch direkten Kontakt mit den Fledermäusen oder über andere Wildtiere, die ebenfalls von den Fledermäusen infiziert werden können und den Menschen als Nahrung dienen.²

ARMUT MACHT KRANK

Seit Jahrzehnten sterben die Menschen in Sierra Leone an vermeidbaren Krankheiten, was sich – wie eingangs erwähnt – aufgrund fehlender Behandlungsmöglichkeiten noch verstärkt.³ Der Ebola-Virus trifft aber weder jene, die von den Herrschaftsverhältnissen profitieren, noch jene, die die Erosion der sozialen Infrastruktur entschieden und durchgesetzt haben, sondern vor allem arme und kranke Menschen. Durch die Übertragung der Erreger von Mensch zu Mensch sind Arme in beengten Wohn- und Lebensverhältnissen einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. Während Wohlhabende es sich leisten können, in großzügigen Häusern zu leben und Privatfahrzeuge zu besitzen, wohnen

in den Armenvierteln teils ganze Familien in winzigen Hütten, schlafen in gemeinsamen Betten und fahren in überfüllten Sammeltaxibusen. Auch sind arme Menschen in stärkerem Maße auf innerfamiliäre Solidarität im Krankheitsfall angewiesen. In der aktuellen Krise wird der Ebola-Virus besonders häufig durch die Pflege von erkrankten Angehörigen übertragen, sodass häufig ganze Familien nacheinander erkranken und sterben.

«Das hier ist keine Naturkatastrophe», sagt Paul Farmer, Professor an der Harvard Universität, «Ebola ist der Terrorismus der Armut.»⁴ Im Extremfall führt ein solches durch die Armut hervorgerufene Infektionsrisiko zu massiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die sich nicht mehr allein medizinisch begründen lassen. Der militärisch durchgesetzte Cordon sanitaire, die Isolierung des größten Slums in Liberias Hauptstadt Monrovia, ist hierfür ein drastisches Beispiel. Restriktionen der Mobilität haben dramatische ökonomische Folgen: So kamen große Teile des Güterverkehrs in Liberia, Sierra Leone und Guinea zum Erliegen, was die Versorgung mit Nahrungsmitteln gefährdet. So sind zum Beispiel die Preise für Reis bereits um über 30 Prozent gestiegen.

BEGRÜNDETES MISSTRAUEN

Wieso also sollten die Menschen in einem Land wie Sierra Leone, die den Staat bisher als alles andere als fürsorglich erlebt haben, jetzt den Empfehlungen der Behörden Glauben schenken, Behörden, die vielerorts ganze Viertel abriegeln, ohne die eingeschlossenen Menschen ausreichend zu versorgen? Wieso auf einen Staat vertrauen, der in Sierra Leone seit Jahrzehnten als Produzent von Unsicherheit, Angst und Willkür wahrgenommen wird?

Dieses tiefe Misstrauen auch gegenüber öffentlichen Vorbeugungsmaßnahmen und eilig aus dem Boden gestampften «Aufklärungskampagnen» ist die denkbar schlechteste Voraussetzung für die vielen lokalen HelferInnen und AktivistInnen vor Ort, darunter jene vom NMJD, die ihre Arbeit aus genau diesem Grund jetzt auf Ebola-Aufklärung umgestellt haben. Denn sie können auf eines bauen: Die Menschen vertrauen ihnen, das ist ihr wichtigstes Gut. Seit Wochen gehen sie von Tür zu Tür und versuchen in Gesprächen, Angst, Misstrauen und der fatalistischen Haltung der Menschen entgegenzutreten. Sie erklären geduldig, dass es lebensgefährlich ist, kranke Angehörige zu Hause zu pflegen oder aus Misstrauen gegenüber den Behörden zu verstecken, und dass all jene, die eine Ebola-Infektion überleben, tatsächlich geheilt sind, und warnen vor der wachsenden Stigmatisierung. Und sie versuchen, trauernde Angehörige respektvoll davon zu überzeugen, ihre an Ebola gestorbenen Liebsten nicht zu umarmen und Alternativen für die besonders für Muslime wichtige Totenwaschung zu finden. Und – das ist vielleicht der wichtigste Teil ihrer Arbeit – sie stellen Forderungen an die Politik und klagen die Wahrung der Menschenwürde ein. «Der Umgang mit der Epidemie ist auch eine Frage der Menschenrechte», sagt Josephine Koroma vom NMJD. Die entwürdigenden Praktiken der Seuchenbekämpfung führen zu Verwerfungen – vereinzelt sogar zu Auseinandersetzungen mit tödlichem Ausgang, wenn Verwandten die Toten mit Polizeieinsatz brutal entrissen werden.

In der Provinzhauptstadt Kenema streikten ArbeiterInnen, deren lebensgefährliche Aufgabe es ist, die Toten abzutransportieren und zu verbrennen, nachdem die Regierung monatelang die versprochene Gefahrenzulage nicht bezahlt hatte. Sie ließen die Leichen vor dem Regierungsgebäude liegen.

Auch in Ebola-Krankenstationen wurden ähnliche Streiks begonnen, um ausstehende Löhne einzufordern. Es sind die krank machenden Verhältnisse, die Menschen dazu bringen, zu einer so unerträglichen Maßnahme zu greifen. Gerade deshalb ist es so wichtig, schon jetzt Perspektiven für die Zeit nach der Epidemie zu entwickeln: Für eine Gesundheitsfürsorge, die ihren Namen verdient, für den Zugang zu Bildung und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. «Indem die Regierung den Menschen das Recht auf Bildung vorenthält, verhindert sie, dass Menschen für ihr Recht auf Gesundheit streiten», sagt Joseph Pokawa vom NMJD, «wir brauchen echte Solidarität. Falsch verstandene Hilfe versäumt es, die Betroffenen zu ermächtigen, sich selbst zu helfen.»

PARADIGMENWECHSEL IN DER GESUNDHEITSPOLITIK – STRUKTURELLE PRÄVENTION

Die von der Ebola-Epidemie betroffenen Länder brauchen akute, massive Unterstützung bei der Krankenversorgung, etwa durch den Aufbau von Behandlungszentren und die Ausbildung freiwilliger Fachkräfte, ebenso bei der Epidemiekontrolle durch Aufklärung und Vermeidung von Neuinfektionen. Gleichzeitig müssen die Lebensgrundlagen derjenigen gesichert werden, die besonders unter den Quarantänemaßnahmen leiden – etwa all jene, deren ökonomische Basis von Mobilität und täglichen Kleinstehkommen abhängt und die keine Reserven zum Ausgleich von Einkommensausfällen haben. Doch geht es um mehr als das: Die mit dem Globalisierungsprozess entstandenen Gesundheitsrisiken dürfen nicht zur Legitimation einer Politik der kurzfristigen Krisenintervention im Stile quasimilitärischer Operationen mit Luftbrücken, militärischem Sanitätspersonal und Feldlazaretten – begleitet von Wohltätigkeitsveranstaltungen und Katastrophenbildern zum Spendensammeln – dienen.

Eine Politik, die ökonomische Interessen über die Rechte der Menschen stellt und den Großteil der Bevölkerung in Westafrika dazu zwingt, alle Kraft in den Kampf um das tägliche Überleben zu investieren, wird freiwillig keine gesundheitsfördernden Lebensbedingungen schaffen. Für eine strukturelle Prävention, die sich nicht nur mit dem Abfedern des eingetretenen Elends begnügen will, wird nicht weniger benötigt als ein Paradigmenwechsel in der Weltgesundheitspolitik, der die neoliberale Marktdominanz zurückweist und für eine Gesundheitsfürsorge streitet, die allen Menschen zugänglich ist und ein Leben in Gesundheit und Würde ermöglicht.

STÄRKUNG DER WHO

In der Ebola-Epidemie wurden die begrenzte Handlungsfähigkeit und Schwerfälligkeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die nicht zuletzt zu der verspäteten Reaktion auf die Epidemie führten, offenbar. Dafür wurde die WHO auch medial heftig kritisiert. Neben nicht von der Hand zu weisenden internen Blockaden, die hierfür mit verantwortlich zu machen sind, liegt die Schwäche der Organisation wesentlich in ihrer chronischen Unterfinanzierung begründet. Ihr Jahresbudget entspricht mit zwei Milliarden US-Dollar für das Jahr 2014 dem eines Großkrankenhauses wie der Berliner Charité. Die langjährige Finanzierungskrise, die vor allem die flexibel verfügbaren Mitgliedsbeiträge betrifft, ist seit mehr als 20 Jahren vor allem auf Betreiben der USA und anderer großer Geberländer faktisch eingefroren worden, um mit freiwilligen Zusatzzahlungen mehr direkten Einfluss auf die Aktivitäten der WHO auszuüben. Zuletzt musste die WHO in ihrem aktuellen Budget die Mittel für schnelle Hilfe

im Epidemie- und Krisenfall (Outbreak and Crisis Response) um mehr als die Hälfte verringern – auf 228 Millionen US-Dollar für die Jahre 2014 bis 2015.

Die Kürzung von Budgets und die damit entstandene Abhängigkeit von privaten Geldgebern führen zum Kontrollverlust und zu einer problematischen Konkurrenz zwischen den verschiedenen Programmen der WHO um die Gunst der privaten Geber, die ihr Geld meist nur zweckgebunden für spezifische Projekte bereitstellen. Private Stiftungen stehen zu Recht im Verdacht, im engen Schulterschluss mit der Gesundheitsindustrie in der WHO nur die Projekte zu finanzieren, die auf kurzfristige Prestigeerfolge und Profite hoffen lassen.⁵

Wie verheerend der Einfluss interessierter Kräfte auf die Politik der WHO sein kann, zeigte sich 2009: Mit der Ausbreitung der globalen (Schweine-)Grippe-Pandemie durch den H1N1-Virus, der sich bald als kaum gefährlicher als die jährlichen Grippeviren herausstellte, war die WHO maßgeblicher Taktgeber für eine massive Bevorratung vieler Staaten mit Grippemedikamenten, deren Wirksamkeit nicht verlässlich nachgewiesen war. Auch die Impfstoffindustrie profitierte massiv von dieser «Angstwerbung». Erst später stellte sich heraus, dass 5 von 16 Mitgliedern des Beratergremiums der WHO, das für die Einschätzung der Gefährlichkeit dieser Epidemie verantwortlich war, finanziell mit Pharmaunternehmen verflochten waren.

Um die Einflussnahme von korporativen Interessen auf die Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen der WHO zu minimieren, damit sie in den Debatten um Privatisierungen und den ideologischen Fetischismus der freien Märkte die Wichtigkeit öffentlich verantworteter Gesundheitsversorgung verteidigen kann, ist die öffentliche Finanzierung der WHO durch ihre Mitgliedstaaten unerlässlich. Zugleich sollte die WHO in ihren Beratungstätigkeiten und Normsetzungspraxen ihr Augenmerk wieder verstärkt auf den Ausbau und die Unterstützung lokaler Gesundheitszentren und nationaler Gesundheitssysteme richten: Um Krankheiten wie Ebola nachhaltig bekämpfen zu können – beziehungsweise erst gar nicht entstehen zu lassen –, bedarf es sozialer Strukturpolitiken, die lokales, insbesondere zivilgesellschaftliches, und damit kontextsensibles Wissen sowie auf die Partizipation der Betroffenen ausgerichtete Prozesse der Selbstorganisation zum Ausgangspunkt nehmen. Solche Referenzen gibt es durchaus auch im Kontext der WHO: Das beste Beispiel ist vielleicht die Kommission für die Sozialen Determinanten von Gesundheit, die in einem umfangreichen Prozess unter Einbeziehung vieler Stimmen der globalen Zivilgesellschaft von 2005 bis 2008 wesentliche Erkenntnisse über die Bedeutung sozialer Politiken für gute Gesundheit zusammenführte und ihren Bericht mit den starken Worten schloss: «Soziale Ungleichheit tötet Menschen in großem Maßstab.»⁶

OHNE UMWERTEILUNG KEINE GESUNDHEIT

Eine Gesundheitsversorgung, die sich dem Ziel, Gesundheit für alle zu erreichen, verpflichtet fühlt, darf weder allein der Eigenverantwortung der Bevölkerung überlassen bleiben noch an kommerzielle Akteure delegiert werden. Sie muss in öffentlicher Hand liegen.

Während die lange vernachlässigte Forderung nach der Stärkung der Gesundheitssysteme in Zeiten von Ebola eine Renaissance bis in die Bundesregierung hinein erfährt, gibt es indes keinen Konsens darüber, ob dies durch private oder öffentliche Gelder finanziert werden sollte und woher

die Mittel stammen sollen. Aus unserer Perspektive ist die Umsetzung einer wirksamen Daseinsvorsorge nur über eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen, Einkommen und Vermögen finanzierbar. Progressive Besteuerung bedeutet, dass der Steuersatz immer höher wird, je stärker das Einkommen ansteigt.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer stößt bei den Regierungen fast aller Länder in Europa auf erbitterten Widerstand. Mehr noch: Viele Staaten verzichten auf die Erhöhung ihrer Staatseinnahmen, indem sie globalen Unternehmen legale Schlupflöcher bereitstellen. Diese Praxis gilt für Europa genauso wie für Westafrika. Die Höhe der Steuerergänzung, die die Regierung von Sierra Leone allein im Jahr 2011 an Unternehmen machte, entspricht der achtfachen Höhe des Gesundheitsbudgets des Landes.⁷ Nicht neue bi- und multilaterale Handelsverträge zum Schutz der Interessen von Investoren sind notwendig, um weltweit gesündere Lebensbedingungen zu gewährleisten, sondern Verträge, mit denen die Wirtschaft grenzüberschreitend sozial eingegliedert wird. Das wäre ein zentraler Baustein für eine strukturelle Prävention im Gesundheitsbereich.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen in vielen Ländern, dass privatisierte Gesundheitssysteme die soziale Ungleichheit im Hinblick auf Krankheit und Tod eher noch verstärken, da der Zugang gerade denjenigen verwehrt wird, die besonders auf Gesundheitsdienste angewiesen sind, weil sie stärker krank machenden Armutsverhältnissen ausgesetzt sind. Ohne die massive Erhöhung der öffentlichen Ausgaben werden sich daher weder Epidemien wie Ebola noch andere gesundheitliche Herausforderungen der heutigen Zeit in einer Weise bekämpfen lassen, die soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod vermindert statt verstärkt.

INTERNATIONALISIERUNG DES SOLIDARPRINZIPS

Damit auch Regierungen extrem verarmter Länder und die WHO ihren Aufgaben gerecht werden können, bedarf es einer dauerhaften finanziellen Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft zur globalen Gesundheitspolitik, die auf einem Bekenntnis zu öffentlichen und solidarischen Strukturpolitiken beruht und nicht allein auf kurzfristigen, jederzeit aufkündbaren Hilfgeldern. Das Solidaritätsprinzip ist der Schlüssel zur Implementierung eines allgemeinen und sozial gerechten Gesundheitssystems. Die Schaffung eines internationalen Umverteilungsmechanismus, ähnlich dem deutschen Länderfinanzausgleich, ist notwendig. Er verpflichtet die reicheren Länder dazu, Ressourcen an Länder zu transferieren, deren fiskalische Möglichkeiten nicht ausreichen, um Gesundheit aus eigener Kraft zu garantieren.

Kritische Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen setzen sich seit einigen Jahren für ein völkerrechtlich wirksames Rahmenabkommen ein, das die Regierungen zur Finanzierung eines Gesundheitsfonds verpflichtet. Diese konkrete Forderung ergibt sich aus dem Menschenrecht auf Gesundheit und hat bereits Eingang in die Diskussionen der UN-Generalversammlung gefunden.

Die Schaffung von funktionierenden Gesundheitssystemen scheitert nicht an fehlenden Ressourcen, sie scheitert an der Weigerung, die bestehenden Ressourcen gerecht zu verteilen. Wenn sich das nicht ändert, bleibt es für die Menschen in Sierra Leone ein Phantasma, über soziale Teilhabe zu sprechen. Es ist allein eine Frage der politischen Bereitschaft und des Drucks der Öffentlichkeit.

ZUM WEITERLESEN

BRUNELLI, BIANCA: Structural Adjustment Programs and the Delivery of Health Care in the Third World. Health Policy Commons 2007.

CHRISTIAN AID U. A. (HRSG.): Losing Out. Sierra Leone's massive revenue losses from tax incentives. 2014.

HANRIEDER, TINE: Institutioneller Wandel durch Krisen.

Ebola als Reformschub für die globale

Gesundheitsarchitektur? WZB Mitteilungen 146/2014.

JUSU, AMBROSE R.: Macroeconomic Policies and their Impact on Health in Sierra Leone, New York 2013.

STORENG, KATERINI T.: The GAVI Alliance and the «Gates Approach» to health System strengthening, London School of Hygiene and Tropical Medicine, London 2014.

www.medico.de/ebola (Ebola-Dossier)

www.aljazeera.com/programmes/specialseries/2014/10/fire-blood-2014102384236524375.html

www.jacobinmag.com/2014/11/philanthropic-poverty/

http://globalhealth.thelancet.com/2014/09/04/ebola-or-messy-cocktail-public-health-and-globalisation-post-colonial-africa

www.dw.de/deutsche-ebola-hilfe-kommt-nur-langsam-an/a-18048250

Anne Jung ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet seit 1998 bei der sozialmedizinischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Sie koordiniert die Kampagnenarbeit unter anderem zu den Themen Gesundheit und Handelsbeziehungen und ist für die afrikabezogene Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Seit 2008 leitet sie Lehrveranstaltungen zu Kampagnen als Instrument politischer Kommunikation.

Dr. med. Andreas Wulf ist Arzt und arbeitet seit 1998 als medizinischer Projektkoordinator bei medico international mit den Schwerpunkten globale Gesundheitspolitik und Bewegungen, gesundheitsbezogene Entwicklungszusammenarbeit, internationale Pharmapolitik, soziale und politische Determinanten der Gesundheit und Nahost.

¹ Unter Konfliktdiamanten werden Diamanten verstanden, die von Rebellenbewegungen oder anderen nicht legitimierte Akteuren abgebaut und verkauft werden, um aus dem Erlös kriegerische Konflikte zu finanzieren. ² Vgl. <https://farmingpathogens.wordpress.com/2014/04/23/neoliberal-ebola>. ³ In den ersten vier Monaten seit dem Ausbruch von Ebola starben in Sierra Leone 440 Menschen an Ebola; im statistischen Durchschnitt starben im gleichen Zeitraum aber auch 650 Menschen an Meningitis, 790 an HIV/AIDS, 845 an Durchfallerkrankungen und mehr als 3.000 Menschen an Malaria. ⁴ Zitiert nach: www.washingtonpost.com/blogs/achenblog/wp/2014/10/06/paul-farmer-on-ebola-this-isnt-a-natural-disaster-this-is-the-terror-of-poverty/; vgl. auch das Tagebuch von P. Farmer aus Liberia: www.lrb.co.uk/v36/n20/paul-farmer/diary. ⁵ Charakteristisch hierfür sind das milliardenschwere Programm zur Ausrottung der Kinderlähmung, bei dem der Rotary Fund eine wichtige Rolle als Finanzgeber spielt (www.endpolio.org/de), ebenso wie die enge Verflechtung von Nahrungsmittelindustrie und der Bill und Melinda Gates Stiftung bei der Entstehung des Global Alliance for Improved Nutrition GAIN (www.gainhealth.org/). ⁶ Vgl. www.who.int/social_determinants/thecommission/en/. ⁷ Vgl. Christian Aid u. a. (Hrsg.): Losing Out. Sierra Leone's massive revenue losses from tax incentives, 2014.

MAX LILL

RECHTSPOPULISTISCHE FRÜCHTE DER VERMARKTLICHUNG

RESSENTIMENTS UND KONZEPTE DER AUSGRENZUNG VERFESTIGEN SICH

Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) und Phänomene wie Pegida werden als Hinweis darauf gedeutet, dass ressentimentgeladene und rechtsextreme Stimmungslagen in der gesellschaftlichen «Mitte» generell auf dem Vormarsch seien. Eine Analyse einschlägiger wissenschaftlicher Umfragen aus den zurückliegenden Jahren zeigt, dass dies keineswegs der Fall ist. Grund zur Entwarnung gibt es dennoch nicht: Denn latente oder offene Ressentiments, ausgrenzende Identitätskonzepte und ökonomistische Nützlichkeitsideologien sind nach wie vor weit verbreitet.¹

In der zweiten Jahreshälfte 2014 sind drei größere Untersuchungen zu Ressentiments und rechtsextremen Einstellungsmustern veröffentlicht worden. Diese schreiben sowohl Elemente der 2011 abgeschlossenen Langzeitstudie «Deutsche Zustände» (Bielefeld) als auch Fragestellungen der Leipziger «Mitte»-Studien im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung fort und führen diese teilweise zusammen – jeweils mit etwas unterschiedlichen Forschungsdesigns und eigenständigen repräsentativen Erhebungen.² Ähnlich wie die Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach kommen sie, trotz Abweichungen im Detail, übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass feindselige und rechtsextreme Haltungen in den letzten zwei bis drei Jahren, tendenziell sogar schon seit 2006/07 an Bedeutung verloren haben. Bestimmte Ressentiments bleiben aber stark verbreitet oder haben sogar zugenommen (die Befunde sind hier teilweise widersprüchlich). Das gilt vor allem für die Islamfeindlichkeit und die Abwertung von Asylbewerbern sowie von Sinti und Roma. Auch genereller formulierte Etabliertenvorrechte und ein Beharren darauf, «deutsche Kultur und Identität» verteidigen zu wollen, haben Hochkonjunktur. Die seit einigen Jahren wieder zunehmende Einwanderung lehnen laut Allensbach zwar «nur» noch 18 Prozent der Deutschen pauschal ab (2004 waren es noch 42 Prozent). Eine Mehrheit hält Zuwanderung aus ökonomischen und humanitären Gründen für notwendig. Tendenziell offensiver als in früheren Jahren wird aber Anpassungsbereitschaft von den MigrantInnen gefordert.

Der mittelfristige Trend zur Abnahme offen feindseliger Einstellungen ist zudem deutlich abhängig von der Wahrnehmung ökonomischer und politischer Krisenprozesse: So ließ sich ein vorübergehender Anstieg einer ganzen Reihe von Ressentiments auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und

Schuldenkrise zwischen 2009 und 2011 beobachten. Und in der langen Frist zeigte sich eine Zunahme von Varianten «gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit» und rechtsextremer Einstellungen zunächst in der Nachwenderezession Anfang bis Mitte der 1990er Jahre³ und dann erneut zwischen 2002 und 2005/06, also im Zenit der neoliberalen Politik unter Rot-Grün. Der sich daran anschließende Rückgang von Ressentiments verlief etwa parallel zur relativen Stabilisierung am Arbeitsmarkt und zur Entwicklung der Einkommenslagen. Auf politischer Ebene fiel die zaghafte Trendwende zusammen mit dem Gründungsboom der LINKEN zwischen 2005 und 2007 und der beginnenden Revitalisierung der Gewerkschaften. Die seit dem Kriseneinschnitt 2009 trotz des Niedergangs der FDP weiter ausgebauten Dominanz des rechten, bürgerlichen Lagers im politischen System, die jüngsten Erfolge der AfD oder die öffentliche Diskussion um den Anstieg der Einwanderungs- und Flüchtlingszahlen haben an diesem Gesamttrend (bisher) offenbar nur wenig geändert.

BÜRGERLICHE HEGEMONIE UND BRUCHSTELLEN IM HERRSCHENDEN PARTEIENBLOCK

Die gesellschaftlichen Erschütterungen, die von der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der sich daran anschließenden europäischen Schuldenkrise ausgingen, lassen sich als Verdichtungspunkt einer bereits seit den späten 1960er Jahren aufgebauten und vom Neoliberalismus nie wirklich überwundenen Regulations- und Überakkumulationskrise des globalen Kapitalismus begreifen. Die Entwicklung von Ressentiments und rechtspopulistischen Bewegungen lässt sich insofern auch als Symptom einer langfristigen Strukturkrise beschreiben, die die Legitimation der bürgerlich-parlamentarischen Demokratien untergräbt.⁴

Mit Blick auf die *Ebene des politischen Systems* lässt sich zunächst festhalten: Die These einer generellen «Rechtsverschiebung» ist, auch bezogen auf die parlamentarische und zivilgesellschaftliche Sphäre, zu pauschal. Wir haben es in Europa eher mit einer Ausdifferenzierung innerhalb des rechten Lagers, neuen, politisch heterogenen Bewegungen und einem Trend zur Fragmentierung und wachsenden Instabilität der Parteienlandschaft zu tun.

Auch in Deutschland – mit einer derzeit vergleichsweise stabilen bürgerlichen Hegemonie – zeigen sich Bruchstellen im herrschenden Parteienblock: Der Aufstieg der AfD verdeutlicht, dass es der CDU/CSU, aber auch den anderen etablierten Parteien und insbesondere der implodierenden FDP zunehmend schlechter gelingt, wertkonservative, orthodox-marktradikale und national orientierte Wählergruppen zu binden.⁵ Neben den programmatisch und parteipolitisch begründeten «Neumischungsprozessen» innerhalb der politischen Rechten dürften die Wahlerfolge der AfD allerdings auch durch ein deutlich schwerer einzuschätzendes, weil diffuseres Protestpotenzial getragen sein. Darauf verweisen etwa die zur AfD führenden Wählerwanderungen aus dem Lager der NichtwählerInnen oder der Kleinstparteien sowie auch von den etablierten Parteien des linken Lagers, einschließlich der Partei DIE LINKE.

ECHOS DER KRISE UND DIE SOZIALE NAHWELT ALS SCHUTZRAUM

Der Konstellation einer aktuellen Konsolidierung der Dominanz des bürgerlichen Lagers – trotz erheblicher Brüche und Umschichtungen im politischen System – liegt eine *gesellschaftliche Stimmungslage* zugrunde, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 vom Rheingold-Institut pointiert als «bedrohtes Paradies» beschrieben worden ist.⁶ Es herrsche das Gegenteil von Wechselstimmung: eine diffuse «Sehnsucht nach einer permanenten Gegenwart», einer Politik, die Stabilität und Schutz vor den in ihrer Vielzahl und Tiefe kaum fassbaren Krisensymptomen in Europa und der Welt verspricht. Die eigene Situation wird von einer Mehrheit der Befragten als relativ gut beschrieben, persönlich sei man wieder deutlich optimistischer als in den Jahren der Arbeitsmarktkrise und der Agenda 2010 (Allensbach sprach schon 2009 von einem «entspannten Fatalismus»). Die Menschen zögen sich mehrheitlich in ihren Alltag und ihre sozialen Nahweltbeziehungen zurück. Familie, Freunde und individuelle Kompetenzen zur Reproduktion des lebensweltlichen Zusammenhangs gelten als wichtigste Sicherheitsanker in einer Welt, in der, so die vorherrschende Wahrnehmung, Gerechtigkeitswerte immer weiter erodieren.

Hinter diesem Stimmungsbild steht auf der Ebene der *sozioökonomischen Entwicklung* eine im europäischen Vergleich untypische und asynchrone Dynamik. Vor dem Hintergrund konjunktur- und arbeitsmarktpolitischer Interventionen schlug die Weltwirtschaftskrise nur schwach und vorübergehend auf den Arbeitsmarkt durch. Nach der Phase der kapitalistischen Entfesselung und beschleunigten Umverteilung zugunsten von Unternehmen und Vermögenden setzte in Deutschland bereits im Aufschwung 2006/07 hinsichtlich der Einkommensverteilung und der beruflichen Statuspositionen eine relative Stabilisierung der mittleren sozialen Lagen ein.⁷

Diese materielle Stabilisierung verband sich in weiten Teilen der Arbeitnehmermitte allerdings mit einer Fortschreibung und teilweise Verschärfung von langfristig aufgebauten *Krisen der betrieblichen Partizipation und der lebensweltli-*

chen Reproduktion. Dahinter stehen zum einen radikale Vermarktlichungsstrategien der Unternehmen (Shareholder Value, Outsourcing, Kostensenkung, Arbeitsintensivierung, Prekarisierung etc.), die zu erhöhtem – und durch indirekte Steuerung zunehmend in die einzelnen Subjekte hinein verlagertem – Druck und zu entgrenzten Verfügbarkeitsansprüchen führen.⁸ Zudem erodieren die neben der Erwerbsarbeit anderen beiden zentralen Säulen des deutschen Reproduktionsmodells weiter: die sozialstaatliche Absicherung von Lebensrisiken und – auch als Folge wachsender Frauenerwerbstätigkeit und neuer individueller Verwirklichungsansprüche – die patriarchalisch geprägte Rollenverteilung in der Kleinfamilie.⁹ Im Ergebnis werden zwar tradierte Statushierarchien teilweise aufgebrochen, lebens- und arbeitsweltliche Autonomie- und Partizipationsforderungen sind gewachsen. Zugleich erodieren aber soziale Bindungen und Anerkennungsbeziehungen, psychische Erschöpfungskrisen nehmen massiv zu. Dabei tragen nach wie vor Frauen die Hauptlast der Reproduktionsarbeit, und insbesondere Kinder sind zum Armutsrisiko und häufig auch zur Bremse für die gesellschaftliche Partizipation der Eltern geworden.

DER MARKT ALS FORM DER AUTORITÄREN VERGESELLSCHAFTUNG?

Die Leipziger wie auch die Bielefelder Langzeituntersuchungen haben seit Jahren die These stark gemacht, dass die neoliberale Politik der Vermarktlichung beziehungsweise der Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche den sozialen Zusammenhalt und die Solidaritätsbereitschaft untergräbt und damit Ressentiments nicht nur begünstigt, sondern ihnen zunehmend auch ein spezifisches Gepräge verleiht. Empirisch lässt sich die These eines «marktförmigen Extremismus» dadurch plausibel machen, dass nachgewiesen wird, dass jene Befragten, die neoliberale Ideologeme in besonderem Maße verinnerlicht haben, auch überdurchschnittlich stark zu Ressentiments – und dabei insbesondere zu ökonomistisch begründeten Ressentiments gegen vermeintlich leistungsschwache Gruppen – sowie zu rechtsextremen Einstellungen neigen.

Entscheidend für die Anfälligkeit gegenüber aggressiv abwertenden Einstellungen sei, so die am Leipziger Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung entwickelte These, vor allem der Grad der *Identifikation mit dem Wirtschaftsstandort* Deutschland.¹⁰ Dieser «sekundäre Autoritarismus», der sich nicht mehr auf eine Person, sondern auf den Markt als höchste Instanz bezieht, wird in Analogie zum familiären Patriarchat und zum faschistischen Führerkult gedeutet. Die Identifikation mit einem «idealen Größen-Selbst» wirke als «narzisstische Plombe», stabilisiere also den Selbstwert angesichts einer Unterwerfung unter gesellschaftliche Disziplin- und Herrschaftsverhältnisse und in der Folge blockierter persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten. Die Überhöhung des deutschen «Wirtschaftswunders» in der Nachkriegszeit, die den Verlust des faschistischen Größen-Selbst kompensiere, sei hierfür der historische Idealfall – nicht der Sonderfall, denn ähnliche Muster ließen sich auch in anderen Ländern beobachten.

Heute gewinne dieser Mechanismus zusätzlich an Bedeutung: Der Markt trete unter Bedingungen der neoliberalen Deregulierung in neuem Ausmaß als vermittelnde Gewalt in den Lebenswelten der Menschen auf, unpersönlich und ortlos. Unterwerfung produziere auch in diesem Fall Aggression und setze die autoritäre Dynamik in Gang. Angesichts

der Übermacht und Ungreifbarkeit des Marktes sei sie gegen vermeintlich schuldige «Anderere» gerichtet, die zwei zentrale Voraussetzungen erfüllen müssten: Sie müssen als schwach wahrgenommen werden, und sie müssen die Fantasie auslösen, sich der gewaltvollen Autorität zu entziehen.

Die Aggression gegen «Anderere» spitze sich immer dann zu, wenn das Größen-Selbst (hier die «deutsche Wirtschaft») trotz der eigenen Unterwerfung schwächelt, also die Bedürfnisse nach Selbstüberhöhung nicht befriedigt. Die verletzte «Gerechtigkeitsvorstellung» würde demnach lauten: Für meine Unterwerfung unter den Zwang zur ökonomischen Verwertbarkeit soll dann wenigstens die deutsche Wirtschaft als Objekt meiner Identifikation florieren und sollen alle, die sich nicht unterwerfen und so den Standort schädigen, bestraft werden.

Problematisch erscheint an der Leipziger «Mitte»-Studie allerdings die relativ *abstrakte Parallelisierung von historischem Faschismus und heutigem Rechtspopulismus*. Sie bestätigt eine Sicht, die auch in weiten Teilen des linken Alltagsverständnisses zu finden ist und Charakteristika des neuen Rechtspopulismus eher verdeckt: Das Bild einer tendenziell homogenen Masse – das aus analytischer Sicht schon mit Blick auf Faschismus und Hochfordismus nicht unproblematisch war – wird unter Verweis auf Freud und die Kritische Theorie eingeführt. Die ideologische Flexibilität und die Integration von plebiszitären und partizipativ-selbstorganisierten Elementen in der Mobilisierung der neuen rechtspopulistischen Bewegungen werden so meines Erachtens gerade nicht angemessen erfasst.

Auch die Analogie von Markt- und Führerkult ist wenig überzeugend: Anders als bei einer direkten Unterwerfung unter eine personale Autorität oder einen «massenförmigen» Verhaltenskodex zeichnet sich die Unterwerfung unter die Herrschaft von Märkten gerade dadurch aus, dass sie die Einzelnen zwingt, sich ständig wieder auf ungewisse Situationen und Risiken einzulassen, sich immer neu zu orientieren, eigenständig Entscheidungen zu treffen oder wenigstens individuelle Souveränität und Autonomie zu inszenieren – gegenüber anderen, aber auch gegenüber sich selbst (Sennetts «flexibler Mensch»). Insofern bietet der Markt gerade keine «Prothesen-Sicherheit» (Erich Fromm) als stabilisierende und selbstwertregulierende Funktion. Seine Gratifikation besteht eher im Versprechen auf Optionsvielfalt, auf Selbstentfaltung oder wenigstens materiellen Gewinn und sozialen Aufstieg. Es ist gerade die massenhafte Enttäuschung dieser Versprechen und die Angst vor der Ungewissheit und Amoralität des Marktes, die dem Beharren auf ausgrenzenden Identitäts- und Traditionskonzepten zugrunde liegen dürfte.

Dabei ist der Markt auch heute kein universelles Steuerungsprinzip. Ihm werden faktisch Grenzen gesetzt, auch wenn er diese permanent infrage stellt. Diese Aufgabe der Grenzsetzung wird allerdings zunehmend in die einzelnen Subjekte und ihr soziales Nahumfeld hinein verlagert. Die institutionelle Trennung von (betrieblicher) Produktion und (häuslicher) Reproduktion besteht dabei trotz der wachsenden Entgrenzung von Erwerbsarbeit fort. Sie ist für den Kapitalismus sogar überlebensnotwendig. Die gegensätzlichen Handlungsrationalitäten von (traditionell männlich konnotierter) individueller Konkurrenz und (weiblich konstruierter) Sorge für andere müssen aber zunehmend individuell und tagtäglich austariert werden, was mehr und mehr Menschen innerlich zu zerreißen droht. Unter diesen Umständen gehört es auch weiterhin zu den strukturellen Merkmalen

bürgerlichen Bewusstseins, dass «Klassenindividuum» und «persönliches Individuum» subjektiv in hohem Maße auseinanderfallen, sprich: Die Wahrnehmung der allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung beziehungsweise der eigenen Stellung darin einerseits und die des sozialen Nahumfeldes und der eigenen Persönlichkeit andererseits sind stark gegeneinander verselbstständigt.¹¹ Hinter den Fantasien vom «Fremden» stehen somit, philosophisch gesprochen, Erfahrungen der «Entfremdung» von einer gesellschaftlichen Praxis, die als mehr oder weniger desintegriert und fragmentiert wahrgenommen wird.

Die patriarchalisch geprägte Kleinfamilie, traditionelle Gemeinschaftsideologien und Identitätswürfe – besonders auch im Verhältnis zwischen den Geschlechtern – können vor diesem Hintergrund als eine bedrohte und unbedingt zu verteidigende Rückzugsbastion gegen das Vordringen der individualisierenden Logik moderner, wesentlich marktvermittelter Vergesellschaftungsprozesse erscheinen. Das könnte eine allgemeine Erklärung für die zentrale Bedeutung konservativer Kulturkämpfe innerhalb der populistischen Rechten sein.

POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Auf der Grundlage der ausgewerteten Befunde und Analysen lässt sich zunächst resümieren: Die geläufige Rede von einem bereits in der Breite vollzogenen «Dammbbruch» ressentimentgeladener und rechtsextremer Einstellungen führt in die Irre. Es scheint eher so zu sein, dass sich ein bereits seit Langem aus alltäglichen Krisenerfahrungen heraus aufgebautes rechtspopulistisches Potenzial angesichts von Umbrüchen und sich erweiternden Repräsentationslücken innerhalb des Parteiensystems verstärkt im politischen und zivilgesellschaftlichen Raum artikuliert. Dieses Spektrum spiegelt aber nicht per se Stimmungslagen der verunsicherten Mitte, sondern artikuliert bestimmte Tendenzen des gesellschaftlichen Alltagsbewusstseins, die eher latent und in sich widersprüchlich statt weltanschaulich klar verfestigt sind – und die in bestimmten, traditional und autoritär beeinflussten Milieus deutlich ausgeprägter sind als in der Gesellschaft insgesamt.¹² Die Verbreitung von Ressentiments verläuft dabei quer zu den hierarchischen Differenzierungen nach Schicht- oder Klassenzugehörigkeit, und sie entzieht sich auch einer eindeutigen Zuordnung nach Geschlechterkategorien.

Unter den vielfältigen Ursachen erscheinen Verunsicherungen gewachsener Identitäten, Anerkennungsverluste und Ohnmachtsgefühle besonders bedeutsam. Diese sind häufig eine Folge von Vermarktlichungsprozessen, die zu schwindender sozialer Bindung und einem Verlust an individuellen Autonomie- und Partizipationschancen in Arbeits- und Lebenswelt – und damit Krisen der Reproduktion – führen. Auch diese Erfahrungen lassen sich aber durchaus unterschiedlich verarbeiten und führen nicht automatisch zu einem Anwachsen von Ressentiments.

Aktuell zeichnen sich auch deutliche Gegenbewegungen und eine zunehmende Solidaritätsbereitschaft gegenüber besonders verwundbaren Gruppen, wie etwa Flüchtlingen, in weiten Teilen der Gesellschaft und in der medialen Öffentlichkeit ab. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Situation deutlich von derjenigen Anfang der 1990er Jahre (und erst Recht von derjenigen zu Beginn der 1930er Jahre). Die Linke tut insofern gut daran, im Angesicht von Pegida oder AfD kein allzu braunes Schreckensszenario an die Wand zu malen, sondern die aufgebrochenen «Kulturkämpfe» als noch offene Auseinandersetzung um die Geltung humaner und

freiheitlicher Werte in einem lange nicht abgeklungenen, globalen Krisenzyklus zu begreifen.

Der Blick sollte sich daher auch auf die emanzipatorischen Bewegungen und Potenziale richten. Relativ eindeutig scheint zu sein, dass die jüngeren linken Gegenkulturen, aber auch das technikaffine, libertäre Klientel, das von der Piratenpartei angesprochen wurde und an das DIE LINKE noch stärker Anschluss finden müsste, schwerpunktmäßig in den «eigenverantwortlichen» und «avantgardistischen» Milieus verankert sind. Generell dürften die progressiv engagierten Bürgerbewegungen ihre Hauptbasis nach wie vor in den modernisierten und noch immer tendenziell wachsenden Milieus auf der linken Seite des sozialen Raumes haben.¹³ Auch für die überproportional schnell anwachsenden modernisierten Arbeitnehmermilieus, die mehrheitlich in noch relativ gesicherten, aber innerbetrieblich durch Vermarktlichungs- und Entgrenzungsprozesse stark unter Druck geratenen Normalarbeitsverhältnissen verankert sind, ist immer wieder nachgewiesen worden, dass erweiterte Beteiligungs- und Autonomieansprüche das Alltagsbewusstsein in hohem Maße prägen und zu einer Distanz oder offenen Kritik gegenüber den klassischen Formen (linker) Stellvertreterpolitik führen.¹⁴ Mehr direkte Partizipation und damit die Entwicklung einer beteiligungsorientierten politischen Kultur ist mit Blick auf diese Gruppen insofern das zentrale Credo. Das «Milieu der Prekarierten» (Kipping)¹⁵ schließlich, das meist an dritter Stelle als Potenzial linker Politik genannt wird, ist ein Phantom. Es handelt sich gerade nicht um ein einheitliches Milieu. Ein linkes Prekariat kann nur in praktischen Kämpfen und als Teil eines milieu- und klassenübergreifenden Projektes Gestalt gewinnen. Obwohl sich, besonders in internationaler Perspektive, auch beeindruckende Beispiele für Selbstorganisationen aus hoch prekären Lagen heraus finden lassen, scheint doch der schiere Druck der alltäglichen Existenzkämpfe und die langjährige Erfahrung politischer Machtlosigkeit dazu beizutragen, dass hier Schutz und Interessenvertretung noch immer eher nach dem Modell der Repräsentation durch starke politische Organisationen und StellvertreterInnen im politischen und sozialen Raum erwartet und benötigt werden. Die Hürden für eine Teilnahme an den bereits existierenden partizipativ-zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich etwa am hohen individuellen Zeitaufwand oder an dem Einsatz von sehr viel kulturellem und sozialem Kapital festmachen, wirken hier bisher faktisch ausgrenzend und müssten vermutlich stärker durch praktische Solidaritätsarbeit ergänzt werden.¹⁶

Eine progressive linke (Partei-)Strategie gegen den Rechtspopulismus und für die Entwicklung sozialistischer Transformationsperspektiven sollte in jedem Fall libertäre und partizipatorische Elemente stärker als bisher betonen, um den reaktionären Krisenantworten der Rechten eine zukunftsorientierte, auch innovationsfreudige Perspektive gegenüberzustellen. Neben der Thematisierung der Klassenspaltung, also der sozialen Frage von Prekarisierung und Ungerechtigkeitsverteilung, muss sie auch in den sich tendenziell zuspitzenden Konflikten zwischen emanzipatorischen und autoritär-exkludierenden Ordnungsvorstellungen und Alltagskulturen, die sich einem Oben-unten-Deutungsschema entziehen, klar positioniert sein – und zwar nicht nur und in erster Linie auf der Ebene der ausformulierten Programmatik, sondern vor allem in der gelebten politischen Kultur.

Angesichts der doppelten Krise von betrieblicher Partizipation und lebensweltlicher Reproduktion kommt dabei neben Bereichen wie Wohnpolitik und kommunaler Daseins-

vorsorge einer linken Arbeits(zeit)politik zentrale Bedeutung zu.¹⁷ Die weitere Entgrenzung vermarktlichter Erwerbsarbeit muss – gerade im Exportland Deutschland – endlich gestoppt und zugunsten einer Verkürzung und Demokratisierung von Erwerbsarbeit gewendet werden. Entsprechende gewerkschaftliche Initiativen müssten parlamentarisch auch vonseiten der LINKEN stärker flankiert werden – nicht nur zugunsten einer besseren Verankerung in den organisierten Stammbesetzungen, sondern auch weil hier zentrale alltagsweltliche Ursachen für Verunsicherungen und Ressentiments liegen.

Dagegen sind Versuche, dem Rechtspopulismus gewissermaßen seine Themen abzujauchen – etwa indem generelle Kritik an «Europa» und «der Globalisierung» (auch an Geld und Kredit als solchen) geübt oder pauschal für mehr Polizei auf den Straßen und strikte Einwanderungskontrollen plädiert wird –, brandgefährlich. Der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung zum Trotz dürften solche Strategien langfristig auch wenig Erfolg versprechend sein. Setzen sich entsprechende Deutungsmuster erst einmal durch, wählen die Menschen im Zweifel vermutlich das Original. Die Linke muss eigene, emanzipatorische Antworten auf die Verunsicherungen und die Krise des Öffentlichen finden. Solange ihr dies nicht gelingt, bleibt das oft beklagte Scheitern der etablierten Politik bei der Lösung gesellschaftlicher Problemlagen auch ihr eigenes Scheitern.

Max Lill ist Politologin und Geografin. Er forscht in der Arbeits- und Geschlechtersozio- und schreibt über soziale Bewegungen, Jugendkultur und Geschichtspolitik.

¹ Dieser «Standpunkt» fasst die Befunde einer längeren Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen. Vgl. Lill, Max: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen im Alltagsbewusstsein der Deutschen. Empirische Befunde und Erklärungsansätze, Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41038/truegerische-ruhe-im-bedrohten-paradies.html. Vgl. auch die Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Gesprächskreis Klassen und Sozialstrukturanalyse). In der AG Umfragen und Alltagsbewusstsein, aus der heraus die Studie entstanden ist, arbeiten seit Mitte 2014 neben dem Autor Horst Kahrs, Horst Arenz und Hasko Hüning. ² Zick, Andreas/Preuß, Madlen: Zugehörigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit. Zwischenbericht, Bielefeld 2014; Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte, Leipzig 2014; Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Bonn 2014. ³ Sommer, Bernd: Prekarisierung und Ressentiments, Wiesbaden 2010. ⁴ Bischoff, Joachim u. a.: Die Große Krise, Hamburg 2010, S. 102 ff. ⁵ Kahrs, Horst: Zerfall des Mythos von der «Mitte» – Ausbreitung des «sozialen Nationalismus», Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41034/zerfall-des-mythos-von-der-mitte-ausbreitung-eines-sozialen-nationalismus.html. ⁶ Rheingold: Wahl 2013: Das bedrohte Paradies, unter: www.rheingold-marktforschung.de. ⁷ Weber-Menges, Sonja: Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin 2014. ⁸ Detje, Richard u. a.: Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat, Hamburg 2013. ⁹ Jürgens, Kerstin: Arbeit und Reproduktion, in: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit, Frankfurt a.M. 2012, S. 273–288. ¹⁰ Decker u. a.: Die stabilisierte Mitte. ¹¹ Bischoff u. a.: Die Große Krise, S. 114 ff. ¹² Vester, Michael u. a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001. ¹³ Matuschek, Ernst u. a.: Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden 2011. ¹⁴ Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Vester-Lange, Andrea: Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg 2007. ¹⁵ Kipping, Katja (2014): Statt eines Vorwortes, in: Hoff, Benjamin-Immanuel: die linke partei neuen typs? milieus – strömungen – parteireform, Hamburg 2014, S. 7–9. ¹⁶ Candeias, Mario/Völpel, Eva: Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise, Hamburg 2014. ¹⁷ Detje, Richard u. a. (Hrsg.): Kämpfe um Zeit, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 10, Berlin 2014.

KATJA HERMANN

GAZA NACH DEM KRIEG

WARUM EINE POLITISCHE LÖSUNG GEFRAGT IST UND ES NICHT NUR DARUM GEHEN DARF, DAS «GEFÄNGNIS» WIEDER AUFZUBAUEN¹

Der Gazastreifen soll wieder aufgebaut werden. Auf einer groß angelegten Geberkonferenz am 12. Oktober 2014 in Kairo wurden 5,4 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau des Gazastreifens zugesagt.² Der schnelle bauliche Wiederaufbau ist ohne Frage das Gebot der Stunde, Zehntausende Menschen warten darauf, dass ihre Häuser wiederhergestellt werden, damit sie wieder ein Zuhause haben. Es wäre aber kurzsichtig, alle Bemühungen nur auf den Wiederaufbau zu konzentrieren. Vielmehr muss dringend eine politische Lösung für Gaza gefunden werden, die nicht nur auf ein Ende der Blockade des Küstenstreifens abzielt, sondern ihn als Teil eines freien und unabhängigen Palästinas begreift. Eine alleinige Fokussierung auf den baulichen Wiederaufbau, die nicht den politischen Kontext berücksichtigt, birgt das große Risiko, die Blockade und Isolierung des Gazastreifens fortzusetzen und damit die wesentlichen Konfliktursachen nicht zu beheben.

Momentan gibt es Anlass zu der Befürchtung, dass es keinen Paradigmenwechsel im Umgang mit Gaza geben wird, sondern dass vielmehr die dominierenden Erzählungen und bekannten Asymmetrien des israelisch-palästinensischen Konflikts weiter zugespitzt werden: Das israelische Narrativ von Konflikt und Krieg dominiert die öffentliche und veröffentlichte Meinung und legitimiert die Militäroperation und die Fortsetzung der Blockade mit Sicherheitsinteressen; die Geberländer finanzieren den Wiederaufbau, ohne dabei Israel in die Verantwortung zu nehmen; Israel verhindert weiterhin, dass die Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats vor Ort ihre Arbeit aufnehmen und die Rechtsverletzungen beider Konfliktparteien untersuchen kann, während die palästinensische Seite, einschließlich Hamas, dem bereits zugestimmt hat;³ es werden keine Garantien für den zukünftigen Schutz der Zivilbevölkerung sowie der wiederaufgebauten Infrastruktur verhandelt; die Gaza-Krise wird losgelöst von den anderen Schauplätzen des israelisch-palästinensischen Konflikts behandelt, dabei sollte Gaza ein kohärenter Teil einer umfassenden Konfliktbearbeitung sein, die ein Ende der israelischen Besatzung und die palästinensische Unabhängigkeit anvisiert.

FOLGEN DES GAZA-KRIEGES

Die Bilder von Tod und Zerstörung im Gazastreifen gingen um die Welt und sorgten für Entsetzen, lange nachgewirkt haben sie nicht. Nur wenige Tage nach dem durch Ägypten vermittelten Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hamas am 26. August 2014 verschwand Gaza weitgehend aus den Medien und Köpfen. Der 50-tägige Krieg,

dem die Bevölkerung im Gazastreifen schutzlos ausgeliefert war – es gibt keine Bunker oder Schutzräume, und eine Flucht ist aufgrund der Abriegelung des Gebiets so gut wie unmöglich –, gehört zu dem Schlimmsten, was die Menschen in Gaza je erlebt haben. Dabei war die Situation im Gazastreifen bereits vor dem Krieg äußerst angespannt: Die siebenjährige Blockade durch Israel sowie die Abriegelung des Küstenstreifens von ägyptischer Seite haben das wirtschaftliche Leben weitgehend zum Erliegen gebracht. Die Blockade verhinderte den Zugang zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen und zu 85 Prozent der Fischereigewässer.⁴ Mangelwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit und Armut waren die Folge, mehr als die Hälfte der Bevölkerung galt als «food insecure».⁵ Auch der Zugang zu Baumaterialien gestaltete sich seit Jahren schwierig, nur ein kleiner Teil wurde über Israel importiert (20 Prozent), der Rest kam entweder über die Grenze zu Ägypten (30 Prozent) oder gelangte über Tunnel in den Gazastreifen (50 Prozent).⁶

Massive Einschränkungen gibt es nach wie vor auch bei der Stromversorgung, zudem leidet Gaza unter schwerwiegenden Verschmutzungen von Wasser und Boden – die UN warnten bereits 2012 davor, dass der Gazastreifen im Jahr 2020 bei einem zu erwartenden Bevölkerungswachstum von einer Millionen Menschen nicht mehr bewohnbar sein wird.⁷ Die Bewegungsfreiheit der rund 1,8 Millionen Menschen ist seit Langem stark eingeschränkt, Ein- und Ausreisen von und nach Gaza wurden und werden PalästinenserInnen nur in Ausnahmefällen genehmigt, und dass, obwohl mehr als ein Drittel der Bevölkerung Verwandte im Westjordanland oder in Israel hat. Mit der weitgehenden Schließung des

Grenzübergangs nach Ägypten sowie der Zerstörung eines Großteils der Tunnel im Sommer 2013 verschlimmerte sich die Lage und wuchs der Druck auf die Bevölkerung.

Die Erleichterung über das Ende der Militäroperation «Protective Edge» mischte sich in Gaza mit dem Schrecken der Kriegsfolgen: 20.000 Häuser und Wohnungen waren zerstört oder schwer beschädigt, Dutzende Fabriken, Schulen und Krankenhäuser, das Elektrizitätswerk und viele Straßen waren beschädigt worden. Städte und Wohnviertel wie Beit Hanoun und Shuja'iya in der Nähe der Grenze zu Israel waren besonders schwer von Zerstörungen betroffen. Laut UN-Angaben sind in diesem Krieg mindestens 2.100 PalästinenserInnen getötet und mehr als 11.000 verletzt worden, es wird davon ausgegangen, dass rund 80 Prozent von ihnen aufgrund ihrer Verletzungen mit dauerhaften Beeinträchtigungen leben müssen. Mehr als 485.000 Menschen waren aus ihren Häusern und Wohnungen geflüchtet, und auch Monate nach Kriegsende sind immer noch rund 110.000 Menschen obdachlos, leben in zu Notunterkünften umgestalteten Schulen oder bei Verwandten, andere harren in ihren zerstörten Häusern aus.⁸

Neben den sichtbaren sind es auch in diesem Krieg die unsichtbaren Folgen, die besonders schwer wiegen, die posttraumatischen und psychosomatischen Störungen, von denen in Gaza die allermeisten Menschen betroffen sind. Angststörungen, Depressionen und Rückzugsverhalten gehören dazu, die Selbstmordrate ist gestiegen. Kinder leiden unter Flashbacks und Albträumen, nässen ein, entwickeln Aggressionen und können sich nur schlecht konzentrieren.⁹ Das alles ist leider nicht neu für Gaza, aber es scheint, als sei mit diesem Krieg eine rote Linie überschritten worden, nie war das Ausmaß an Leid und Verzweiflung größer. Immer mehr Menschen versuchen, den Gazastreifen zu verlassen, oder denken darüber nach, dies zu tun, viele können die Situation nicht mehr aushalten, sehen keine Perspektive.

WIEDERAUFBAU DES GAZASTREIFENS

Als sich im Oktober 2014 VertreterInnen von 50 Staaten und 20 internationalen Organisationen zur Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens in Ägypten trafen, waren Tausende zerstörte Häuser sowie Infrastruktur aus früheren Gaza-Kriegen noch nicht wieder aufgebaut, und auch die dafür zugesagten Hilfsgelder standen zum Teil noch aus. Um Erfahrungen mit vorherigen Wiederaufbauprozessen einzubringen und den Prozess transparent und partizipativ mitzugestalten, bemühten sich VertreterInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft frühzeitig um eine Teilnahme an der Konferenz, allerdings ohne Erfolg. Mit Ausnahme einiger PolitikerInnen und Geschäftsleute war Gaza auf dem Gebertreffen nicht vertreten, eine politische Diskussion, die dringend notwendige Kontextualisierung der Kriegereignisse sowie die Verknüpfung der Wiederaufbaupläne mit Sicherheitskonzepten für Gaza fanden nicht statt.

Dabei hatten palästinensische zivilgesellschaftliche Akteure bereits vor der Geberkonferenz ein 8-Punkte-Papier vorgelegt, in dem sie ihre Erwartungen und Forderungen an die Gestaltung des Wiederaufbaus darstellen, die weit über einen rein auf Hilfe fokussierten Ansatz hinausgehen und stattdessen auf eine umfassende politische Handhabung des Gaza-Konflikts setzen. Konkret fordert das palästinensische Netzwerk PNGO, das rund 145 lokale NGOs vertritt, dass

1. Israel für die Kriegshandlungen in Gaza sowie für andere Übergriffe gegenüber den PalästinenserInnen zur Verantwortung gezogen wird;

2. die Bemühungen des Wiederaufbaus nicht losgelöst von dem Streben der PalästinenserInnen nach Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung betrachtet werden;
3. die Geberländer und -organisationen den Schutz der von ihnen geförderten Projekte sicherstellen und von Israel Reparaturzahlungen im Falle von Zerstörung von Infrastruktur fordern;
4. die israelisch-ägyptische Blockade des Gazastreifens beendet und der freie Personen- und Warenverkehr ermöglicht wird, einschließlich jener Materialien, die für den Wiederaufbau benötigt werden;
5. die internationale Gemeinschaft sicherstellt, dass Israel nicht vom Wiederaufbau des Gazastreifens profitiert, indem israelische Materialien gekauft werden; stattdessen sollen – so weit wie möglich – palästinensische Ressourcen genutzt werden, um zur Stärkung des palästinensischen Arbeitsmarktes und der palästinensischen Wirtschaft beizutragen;
6. alle Sektoren gleichermaßen beim Wiederaufbau berücksichtigt werden: Gesundheit, Infrastruktur, Bildung, Industrie, Handel, Umwelt und Landwirtschaft;
7. der Wiederaufbau den Prinzipien von Transparenz und Rechenschaftspflicht Rechnung trägt und dass ein möglichst breites Bündnis von internationalen und lokalen Stakeholdern an dem Wiederaufbau beteiligt wird, um ihn zu einen gemeinsamen Prozess zu machen, und dass
8. ein Expertenkomitee zur Planung und Überwachung des Wiederaufbaus gegründet wird.¹⁰

Betrachtet man die bisherigen Entwicklungen im Umgang mit der Gaza-Krise, lässt sich schnell feststellen, dass bislang keine der oben genannten Forderungen berücksichtigt wurde. Im Gegenteil: Im Rahmen des sogenannten Gaza-Wiederaufbau-Mechanismus (GRM), den der UNSCO (Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für den Nahen Osten) entwickelt und auf den er sich Mitte September 2014 mit der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) verständigt hat,¹¹ werden hauptsächlich technische Abläufe wie Schadensaufnahme, Einfuhr und Kontrolle der Baumaterialien geregelt.

GAZA-WIEDERAUFBAU-MECHANISMUS

Der GRM¹² versteht sich als Mechanismus, der sowohl den Bedürfnissen der PalästinenserInnen im Prozess des Wiederaufbaus als auch israelischen Sicherheitsbedenken Rechnung tragen soll. Er basiert auf der Prämisse, dass die für den Wiederaufbau notwendige Einfuhr von Baumaterialien aufgrund ihrer möglichen Zweitverwendung zum Tunnel- und Raketenbau (*dual use material*) besonderer Steuerung und Kontrolle bedarf. Wer im Gazastreifen Baumaterialien benötigt, seien es Einzelpersonen oder Organisationen, muss ein mehrstufiges Verfahren durchlaufen, das von ExpertInnen humanitärer Hilfe als sehr kompliziert und wenig transparent kritisiert wird.¹³

Zunächst muss der Schaden aufgenommen und in Form eines umfangreichen Dossiers mit Bauplänen, Mengengerüst, GPS-Koordinaten und zahlreichen persönlichen Daten der Person, die den Antrag stellt, an das palästinensische Ministerium für öffentliche Arbeit und Wohnungsbau in Gaza übergeben werden. Nach Prüfung der Unterlagen werden diese an das Ministerium für Zivilangelegenheiten in Ramallah weitergeleitet und erneut einer Prüfung unterzogen. Anschließend gehen die Anträge zur abschließenden Prüfung und Genehmigung an die israelischen Behörden. Alle Daten

werden in gemeinsamen Datenbanken gespeichert. Genehmigt Israel den Antrag auf Erhalt von Baumaterialien, können diese im Gazastreifen von lizenzierten Firmen erworben werden. Israel kann ein Veto einlegen, will es die Lieferung von Materialien an bestimmte Personen oder Organisationen verhindern. Die Warenübergabe erfolgt anschließend in mit Überwachungskameras ausgestatteten Lagerhallen, um Verkauf und Verbleib der Ware zu dokumentieren. Die Verwendung des Materials wird von der Organisation UNOPS (Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste) überwacht.

Die Überwachungs- und Kontrollkapazitäten des GRM sind allerdings beschränkt, ein Teil der Materialien wird auf dem Schwarzmarkt unkontrolliert und für ein Vielfaches weiterverkauft, einen möglichen Missbrauch der Ware kann der GRM also nicht verhindern. Der allergrößte Teil der Baumaterialien kommt derzeit aus Israel, dies gilt insbesondere für Zement, der von der Firma Neshar Israel Cement Enterprises geliefert wird. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass rund 65 Prozent aller für den Wiederaufbau benötigten Materialien von israelischen Firmen geliefert werden sollen.¹⁴

Der Wiederaufbau des Gazastreifens kommt nur stockend voran, so waren im Dezember 2014 nur zwei Prozent, andere Quellen sprechen von vier Prozent, der hierfür benötigten Materialien in Gaza eingetroffen. Schätzungen zufolge wird der Wiederaufbau auf diese Weise mindestens 20 Jahre dauern.¹⁵ Die Gründe für diese Verzögerungen sind vielschichtig, fest steht, dass der komplizierte GRM seinen Teil dazu beiträgt, da er für die Antragstellenden, insbesondere für Privatpersonen, eine große Herausforderung darstellt. Selbst professionelle Hilfsorganisationen hadern mit dem Verfahren, und viele haben deshalb noch gar nicht angefangen, bauliche Hilfsprojekte im Gazastreifen umzusetzen. Politisch stehen vor allem die Vereinten Nationen wegen ihrer Rolle beim GRM in der Kritik. Mit der Entwicklung und Genehmigung dieses Mechanismus ermöglichen sie Israel nicht nur deutlich mehr Kontrolle über die Gesellschaft des Gazastreifens, sie legitimieren durch das dort verankerte Vetorecht für die israelische Regierung auch die Verweigerung von Hilfsleistungen an «nicht genehme» Zielgruppen, was grundlegenden Prinzipien der humanitären Zusammenarbeit aushebelt.¹⁶

Als ein weiterer Grund für das langsame Fortschreiten des Wiederaufbaus werden Verzögerungen bei den Überweisungen der Hilfgelder diskutiert. Verweise auf finanzielle Engpässe bei Hilfsorganisationen sowie verzweifelte Appelle an die Geberländer, ihren Zusagen endlich nachzukommen, weisen auf ein massives Problem hin.¹⁷ Auch die PA steht in der Kritik, man wirft ihr vor, die Anträge nicht zügig genug zu prüfen und damit das Verfahren hinauszuzögern. Zudem wird kritisiert, dass Gelder aufgrund von internen Konflikten in der PA nicht ausgezahlt werden, sodass genehmigte Projekte nicht realisiert werden können. Es ist davon auszugehen, dass all diese Gründe ihren Teil dazu beitragen, den Wiederaufbau zu bremsen, Leidtragende dieses Versagens der lokal und international Verantwortlichen sind wiederum die Menschen in Gaza, die derzeit irgendwie versuchen, über den Winter zu kommen.

INNERPALÄSTINENSISCHE SITUATION

Die Gaza-Krise und die gegenwärtigen Wiederaufbaubemühungen finden in einem hochkomplexen politischen Umfeld statt, das hier nur kurz skizziert werden soll.¹⁸ Erst im Mai 2014 hatte sich eine Regierung der nationalen Einheit im Westjordanland und im Gazastreifen formiert. Diese tech-

nokratische Einheitsregierung, an der Hamas und Fatah formal nicht beteiligt sind, ist in erster Linie als pragmatischer Schritt dieser beiden stark geschwächten Hauptakteure zu verstehen: Nach dem Scheitern der Verhandlungsinitiative von US-Außenminister John Kerry im Frühjahr 2014 verfolgten Fatah und Hamas verstärkt das Ziel, die tiefe Spaltung palästinensischer Politik zu überwinden und vereint alternative Handlungsoptionen für ein Ende der Besatzung und den Aufbau eines eigenständigen Staates zu formulieren. Dieser Schritt fand in der palästinensischen Bevölkerung sehr große Unterstützung, und während auch die USA und Europa die Entwicklung begrüßten, ließ Israel nichts unversucht, um die Legitimität der neuen Regierung zu untergraben.

Bislang hat die Einheitsregierung zwar gehalten, der Druck auf sie ist aber enorm. Einerseits steht sie zu den bisherigen Abkommen mit Israel und insbesondere zu der innerpalästinensisch hoch umstrittenen Sicherheitskooperation – das zeigt nicht zuletzt ihre Beteiligung am GRM –, andererseits muss sie Wege für politische Erfolge finden, sprich für ein Ende der Besatzung, der Gewalt, der Vertreibungen und Enteignungen, um innergesellschaftlich nicht weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu verlieren. Krieg und Wiederaufbau stellen sie vor große Herausforderungen; unterstützte Ramallah zunächst den von der Hamas angeführten militanten Widerstand gegen Israel, war es spätestens mit Ende des Krieges mit dem Schulterchluss wieder vorbei, und die alten Konflikte brachen sich erneut Bahn. Die palästinensische Regierung macht sich seitdem in Gaza rar, nur zweimal besuchte bislang eine größere Delegation den Küstenstreifen, die Bevölkerung in Gaza fühlt sich von Ramallah im Stich gelassen.

Die Hamas wiederum ging als führende Kraft des militanten Widerstands gestärkt aus dem Krieg hervor und nutzt die Präsenz- und Handlungsschwäche der Regierung für eigene Interessen.¹⁹ Machtgerangel und Reibereien zwischen PA und Hamas im Umgang mit dem GRM sowie bei der Handhabung der Grenzkontrollen zu Israel tragen zu Verzögerungen bei der Einfuhr von Baumaterialien bei. Das de facto bestehende Machtvakuum in Gaza ist gefährlich und kann jederzeit zu einer Eskalation der Lage führen. Zudem bietet es jenseits von der Hamas Raum für die Entstehung und Konsolidierung radikaler islamistischer Kräfte. Neben salafistischen Gruppierungen und solchen, die Al-Qaida nahestehen, sollen mittlerweile auch IS-Gruppen (oder solche, die diesen Namen für sich nutzen) in Gaza aktiv sein.

PARADIGMENWECHSEL DRINGEND NOTWENDIG

Der bisherige Verlauf des Wiederaufbauprozesses und insbesondere der GRM zeigen sehr deutlich, dass ein Umdenken, ein Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Gazastreifen auch nach dem jüngsten Krieg nicht zu erwarten ist. Kaum ein Wort ist zu hören von der Aufhebung der Blockade, nichts von der Wiederherstellung der territorialen Integrität des Gazastreifens und des Westjordanlands, nichts von einem verbindlichen Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur. So wichtig es ist, israelische Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen, so sehr ist es auch an der Zeit, die Rechte der PalästinenserInnen auf Sicherheit und Entwicklung ernst zu nehmen.

Prozesse und Mechanismen, die dagegen einseitig dem israelischen Narrativ des Konflikts Rechnung tragen, sind allerdings eher Teil des Problems als Teil einer Lösung. Dieses Narrativ beschreibt die Militäraktion als legitim und notwen-

dig, um Tunnelbau und Raketenbeschuss auf Israel durch die Hamas und andere palästinensische Gruppierungen zu unterbinden, und ordnet deshalb auch den Wiederaufbau weitgehend dieser Prämisse unter, indem die Kontrolle über die Verteilung der Hilfsleistungen de facto der dominanten Konfliktpartei überlassen wird.

Damit nicht genug, auch der Umstand, dass Israel zu den größten Profiteuren des Wiederaufbaus gehören wird, ist weder politisch noch moralisch akzeptabel und sollte auch von den Gebern, die den Wiederaufbau finanzieren, kritisch reflektiert werden. Erst mit einer wie unter anderem von dem Zusammenschluss internationaler Entwicklungsorganisationen (AIDA)²⁰ geforderten Rechenschaftspflicht sowie der Einführung des Non-Profit-Prinzips für am Konflikt beteiligte Akteure kann der profitable Kreislauf von Zerstörung und Wiederaufbau gestoppt werden. Es wäre die Aufgabe der Geberorganisationen und der UN, sich für solche (und viele weitere) Maßnahmen einzusetzen, anstatt Gaza wieder und wieder wie eine Art Naturkatastrophe zu behandeln und die strukturellen Ursachen der Krisen zu ignorieren.

Nur durch eine kritische Untersuchung der Kriegshandlungen – wie möglicherweise bald durch den Internationalen Strafgerichtshof²¹ –, die Aufhebung der jahrelangen israelisch-ägyptischen Blockade des Gazastreifens und die substantielle Beteiligung der PalästinenserInnen an der Gestaltung des Wiederaufbaus kann die Basis für eine nachhaltige Entwicklung des Gazastreifens in Freiheit und Würde gelegt werden. Die Unterstützung der Demokratisierung palästinensischer Politik und Verfahren sollte dabei den roten Faden darstellen. Ohne einen solchen Paradigmenwechsel und ohne eine baldige politische Lösung, die palästinensische Bestrebungen nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit berücksichtigt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass eine neue Konflikteskalation alle Wiederaufbaubemühungen ad absurdum führen wird; bereits im Winter 2014 gab es im Grenzgebiet zwischen Israel und Gaza wieder militante Auseinandersetzungen.²²

Humanitäre und entwicklungspolitische Akteure müssen aufhören, sich auf vermeintlich unpolitische Mandate zurückzuziehen und nur «Projekte zu machen». Insbesondere in Konfliktsettings widerspricht dies nicht nur dem gesunden Menschenverstand, sondern auch jenen zahlreichen entwicklungspolitischen Leitlinien, die uns lehren, einen ganzheitlichen und konfliktsensitiven Blick auf unsere Arbeit

zu richten. Internationale Zusammenarbeit verliert dann an Glaubwürdigkeit und Sinn, wenn sie mehr oder minder losgelöst von politischen Realitäten und Verantwortlichkeiten stattfindet und nicht den Anspruch hat, zu einem Mehr an struktureller Gerechtigkeit beizutragen. In einem solchen Fall drohen Geber zu Komplizen von Besatzung und Abriegelung zu werden, eine Kritik, die in den Palästinensischen Gebieten zunehmend lauter wird.²³ Die Zeit läuft gegen Gaza, und jeder Mensch, der mit dem Gazastreifen zu tun hat, weiß das.

Katja Hermann ist Büroleiterin des Regionalbüros Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah.

1 Eine Langversion dieses Textes wird in englischer Übersetzung in der Reihe «PalPapers» des Regionalbüros Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht. **2** Unerwähnt bleibt in diesem Kontext häufig, dass rund die Hälfte der Summe in den Haushalt der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) fließt und nicht zwingend dem Wiederaufbau zugutekommt wird. Vgl. New York Times, 12.10.2014, www.nytimes.com/2014/10/13/world/middleeast/us-pledges-212-million-in-new-aid-for-gaza.html?_r=0. **3** Die unabhängige UN-Untersuchungskommission wird bislang von Israel an der Einreise in den Gazastreifen, in das Westjordanland sowie nach Israel gehindert. Sie hat mittlerweile begonnen, Zeugenaussagen mittels verschiedener Kommunikationsmedien aufzunehmen. Vgl. Erklärung der United Nations Independent Commission of Inquiry on the 2014 Gaza Conflict, 23.12.2014, www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=15456&LangID=E. **4** Vgl. Barakat, Sultan/Shaban, Omar: Back to Gaza: A New Approach to Reconstruction, in: Policy Briefing, January 2015, Brookings Doha Center, S. 4f., www.brookings.edu/~media/research/files/papers/2015/01/12%20gaza%20reconstruction/english%20pdf.pdf. **5** Vgl. Gisha – Legal Center for Freedom of Movement: The Gaza Cheat Sheet. Real Data on the Gaza Closure, 19.1.2015, www.gisha.org/UserFiles/File/publications/Info_Gaza_Eng.pdf. **6** Vgl. Barakat/Shaban: Back to Gaza, S. 10. **7** Vgl. UNRWA, 28.8.2012, www.unrwa.org/newsroom/press-releases/gaza-2020-liveable-place. **8** Vgl. Barakat/Shaban: Back to Gaza, S. 5. **9** Zu den Auswirkungen des Krieges auf Kinder siehe Middle East Eye, 30.12.2014, www.middleeasteye.net/in-depth/features/children-gaza-haunted-memories-war-386296060. **10** Vgl. Palestinian NGO Network (PNGO): PNGO Network Position regarding the Gaza Strip Reconstruction Conference, 20.9.2014. **11** Vgl. UN-Nachrichtenseite, 16.9.2014, www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=48730#VM1bhrkcRjo. **12** Vgl. das offizielle Fact Sheet der UN zum Gaza Reconstruction Mechanism (GRM), www.unsco.org/Gaza%20Reconstruction%20Mechanism%20Fact%20Sheet%209%20October%202014.pdf. **13** Vgl. Othman, Riad: Gaza: Die Unmöglichkeit des Wiederaufbaus, in: [medico international \(mi\) Hausblog](http://medico-international.de/blogs/medico-hausblog/2014/12/23/490/), <http://medico-international.de/blogs/medico-hausblog/2014/12/23/490/>. **14** Vgl. Interview der Autorin mit dem Gazaer Ökonomen Omar Shaban, Dezember 2014, www.rosalux.de/news/41122. **15** Vgl. ebd. und Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, <http://gisha.org/updates/3901>. **16** Zur Kritik an der Rolle der UN siehe <http://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/under-cover-reconstruction-un-and-pa-become-enforcers-israels-gaza-siege>. **17** Vgl. u. a. UNWRA: Gaza-Situationsbericht 76, 22.1.2015, www.unrwa.org/newsroom/emergency-reports/gaza-situation-report-76. **18** Für eine Analyse des politischen Kontextes siehe z. B. Baumgarten, Helga: Das «System Oslo» und der Krieg gegen Gaza, in: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (inamo) 79, 2014, S. 34–38. **19** Vgl. Middle East Eye, 30.12.2014, www.middleeasteye.net/news/hamas-palestinian-government-failing-gaza-207798688. **20** Zu den Forderungen von AIDA siehe AIDA: Reconstructing Gaza: Five Principles for Transformative Change, AIDA Policy Paper, 3.10.2014, www.diakonia.se/globalassets/blocks-ihl-site/ihl---rights-issues/reconstructing-gaza-five-principles-for-transformative-change.pdf. **21** Nach dem Beitritt Palästinas zum Grundlagenvvertrag des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag hat dieser Vorermittlungen wegen des Gaza-Krieges aufgenommen. **22** Vgl. Haaretz, 25.12.2014, www.haaretz.com/news/middle-east/premium-1.633640#. **23** Vgl. u. a. Lester Murad, Nora: Donor Complicity in Israel's Violations of Palestinian Rights, al-shabaka policy brief, 24.10.2014, <http://al-shabaka.org/node/876>.

NADJA CHARABY

RISKANTER DEAL FÜR VIETNAM

MIT DEM GEPLANTEN TRANSPAZIFISCHEN PARTNERSCHAFTSABKOMMEN (TPPA) SETZT DIE REGIERUNG DES SÜDOSTASIATISCHEN LANDES DEN KURS DER WIRTSCHAFTLICHEN ÖFFNUNG FORT

Vietnam hat derzeit mit zahlreichen Abkommen zum Freihandel zu tun – manche sind bereits abgeschlossen, andere noch in Verhandlung. Das umfangreichste ist das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPPA), welches zwischen zwölf Ländern verhandelt wird. Der Handel zwischen diesen Ländern macht etwa 40 Prozent des globalen Wirtschaftsvolumens aus. Der Druck ist groß, die USA hoffen auf einen Abschluss der TPPA-Verhandlungen im April. Im Mai soll es nach dem Willen der US-Administration in den Kongress gehen. Die staatlich kontrollierten Medien Vietnams präsentieren den für das Land riskanten Deal vor allem positiv. Die Politik ordnet das TPPA als Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams ein. Möglichkeiten für einen kritischen Diskurs oder gar für Proteste gibt es in Vietnam kaum. Während sich in Europa breiter Widerstand gegen Freihandelsabkommen (FTAs) formiert – in Berlin gingen am 17. Januar 2015 etwa 50.000 Menschen auf die Straße, um gegen das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zu demonstrieren –, bleibt es dort in der Öffentlichkeit beim Thema Freihandel ruhig.

Wie ordnen sich die aktuellen Verhandlungen in den wirtschaftspolitischen Kurs der vietnamesischen Regierung ein – und welche Risiken birgt dieses Vorgehen? Seit die vietnamesische Führung im Jahr 1986 die Reformpolitik «Doi Moi» einleitete, liegt der Fokus vor allem auf wirtschaftlichem Wachstum. Das südostasiatische Land, das seit der Wiedervereinigung 1976 ununterbrochen von der Kommunistischen Partei Vietnams regiert wird, glänzt in vielen internationalen Entwicklungsberichten mit seinen starken Wachstumszahlen.¹ Ein wichtiges Mittel hierfür ist eine Außenpolitik, die auf Diversifizierung der internationalen Beziehungen setzt. Dies soll dem Land Frieden, Souveränität und ökonomische Vorteile sichern. Aus der beeindruckenden Armutsminderungspolitik² wurde das offizielle Ziel, bis zum Jahr 2020 zum Industrieland zu werden. Schnelles Wachstum ist nach wie vor die Devise der Regierung, sämtliche Reformvorhaben richtet sie darauf aus. Neben einem großen informellen Sektor und der arbeitsintensiven Landwirtschaft spielen staatseigene Betriebe sowie ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Rolle für die vietnamesische Wirtschaft. Der wirtschaftliche Erfolg trägt auch zur anhaltenden Akzeptanz der Führung des Landes durch die Kommunistische Partei bei. Freihandelsabkommen gelten im Rahmen dieser wirtschaftspolitischen Ausrichtung als Mittel zum Zweck. So hob der vietnamesische Premierminister Nguyen Tan Dung in seiner Neujahrsansprache für das Jahr 2014 hervor: «Wir leben jetzt in einem Zeitalter der sich entfaltenden

Globalisierung und internationalen Integration. Der Zugang zu vielen Freihandelsabkommen mit hohen Anforderungen und großer Bandbreite hat zahlreiche Möglichkeiten für gegenseitig gewinnbringende Kooperationen geschaffen.»³ Entsprechend diesem Paradigma hat die vietnamesische Regierung zwischen 1995 und 2011 zahlreiche Freihandelsabkommen abgeschlossen und ist Teil von Freihandelsregionen geworden.⁴ Momentan ist das Land an Verhandlungen zu weiteren Freihandelsabkommen beteiligt oder daran interessiert, darunter ist eines mit der Europäischen Union sowie das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPPA).⁵ Neben diesen überregionalen Abkommen ist Vietnam als Mitglied der ASEAN und als unmittelbarer Nachbar Chinas eng in regionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden.

FREIHANDEL GEGEN EINEN ZU STARKEN EINFLUSS CHINAS

Die unmittelbare Nachbarschaft zu China und dessen politische, ökonomische und militärische Stärke stellen Vietnam vor besondere Herausforderungen. Selbst wenn Vietnam mit seinen niedrigeren Lohnkosten ein willkommener Investitionsstandort für viele Firmen ist, die bisher in China produziert haben⁶, so stört in der vietnamesischen Bilanz ein beständiges Außenhandelsdefizit zum großen Nachbarn im Norden. Dieses betrug 2014 fast 29 Milliarden US-Dollar. Chinesische Produkte machten 2014 etwa 29 Prozent des gesamten vietnamesischen Importes aus. Zum Vergleich: Im

Handel mit den USA erzielte Vietnam den größten Überschuss von mehr als 22 Milliarden US-Dollar.⁷ Auch die vietnamesische Stromversorgung ist weiterhin von Elektrizitätsimporten aus China abhängig. Die stabile Energieversorgung ist ein wichtiges und ständiges Thema in Vietnam, da sie einerseits Wohlstand bedeutet und andererseits die Grundlage für die Industrialisierungspolitik der Regierung darstellt. Im Jahr 2014 nahmen die Spannungen in den nachbarschaftlichen Beziehungen zu. Anlass war der erneut aufflammende Territorialkonflikt im Südchinesischen Meer. Im Mai 2014 installierte China eine Ölbohrplattform in Gewässern, welche Vietnam für sich beansprucht. In der vietnamesischen Bevölkerung verschärfte dies die Ressentiments gegenüber dem Nachbarland.⁸ Auf diese Situation reagierte die Führung des Landes mit der Suche nach internationaler Unterstützung. So gelang es Vietnam im vergangenen Jahr, die ASEAN-Mitglieder zu einer gemeinsamen Stellungnahme in Bezug auf das Südchinesische Meer, die damit verbundene Sorge um Frieden und Stabilität in der Region sowie die Relevanz internationaler Abkommen zu bewegen.⁹ Dies gilt als großer diplomatischer Erfolg der vietnamesischen Regierung, denn im Jahr 2012 lehnte das ASEAN-Mitgliedsland Kambodscha eine gemeinsame Erklärung zum Südchinesischen Meer noch ab und ließ ein ASEAN-Außenministertreffen im Juli 2012 zum Desaster für Vietnam werden. Die ASEAN und ihre Mitglieder sind für Vietnam also keine verlässlichen Partner. Zu sehr sind die Volkswirtschaften und Interessen der einzelnen Länder mit denen Chinas verwoben. Als mögliche Gegengewichte in diesem Balanceakt ist Vietnam auf starke Verbündete wie die USA, die EU, aber auch Indien oder Russland angewiesen.

Unter Präsident Barack Obama warfen die USA ihre Angeln wieder im asiatisch-pazifischen Raum aus und machten diesen zur Priorität langfristiger geostrategischer und sicherheitspolitischer Planungen. Hier sollen die eigenen Interessen gestärkt und China ausgebremst werden.¹⁰ So ist Vietnam (wieder) ein strategisch interessanter Partner für die USA geworden. Zugleich scheinen die USA ein attraktiver Partner für Vietnams Interessen zu sein. Vietnam feiert in diesem Jahr den 20. Jahrestag der Normalisierung seiner Beziehungen zu den USA. Das Verhältnis beider Länder hat sich in vielerlei Hinsicht verbessert. Im Oktober 2014 hoben die USA sogar das Waffenembargo für Vietnam teilweise auf. Als Präsident Obama in einem Interview Anfang Februar 2015 an China appellierte, Vietnam und die Philippinen nicht zu drangsalieren, wurde das in der vietnamesischen Öffentlichkeit euphorisch aufgenommen.¹¹ Große Erwartungen setzt die vietnamesische Führung auch in die Intensivierung des Handels mit den USA. Dadurch hofft sie, der Außenhandelsdefizitfalle mit China zu entkommen und dem Nachbarn im Norden emanzipierter entgegenzutreten zu können.

Das TPPA wird zwischen den USA, Australien, Brunei Darussalam, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam verhandelt. Es richtet sich handelspolitisch eindeutig gegen China, dessen Regierung nicht am Verhandlungstisch sitzt. Das Abkommen würde etwa 40 Prozent des globalen Handels abdecken, circa elf Prozent der Weltbevölkerung wären betroffen. Allerdings ist die Eindämmung des chinesischen Einflusses nicht der einzige Grund, warum Vietnam am TPPA teilhaben möchte. Die vietnamesische Regierung hofft, nach der Unterzeichnung des TPPA besseren Zugang zu den Märkten der Partnerländer und erleichterte Exportbedingungen, insbe-

sondere für vietnamesische Agrarprodukte und Produkte der Textilindustrie zu erhalten. Jährlich strömen mehr als eine Million neue Arbeitskräfte auf den vietnamesischen Arbeitsmarkt. Parallel dazu gehen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, in der mehr als 40 Prozent aller Berufstätigen beschäftigt sind, durch Industrialisierung, Urbanisierung, Bodendegradierung und die Auswirkungen des Klimawandels verloren. Bereits jetzt setzt Vietnam intensiv auf ausländische Direktinvestitionen, welche mittlerweile mehr als 65 Prozent der gesamten Exporteinnahmen ausmachen.¹² Das TPPA soll die ausländischen Direktinvestitionen weiter steigern – um 35 Prozent bis zum Jahr 2025. Reformorientierte Kräfte in der Führung des Landes, die darauf setzen, eine voll funktionierende Marktwirtschaft zu errichten, erwarten durch die Vorschriften des TPPA für die nationale Gesetzgebung mehr und schnellere Strukturreformen, die vor allem die Staatsbetriebe treffen bzw. deren Privatisierung beschleunigen sollen.¹³

DAS TPPA IST KEIN NACHHALTIGES, PROGRESSIVES PROJEKT

So wie auch bei anderen Freihandelsabkommen üblich, verlaufen die Verhandlungen des TPPA geheim, sodass der gesamte Inhalt des Abkommens der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung steht. Es ist aber abzusehen, dass es beim TPPA mehr um Investitionsschutz und den Schutz geistigen Eigentums geht als um Handel im traditionellen Sinne. Den Hoffnungen der vietnamesischen Regierung stehen massive Risiken gegenüber. «Die Kapazitäten, um den vielseitigen und beschwerlichen Auflagen zu entsprechen, werden viel kosten und Ressourcen [der vietnamesischen Regierung, Anm. d. Autorin] von der Lösung eigentlich wichtigerer Aufgaben abhalten», sagt Jane Kelsey von der University of Auckland. Es kann davon ausgegangen werden, dass die vietnamesische Textilindustrie nicht im erhofften Maße von den Zollbefreiungen beim Import in die USA profitieren wird. Die USA bestehen derzeit auf der sogenannten Yarn-Forward-Rule, welche festlegt, dass auch das Garn der importierten Textilien aus TPPA-Mitgliedstaaten kommen muss. Bisher werden in Vietnam jedoch vorwiegend aus dem Ausland stammende Garne benutzt, 80 bis 90 Prozent des Garns sollen importiert sein. Der Großteil stammt aus China oder Taiwan. Auch befinden sich viele Textilfabriken in chinesischem oder anderweitig ausländischem Besitz, sodass die Einnahmen für Vietnam vor allem auf die Löhne der ArbeiterInnen begrenzt sind. Die Förderung des Niedriglohnssektors trägt nicht zu einer nachhaltigen Wirtschaft in Vietnam bei und widerspricht auch eindeutig den zahlreichen politischen Bekenntnissen, auf eine gut ausgebildete Bevölkerung und soziale Gerechtigkeit zu setzen.¹⁴ Während die Zeitung *Nhan Dan* («Das Volk»), zentrales Organ der Kommunistischen Partei, das TPPA als «goldene Möglichkeit» für die vietnamesische Landwirtschaft preist,¹⁵ gehen KritikerInnen davon aus, dass die strengen Auflagen in Bezug auf Hygiene und Lebensmittelsicherheit vor allem dazu dienen werden, den US-Markt vor günstigeren Produkten unter anderem aus Vietnam zu schützen und zugleich neue Absatzmärkte für Fast-Food-Ketten zu schaffen.¹⁶ Ein weiteres Problem birgt der im Oktober 2014 bekannt gewordene Inhalt des TPPA zur Patentierung pflanzlicher Produkte. Die Patente genetischer Codes von Pflanzen befinden sich zum Großteil in der Hand transnationaler Agrarkonzerne wie Monsanto. Die strengeren Hygienevorschriften und Zertifizierungen sowie der Patent-

schutz von Pflanzen werden daher in erster Linie Kleinbauern treffen.¹⁷ Diese könnten gezwungen sein, auf bestimmte Getreidesorten zurückzugreifen, um für den Export in TPPA-Mitgliedstaaten produzieren zu können. Auch ist zu vermuten, dass die Hygienevorschriften einen Standard erfordern werden, den nur industrielle Großbetriebe vorweisen bzw. dokumentieren können. Vietnam ist ein Land, das vor allem von Kleinbauern bewirtschaftet wird.

Das TPPA ist kein nachhaltiges, progressives Projekt. Vietnam läuft vielmehr Gefahr, in die Falle eines Landes mit mittlerem Einkommen zu tappen, seine ArbeiterInnen weiterhin ausbeuterischen Industriezweigen zur Verfügung zu stellen und zu wenig eigene Wirtschaftskraft zu entwickeln.

Ein beliebtes Objekt der Kritik westlicher Medien an Vietnam sind die Staatsbetriebe. Sie stehen nicht zuletzt der Anerkennung Vietnams als Marktwirtschaft im Wege. Auch den VerhandlungspartnerInnen beim TPPA sind die Privilegien für Staatsbetriebe ein Dorn im Auge. Neben dem Druck von außen gibt es strukturelle Probleme der vietnamesischen Staatsbetriebe. Viele sind hoch verschuldet und von Missmanagement und Korruption geplagt. Der Reformkurs sieht die Privatisierung von 432 Staatsbetrieben in den Jahren 2014/2015 vor, in erster Linie durch Gewinnung ausländischer InvestorInnen.¹⁸ Doch bei den Reformen der Staatsbetriebe ist es mit bloßen Privatisierungen nicht getan. Nach Unterzeichnung des TPPA müsste Vietnam diesen wichtigen Sektor unter Bedingungen reformieren, die von außen diktiert werden. Es kann kaum davon ausgegangen werden, dass das TPPA Vietnam hier viele Ausnahmen gewähren wird. Der Verkauf von Staatsbetrieben hat bisher nur wenige InvestorInnen interessiert. So wurde bei den Anteilsverkäufen der staatlichen Fluglinie Vietnam Airlines im Jahr 2014 kein ausländischer Käufer gefunden. Derzeit sind etwa 20 Prozent der vietnamesischen ArbeiterInnen in Staatsbetrieben beschäftigt. Inwieweit ihre Arbeit durch die Privatisierungen betroffen sein wird, ist in der öffentlichen Diskussion bislang kein Thema.

DER SCHUTZ GEISTIGEN EIGENTUMS UND SEINE VERHEERENDEN FOLGEN

Hochgradig skandalös nicht nur für Vietnam, sondern für alle wirtschaftsschwächeren Partner des TPPA sind die vorgesehenen Schutzmechanismen für intellektuelles Eigentum. Die damit verbundenen Patentregeln verlängern die Sperrfristen für die Herstellung von Generika. Dies hätte verheerende Folgen für die Gesundheitsversorgung in Vietnam. Der Staat könnte nach Inkrafttreten der entsprechenden TPPA-Kapitel voraussichtlich nur noch etwa 30 Prozent der HIV-Positiven mit einer Therapie versorgen. Derzeit sind es 68 Prozent.¹⁹ Vietnam verfügt über kein voll funktionierendes Krankenkassensystem. PatientInnen müssen Medikamente oft privat erwerben, sodass steigende Medikamentenpreise kaum absehbare Folgen vor allem für ärmere Bevölkerungsschichten haben. «Medikamentenpreise werden explodieren, vielleicht wird eine Übergangsphase erlaubt (noch in Diskussion), aber Vietnam wird am Ende die gleichen Regeln einhalten müssen», beschreibt Jane Kelsey die Auswirkungen des TPPA auf die medizinische Versorgung des Landes.

Genau wie das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA trägt auch das TPPA eine hochgradig undemokratische Dimension in sich. Dabei geht es nicht nur um die intransparenten und nicht parlamentarisch legitimierten Verhandlungen.

Auch das TPPA sieht sogenannte Investor-State Dispute Settlements (ISDS) vor, in denen private Offshore-Anwaltskanzleien die Höhe von Strafen aushandeln, die ein Staat an Firmen zahlen muss, sollten dessen politische Entscheidungen dazu führen, dass den entsprechenden Firmen Gewinne entgehen. Beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen steht Vietnam noch am Anfang. Dass die vietnamesische Regierung diese Strukturen jetzt durch die ISDS aushebeln lässt, ist fatal. Alsentwicklungsschwächstes Land in der TPPA-Riege werden die finanziellen Bürden für Vietnam sicherlich schwer wiegen.

Trotz massiver Verhandlungsprobleme mit Japan in Bezug auf Agrarfragen drängt die Obama-Administration auf einen Abschluss des TPPA noch im April 2015. Allerdings hat US-Präsident Barack Obama nicht wie gewünscht die sogenannte Fast-Track-Genehmigung erhalten, mit der er eine Entscheidung des US-Kongresses hätte umgehen können. Das TPPA muss also vom republikanisch dominierten Kongress genehmigt werden. Der vorgeschlagene Zertifizierungsprozess des TPPA würde es dem US-Kongress ermöglichen, noch nach Abschluss des Abkommens Veränderungen zu verlangen – angesichts der Zusammensetzung des Kongresses wären das Veränderungen im Sinne der US-Wirtschaft –, welche die Partnerländer dann implementieren müssten, bevor das TPPA in Kraft tritt. Somit steht zu befürchten, dass mächtigere TPPA-Partner (wie die USA) zum eigenen Vorteil über die nationale Gesetzgebung anderer Partner (wie der Vietnams) bestimmen.²⁰ Skandalös ist auch, dass es voraussichtlich keinen offiziellen Vertragstext auf Vietnamesisch geben wird. Dies bedeutet, dass viele vietnamesische ParlamentarierInnen den Originaltext nicht werden lesen können. Selbst Englisch sprechende Abgeordnete wird der mit Fachbegriffen durchsetzte Vertragstext vor große Herausforderungen stellen. Eine echte kritische Analyse durch das vietnamesische Parlament scheint somit kaum möglich zu sein.

EIN KRITISCHER DISKURS IST NÖTIG

Vietnam steckt in einer außenpolitisch komplexen Gemengelage. Das Land hat es bisher geschafft, seine eigene Position in der Region zu stärken und gleichzeitig auf friedliche Konfliktlösungen zu setzen. Es ist offensichtlich, dass China für Vietnam langfristig eine essenzielle Rolle spielen wird und dass Lösungen nur gemeinsam mit dem Nachbarn im Norden gefunden werden können. Es besteht die Gefahr, dass der TPPA-Beitritt Vietnams verhärtete Konfliktlinien mit China zur Folge haben könnte. Auch die Harmonisierung der bestehenden und noch verhandelten Freihandelsabkommen stellt Vietnam vor große Herausforderungen. Sollte Vietnam das TPPA vor dem EU-Abkommen abschließen, könnte es den Abschluss des Letzteren gefährden. Das TPPA wird voraussichtlich bestimmte vorgesehene Schutz Klauseln für geografische Herkunftsbezeichnungen von Produkten des EU-Vietnam-Freihandelsabkommens nicht zulassen.²¹

Doch auch das Abkommen mit der EU bedarf einer kritischen Analyse, die bisher weder in der vietnamesischen noch in der europäischen Öffentlichkeit stattfindet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Vietnam hat die Erfahrung gemacht, dass es weder in der Öffentlichkeit noch unter AkademikerInnen einen kritischen Diskurs über das TPPA gibt. Die Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Beteiligung an politischen Prozessen sind in Vietnam insgesamt schwie-

rig. Dennoch konnte das Hanoier Stiftungsbüro in den vergangenen drei Jahren mehrere Veranstaltungen durchführen, die kritische Anregungen gegeben haben. Inwieweit diese auf politischer Ebene rezipiert werden, ist schwer nachzuvollziehen. Für eine linke Perspektive ergeben sich bei einer reinen Ablehnung des TPPA aber weitere Dilemmata. In Vietnam gibt es bisher keine Gesetze, die beispielsweise Demonstrations- und Versammlungsfreiheit regeln. Auch herrschen in den Industriebetrieben oftmals katastrophale Arbeitsbedingungen, die Gewerkschaft kann sich nicht frei organisieren, und auch Umweltstandards werden nur mangelhaft überwacht. Das TPPA sieht Auflagen vor, die in Bezug auf diese Themen möglicherweise Verbesserungen bewirken können. So ist das Demonstrationsgesetz in Vietnam inzwischen auf die Gesetzgebungsgaganda gesetzt worden. Inwieweit, dies auf den Druck durch die TPPA-Verhandlungen geschehen ist, ist schwer einzuschätzen. Die möglichen Chancen etwa in Bezug auf Gewerkschaftsarbeit in Vietnam, Versammlungsfreiheit etc. sollten im Rahmen einer linken Analyse jedoch nicht über all die oben genannten Risiken hinwegtäuschen. Die vietnamesische Regierung und auch die Kommunistische Partei sollten im eigenen Interesse kritische Diskurse in der Öffentlichkeit ermöglichen, ausreichend Informationen für die Betroffenen zu Verfügung stellen, den Menschen zuhören und in deren Interesse verhandeln. Doch das hätte früher geschehen müssen. Inzwischen sind die Verhandlungen schon zu weit vorangeschritten.

Nadja Charaby ist Projektmanagerin Ost- und Südostasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von Februar 2011 bis Februar 2015 leitete sie das Regionalbüro Südostasien der Stiftung in Hanoi.

1 Vietnams jährliches Wachstum belief sich in den vergangenen zehn Jahren auf durchschnittlich 6,4 Prozent; vgl. www.worldbank.org/en/country/vietnam/overview. Diese Wachstumszahlen gelten der Kommunistischen Partei als wesentliche Erfolgsindikatoren. Debatten um alternative Modelle zur Erreichung von Wohlstand finden nicht statt. **2** Die Armutsrate wurde von 75 Prozent im Jahr 1990 auf unter acht Prozent im Jahr 2013 gesenkt. **3** Vgl. <http://thutuong.chinhphu.vn:2012/Home/PM-Dungs-New-Year-Message/20141/2274>. vgl. **4** Im Jahr 1995 normalisierten sich Vietnams diplomatische Beziehungen mit den USA, was der weltwirtschaftlichen Integration des Landes einen großen Schub verlieh. Im gleichen Jahr wurde Vietnam Mitglied der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und damit Teil des ASEAN-Freihandelsraumes. Die ASEAN hat Freihandelsabkommen mit Indien (2003), China (2004), Südkorea (2006), Japan (2008) und Australien/Neuseeland (2009) unterzeichnet. Vietnam verfügt ferner über bilaterale Abkommen mit Japan (2008), Chile (2011) und Südkorea (2014). **5** Hierbei handelt es sich um folgende Abkommen: Regional Comprehensive Economic Partnership (ASEAN+6), Vietnam-EU, TPPA, ASEAN-EU (als Paket gescheitert, jedoch als Blaupause für zahlreiche bilaterale Abkommen der EU in Südostasien genutzt), Vietnam-Zollunion Russlands, Weißrusslands und Kasachstans. **6** Während die durchschnittlichen Lohnkosten für FabrikarbeiterInnen in China bei ca. 300 US-Dollar pro Monat liegen, belaufen sie sich in Vietnam auf ca. 100 bis 150 US-Dollar; vgl. www.ft.com/cms/s/0/46d052b8-6446-11e1-b30e-00144feabdc0.html#axzz3Rnko6yQN. **7** Zur vietnamesischen Handelsbilanz 2014 vgl. www.customs.gov.vn/Lists/EnglishNews/View-Details.aspx?ID=378&Category=News%20and%20Events&language=en-US. **8** Zu den antichinesischen Protesten in Vietnam vgl. www.theguardian.com/world/2014/may/15/vietnam-anti-china-protests-oil-rig-dead-injured. **9** Vgl. www.president-office.gov.mm/en/?q=issues/asean/id-3711. **10** Zu den US-Militärausgaben für Kooperationen im asiatisch-pazifischen Raum vgl. <http://foreignpolicy.com/2015/02/02/793982budget-asia-pacific-syria-iraq-russia-ukraine>. **11** Vgl. www.thanhnienews.com/politics/obamas-tough-talk-on-china-sparks-jubilant-in-vietnam-38320.html. **12** Vgl. http://vccinews.com/news_detail.asp?news_id=31703. **13** Vgl. http://rosalux-europa.info/userfiles/file/TTP_VN_Tung_Nguyen_140818.pdf. **14** Der Parteitagebeschluss der Kommunistischen Partei im Jahr 2011 formulierte das Ziel, wirtschaftliches Wachstum besser in Einklang mit sozialer Gerechtigkeit zu bringen; vgl. <http://en.vietnamplus.vn/Home/Resolution-of-the-11th-Party-National-Congress/20111/15543.vnplus>. **15** Vgl. http://en.nhandan.org.vn/en/mobile/_mobile_business/_mobile_economy/item/2053502.html. **16** Vgl. www.ran.org/tags/agribusiness?page=4. **17** Vgl. www.citizen.org/tpp-ip-wikileaks und <https://wikileaks.org/tpp-ip2/tpp-ip2-chapter.pdf>. **18** Vgl. <http://asia.nikkei.com/magazine/20141002-REINVENTING-THE-MALL/Politics-Economy/Vietnam-kicks-up-privatization-again-as-growth-slows>. **19** Study Claims U.S. TPP Proposal Would Cut in Half Access to HIV Drugs in Vietnam (Inside U.S. Trade 12/26/2014, Vol. 32, No. 51). **20** Zur sogenannten Zertifizierung und der möglichen Einflussnahme von US-ExpertInnen auf nationale Gesetzgebungen der Partnerländer vgl. <http://tppnocertification.org>. **21** In den EU-Freihandelsabkommen wird in der Regel großer Wert auf den Schutz geografischer Bezeichnungen von Produkten gelegt, wie beispielsweise Parma-Schinken, Roquefort-Käse oder sogar (Westfälischer) Pumpnickel. Dies zeigt sich bereits beim Freihandelsabkommen, das die EU mit Singapur abgeschlossen hat. Dieses FTA gilt als Blaupause für das Abkommen zwischen der EU und Vietnam. Für Singapur selbst, das vor allem im Dienstleistungs- und Pharmasektor aktiv ist, stellt der Schutz geografischer Bezeichnungen keine große Hürde dar. Auch mit Vietnam gäbe es kaum Konfliktstoff, da die vietnamesische Landwirtschaft andere Produkte als die der EU erzeugt. Ländern wie den USA oder auch Australien, die ähnliche Produkte wie die EU auf den Markt bringen, sind diese Schutzbestimmungen jedoch ein Dorn im Auge. So äußerten sich diese Länder kritisch in Bezug auf die entsprechenden Bestimmungen im Abkommen zwischen der EU und Singapur. Auch in den Verhandlungen um das TTIP stellen die Schutzbestimmungen einen kritischen Punkt dar.

BRETT SCOTT

VISIONEN EINES LEVIATHANS

DIE POLITISCHEN IMPLIKATIONEN DER BITCOIN-TECHNOLOGIE

In Kim Stanley Robinsons epischem Roman «Red Mars» aus dem Jahr 1993 errichtet eine Gruppe von WissenschaftlerInnen auf dem Mars eine Kolonie. Manche von ihnen begreifen die Kolonie als Chance auf ein neues Leben, das nach gänzlich anderen Regeln funktioniert als jenen, die auf der chaotischen Erde herrschen. Doch mit der Zeit übernehmen multinationale Konzerne, die im Mars nur ein weiteres Geschäftsfeld sehen, die Kontrolle, etablieren eine Regierung, und die Hoffnung zerplatzt. Dies ist ganz sicher eine Geschichte, mit der sich viele aus der Bitcoin-Gemeinde identifizieren können. Die Vision, die dahinter steht, scheint heute bedroht zu sein: eine digitale Ökonomie, die auf einer Kryptowährung basiert und die unabhängig von den Entscheidungen aufgeblähter Banken und aggressiver Regierungen agieren kann. Hier soll es darum gehen, was den Kern der Bitcoin-Innovation ausmacht – und um die Frage, ob sie das Empowerment-Versprechen hält, das seine BefürworterInnen ihr zuschreiben.

Für viele Außenstehende sind Bitcoins eine kuriose Modeerscheinung, ein Fehlzünder, der bald der Medienlangeweile zum Opfer fallen wird. Doch das ist ein Irrtum. Im Kern der von Bitcoin geleisteten Innovation steckt weit mehr als nur eine neue Währung. Deshalb wird sie auch nicht einfach wieder verschwinden. Mit Bitcoin ist nicht nur ein Zahlungsmittel entstanden, sondern eine Methode zur Erstellung eines dezentralen, von den NutzerInnen selbst gesicherten, mit Datum und Uhrzeit versehenen Registers. Oder noch einfacher gesagt: Bitcoin ist eine Methode zur Vermeidung zentralisierter Speicherstellen. Solche Stellen sind in der Gesellschaft omnipräsent, von den Banken, die elektronische Transaktionen zwischen mir und meinem Vermieter aufzeichnen, über das Patentamt, dessen MitarbeiterInnen das Datum einer Erfindung registrieren, bis hin zu den Parlamentsakten, die die Verabschiedung neuer Gesetze dokumentieren. Am Sichtbarsten wird diese technische Innovation jedoch im Bereich der Währung.

Banken verwalten Informationen. Die Zeiten, in denen UnternehmerInnen einen Haufen Gold zur sicheren Aufbewahrung in den Tresorraum ihrer Bank brachten, sind lange vorbei. Wenn Sie heute «350 Euro auf der Bank» haben, bedeutet das einfach, dass diese Zahl in der Datenbank des Rechenzentrums Ihrer Bank gespeichert und Ihrer Kontonummer zugeordnet ist. Bei einer elektronischen Überweisung schicken Sie Ihrer Bank im Prinzip nur eine Nachricht. Sie identifizieren sich über Ihre PIN oder Kartenummer und bitten darum, den Eintrag in der Datenbank um den genannten Betrag zu ändern und die Bank des Empfängerkontos über die «Zahlung» zu informieren, damit diese den Betrag dem Empfängerkonto gutschreibt. Als Gruppe betrachtet, besitzen kommerziel-

le Banken somit ein Monopol zur Speicherung von Transaktionsdaten. Auf diese Weise können sie nachvollziehen, «wie viel Geld wir haben». Ein von derartigen Banken losgelöstes und gleichzeitig sicheres elektronisches Währungssystem müsste daher Antworten auf drei miteinander zusammenhängende Fragen geben. Erstens: Wie lassen sich die von den Banken kontrollierten privaten Datenbanken ersetzen? Zweitens müsste geklärt werden, wie sich Informationen in diesen Datenbanken «manipulieren» lassen (wie sich also «Geld bewegen» lässt). Und drittens müsste die Frage beantwortet werden, wie man die Menschen davon überzeugt, dass die umherbewegten Einheiten auch tatsächlich etwas wert sind.

Bitcoin löst das erste Problem durch eine öffentliche Datenbank, ein Buchungssystem: die «Blockkette». Die am Bitcoin-System Beteiligten können Informationen in diesem Buchungssystem speichern. Aber sobald eine Information gespeichert ist, kann sie nicht mehr bearbeitet werden.¹ Ein verteiltes Kollektiv von Kontoristen «verleiht» im Prinzip seine Rechenkraft und hält das Buchungssystem kollektiv aufrecht, indem es die eingehenden Daten zu abgeschlossenen Transaktionsketten «verwebt». Diese KontoristInnen werden *Miners* (dt. SchürferInnen) genannt. Zweitens verfügt Bitcoin über einen Prozess zur Identifikation von NutzerInnen, damit diese bei den KontoristInnen Transaktionen in Auftrag geben und ins Buchungssystem eintragen lassen können. Hier kommt die Verschlüsselung der Daten ins Spiel: Meinen öffentlichen Bitcoin-Schlüssel (in etwa vergleichbar mit einer Kontonummer) kontrolliere ich über meinen privaten Schlüssel (im Prinzip wie meine Konto-PIN). Im Zusammenspiel dieser beiden Elemente eröffnet sich anonymen Individuen die Möglichkeit zur anonymen Aufzeichnung von Transaktionen

untereinander in einer Datenbank, die von einem dezentralen Netzwerk betrieben und gesichert wird. Das dritte Element, also Menschen davon zu überzeugen, dass die gehandelten Einheiten tatsächlich etwas wert sind, ist eine etwas subtilere Frage, mit der ich mich an dieser Stelle nicht weiter beschäftigen werde.

Dieser Ansatz hat unmittelbare politische Implikationen. Im Bitcoin-System wird die Gruppe mächtiger zentralisierter InformationsvermittlerInnen (das über die Zentralbank miteinander verbundene und von den Regierungen gestützte Monopol der Banken) durch ein diffuseres Netzwerk ersetzt, bei dem auf den ersten Blick niemand die direkte Kontrolle hat. Von einer solchen Idee fühlen sich all jene angezogen, die die Macht der Banken durch eine größere Vielfalt im monetären System begrenzen möchten. Leute mit links-anarchistischen Einstellungen, die im Staat und im Bankensektor die VertreterInnen derselben elitären Interessen sehen, mögen in einem solchen System das Potenzial zu einer direkten und kollektiven demokratischen Kontrolle von Geld erkennen. Wirklich angesprochen hat die Idee allerdings vor allem liberale Konservative, die in Bitcoins eine warenartige Währung sehen, die frei ist von den Übeln der Einmischung durch Zentralbanken und Regulierung.²

Die politischen EntscheidungsträgerInnen und das ökonomische Establishment lassen bisher drei Reaktionen erkennen: Zunächst sind da Bedenken, dass Bitcoins zur Geldwäsche und für kriminelle Aktivitäten genutzt werden könnten. Zweitens bestehen Sorgen um den Verbraucherschutz. Schließlich ist da noch die Frage der Steuern. Allerdings bereitet die engstirnige Sichtweise der Aufsichtsbehörden, die sich ausschließlich auf die potenziell negativen Auswirkungen von Bitcoin konzentrieren, aber zugleich für die Schwächen des derzeitigen Währungssystems blind bleiben, den Boden für die politische Auseinandersetzung um das Zahlungssystem. Bitcoin-BefürworterInnen, die die von ihnen geschaffene Nische leidenschaftlich verteidigen, werden auch wegen dieser Ignoranz empfänglich für Verschwörungstheorien, nach denen angeschlagene Banken bei Regierungen eifrig für ein Verbot von Bitcoin werben und paranoide PolitikerInnen in Panik um die Integrität der nationalen Währung geraten.

Fernab des Medienhypes um diese Bitcoin-Dramen formiert sich jedoch eine wesentlich tiefer greifende Bewe-

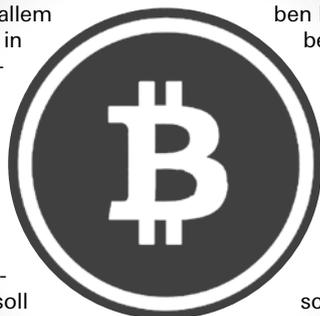
gung. Diese betrachtet dezentralisierte Blockketten nicht nur als Möglichkeit, Geschäftsbanken zu entmachten, sondern als potenziellen Weg, auch andere Formen der zentralisierten Verwaltung von Informationen obsolet zu machen. Ein Beispiel aus dem Urheberrecht: Urheberrechtsinstitutionen speichern derzeit Ansprüche auf die Urheberschaft an einem bestimmten Werk zu einem bestimmten Datum und fügen dem Werk einen entsprechenden offiziellen Stempel an. Diese zentralisierte «Zeitstempelung» wird «Notarisierung» genannt. Eine nichtmonitäre Anwendung einer Blockkette, die auf den gleichen Prinzipien wie Bitcoin basiert, könnte daher sein, die privat kontrollierten Bücher von NotarInnen durch eine öffentliche Notarisierung zu ersetzen, mit der Personen ihre Ansprüche dokumentieren können.³

Und wie steht es mit DNS-Einträgen (Domain Name System) zur Registrierung von Internetadressen? Tippt man eine URL wie www.seite-xy.de ein, steuert der Browser zunächst eine private Datenbank (ein DNS-Register) an, in der die URLs IP-Adressen (den Adressen bestimmter Geräte bzw. Empfänger) zugeordnet sind, an die man dann weitergeleitet wird. Man könnte aber genauso gut ein dezentrales Register von Domain-Namen-BesitzerInnen über eine Blockkette organisieren.⁴ Theoretisch ließe sich auf diese Weise der Besitz von Aktien, Land, eigentlich jeder Besitz als solcher aufzeichnen.⁵

Bei der Frage, wer die größten VerwalterInnen von Informationen sind, sehen wir den Wald oft vor lauter Bäumen nicht. Zum Beispiel Facebook: Ist das nicht einfach ein Unternehmen, dem man Informationen schickt, die dann in Facebooks Datenbanken gespeichert und anschließend Ihnen und Ihren FreundInnen angezeigt werden? Man loggt sich mit einem Passwort ein (wodurch man sich identifiziert) und ändert die Datenbank sodann durch das Senden weiterer Informationen (etwa: «Ich möchte dieses Foto wieder löschen»). Gleiches gilt für Twitter, Dropbox und unzählige weitere webbasierte Dienste. Anders als das ursprüngliche Internet, das vor allem der Übertragung statischer Inhalte diente, erleben wir heute Seiten wie Facebook als interaktive Spielwiesen, auf denen wir auf weit entfernten Computern installierte Programme nutzen. Bei dieser Art von Interaktivität vertrauen wir Unternehmen wie Facebook riesige Mengen an Informationen über uns an. Auf der Grundlage dieser Informationen können uns Firmen gezielt Dinge verkaufen – das ist das Geschäftsmodell, mit dem Plattformen wie Facebook ihre Profite ma-

BITCOIN ist ein seit dem Jahr 2009 verfügbares, weltweites Zahlungssystem. Die einzelne Geldeinheit in diesem Zahlungssystem heißt ebenfalls Bitcoin. Der gängigste Weg, Bitcoins zu erwerben, ist es, sie auf Bitcoin-Marktplätzen im Internet zu kaufen. Bisher wird mit Bitcoin vor allem im Internet bezahlt, vereinzelt gibt es aber auch in der Gastronomie oder im Einzelhandel die Möglichkeit, Rechnungen mit Bitcoin zu begleichen. Der Kurs dieser «Währung» unterliegt starken Schwankungen.

Das Besondere an dem Zahlungssystem ist, dass es auf einer dezentralen Datenbank, der sogenannten Blockkette (engl. *block chain*), basiert. Sie wird gemeinsam von den NutzerInnen verwaltet, in ihr werden alle Transaktionen verzeichnet. Diese dezentrale Datenbank soll eine Einflussnahme von staatlicher Seite oder eine Regulierung durch Banken unmöglich machen. Ohne eine zentrale Autorität soll so ein weltweiter Zahlungsverkehr ohne zeitliche Verzögerung und mit nur sehr geringen Gebühren ermöglicht werden, der auch ohne eine vor Ort vorhandene



Bankeninfrastruktur funktioniert. Hierbei kommen kryptografische Techniken (technische Verfahren zur Verschlüsselung von Informationen) zum Einsatz, weshalb Bitcoin auch als «Kryptogeld» oder «Kryptowährung» bezeichnet wird. Neben Bitcoin gibt es noch eine Reihe weiterer, wenig bekannter Kryptowährungen.

Die Gesamtgeldmenge im System ist auf 21 Millionen Bitcoin begrenzt. Derzeit sind etwa 13,8 Millionen Bitcoin im Umlauf. Durch das sogenannte *Mining* (dt. Schürfen) werden – mittels des dezentralen Einsatzes von Rechenleistung – neue Blöcke der Blockkette erzeugt. Dadurch werden auf der einen Seite getätigte Transaktionen bestätigt und im System verzeichnet und gleichzeitig neue Bitcoins geschöpft. Das *Mining* ist sehr rechenintensiv, da sich der notwendige Einsatz an Rechenleistung dynamisch an die Gesamtrechenleistung des Systems anpasst, sodass nur etwa alle zehn Minuten ein neuer Block erstellt wird. Für jeden neu erstellten Block werden 25 neue Bitcoins geschöpft, bis zur Maximalsumme von 21 Millionen Bitcoins. Patrick Stary

chen. Darüber hinaus können Behörden wie die NSA den so entstandenen Informationsspeicher durchforsten. Was aber wäre, wenn sich interaktive Web-Dienste entwickeln ließen, die nicht auf einem zentralen Informationsvermittler wie Facebook aufbauen? Genau hieran arbeiten Gruppen wie Ethereum.⁶ Stellt Bitcoin eine Form der dezentralen Aufzeichnung von einfachen Transaktionsinformationen dar, zielt Ethereum auf die Schaffung einer «dezentralen Rechenmaschine». Auf einem solchen System ließen sich Programme oder Verträge über eine Blockkette ausführen, die von einem verteilten Netzwerk von Computern anstatt von Mark Zuckerbergs Rechenzentren zusammengehalten würde.

Allmählich hört sich das alles nach Science Fiction an, aber Organisationen wie Ethereum arbeiten tatsächlich an vorderster Front am Aufbau «dezentralisierter autonomer Organisationen», programmierter Objekte also, mit denen Menschen interagieren können, die aber von niemand Bestimmtem kontrolliert werden. Einem solchen Gebilde kann ich Informationen schicken, wodurch die programmierten Funktionen aktiviert und weitere Aktionen in Gang gesetzt werden. Wie Bitshares es beschreibt, verfügen solche Organisationen über «einen in Open-Source-Software kodierten Business-Plan, der völlig automatisch und in transparenter und vertrauenswürdiger Weise ausgeführt wird».⁷

Mark Zuckerberg von Facebook oder Jamie Dimon von JP Morgan sind die menschlichen Gesichter hinter den digitalen Schnittstellen ihrer Dienste. Sie können Daten offen manipulieren oder sich dem Druck der Zensur beugen. Allem Anschein nach wäre eine dezentralisierte Währung oder eine dezentralisierte Version von Twitter solchen Eingriffen gegenüber immun.⁸ Gerade auf diesem Punkt baut das Narrativ des Empowerments auf, und in der Tat bieten diese Überlegungen auf den ersten Blick eine aufregende Vision autonomer Außenposten der Freiheit in einer ansonsten von großen und korrupten Institutionen dominierten Welt. Die Blockkette kann Verträge zwischen freien Individuen aufzeichnen. Sollten sich Mechanismen zur Durchsetzung dieser Verträge schaffen lassen, hätten wir ein System zum Aufbau von Gesetzen, das keinen Staat braucht. Wenn es nach den VordenkerInnen der Blockketten-Technologien ginge, würden sie das heutige System ersetzen, da diese Technologien in jeder Hinsicht den bestehenden Institutionen gegenüber überlegen sind. Nehmen wir die Idee allerdings etwas genauer unter die Lupe, wird aus dem scheinbar utopischen Projekt schnell eine Anti-Utopie mit konservativem Einschlag.

Fragt man die BefürworterInnen von Bitcoins, warum ihre Währung anderen überlegen ist, hört man häufig, dass Bitcoins «vom Problem des Vertrauens befreit»⁹ seien: Es bedürfe keines Vertrauens in fehlbare «Regierungen und Konzerne». An die Stelle des Vertrauens trete ein von Individuen geschaffenes, selbsterhaltendes System, das einem festgelegten, von menschlichen Schwächen oder menschlicher Einmischung unabhängigen Satz von Regeln folge. Ein solches System sei fairer, weil es Menschen in die Lage versetze, sich gegen jene durchzusetzen, die die Macht haben, Regeln zu missbrauchen.

Auffällig an dieser «Vision» ist ihre Skepsis gegenüber allen menschlichen Eigenschaften. Während sich anarchistisch inspirierte PhilosophInnen alternative Formen gesellschaftlicher Organisation zumeist auf der Grundlage von Basisgemeinschaften vorstellen, die gemeinschaftliche Beziehungen aufbauen, geht es der Bitcoin-Gemeinde um autonom agierende Individuen, die mit anderen autonomen

AkteurInnen auf der Grundlage fest codierter Regeln zusammenarbeiten. Diese Regeln sind es, die sie vor denjenigen schützen, die ihren Interessen entgegenstehen. In dieser Vorstellung schwingt eine Verachtung menschlicher Unvollkommenheit mit, insbesondere der Unvollkommenheit der Mächtigen, implizit aber auch der von uns allen. Wir müssen vor uns selbst geschützt werden, indem wir Macht an einen automatisch ausgeführten Code delegieren. Die Bitcoin-Gemeinde scheint nicht an die Veränderbarkeit von Institutionen zu glauben, sondern sich vielmehr von einer Art Anti-Politik angezogen zu fühlen, bei der Handlungen auf binär kodierte Alternativen beschränkt sind. Hierin kommt eine konsumorientierte Sicht auf die Welt zum Ausdruck, in der man sich nicht «ausdrückt», indem man debattiert oder verhandelt, sondern indem man ein Produkt einem anderen Produkt vorzieht. Die Vision entpuppt sich als ein befremdliches, spannungsgeladenes Amalgam aus überschwänglicher, risikofreudiger Freiheit einerseits und risikoscheuer, antisozialer Paranoia andererseits.

DER MYTHOS VOM POLITISCHEN AUSSTEIGEN

BefürworterInnen verbinden mit Bitcoin die Möglichkeit, aus dem bestehenden System auszusteigen. Aber wohin eigentlich? Die Vorstellung eines Ausstiegs ins Internet ist bizarr, weil das Internet von massiven Investitionen des Staates und der Konzerne in die physische Infrastruktur abhängig ist, von auf dem Meeresboden verlegten Glasfaserkabeln, der Massenproduktion von Computern durch schlecht bezahlte ArbeiterInnen in Fernost und vom breiten Wohlstand in den Ländern des Westens. Die eine Seite des krypto-anarchistischen Mantras «Schutz der Privatsphäre der Schwachen und Transparenz für das Agieren der Mächtigen» ist an und für sich ein gesunder radikaler Impuls. Konservativ wird es, sobald allein der Schutz der Privatsphäre soziales Empowerment ermöglichen soll. Die Annahme, dass Empowerment vor allem daraus erwächst, in Ruhe den eigenen individuellen Interessen nachgehen zu können, ist im Kern die Ideologie der bereits Mächtigen, nicht die der Schwachen.

Die gleiche Ambivalenz findet sich in der verwandten Cypherpunk-Szene.¹⁰ Häufig wird sie als eine radikale Befreiungsbewegung dargestellt, doch genauer betrachtet, bietet die Welt der Kryptografie-Freaks keineswegs die Möglichkeit, den Dynamiken der Macht zu entkommen. Die Flucht führt nur unter die Herrschaft eines anderen Satzes von Regeln, die zwar nicht von «PolitikerInnen» kontrolliert werden, aber dafür in den Händen von ProgrammiererInnen und den EigentümerInnen von Rechenkapazität liegen. Vor diesem Hintergrund erscheint Bitcoin nicht als ein Reich, das ohne staatliche Regeln auskommt, sondern als eines, das seine eigenen Regeln durchsetzt. Es bietet Schutz, aber garantiert keineswegs Empowerment oder den Ausstieg aus dem Bestehenden.

Technologie erscheint oft als leise und unbewegt, eine Welt der apolitischen Objekte. Wir neigen daher dazu, den Dynamiken der Macht gegenüber blind zu sein, die in ihre Nutzung eingeschrieben sind. Sind beispielsweise E-Mails nicht einfach ein praktisches Werkzeug? Tatsächlich ist es höchst fraglich, ob wir noch die Wahl haben, E-Mail zu nutzen oder nicht. Klar, ich kann mich zwischen Gmail und Hotmail entscheiden, aber die breite Verwendung von E-Mails schafft Netzwerkeffekte, sodass langfristig der Verzicht auf die Nutzung von E-Mails immer weniger eine Option ist. Diejenigen, die nicht mitmachen, werden marginalisiert –

schon dieser Umstand macht aus der Technologie eine politische Frage. Dieser Punkt ist wichtig. Während einzelne Blockketten-Technologien ganz offensichtlich nützlich sein könnten, bergen sie als Technologien, die auf die Unterstützung menschlicher Interaktionen ausgelegt sind, die latente Gefahr einer technokratischen Entwicklung. Losgelöst von den ProgrammiererInnen, die sie entwickelt haben, können Blockketten, wenn sie erst einmal Einzug in die Abläufe der zwischenmenschlichen Beziehungen gehalten haben, schnell zur Schreckensvision einer Unterwerfung des Menschen unter Algorithmen werden. Dies fing Joseph Lubin vom Ethereum-Projekt (vermutlich unabsichtlich) ein, als er sagte: «Es wird möglich sein, Leute zu manipulieren, damit sie schlechte Entscheidungen treffen, aber es wird nicht möglich sein, das System an sich zu manipulieren.»¹¹

Interessanterweise weist diese Abstraktion Parallelen zu Thomas Hobbes auf. In seiner Schrift «Leviathan» versteht der egozentrische Mensch, dass es in seinem besten Interesse ist, einen Teil seiner Freiheit gegen die Sicherheit von Leib und Besitz einzutauschen. Hierzu schließt er einen Vertrag mit einem gottgleichen Souverän, der die gesellschaftlichen Spielregeln festlegt. Mit der Zeit wurde die Definition dieses Souveräns aufgeweicht, wie auch die Fiktion, dass Menschen tatsächlich einen Vertrag mit ihm eingehen. Dennoch bildet diese Vorstellung das Fundament der modernen Erwartung, dass die Regierung Eigentumsrechte zu sichern habe. Libertäre Konservative halten an dem Glauben fest, dass die Aufstellung klarer Eigentumsrechte und klarer Vertragsregeln die Garantie für die Entstehung optimaler Systeme sei. In diesem Sinne unterscheiden sie sich nicht groß von Hobbes. Allerdings stört sie an Hobbes, dass seine Vision Vertrauen in PolitikerInnen setzt, die als Menschen nicht wie ein unabhängiger Vertragssoverän agieren, sondern dazu neigen, an den Regeln herumzupfuschen, Dinge zu verbessern oder «zu klauen». Bieten dezentrale Blockketten da nicht endlich die Aussicht auf geschützte Eigentumsrechte mit klaren Regeln und ohne politische Einmischung? Im Kern ist dies die Vision eines technologischen, internetbasierten Leviathans, eines auf den Rang eines Gottes gehobenen Krypto-Souveräns, an dessen Regeln wir uns vertraglich binden können. Die Regeln sind eine Reihe von Algorithmen, schrittweise Kalkulationen, die sich nur sehr schwer ändern lassen. Zu Beginn repräsentieren sie vielleicht, im Rousseau'schen Sinn, den Gemeinwillen aller am Vertragsnetz Beteiligten. Der springende Punkt ist aber, dass ein Ausbrechen aus einem einmal in diesem System geschlossenen Vertrag kaum möglich ist.

Natürlich spricht eine solche Vision vor allem diejenigen an, die glauben, dass mächtige Institutionen in erster Linie dadurch funktionieren, dass sie Eigentumsrechte, Verträge und Regeln missachten. Doch während eines Großteils der jüngeren Geschichte war das zentrale Problem mit mächtigen Institutionen nicht ihre Bereitschaft, Verträge zu verletzen, sondern vielmehr, sie als unveränderbar darzustellen. Verträge sind im Wesentlichen nichts anders als Algorithmen, codierter Ausdruck der je nach Umständen erwünschten Resultate. Für gewöhnlich werden sie von TechnokratInnen geschrieben, und für gewöhnlich spiegeln sie die Interessen der gesellschaftlichen Elite wider. Gerade deshalb sind Befreiungsbewegungen immer darum bemüht, die Verträge vorangegangener Regime zu brechen, seien es Bauernbewegungen, die sich weigern, die Schuldverträge mit LandbesitzerInnen einzuhalten, sei es die Demokratische Republik Kongo, die alte, von multinationalen Konzernen gehaltenen Bergbaukonzessionen infrage stellt.

Beim politischen Befreiungskampf geht es sowohl um das Anfechten als auch um das Durchsetzen von Verträgen.

EINE TECHNOLOGISCH-POLITISCHE VISION

Man entflieht der Welt der großen Konzerne und Regierungen nicht mit dem Wunsch nach einer Welt, in der Technologien herrschen, die in ihrer Gesamtheit einen technokratischen Krypto-Souverän ergeben. Stattdessen müssen wir Technologien im kontinuierlichen politischen Kampf nutzen und gleichzeitig nie aufhören, diese kritisch zu hinterfragen. Das Konzept dezentraler Blockketten ist ein mächtiges Konzept. Die kalte, argwöhnische Seite von Cypherpunk leistet aber nur dann einen Beitrag zu Empowerment und Befreiung, wenn sie im Dienst kreativer, warmblütiger, fest in der schmutzigen physischen Welt verankerter menschlicher Gemeinschaften steht. Statt auf die Speicherung digitaler Güter oder digitalen Eigentums in Form von Blockketten sollten wir uns auf den Einsatz von Blockketten in güterlosen Systemen konzentrieren. Ein Beispiel ist das Potenzial von Blockketten für Systeme zur Stimmabgabe,¹² denn zentrale Behörden zur Stimmauszählung sind ein bekanntes Sorgenkind in politisch instabilen Ländern. Wie wäre es, die ausgezählten Stimmen in einem von BürgerInnen betriebenen dezentralen Netzwerk zu speichern und WählerInnen die Möglichkeit zu geben, ihre Stimmen anonym an eine öffentliche Datenbank zu übermitteln? Das Ziel kann weder eine Gesellschaft sein, die frei von Menschen ist, denen wir vertrauen müssen, noch eine, in der sich unsere politischen Hoffnungen im Schutz der Privatsphäre erschöpfen. Stattdessen sollten wir auf eine Welt hinarbeiten, in der wir Technologie nutzen, um die Macht von Systemen zu untergraben, die uns an der Möglichkeit vertrauensvoller Beziehungen zweifeln lassen.

Brett Scott ist Journalist und Autor des Buchs «The Heretic's Guide to Global Finance. Hacking the Future of Money» (London 2013). Er bloggt unter www.suitpossum.blogspot.com und twittert als @suitpossum.

¹ Diesen Punkt kann man gar nicht genug betonen, denn er bedeutet, dass Informationen in Blockketten weder nachträglich zensiert, also gelöscht, noch manipuliert, also verändert werden können. ² In konservativ-libertären Kreisen dominieren häufig die Vorstellungen österreichischer ÖkonomInnen von «sicherem Geld». Gold, Silber und andere nur beschränkt verfügbare Güter werden als «echtes» Geld angesehen – im Gegensatz zum «betrügerischen» Fiatgeld der Regierungen und zum Geld der Geschäftsbanken unter dem Mindestreserve-System. Solche Kreise betrachten Bitcoin als digitale Form des Goldes. ³ Genau hieran arbeiten die Projekte Proof of Existence (www.proofofexistence.com) und Originstamp (www.originstamp.org). ⁴ Vgl. etwa Namecoin unter: www.coin-desk.com/what-are-namecoins-and-bit-domains. ⁵ Siehe zum Beispiel das Mastercoin-Projekt unter: www.mastercoin.org. ⁶ Vgl. www.ethereum.org. ⁷ Vgl. <http://bitshares.org>. ⁸ Vgl. z. B. das Projekt Twister unter: <http://twister.net.co>. ⁹ Vgl. <http://www.thebitcoinsociety.org/content/bitcoin-beauty-trustless-transactions>. ¹⁰ Cypherpunk ist eine Anti-Überwachungs-Bewegung, die die Nutzung von Kryptografie zum Schutz vor den Schnüffeleien der Behörden propagiert. ¹¹ Vgl. www.theepochtimes.com/n3/665367-bitcoin-2-0. ¹² Mit solchen Systemen experimentiert z. B. die Gruppe Restart Democracy; vgl. <http://restartdemocracy.org>.

JAN KORTE

DIE VERGESSENEN OPFER: SOWJETISCHE KRIEGSGEFANGENE HÖCHSTE ZEIT FÜR IHRE ANERKENNUNG UND ENTSCHÄDIGUNG

Im 70. Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es unzählige Publikationen und Veranstaltungen zum Gedenken an die Millionen Toten, die der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg gekostet hat. Wie in den Jahrzehnten zuvor spielt aber eine besonders große Opfergruppe dabei bislang kaum eine Rolle: die Opfer der Sowjetunion im Allgemeinen und die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen im Speziellen. Das ist kein Zufall, sondern hat geschichtspolitische Gründe, vor allem den über Jahrzehnte staatlich sanktionierten und gesellschaftlich mehrheitsfähigen Antikommunismus sowie die langlebige Legende von der sauberen Wehrmacht. Es ist höchste Zeit, die Opfer der sowjetischen Kriegsgefangenen anzuerkennen und ihre letzten Überlebenden zu entschädigen.

Im Zweiten Weltkrieg starben rund 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. Ungefähr 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen etwa 3,3 Millionen an Hunger, Kälte, Krankheiten, Zwangsarbeit zugrunde gingen oder durch massenhafte Erschießungen getötet wurden.¹ Die Opfergruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen spielte und spielt trotzdem im offiziellen Gedenken der Bundesrepublik (wie zuvor schon in DDR und BRD) eine völlig untergeordnete Rolle. Immerhin befasst sich aktuell der Bundestag mit diesem Thema. Sowohl die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag als auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben Anträge eingebracht, die eine finanzielle Entschädigung und eine politische Anerkennung der Opfer verlangen.²

Zunächst stellt sich die Frage, warum diese Debatte erst jetzt, sieben Jahrzehnte nach Ende des Krieges, dort begonnen wird. Zwar gab es viele engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und etliche Initiativen, die dieses Thema immer wieder angesprochen haben, doch fand das Gedenken an diese «vergessene Opfergruppe» bis dato keinen Weg in die offizielle Politik (von einzelnen parlamentarischen Initiativen abgesehen). Zu verstehen ist dieses bewusste «Vergessen» nur durch Betrachten der Zeitläufte und der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der letzten 70 Jahre.

SCHULDABWEHR UND TÄTERPERSPEKTIVE

Blickt man auf die 1950er Jahre zurück, so kann man erahnen, auf welchem organisierten Widerstand das Gedenken an die Opfer stieß. Das Gedenken an und die Würdigung des Widerstandes des 20. Juli 1944 beispielsweise hat erst der

spätere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer im sogenannten Remer-Prozess³ entscheidend vorgebracht. Die bis dahin allgemein in Staat, Gesellschaft und Eliten vertretene Auffassung, Stauffenberg sei ein Hochverräter, aber bestimmt kein zu ehrender Widerständler gewesen, erschütterte Bauer durch den – brillant hergeleiteten – Nachweis, dass es ein Recht und eine Pflicht auf Widerstand gegen die «Diktatur der Menschenverachtung» (Alexander und Margarete Mitscherlich) gegeben hat. Er brachte es auf die Formel: «Unrecht kennt keinen Verrat!»⁴ Das ist ein Beispiel dafür, dass jeder Fortschritt, jedes Gedenken, jede offizielle Würdigung von Widerstand und Opfern von engagierten Einzelpersonen mühsam erkämpft werden musste. Von selbst geschah gar nichts.

In einer Gesellschaft, in der die «Unfähigkeit zu trauern»⁵ und die Abwehr von Schuld und Reflexion dominierten, gab es für die Opfer keinen Platz. Das noch an den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher relativ große Interesse ebte danach merklich ab.⁶ Dazu trug auch die Schuldabwehr von Leuten wie Albert Speer bei, der wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden war, und die dankend in der Gesellschaft aufgenommen wurde. Die Schuld wurde zunehmend auf drei Haupttäter reduziert – Hitler, Himmler und Göring (allesamt tot) –, ansonsten war man verführt worden, hatte vom Judenmord nichts mitbekommen und eigentlich nur seine Arbeit erledigt. Eine weitere Figur der Schuldabwehr war die Stilisierung der Deutschen zu den eigentlichen Opfern. Erst Opfer von Hitler, dann Opfer des Krieges und des Bombenkrieges und schließlich Opfer der Entnazifizierung. Und last but not

least wollte man nichts von einer angeblichen Kollektivschuld wissen, die allerdings auch niemand behauptet hatte.

In diesem Kontext spielte selbst das Gedenken an die sechs Millionen Opfer der Shoah kaum eine Rolle. Erst das bahnbrechende Werk von Raul Hilberg über die «Vernichtung der europäischen Juden» (1961),⁷ der (wiederum von Fritz Bauer initiierte) Frankfurter Auschwitzprozess (ab 1963), unzählige lokale Gedenkprojekte und schließlich die US-amerikanische TV-Serie «Holocaust» (1978) brachten das Gedenken und die kritische Auseinandersetzung mit dem industriell betriebenen Massenmord, dem Zivilisationsbruch Auschwitz, in die gesellschaftliche und staatliche Gedenkpolitik. Und nicht zu vergessen die große und wichtige Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, in der das erste Mal von staatsoffizieller Seite der 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet wurde und ein westdeutsches Staatsoberhaupt dem «Widerstand in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, dem Widerstandes der Kommunisten» gedachte und Anerkennung zollte, wengleich Weizsäcker damit endlich auch «nur» eine nicht länger haltbare Sicht revidierte.

Noch viel später wurde auch der Widerstand des kleinen Mannes und des einfachen Soldaten gewürdigt – im Jahr 2002 wurden die Wehrmichtsdeserteure rehabilitiert. Bis dahin galten sie als vorbestraft und de facto zu Recht verurteilt. Das Wesen der mörderischen NS-Wehrmichtsjustiz wurde jahrzehntelang als legitim und rechtens betrachtet, ihr Unrechtscharakter negiert. Damit reproduzierte man den Blick der Täter und schloss die Perspektive der Opfer aus. Das Credo Hans Filbingers – im Krieg Marinerichter und von 1966 bis 1978 baden-württembergischer Ministerpräsident – «Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein» dominierte über Jahrzehnte das juristische, politische und gesellschaftliche Denken und Handeln.⁸ Daran änderte auch nichts, dass dieses Denken durch Menschen wie Fritz Bauer, Beate und Serge Klarsfeld, Martin Niemöller oder Eugen Kogon infrage gestellt wurde; selbst die 68er-Bewegung blieb in dieser Hinsicht eine Minderheit.⁹

Und erst im Jahr 2009 wurden die sogenannten Kriegsverräter rehabilitiert. Diese zu Tausenden zum Tode verurteilten, meist einfachen Wehrmachtssoldaten hatten Juden geholfen, Kriegsgefangenen ein Stück Brot zugesteckt oder sich kritisch zu Verbrechen und dem Kriegsverlauf geäußert – und waren dem «gesetzlichen Unrecht» (Gustav Radbruch) der NS-Militärjustiz zum Opfer gefallen. Auch über diese Rehabilitierung musste drei Jahre im Bundestag debattiert werden. Nur aufgrund der Unterstützung von wichtigen Medien wie *Spiegel*, *ARD* und *Süddeutsche Zeitung* schwenkten SPD und schließlich auch CDU ein und kennzeichneten die Kriegsverratsbestimmungen als das, was sie waren: mörderisches Unrecht.¹⁰

Diese Beispiele, deren Liste sich noch erheblich verlängern ließe, zeigen, dass jeder Fortschritt im Gedenken und im Aufarbeiten von enormen Widerständen in der Gesellschaft begleitet war. Und sie lassen erahnen, warum gerade die sowjetischen Gefangenen bis heute im Gedenken nicht den Stellenwert haben, der anderen Opfern inzwischen eingeräumt wird.

VERNICHTUNGSKRIEG GEGEN «JÜDISCHEN BOLSCHEWISMUS»

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde als Angriffs- und Vernichtungskrieg konzipiert und geführt, der alle bis dato geltenden Rechts- und vor allem Zivilisationsregeln suspendier-

te. Schon vor Beginn des Angriffes wurde in Befehlen und Weisungen klargemacht, dass jedwede Brutalität erlaubt und notwendig sei. Das thematisierte auch Jan Philipp Reemtsma 1995 bei der Eröffnung der «Wehrmichtsausstellung» in München: «Der Krieg der deutschen Wehrmacht im – pauschal gesprochen – «Osten» ist kein Krieg einer Armee gegen eine andere Armee gewesen, sondern er sollte der Krieg gegen eine Bevölkerung sein, von der ein Teil – die Juden – ausgerottet, der andere dezimiert und versklavt werden sollte. Kriegsverbrechen waren in diesem Kriege nicht Grenzüberschreitungen, die erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Krieges selbst. Der Terminus «Kriegsverbrechen» ist aus einer Ordnung entliehen, die von Deutschland außer Kraft gesetzt worden war, als dieser Krieg begann.»¹¹

Der Vernichtungskrieg wurde aktiv und mit ideologischer Überzeugung von der Wehrmacht umgesetzt. Dabei gingen der in der Wehrmacht verbreitete übersteigerte Nationalismus, Antislawismus, Antisemitismus und besonders der Antikommunismus eine Verbindung ein, die alle Empathie und humane Selbstbeschränkung gegenüber dem Feind aufhob.¹²

Mit Unterstützung der Wehrmacht wüteten hinter der Front die Einsatzgruppen, die rund 2,5 Millionen Frauen, Kinder und Männer ermordeten. Damit bildete der Krieg gegen die Sowjetunion auch den Eintritt in die systematische, verwaltungsbürokratisch flankierte und arbeitsteilig organisierte Ermordung der Jüdinnen und Juden. Dass die Wehrmacht genauestens über das Wüten der SS-, Polizei- und SD-Einheiten informiert war, ist belegt. «Die Einsatzgruppe B, die mit der Heeresgruppe Mitte nach Osten vorgerückt war, hatte bis Mitte August 1941 17 000 Juden ermordet. Die Wehrmichteinheiten waren, wie die erhaltenen Kriegstagebücher belegen, über diese Aktion genau im Bild und beteiligten sich vielerorts an den Massakern.»¹³ Der Krieg gegen Sowjetunion war ein entgrenzter Vernichtungskrieg, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hatte.

DIE SOWJETISCHEN OPFER

Die Sowjetunion hat den höchsten Blutzoll während des Zweiten Weltkrieges entrichtet: 27 Millionen Tote, davon 14 Millionen Zivilisten. Fast jede Familie in der UdSSR hatte Opfer zu beklagen.¹⁴ In besonderer Art und Weise waren die sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen, die die ersten Opfer der Vergasungen in Auschwitz waren.

Die Schätzungen über die Anzahl der Kriegsgefangenen gehen auseinander. Man kann aber davon ausgehen, dass rund 5,7 Millionen Angehörige der Roten Armee in deutsche Gefangenschaft gerieten. Davon sind rund 3,3 Millionen umgekommen.¹⁵ Den sowjetischen Gefangenen wurden alle Rechte, wie sie etwa in der Genfer Konvention festgeschrieben waren, verwehrt. Tausende wurden erschossen, die meisten starben durch Hunger, Kälte, Seuchen und Krankheiten. Die ersten Lager befanden sich entlang der Grenze zur UdSSR. Später wurden immer mehr Gefangene nach Deutschland deportiert. Die Zustände in den Lagern waren dort nicht viel besser. «Die Gefangenen gruben sich Erdhöhlen, um dort Schutz vor Kälte und Regen zu finden, und aßen Gras und Baumrinde, um ihren Hunger zu stillen.»¹⁶

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören damit zu den größten Opfergruppen des Vernichtungskrieges. Die Sterblichkeitsrate lag bei rund 60 Prozent. Zum Vergleich: Bei westlichen Kriegsgefangenen lag die Todesrate bei 3,5 Prozent. An diesem Zahlenverhältnis wird deutlich, welche ver-

brecherische und dehumanisierte Ideologie und Kriegsführung beim Angriff auf die UdSSR dominierte.

WARUM DIE SOWJETISCHEN KRIEGSGEFANGENEN «VERGESSEN» WURDEN

Gedenken, Entschädigung und Rehabilitierung von NS-Opfern mussten, wie gezeigt, stets gesellschaftlich erkämpft werden. Dass dies hinsichtlich der sowjetischen Kriegsgefangenen immer noch nicht gelungen ist, liegt auch an einigen bis heute wirkmächtigen Komponenten einer reaktionären Geschichtspolitik.

Erstens: Der quasi zur Staatsreligion erhobene Antikommunismus prägte die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik.¹⁷ Der Antikommunismus legitimierte die massenhafte Rückkehr der alten Eliten aus Staat, Wirtschaft, Justiz und Militär, sprach die Wehrmacht de facto von jeder Schuld und Verantwortung frei und erlaubte der Gesellschaft, sich nicht mit der eigenen Verstrickung in den Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. In einem Klima, in dem der Kommunismus/Sozialismus für schlimmer als der Nationalsozialismus angesehen wurde, konnte der Krieg gegen die Sowjetunion noch nachträglich fast als ein legitimer Krieg erscheinen. «Der kalte Krieg und die Staatsdoktrin des Antikommunismus taten ein Übriges, den Verbrechen der Wehrmacht in Polen, in der Sowjetunion und in Jugoslawien im Nachhinein sogar den Anschein von Berechtigung zu verleihen.»¹⁸ Vor diesem Hintergrund spielten die Opfer des NS-Terrors insgesamt kaum eine Rolle, erst recht nicht das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Zweitens: Einen wirklichen Durchbruch brachte erst die Wehrmachtsausstellung 1995. Mit ihr wurde erstmals öffentlichkeitswirksam an die Verbrechen und die tragende Rolle der Wehrmacht innerhalb des NS-Regimes erinnert und wurde der verbrecherische Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, gegen Polen und gegen Jugoslawien für breitere Teile der Bevölkerung deutlich. Bis dahin hatte die Lüge von der irgendwie sauber gebliebenen Wehrmacht den geschichtspolitischen Diskurs beherrscht, der eben von jenen geprägt worden war, die willfährige und überzeugte Anhänger Hitlers gewesen waren. Ähnlich wie die «feinen Herren» im Auswärtigen Amt versicherten auch die Führungsfiguren der Wehrmacht, sie und ihre untergebenen Offiziere und Soldaten hätten nur ihre Arbeit und Pflicht getan; mit den Verbrechen des Nationalsozialismus hätten sie gar nichts zu schaffen gehabt. Die Schuldigen waren für sie – analog zu der Haupttäterthese (Hitler, Himmler, Göring) – die SS und die Einsatzgruppen. Diesen Eindruck vermittelten auch die Memoiren der Offiziere und unzählige Landserhefte, die vieles waren, nur nicht reflexiv und kritisch. Was blieb, war das Bild des heroischen Kampfes, auch und gerade gegen die Sowjetunion.

Drittens: Dass es so wenig Aufmerksamkeit für das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen gab, hat auch etwas mit dem Umgang der Sowjetunion selbst mit diesem Thema zu tun. Unter Stalin galten die Kriegsgefangenen als Verräter und waren teilweise nach ihrer Rückkehr weiteren Repressalien ausgesetzt. Sie kamen in dem offiziellen Gedenken an die Kriegsoffer nicht vor, wurden also auch auf sowjetischer Seite «vergessen». Erst 1995 wurde diese Gruppe endgültig und offiziell rehabilitiert.

Zusammenfassend und viertens: Die gegenwärtige Debatte, die die Oppositionsfractionen im Bundestag an-

gestoßen haben, wird durch die Perspektive der Totalitarismustheorie und wegen aktueller außenpolitischer Auseinandersetzungen mit Russland behindert. Namentlich die Unionsfraktion mauert in bemerkenswerter Weise. Zwar erkannte Erika Steinbach als Rednerin der Union das opferreiche Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen an, hob aber in ihrer Rede völlig unverhältnismäßig die Behandlung der überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion hervor. Diese und nicht die Nachfolger der Täter hätten eine Entschädigung zu zahlen: «Was aber bis heute überfällig ist, ist eine Entschädigung der ehemaligen Kriegsgefangenen der Sowjetunion durch das eigene Land selber. Sie wurden stigmatisiert, sie wurden entrechtet, sie wurden umgebracht, in Lager verschleppt. Russland hätte, anstatt die Ukraine zu überfallen, lieber seine noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen entschädigen sollen. Das wäre eine humane Geste gewesen, meine Damen und Herren.»¹⁹

An der Position Steinbachs kann man all die Widerstände erahnen, die es noch heute gegen ein angemessenes Gedenken an die sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg gibt. Theoretisch ist dafür im Parlament eine Mehrheit vorhanden, da die Fraktionen von SPD, LINKE und Grünen dieses Anliegen teilen. Doch scheint es – wie bei der Rehabilitierung der angeblichen «Kriegsverräter» – nötig, Bündnispartner auch jenseits des Parlamentes zu gewinnen, um den Druck auf die Politik zu erhöhen: in der Wissenschaft, in den Opferverbänden, in den kritischen Medien.

Die «vergessenen» Opfer, die noch rund 2.000 lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, verdienen endlich Anerkennung für ihr Leiden und eine Entschädigung. Ihnen läuft die Zeit davon. Deutschlands Politik sollte sich beeilen.

Jan Korte, Jahrgang 1977, Politikwissenschaftler M. A., seit 2005 Mitglied des Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Vgl. Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945: Zahlen und Dimensionen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557–602; Boebel, Chajja/Heidenreich, Frank/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Verbrechen, Verleugnung, Erinnerung, Hamburg 2009. ² Vgl. Antrag der Fraktion DIE LINKE «Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene», Bundestagsdrucksache 18/3316. Fast gleichlautend, lediglich in der Höhe der Entschädigung abweichend, der Antrag der Grünen; vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen «Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und Gewährung eines symbolischen finanziellen Anerkennungsbeitrages für diese Opfergruppe», Bundestagsdrucksache 18/2694. Diesen Antrag brachten Bündnis 90/Die Grünen wortgleich bereits in der letzten Wahlperiode am 4. Juni 2013 gemeinsam mit der SPD ins Parlament ein (Bundestagsdrucksache 17/13710). ³ Der Remer-Prozess fand im März 1952 vor der Dritten Großen Strafkammer des Braunschweiger Landgerichts gegen den ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht und späteren Mitbegründer der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei Otto Ernst Remer wegen übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener statt und endete mit der posthumen Rehabilitierung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. ⁴ Vgl. hierzu zuletzt Steinke, Ronen: Fritz Bauer: oder Auschwitz vor Gericht, München 2013; noch umfassender über Leben und Wirken Bauers: Wojak, Irmtrud: Fritz Bauer 1903–1968, München 2009. ⁵ So der Titel der 1967 erschienenen exzellenten Studie von Alexander und Margarete Mitscherlich. ⁶ Zum Gesamtkomplex des Umgangs mit der NS-Vergangenheit vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999; polemischer, aber genauso treffend: Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder von der Last, Deutscher zu sein, Berlin 1990; einen sehr guten Überblick bietet Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, München 2007; zur Frage des Denkens und der Rückkehr der alten Eliten in den Justizapparat vgl. Perels, Joachim: Das juristische Erbe des «Dritten Reiches». Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt a. M./New York 1999. ⁷ Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., 9. Aufl., Frankfurt a. M. 1999. ⁸ Zu Filbinger und den Verbrechen der Wehrmachtsjustiz insgesamt vgl. Kalmbach, Peter: Wehrmachtsjustiz, Berlin 2012. ⁹ Vgl. hierzu z. B. Perels, Joachim: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004. ¹⁰ Zur Debatte um die Rehabilitierung der «Kriegsverräter» vgl. Korte, Jan/Heilig, Dominic: Kriegsverrat. Vergan-

genheitspolitik in Deutschland. Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte, Berlin 2011. **11** Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944», hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1998, S. 34. **12** Vgl. hierzu insgesamt Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg und Legenden, Frankfurt a. M. 2002. **13** Heer, Hannes/Naumann, Klaus: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 61. **14** Vgl. Quinkert, Babette/Morré, Jörg (Hrsg.): Deutsche Besatzung in der Sowjetunion 1941–1944, Paderborn 2014. **15** Vgl. Boebel/Heidenreich/Wentzel: Vernichtungskrieg, S. 7. Über die genaue Zahl der von der Wehrmacht gefangen genommenen Rotarmisten besteht in der Forschung keine Einigkeit. Seriös begründete Zahlen schwanken zwischen 5,7 Millionen (Christian Streit) und 4,5 Millionen (G. F. Krivosheev), vgl. hierzu Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978 sowie Krivosheev, Grigoriy F. (Hrsg.): Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century, London 1997. Streit kommt auf die Zahl von 3,3 Millionen Toten, bei Krivosheev beträgt sie 2,5 Millionen. Die Differenz wird dadurch

erklärlich, dass die Wehrmacht alle Männer im wehrfähigen Alter im Operationsgebiet und auch Zivilisten in Uniform und Krankenhauspersonal als Kriegsgefangene registrierte, worauf sich Streit bezieht. Er geht also bei seinen Zahlenangaben, die inzwischen auch von Otto et al. (Otto, Reinhard/Keller, Rolf/Nagel, Jens: Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945: Zahlen und Dimensionen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56 (2008), S. 557–602) bestätigt wurden, von der Gesamtzahl der in deutschen Wehrmachtslagern gefangen gehaltenen Personen aus. Demgegenüber zählt die russische Forschung nur diejenigen, die dort tatsächlich Angehörige der Roten Armee waren. Entsprechend ändert sich damit auch die Zahl der Toten (58 bzw. 55% Tote in deutschem Gewahrsam). **16** Jeske, Natalja: Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948. Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, Repatriierungslager, Sowjetisches Speziallager, Schwerin 2013, S. 23. **17** Vgl. Korte, Jan: Instrument Antikommunismus. Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009. **18** Heer, Hannes: Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Massenmord nach Plan, in: Boebel/Heidenreich/Wentzel (Hrsg.): Vernichtungskrieg, S. 55. **19** Rede Erika Steinbach, Bundestagsplenarprotokoll, 18. Wahlperiode, 5.2.2015, S. 8113.

SARA FREMBERG

FÜR ERINNERUNG, WAHRHEIT UND GERECHTIGKEIT

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFARBEITUNG DER BRASILIANISCHEN
DIKTATUR AM BEISPIEL DES BUNDESSTAATES PERNAMBUCO

Mit dem Abschlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission hat der brasilianische Staat im Dezember 2014 erstmals umfassend Verantwortung für die massiven Menschenrechtsverletzungen übernommen, die während der Diktatur (1964–1985) begangen worden sind. Zuvor war es vor allem die Zivilgesellschaft, die historische Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit leistete und sich für die juristische Verfolgung der Verantwortlichen einsetzte. Das offizielle Bekenntnis zur Wahrheit ist ein wichtiger, längst überfälliger Schritt für Brasilien. Die Frustration und Hilflosigkeit der Kommission angesichts der verschlossenen Militärarchive und ihre lange Liste von Empfehlungen für notwendige staatliche Aufarbeitungs- und Demokratisierungsmaßnahmen aber zeigen, dass dies nur der Anfang gewesen sein kann. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit ist heute wichtiger denn je, um die Erkenntnisse des Berichts in eine echte Chance zu verwandeln, aber auch um an die offenen Fragen zu erinnern und dafür zu kämpfen, dass die Wahrheit nicht länger Unterpfand der Täter bleibt.

Auf Polizeirevieren und in Krankenhäusern, in Folterkammern und «Todeshäusern» quälten Geheimpolizeien in den Jahren der brasilianischen Diktatur mindestens 1.843 Menschen,¹ die sie aufgrund ihrer politischen Überzeugungen als Feinde der «inneren Sicherheit» identifiziert hatten. 434 Männer und Frauen wurden nach den Recherchen der Kommission getötet, 243 von ihnen sind bis heute «verschwunden».² Sie wurden in der Regel verschleppt, gefoltert und ermordet. Ihre Leichen wurden an unbekanntem Orten anonym beseitigt. All diese Verbrechen sind in den Archiven der für den Großteil der Taten verantwortlichen Militärs akribisch dokumentiert. Allein: Die Archive sind der Öffentlichkeit bis heute weitgehend verschlossen. Im Norden und Nordosten Brasiliens wurden darüber hinaus Tausende Landarbeiter und Kleinbauern aus ideologischen Gründen oder im Rahmen von Landkonflikten getötet. Ganze indigene Völker wurden versklavt, andere völlig ausgelöscht, weil sie privaten oder staatlichen Wirtschaftsinteressen im Weg standen. Eine schriftliche Überlieferung dazu gibt es kaum.

Vielmehr garantiert ein Amnestiegesetz vom 28. August 1979 den Tätern nach wie vor Straffreiheit. Angehörige, Anwälte und Menschenrechtsorganisationen versuchten bislang erfolglos, das Gesetz juristisch auszuhebeln. Zuletzt beantragte der brasilianische Anwaltsverband beim Obersten Gerichtshof des Landes, die Verfassungskonformität des Gesetzes zu prüfen und Menschen, die Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung und andere Gewalttaten begangen

haben, von der Amnestie auszunehmen. Der Antrag wurde im Jahr 2012 erneut abgelehnt, obwohl kurz zuvor auch der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte das Gesetz für ungültig erklärt hatte, weil Verbrechen gegen die Menschlichkeit immer und überall strafbar sind.³

Im Unterschied zu den Militärregimen in Ländern wie Chile (1973–1990) und Argentinien (1976–1983), in denen Zehntausende Menschen als Opfer oder deren Angehörige direkt von staatlicher Gewalt betroffen waren, ging der brasilianische Repressionsapparat gezielt und systematisch gegen eine verhältnismäßig kleine Gruppe von meist jungen Männern und Frauen vor, die sozialistische oder kommunistische Ideale vertraten. Dies tangierte das Leben vieler Brasilianer nicht unmittelbar. Gleichzeitig empfand insbesondere die konservative, «besitzende» Klasse die sozialrevolutionären Ideen im Kontext des Kalten Krieges oft als Bedrohung der bestehenden Gesellschaftsordnung und sah die staatliche Gewalt gegen die «linken Terroristen» als gerechtfertigt an.⁴ So wurden die Verbrechen jahrzehntelang sowohl von der breiten Öffentlichkeit als auch von den Zivilregierungen verdrängt und nur zögerlich aufgearbeitet.

Dagegen regte sich schon in den letzten Jahren der Diktatur Widerstand: Zivilgesellschaftliche Projekte und Gruppen organisierten sich, um die Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten. Dabei sorgten sie nicht nur für Aufklärung, indem sie Folterungen und die dafür Verantwortlichen öffentlich machten, sondern begleiteten und unterstützten auch

die Opfer. Sie rekonstruierten detailliert die Umstände von Entführungen und Folterungen und versuchten, das Leid der traumatisierten Hinterbliebenen zu lindern und ihnen Gewissheit über den Verbleib der «Verschwundenen» zu geben.

Viele Fälle konnten jedoch nicht endgültig aufgeklärt, die Leichen der Menschen nicht gefunden oder gar beigesetzt werden. Letzte Anhaltspunkte sind häufig Aussagen von Freunden und politischen Mitstreitern der Opfer, die bei der Entführung dabei waren oder von letzten Lebenszeichen aus der Haft berichten können.

Erst Mitte der 1990er Jahre begann der Staat zögerlich, auf einzelne Forderungen der Zivilgesellschaft einzugehen – unter anderem durch die Einsetzung von Entschädigungskommissionen.⁵ Als dann im Jahr 2009 endlich der erste Gesetzesentwurf für eine Nationale Wahrheitskommission vorgelegt wurde, wuchs die Hoffnung, dass ein staatlich legitimes Gremium es schaffen würde, das Schweigen der Militärs zu durchbrechen. Doch diese Hoffnung, dass sie auch fast 25 Jahre nach dem Ende der Diktatur politisch mächtig waren: Der Verteidigungsminister und die Führung der Streitkräfte zwangen den amtierenden Präsidenten Lula da Silva mit Rücktrittsdrohungen, das Mandat der Kommission zu schwächen. Um eine Konzentration auf die staatlichen Verbrechen der Militärs zu verhindern, wurde der ursprünglich vorgesehene Untersuchungszeitraum (1964–1985) auf über 40 Jahre ausgeweitet (1946–1988) und die Formulierung von Menschenrechtsverletzungen «im Kontext der politischen Repression» gestrichen. Vor allem aber wurde die Kommission nur beauftragt, Untersuchungen anzustellen – das Einleiten von Strafprozessen wurde explizit ausgeschlossen.

Nach ihrer Einsetzung im Mai 2012 fokussierte die Nationale Wahrheitskommission ihre Arbeit dennoch auf die politische Repression der Diktaturjahre, scheiterte jedoch an der Blockadehaltung der Militärs, die Akten und Beweismittel bewusst zurückhielten⁶ und öffentliche Stellungnahmen verweigerten. Die wenigen Offiziere, die tatsächlich vor der Kommission aussagten, ließen sich im Schutz des Amnestiegesetzes stolz und vor laufenden Kameras über ihre brutalen Verbrechen aus und verweigerten gleichzeitig konkrete Hinweise, die zur Wahrheitsfindung hätten beitragen können.⁷ Nur einen einzigen Fall von «Verschwindenlassen»⁸ konnte die Kommission in ihrer zweieinhalbjährigen Amtszeit aufklären. Ein entmutigendes Zeichen für die brasilianische Aufarbeitungsbewegung und insbesondere die vielen staatlichen und nicht staatlichen Wahrheitskommissionen, die sich nach dem nationalen Vorbild in einzelnen Bundesstaaten und in Institutionen wie Universitäten und Gewerkschaften gegründet hatten – auch in Pernambuco.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFARBEITUNG IN PERNAMBUCO

Der nordöstliche Bundesstaat Pernambuco war eines der Zentren des Widerstands gegen die brasilianische Diktatur und daher auch besonderes Ziel der staatlichen Repression. Politische Oppositionelle und Angehörige der Schüler- und Studentenbewegungen, Mitglieder der Bauernvereinigungen und sogar der amtierende Gouverneur Miguel Arraes stellten sich 1964 den Putschisten entgegen. Viele bezahlten ihren Mut mit dem Leben, wurden gefoltert und inhaftiert oder mussten das Land verlassen. Andere gingen in den Untergrund und schlossen sich den verschiedenen bewaffneten und unbewaffneten Widerstandsgruppen an. Die regionale Wahrheitskommission geht derzeit von mindestens

51 Menschen aus, die aus politischen Gründen ermordet wurden. Ein offizieller Bericht nennt mindestens 86 getötete Landarbeiter und Kleinbauern.⁹

Seit Mitte der 1980er Jahre arbeiten Nichtregierungsorganisationen, private Institutionen und unabhängige Aktivisten in Pernambuco an der Aufarbeitung dieser Diktaturverbrechen und deren Anerkennung durch den Staat. Aufgrund der besonderen Rolle der Regierung im Widerstand gegen die Diktatur bringen sich die Behörden des Bundesstaates heute stärker als in vielen anderen Regionen aktiv in die Aufarbeitung ein und suchen die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft.

Tortura Nunca Mais Pernambuco. Im Jahr 1984 entstand in Rio de Janeiro die erste Gruppe Tortura Nunca Mais (Nie mehr Folter). In den folgenden Jahren gründeten ehemalige Widerstandskämpfer überall im Land weitere Gruppen, die diesen Namen trugen und die gleichen Zielen verfolgten, so 1986 auch in Pernambuco. Wie viele andere Gruppen unterstützte Tortura Nunca Mais Pernambuco anfangs vor allem die Familien der Opfer, indem sie Listen mit den Namen von Menschen veröffentlichten, die vom Regime ermordet oder verschleppt worden waren. Sie rekonstruierten die Umstände dieser Verbrechen, damit die Hinterbliebenen Entschädigungsansprüche geltend machen konnten.

Tortura Nunca Mais machte es sich außerdem zur Aufgabe, die für Folterungen verantwortlichen staatlichen Institutionen und Personen öffentlich anzuprangern und für ihre Schließung beziehungsweise Absetzung zu mobilisieren. Das war während der letzten Jahre der Diktatur und der Übergangsphase in die Demokratie ein nicht ungefährliches Unterfangen. Die Gruppe in Pernambuco erreichte unter anderem im Jahr 1988, dass die regionale Zentrale der Geheimpolizei DOPS (Departamento de Ordem Política e Social) geschlossen wurde, die während der Diktatur für viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war. Die Akten der Behörde sind dank des zivilgesellschaftlichen Drucks seit 1991 der breiten Öffentlichkeit zugänglich. 1993 brachten die Aktivisten Beweise für Folterungen durch Roberto de Araújo Porto an die Öffentlichkeit, der kurz zuvor zum Leiter der Bundespolizei ernannt worden war. Porto wurde aufgrund dieser Vorwürfe aus dem Staatsdienst entlassen.

Das bislang öffentlich sichtbarste Zeichen ihres unermüdeten Engagements setzte Tortura Nunca Mais mit dem Denkmal gleichen Namens – «Nie wieder Folter» –, das im Jahr 1993 in Recife als erste brasilienweite Erinnerungsstätte für die Opfer der Diktatur eingeweiht wurde.

Kulturzentrum Manoel Lisboa. Das nach einem der wichtigsten Gründer und Führer der Kommunistischen Revolutionären Partei (Partido Comunista Revolucionário) benannte Kulturzentrum Manoel Lisboa gedenkt den Mitgliedern dieser Partei, die im Widerstand gegen die Diktatur aktiv waren oder ihr zum Opfer fielen. Ein wichtiges Anliegen des Zentrums war und ist die Lokalisierung der sterblichen Überreste von «Verschwundenen», wie Manoel Lisboa und Emanuel Bezerra dos Santos. Die zwei Männer wurden im Sommer 1973 von Agenten des Repressionsapparates verhaftet und brutal zu Tode gefoltert. Die verantwortlichen Militärs ließen über die Zeitungen verbreiten, die beiden wären bei einem Schusswechsel mit Beamten ums Leben gekommen. Ihre Leichen blieben «verschwunden». Seit den 1980er Jahren rekonstruierten die Mitarbeiter des Kulturzentrums mithilfe von Zeugenaussagen und militärischen Geheimakten

aus dem DOPS-Archiv in Recife die Wahrheit über das Verbrechen. Mit Erfolg: 1991 konnten die Leichen von Lisboa und Bezerra aus einem Massengrab in São Paulo exhumiert, identifiziert und ihren Familien übergeben werden.

Das Gedenkstättenprojekt Engenho Galiléia. Die beiden Aktivisten Anacleto Julião und José da Silva erinnern auf der alten Zuckerfarm Galiléia, etwa 50 Kilometer westlich von Recife, an den Kampf der *ligas camponesas*: Die Bauernvereinigungen hatten sich seit 1955 für die Rechte der Bauern und Landarbeiter eingesetzt, die zu dieser Zeit in großer Armut lebten und der feudalistischen Herrschaft der Großgrundbesitzer hilflos ausgeliefert waren. Aufgrund dieser Aktivitäten wurden die *ligas* bereits beim Putsch 1964 von den Militärs, aber vor allem von den Großgrundbesitzern und ihren Privatmilizen, den sogenannten *capangas*, zerschlagen und viele ihrer Mitglieder gefoltert und ermordet.

Während die Aufarbeitung des parteipolitischen Widerstands und seiner Verfolgung zumindest auf dem Weg ist, steht die Aufklärung der Verbrechen auf dem Land noch ganz am Anfang. Dies liegt vor allem daran, dass die Verbrechen der Großgrundbesitzer und ihrer *capangas* im Gegensatz zu den Menschenrechtsverletzungen der Militärs kaum schriftlich dokumentiert sind.

Gleichzeitig besitzt die Aufarbeitung der Diktaturverbrechen an der Landbevölkerung, aber auch an den indigenen Völkern eine besondere politische Brisanz: Sie würde offiziell belegen, dass mit Großgrundbesitzern, Siedlern und Unternehmern zivile Gruppen an Putsch und Diktatur beteiligt waren und mit den Militärs kollaborierten. Eine unangenehme Wahrheit in einem Land, in dem feudalistische Machtstrukturen in vielen ländlichen Regionen die Diktatur überdauert haben und nach wie vor Politik und Alltag bestimmen.

Das GAJOP. Viele gegenwärtige Menschenrechtsprobleme, wie die exzessive Polizeigewalt und die Straflosigkeit, haben in Brasilien ihren Ursprung in den autoritären und gewaltgeprägten Strukturen, die während der Diktatur etabliert wurden und beim Übergang in die Demokratie erhalten blieben. Die 1981 von Anwälten in Recife gegründete juristische Beratung von Basisorganisationen (GAJOP, Gabinete Assessoria Jurídica Organizações Populares) hat sich auf diese Probleme spezialisiert.

Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte und Politiker, aber auch Verbrechen von Privatunternehmern und Großgrundbesitzern, die ihre Interessen illegal durchsetzen, werden in Brasilien oft nicht umfassend und unabhängig untersucht, verfolgt und geahndet. Täter bleiben straffrei, weil die Betroffenen nicht ausreichend über ihre Rechte informiert werden oder sich die zeit- und kostenintensiven Prozesse nicht leisten können. Urteile werden, wenn es überhaupt dazu kommt, oft nur mangelhaft durchgesetzt. Und während der Staat den Opfern und ihren Angehörigen Gerechtigkeit verweigert, sind sie weiterer Gewalt und Willkür schutzlos ausgeliefert. Das GAJOP begleitet und betreut diese Fälle juristisch und reicht, wenn ein Fall alle nationalen Gerichtsstufen durchlaufen hat, eine Petition ein, damit er vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt werden kann.

Das Miguel-Arraes-Institut. Das Miguel-Arraes-Institut in Recife bewahrt das Andenken an den ehemaligen Gouverneur Pernambucos, Miguel Arraes, der während des Put-

ches von den Militärs verhaftet wurde, weil er sich weigerte zurückzutreten. Er verbrachte über ein Jahr im Gefängnis, wurde ins Exil gezwungen und kehrte erst nach seiner Amnestierung 1979 nach Pernambuco zurück. In den Jahren 1987 bis 1990 und 1995 bis 1999 war er erneut Gouverneur des Bundesstaates.

Der Widerstand ihres ehemaligen Gouverneurs gegen die Diktatur prägt das Selbstbild der Pernambucanos und ihrer Regierungen bis heute. Die kritische Aufarbeitung der Diktatur ist auch in der nicht unmittelbar betroffenen Mehrheitsgesellschaft relativ akzeptiert, und das Institut erreicht mit seiner Erinnerungsarbeit eine breite Öffentlichkeit: eine wichtige Grundlage für die Arbeit jener Organisationen, die sich für die Anerkennung der weniger bekannten Opfer in der Landbevölkerung oder den indigenen Gemeinden einsetzen.

Zudem arbeiten im Rahmen einzelner Projekte zivilgesellschaftliche Akteure mit den Behörden des Bundesstaates in der Erinnerungsarbeit zusammen. So werden beispielsweise vom Menschenrechtssekretariat organisierte Geschichtsprojekte an Schulen von ehrenamtlichen Zeitzeugen begleitet. Ein weiteres Beispiel der Zusammenarbeit von Behörden und Zivilgesellschaft war das Gesetz zur Einrichtung einer regionalen Wahrheitskommission, bei dessen Formulierung sich die Regierung des Bundesstaates vom Komitee für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit, Pernambuco, beraten ließ. Die Kommission selbst wurde übrigens im Juni 2012 von Eduardo Campos eingesetzt, dem damaligen Gouverneur und Enkel von Miguel Arraes.

Das Komitee für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit, Pernambuco. Im Jahr 2011 gründeten Tortura Nunca Mais Pernambuco, das GAJOP und das Kulturzentrum Manoel Lisboa zusammen mit Aktivisten wie Anacleto Julião und den Angehörigen von «Verschwundenen» das Komitee für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit, Pernambuco. Unter dem Motto «Kämpfen, immer. Aufgeben, niemals» (Lutar, sempre. Desistir, nunca) diskutieren sie aktuelle Entwicklungen der Aufarbeitung in Pernambuco und tauschen sich über ihre Projekte aus. Ihr Ziel ist es, mit gebündelten Kräften sowohl die breite Öffentlichkeit als auch Vertreter der Politik für die Notwendigkeit einer historischen und juristischen Aufarbeitung der Diktatur zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

In diesem Rahmen hat das Komitee auch schon einige gemeinsame Projekte realisiert. Im Jahr 2012 wurden in Kooperation mit der Stadt Recife an einer Reihe von Plätzen Plaketten angebracht, die diese als Gedenkorte ausweisen und schildern, wer wann an dieser Stelle einem Diktaturverbrechen zum Opfer fiel. Im Rahmen einer Straßenaktion widmeten Aktivisten im selben Jahr einen nach General Emílio Garrastazu Médici (Diktaturpräsident 1969–1974) benannten Viadukt in Recife kurzerhand in Padre Henrique Pereira um, einem Vertreter des kirchlichen Widerstands. In der letzten Augustwoche organisiert das Komitee alljährlich Veranstaltungen und Aktionen, die über das Amnestiegesetz und seine juristischen Folgen informieren.

Den politisch bedeutsamsten Beitrag zur Aufarbeitung leistete das Komitee bereits kurz nach seiner Gründung, als die amtierende Regierung des Bundesstaates 2011, wenn auch sehr kurzfristig, um Input für ein Gesetz zur Gestaltung einer regionalen staatlichen Wahrheitskommission bat. Sie sollte Menschenrechtsverletzungen untersuchen, die zwischen 1946 und 1988 in Pernambuco beziehungsweise an Pernambucanos begangen wurden.

Ausgehend von den Strukturen, die das zu diesem Zeitpunkt bereits verabschiedete Gesetz für die Nationale Wahrheitskommission vorsah, brachte das Komitee einige Neuerungen ein. So wurde die Anzahl der Kommissionsmitglieder von sieben auf neun vergrößert und festgelegt, dass von diesen mindestens zwei Drittel von der Zivilgesellschaft bestimmt werden sollten. Die drei übrigen Kommissionsmitglieder würden vom Staat benannt. Außerdem wurde die Kommission zu Zusammenarbeit und Austausch mit staatlichen Institutionen, unter anderem der Nationalen Wahrheitskommission, und nicht staatlichen Organisationen, darunter dem Komitee, verpflichtet.

Die Zwischenbilanz der im Juni 2012 eingesetzten Wahrheitskommission von Pernambuco (Comissão Estadual da Memória e Verdade Dom Hélder Câmara) ist dennoch ähnlich ernüchternd wie die ihres nationalen Pendanten. Die bisherigen Recherchen und Veröffentlichungen brachten kaum neue Fakten hervor. Verantwortliche Militärs wurden in den meisten Fällen gar nicht erst vorgeladen, und ausgerechnet dort, wo die Landbevölkerung während der Diktatur mit am stärksten von Repressionen betroffen war, wird mündlichen Zeugenaussagen wenig Gewicht beigemessen, sondern der Mangel an schriftlichen Beweisen geradezu überbetont.¹⁰ Dabei könnte die Suche danach auch durchaus intensiviert werden. Noch hat die Kommission von Pernambuco bis Juni 2016 Zeit, die Spielräume ihres Mandats auszunutzen und aus den Erfahrungen der Nationalen Wahrheitskommission zu lernen.

EINE CHANCE FÜR AUFARBEITUNG UND GERECHTIGKEIT?

Ob der Abschlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission einen bedeutenden Fortschritt für die Aufarbeitung der brasilianischen Diktatur darstellt, liegt jedoch nicht nur in den Händen staatlicher Wahrheitskommissionen. Diese sind wichtige Instrumente zur Rekonstruktion historischer Fakten. Sie erreichen aufgrund ihrer politischen Autorität eine breite Öffentlichkeit und schaffen mit ihren Recherchen und Empfehlungen wichtige Grundlagen und Anknüpfungspunkte für die zukünftige Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit in Brasilien und den Umgang mit vergangenen und aktuellen Menschenrechtsverletzungen. Doch ihre Mandate sind zeitlich und thematisch begrenzt und ihre Befugnisse gegenüber den für die Mehrzahl der Diktaturverbrechen verantwortlichen Militärs stark eingeschränkt.

Die offenen Fragen des Berichts machen deutlich, dass die Wahrheit ohne ein stärkeres Engagement von Politik und Mehrheitsgesellschaft in den Militärarchiven verborgen bleiben wird. Die Regierung kann neue Wahrheitskommissionen einrichten, die speziell die Menschenrechtsverletzungen an bestimmten Bevölkerungsgruppen untersuchen, oder sie kann die Mandate der bestehenden Wahrheitskommissionen erweitern. Auf jeden Fall aber muss sie den Forderungen an die Militärs politischen Nachdruck verleihen.

Die Erinnerung an die Verbrechen muss durch nationale Gedenktage, Denkmäler und Schullehrpläne Teil der brasilianischen Erinnerungskultur werden, damit ein kollektives Bewusstsein und Geschichtsbild für das vergangene Unrecht entstehen kann. Nur so werden neue Generationen dazu befähigt, Aufarbeitungsprozesse selbstbewusst zu begleiten und fortzuführen, vergangene Menschenrechtsverletzungen zu identifizieren und ihre Wiederholung zu verhindern.

Die Reaktion der Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff auf den Abschlussbericht ist bislang verhalten. Mit

keinem Wort ging Rousseff, die als ehemaliges Widerstandsmitglied selbst gefoltert wurde, bei der Übergabezeremonie konkret auf die Empfehlungen der Kommission ein. Auch politisch bedeutsame Aussagen des Berichts – wie die namentliche Nennung von 377 für Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen Militärs, das Bekenntnis zur Notwendigkeit einer juristischen Aufarbeitung oder die Forderung nach der Entmilitarisierung der Polizei – blieben unkommentiert.

Eine Revision oder Reinterpretation des Amnestiegesetzes, das die Strafverfolgung der Täter ermöglichen würde, kann jedoch ebenso wie die Reformierung des Sicherheitsapparats oder die Förderung einer nationalen Erinnerungskultur nur durch den Staat beziehungsweise die Regierung angestoßen und verwirklicht werden. Zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Projekte, ihr Wissen und ihre Erfahrungen sollten in diesen Prozess einfließen, sie können den Staat jedoch nicht ersetzen. Nun liegt es daher in der Hand der brasilianischen Öffentlichkeit, für die Fortführung der historischen und juristischen Aufarbeitung zu mobilisieren und den Militärs die Stirn zu bieten. Es gilt, die Regierung davon zu überzeugen, dass Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung die Schlüssel zu einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft sind und keine Gefahr für die «nationale Versöhnung» darstellen, wie es von konservativen Kreisen gern kolportiert wird – im Gegenteil: Mit den Ergebnissen und Empfehlungen der Wahrheitskommission bietet sich für Brasilien die historische Chance, aus der Vergangenheit zu lernen und eine tatsächliche Aussöhnung aller Brasilianerinnen und Brasilianer mit der Vergangenheit zu ermöglichen.

Sara Fremberg ist Historikerin und Journalistin. Sie arbeitet als Pressereferentin bei Amnesty International. Im Jahr 2014 recherchierte sie während eines Sabbaticals vor Ort und veröffentlichte die Ergebnisse im Blog www.memoriaeverdade.com.

Unter folgendem Link kann der kostenlos Lateinamerika-Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung abonniert werden: <http://is.gd/m6YL6N>.

¹ Abschlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission, Band 1/Teil 3, S. 75, unter: www.cnv.gov.br/images/relatorio_final/Relatorio_Final_CNV_Parte_3.pdf. ² Ebd., S. 226. ³ Zur Problematik des Amnestiegesetzes und den Diskussionen der letzten Jahre siehe u. a. Rusaú, Christian: Bleierne Jahre, in: Amnesty Journal, April 2014, S. 24f. ⁴ Schneider, Nina: Brasilien beschweigt die Militärdiktatur: Wird die Wahrheitskommission zum Wendepunkt?, S. 12f., unter: www.globkult.de/politik/welt/698-brasilien-beschweigt-die-militaerdiktatur-wird-die-wahrheitskommission-zum-wendepunkt. ⁵ Ebd., S. 2f. ⁶ Interview mit Pedro Dallari, Koordinator der Kommission, unter: <http://noticias.uol.com.br/politica/ultimas-noticias/2014/11/18/leia-a-transcricao-da-entrevista-de-pedro-dallari-ao-uol.htm>. ⁷ Siehe u. a. die Aussage des pensionierten Offiziers Paulo Malhães am 25.2.2014 unter: www.youtube.com/watch?v=e2SnsSYG700. ⁸ Die sterblichen Überreste von Epaminondas Gomes de Oliveira wurden am 24.9.2013 aufgrund von Recherchen der Kommission exhumiert, identifiziert und seiner Familie übergeben. Vgl. Abschlussbericht der Nationalen Wahrheitskommission, Band 4, S. 23–29. ⁹ Meldung der Agência Brasil, 24.5.2013, unter: <http://memoria.abc.com.br/agenciabrasil/noticia/2013-05-24/livro-apresenta-1200-casos-de-camponeses-mortos-e-desaparecidos-na-ditadura-militar>. ¹⁰ Vgl. das Interview mit dem Koordinator der Wahrheitskommission von Pernambuco, Fernando Coelho, am 14.7.2014.

JÖRG NOWAK

MASSENSTREIKS IN DER GLOBALEN KRISE

**BRASILIEN UND INDIEN: WIDERSTAND GEGEN UNZUMUTBARE ARBEITS-
BEDINGUNGEN WÄCHST – GLEICHZEITIG NIMMT DIE REPRESSION ZU**

Auf die sinkenden Wachstumsraten nach der globalen Krise ab 2008 folgten in allen BRICS-Staaten große Streikwellen, die jedoch nur im Fall von China und Südafrika größere internationale Aufmerksamkeit erhalten haben. Ab dem Jahr 2011 häuften sich auch in Indien und Brasilien Massenstreiks – in beiden Ländern vor allem in jeweils einer Branche: In Indien war dies die Automobilindustrie, in Brasilien die Bauindustrie. Die oft gewaltsam verlaufenden Konflikte rührten daher, dass trotz zeitweiser hoher Wachstumsraten die Arbeitsbedingungen sehr belastend sind und die Löhne niedrig blieben. Es waren vor allem die schlechter bezahlten ArbeiterInnen, von denen die Initiative zu den Streiks ausging. Die Reaktionen der nationalen Regierungen zeigen, dass sich mit dem Aufstieg der BRICS-Staaten auch die sozialen Widersprüche in diesen Ländern verschärfen.

Die Arbeitskämpfe der letzten Jahre in Brasilien und Indien ähneln sich in mehrfacher Hinsicht: Zunächst handelt es sich hierbei häufig um von der Basis organisierte, illegale Streiks, bei denen die schlechter bezahlten ArbeiterInnen eine treibende Kraft waren. Zudem gab es in beiden Ländern heftige Repressionen gegen Streikende: In Brasilien wurde mehrfach die Nationalgarde auf Großbaustellen eingesetzt, in Indien saßen bis zum März 2015 147 ehemalige Beschäftigte des größten Autoherstellers Maruti Suzuki seit mehr als zwei Jahren ohne Verurteilung im Gefängnis.¹ Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass es sich bei beiden Branchen um männerdominierte Sektoren handelt. Große Unterschiede bestehen dagegen in den Organisationsformen: Die indischen FabrikarbeiterInnen organisieren sich überwiegend in Gewerkschaften. Besonders im Industriegürtel um New Delhi sind Besetzungen als Aktionsform inzwischen sehr verbreitet. In Brasilien verhandeln zwar Gewerkschaften über die Arbeitsbedingungen, die Streiks im Bausektor werden aber meist von den Beschäftigten selbst organisiert. Da Bauarbeiter in Brasilien in der Regel Wanderarbeiter sind, finden sie keine festen Organisationsformen jenseits der Gewerkschaften. Die Rotation der Arbeiter befördert aber eine schnelle Ausbreitung von Streiks im ganzen Land, da sich mit der Wanderarbeit ein weit gespanntes Netz von Kontakten etabliert hat.²

MASSENSTREIKS AUF BAUSTELLEN IN BRASILIEN

Den Hintergrund für die Massenstreiks auf brasilianischen Baustellen bildet das Programa de Aceleração do Cres-

cimento, kurz PAC genannt. In der ersten Phase dieses Wachstumsbeschleunigungsprogramms zur Industrialisierung (PAC 1) von 2007 bis 2010 wurden 150 Milliarden Euro investiert, davon gut die Hälfte in die Energieversorgung. Das Folgeprogramm (PAC 2) war mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro gleich dreimal so hoch angesetzt. Finanziert wird der größte Teil der beiden PAC-Programme durch staatliche Betriebe wie den Erdölkonzern Petrobras und die brasilianische Entwicklungsbank BNDES. Mit dem Bau großer Wasserkraftwerke in den Amazonasgebieten soll die Stromversorgung sichergestellt werden. Darüber hinaus wird mit PAC auch die Verkehrsinfrastruktur gefördert: der Bau von Straßen, Eisenbahnlinien und die Schiffbarmachung von Flüssen. Ein weiteres Ziel von PAC ist die Industrialisierung durch den Bau von Raffinerien, Stahlwerken und petrochemischen Komplexen in Küstennähe. Dies betrifft vor allem Bundesstaaten wie Ceará und Pernambuco im Nordosten des Landes.

Zwischen 2004 und 2012 wuchs der Bausektor in Brasilien jedes Jahr um durchschnittlich fünf Prozent, am stärksten mit 11,6 Prozent im Jahr 2010; der Anteil des Bausektors an den produktiven Investitionen stieg von 36,3 Prozent im Jahr 2008 auf 43,8 Prozent im Jahr 2012.³ Im Jahr 2011 arbeiteten 7,8 Millionen Menschen auf dem Bau, das sind 8,4 Prozent aller Beschäftigten. Zwischen 1998 und 2008 nahm die Zahl der Bauarbeiter um 200.000 zu, was eine Steigerung von 26 Prozent bedeutet.⁴ Zwischen 2008 und 2011 stieg die Zahl der Beschäftigten im Bausektor noch einmal um 52 Prozent.

Allein im Jahr 2011 entstanden 177.000 neue Stellen – fast so viele wie zwischen 1998 und 2008.⁵ Diese enorme Steigerung der Beschäftigtenzahlen innerhalb kurzer Zeit sowie die in der Regel unzumutbaren Arbeitsbedingungen auf den Baustellen führten dann im Jahr 2011 zu einer Explosion von Konflikten.

DIE STREIKWELLE VON 2011 UND 2012

Die Streikwelle im Bausektor begann im Februar 2011 im nordöstlichen Bundesstaat Bahia auf mehreren kleineren Baustellen. An ihr beteiligten sich etwa 80.000 Arbeiter. Mitte März 2011 wurde auch eine Baustelle in Pecém bei Fortaleza (Ceará) von ihr erfasst. Hier hat der spanische Baukonzern Endesa, der größte private Energieversorger in Lateinamerika, mit Mitteln aus dem PAC-Programm eines der größten Wärmekraftwerke der Welt errichten lassen. Während des selbstorganisierten Streiks zerstörten die Arbeiter einen Teil ihrer Unterkünfte, die sie als menschenunwürdig empfanden. Später wurde der Streik von der zuständigen Gewerkschaft zu Verhandlungen genutzt.⁶ Dieses Muster wiederholte sich dann bei weiteren im Rahmen von PAC geförderten Bauprojekten.

Die Zerstörung von Teilen der Infrastruktur durch Brandstiftung gehört in Brasilien seit Jahrzehnten zum festen Protestrepertoire auf Baustellen. Bei der Streikwelle in den 2010er Jahren war jedoch neu, dass sich die Streiks in Windeseile auf ganz Brasilien ausdehnten. Dies wurde vor allem durch Mobiltelefone ermöglicht, ab 2012 zunehmend auch durch Facebook. So sprang der Streik in Pecém nach zwei Tagen auf die 3.800 Kilometer entfernte Baustelle in Jirau im Bundesstaat Rondônia im Amazonasgebiet über, wo 20.000 Arbeiter ein Wasserwerk errichteten. In Jirau waren die Zerstörungen der Infrastruktur besonders umfangreich, die Streikenden zündeten Omnibusse und Unterkünfte an und blockierten Straßen. Daraufhin setzte die Bundesregierung die 2004 von Präsident Lula gegründete Nationalgarde (Força Nacional), die dem brasilianischen Justizministerium untersteht, zur Unterdrückung des Streiks ein.

Kurz darauf traten auch 10.000 Arbeiter auf einer Baustelle in Santo Antonio in den Streik, die sich in derselben Region wie Jirau befindet und wo ebenfalls ein Wasserkraftwerk gebaut wird. Einige Tage später streikten etwa 35.000 Arbeiter auf zwei nebeneinander liegenden Großbaustellen in Suape im Bundesstaat Pernambuco, wo eine Raffinerie beziehungsweise ein petrochemischer Komplex entsteht. Damit kehrte die Streikwelle zurück an die Atlantikküste. Auch in Suape kam es zum Einsatz der Nationalgarde. Die Streiks dauerten im Durchschnitt zwischen zehn und 14 Tagen, in Jirau hielten die Unruhen sogar vom 15. März bis zum 11. April 2011 an. Da viele Unterkünfte verbrannt waren, gingen außerdem einige Tausend Arbeiter in Jirau zurück in ihre Heimatregionen.

Insgesamt streikten in Brasilien allein im Februar und März 2011 um die 180.000 Bauarbeiter, im gesamten Jahr 2011 waren es 580.000, im Jahr 2012 um die 500.000. Neben höheren Löhnen forderten sie an fast allen Orten bessere Urlaubsregelungen, Transportmittel und Unterkünfte sowie besseres Essen. In Jirau, wo einige Arbeiter an Malaria gestorben waren, beklagten sie darüber hinaus die mangelhafte medizinische Versorgung. Die für die Großbaustellen zuständigen Gewerkschaften konnten in der Regel Lohn erhöhungen zwischen neun und 13 Prozent aushandeln, bei einer Inflationsrate von 6,5 Prozent. Allerdings ist die Infla-

tionsrate in den Gegenden, wo sich die isolierten Baustellen befinden oder befanden, in der Regel höher als im Bundesdurchschnitt.

Im Laufe des Jahres 2011 wurde auf den meisten Großbaustellen wieder gestreikt, da die im Frühjahr getroffenen Lohn- und Urlaubsvereinbarungen von den Unternehmen nicht eingehalten wurden. In Suape kam es im Juli und August 2012 zu einem erneuten Aufstand, in dessen Verlauf das Management und GewerkschaftsvertreterInnen mit Steinen angegriffen und vertrieben wurden. Die größte Einzelbaustelle in Brasilien wird von einem Konsortium des Staatskonzerns Norte Energia betrieben. Dieses hatte erst im Laufe des Jahres 2011 damit begonnen, den Belo-Monte-Staudamm im Bundesstaat Pará zu errichten. Auch diese Baustelle liegt wie Jirau isoliert im Amazonasgebiet. Hier tobten ähnliche Auseinandersetzungen wie zuvor auf den anderen Baustellen. Wegen der miserablen Qualität des Essens kam es zu zahlreichen Vergiftungen, die Urlaubsregelungen waren noch restriktiver als auf anderen Baustellen: Statt alle drei gab es nur alle sechs Monate neun Tage Urlaub. Die ersten größeren Streiks im April und Mai 2012 wurden gerichtlich verboten, woraufhin sich im November 2012 die Proteste vom August wiederholten: Die Arbeiter setzten die Infrastruktur in Brand und verjagten Gewerkschaftsfunktionäre und Bosse mit Gewalt.

In Belo Monte kam hinzu, dass die streikenden Arbeiter Unterstützung durch die dort seit mehr als 20 Jahren aktiven Bewegungen gegen den Staudamm erhielten, etwa durch den Movimento Xingu Vivo para Sempre und den Movimento dos Atingidos por Barragens. Inzwischen wurden die Urlaubsregelungen in Belo Monte verändert, und die Infrastruktur hat sich erheblich verbessert. In Belo Monte wurden – unter Verweis auf wiederholte Besetzungen der Baustelle durch Indigene – per Sonderdekret der Präsidentin Dilma Rouseff 500 Beamte der Nationalgarde permanent stationiert. Die Nationalgarde war schon zuvor zur Niederschlagung von Streiks eingesetzt worden.

DIE AKTUELLE LAGE

Die Mobilisierungen im Bausektor dauerten auch in den Folgejahren an. 2013 und 2014 kam es zum Beispiel auf der Großbaustelle Comperj bei Rio de Janeiro und einer Baustelle in Pecém, wo der koreanische Konzerns POSCO ein Stahlwerk errichten lässt, zu größeren Konflikten. Mit der beeindruckenden Zahl von Streikenden auf den Baustellen überall im Land hat ein neues Subjekt unübersehbar die Bühne der Arbeitskämpfe in Brasilien betreten. Während sie zumindest im Südosten inzwischen relativ gut verdienen, erhalten Bauarbeiter in der übergroßen Mehrheit lediglich umgerechnet 300 bis 600 Euro im Monat (der Mindestlohn liegt bei etwa 300 Euro). Die Baubranche ist jedoch für viele Arbeiter, die vom Land kommen, der erste Anlaufpunkt in der Stadt oder in Stadtnähe, um eine Anstellung zu finden.

Dass die Kämpfe der Bauarbeiter im Zentrum des Streikgeschehens der letzten Jahre standen, ist auch symptomatisch für die Grenzen der sozialen Mobilität in Brasilien: Zwar konnten einige gut verdienende Arbeiter in den letzten 15 Jahren in die Mittelschicht aufsteigen. Auch die extreme Armut ging stark zurück. Trotzdem sind die Aufstiegsmöglichkeiten für die meisten ArbeiterInnen nach wie vor sehr begrenzt. 70 Prozent der brasilianischen Bevölkerung verdienen nach wie vor nicht mehr als maximal 600 Euro im Monat. Bei den Straßendemonstrationen im Sommer 2013 stellten

diese 70 Prozent indes nur schätzungsweise 15 Prozent der Demonstrierenden.⁷

Die Bundesregierung spielt eine Schlüsselrolle in den Streiks, da diese vor allem Bauprojekte betreffen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Im Wahlkampf im Jahr 2014 waren der Staudamm in Belo Monte und die Industrieprojekte in Pecém bei Fortaleza zentrale Referenzpunkte für Dilma Rousseff. So absolvierte die Präsidentin mehrere medienwirksame Auftritte vor Bauarbeitern. Umgesetzt werden die Bauprojekte aber von großen privaten Konzernen wie Camargo Correa, Odebrecht und Andrade Gutierrez, die mit erheblichen Summen die Wahlkampagnen aller großen Parteien sponsern. So sorgt die Bundesregierung zwar nicht für die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften auf den Baustellen, schickt aber ausreichend Sicherheitskräfte im Fall von Streiks und Arbeiteraufständen.

Die großen Gewerkschaften spielen auf den PAC-Baustellen eine zwiespältige Rolle. Es ist kein Zufall, dass es immer wieder zu Streikaktionen und Protesten kommt, die sich auch gegen die Gewerkschaften richten, sei es gegen die linken, die Teil des Dachverbands CUT (Central Única dos Trabalhadores) sind, sei es gegen Mitglieder des rechten Pendantes Força Sindical. Auf den meisten dieser Baustellen sind Gewerkschaften des Dachverbandes Força Sindical formale Repräsentanten der Arbeiter. Besonders auf der Großbaustelle in Belo Monte wird die Gewerkschaft Sintapav-PA als Vertretung des Managements wahrgenommen. Hier kam es dann auch zum Dauerkonflikt mit zwei kleineren Gewerkschaften, die Bauarbeiter in anderen Bereichen organisieren, aber als einzige während der Streiks auf dem Baugelände präsent waren und sich um die Infrastruktur wie Flugblätter und Lautsprecherwagen, aber auch AnwältInnen gekümmert haben. Die Kritik der CUT an den andauernden Verletzungen des Arbeitsrechts in Belo Monte durch die Nationalgarde blieb sehr verhalten. Die CUT argumentiert häufig damit, dass sie in Belo Monte «nicht zuständig» sei, da sie die Arbeiter dort nicht vertrete.

STREIKS IN INDIENS AUTOMOBILFABRIKEN

Streiks in Indiens Autofabriken haben seit 2005 einen Aufschwung erlebt. Die Branche weist ein enormes Wachstum auf: Zwischen 2001 und 2012 hat sich die Zahl der in Indien produzierten Autos vervierfacht, von 1,3 auf 4,1 Millionen. Zugleich hat sich die Struktur der Arbeiterschaft stark verändert: Während in den 1990er Jahren in den Hauptwerken fast alle ArbeiterInnen festangestellt waren, stieg in den letzten 15 Jahren der Anteil an LeiharbeiterInnen, deren Lohn zwischen 20 und 50 Prozent des Lohns der Kernbelegschaft beträgt. Daher ging seit dem Jahr 2000 auch der Durchschnittslohn in der Branche zurück, bis 2011 sank er etwa um 20 Prozent.

Im Jahr 2005 haben LeiharbeiterInnen zum ersten Mal eine große Rolle im Streik bei Honda in Manesar südlich von New Delhi gespielt. Der Streik war auch deswegen ein Einschnitt, weil die Polizei damals eine Arbeiterdemonstration angriff und mehr als 800 TeilnehmerInnen verletzte. Zudem erhielt nur die Kernbelegschaft Lohnerhöhungen, ein erneuter Streik der LeiharbeiterInnen im Jahr 2006 wurde von der Gewerkschaft der Festangestellten ignoriert.⁸ Jedoch gelang es den Arbeitern des größten indischen Autoherstellers Maruti Suzuki in den Jahren 2011 und 2012, diese Spaltung zumindest ansatzweise aufzuheben.⁹ Maruti Suzuki hält in Indien in Bezug auf den Verkauf von PKW einen Marktanteil

von 40 Prozent. Der frühere Staatskonzern wurde im Jahr 2007 vom japanischen Konzern Suzuki übernommen. Maruti Suzuki erwirtschaftet 25 Prozent des Umsatzes der Mutterfirma Suzuki. Neben dem Stammwerk in Gurgaon südlich von New Delhi hat Maruti im Jahr 2007 eine zweite Fabrik in der «Industrial Model Town Manesar», einem neuen Industriegebiet, eröffnet. Dort waren nur 25 Prozent der 4.000 Arbeiter Festangestellte, und die Löhne waren niedriger als im Stammwerk. Der größte Teil der Belegschaft bestand aus 2.300 Leiharbeitern von etwa 60 Verleihbetrieben. Die Leiharbeiter wurden für jeweils sechs Monate eingestellt, mussten dann sechs Monate pausieren, um dann eventuell wieder einen neuen Vertrag zu erhalten. Aufgrund der hohen Arbeitsgeschwindigkeit, zu kurzen Pausen und der Schikanen der Vorarbeiter wollten die Arbeiter im zweiten Werk in Manesar eine eigene Gewerkschaft gründen. Das Management wollte ihnen jedoch den Eintritt in eine dem Management nahestehende Gewerkschaft aus dem alten Werk nahelegen. Dieser Konflikt mündete in einer spontan organisierten, etwa zweiwöchigen Besetzung des Werks im Juni 2011. Da die versprochene Anerkennung der Gewerkschaft nicht vorankam und die Werksleitung 1.000 Leiharbeiter ausgesperrt hatte, kam es im Oktober 2011 zu einer zweiten Besetzung des Werks, wieder für zwei Wochen. Dieses Mal wurden jedoch drei weitere Suzuki-Werke in der unmittelbaren Nachbarschaft für zwei Wochen besetzt, und die Beschäftigten von etwa 20 Zuliefererbetrieben traten für zwei Tage in einen Solidaritätsstreik. Bei beiden Besetzungen agierten Leiharbeiter und Kernbelegschaft gemeinsam, was bei einem Streik dieser Größenordnung ein Novum darstellte.

Die Anerkennung der Gewerkschaft Maruti Suzuki Workers Union (MSWU) erfolgte schließlich im März 2012. Das Management reagierte jedoch nicht auf deren Forderungen und entließ stattdessen im April und Mai 2012 eine Reihe missliebiger Arbeiter. Dies führte schließlich am 18. Juli 2012 zu einem Aufstand in der Fabrik: Ein Manager starb in den Flammen, weitere 50 leitende Angestellte wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Nach dem Aufstand blieb die Fabrik für einen Monat geschlossen, 2.300 Arbeitern, darunter 500 Festangestellten, wurde gekündigt. Seit August 2012 sitzen 144 an dem Aufstand beteiligte Arbeiter und Gewerkschafter in Haft. Ihnen wird Mord vorgeworfen, allerdings hat es bis heute keinen Gerichtsprozess und keine Verurteilung gegeben. Seitdem sind auch in der Fabrik von Maruti in Manesar mehrere Hundert Polizisten permanent stationiert – ein Trend, der in den neuen Industriestaaten Schule zu machen scheint. Die Gewerkschaft MSWU hat ihre Aktivitäten nach der Verhaftung ihrer Führung fortgesetzt. Sie ist eine unabhängige Betriebsgewerkschaft, die mit anderen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen kooperiert. Zu Beginn arbeitete die MSWU noch mit dem etablierten Gewerkschaftsbund AITUC (All-India Trade Union Congress) zusammen, bis sie den Eindruck gewann, dass AITUC zu viele Kompromisse hinter verschlossenen Türen aushandelt. Bei den Gewerkschaftswahlen im Jahr 2014 hat die MSWU in beiden Maruti-Fabriken die Mehrzahl der Sitze im Betriebsrat gewonnen, im Werk in Manesar waren es elf von zwölf Sitzen.

PATTSITUATION IN INDIENS AUTOINDUSTRIE

Der Aufstand bei Maruti hat wegen der Bedeutung des Konzerns die größte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bekommen. Allerdings war es bereits in früheren Jahren zu Tötungen von Managern durch ArbeiterInnen – so beim ita-

lienischen Autozulieferer Graziano im Jahr 2008, ebenfalls in der Nähe von New Delhi. Auch nach der Polizeirepression gegen die Maruti-Arbeiter blieb es unruhig in Indiens Industriegebieten. Im Sommer 2013 fand beim zweitgrößten Motorradhersteller Bajaj Motors in Pune ein 50-tägiger Streik statt, bei Toyota Kirloskar wurde im März und April 2014 für einen Monat gestreikt. Bei dem Autozulieferer Napino Auto Electronics haben ArbeiterInnen im April 2014 gleich drei Werke zeitgleich neun Tage lang besetzt, ebenso bei Shiram Pistons & Rings im Mai 2014. Nach Erstürmung der Fabriken durch die Polizei wurden viele Aufständische verhaftet. Beide Firmen versorgen auch deutsche Konzerne wie VW, Audi, Daimler-Benz und das Ford-Werk in Köln mit Autoteilen.

Auch wenn bei den Streiks und Besetzungen zum Teil Lohnerhöhungen erreicht werden können, ist die Situation in Indiens Autoindustrie insgesamt durch eine Art Pattsituation gekennzeichnet: Die ArbeiterInnen können nur kleine Verbesserungen durchsetzen und sind regelmäßig mit Kündigungen und Verhaftungen konfrontiert. Das Kapital dagegen kann nicht störungsfrei produzieren. Wie in Brasilien sind in der Autoindustrie die schlechter bezahlten ArbeiterInnen die treibende Kraft bei den Massenstreiks. Es kam in Indien bislang jedoch noch nicht zu landesweiten Streikwellen; in einigen Industrieregionen, besonders im Süden und Osten von Greater New Delhi, kann allerdings von einer permanenten Unruhe und Mobilisierung gesprochen werden. Inzwischen sind in einigen Industrieregionen sogenannte Workers Centres entstanden, in denen sich streikende Belegschaften koordinieren und gemeinsam mobilisieren können. Allmählich wird die lange dominierende Tendenz überwunden, dass jede Belegschaft für sich kämpft und die Gewerkschaften entlang der Zugehörigkeit zu parteigebundenen Gewerkschaftsverbänden miteinander konkurrieren.

AUFBRUCH, ABER NOCH KEINE ETAPPENSIEGE

Die Massenstreiks der letzten Jahre in Brasilien und Indien bilden einen international bisher wenig beachteten Teil der Revolten im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Investitionen in die neuen Wachstumsbranchen erfolgen mit der Erwartung der Unternehmen, dass niedrige Lohnniveaus beibehalten werden können. Die Arbeitenden hingegen verbinden mit hochtechnologischer Produktion die Erwartung, an den Profiten stärker beteiligt zu werden. Auch wenn in Brasilien wie in Indien die Durchschnittslöhne seit einigen Jahren steigen, sorgt die ungleiche Entwicklung weiter für Unzufriedenheit unter den ArbeiterInnen. Im indischen Automobilsektor sind die Reallöhne in den letzten 15 Jahren sogar gesunken, da immer mehr LeiharbeiterInnen eingesetzt werden. Dort sind die ArbeiterInnen auch stärker politisiert als auf den Großbaustellen in Brasilien. Im städtischen Umfeld der Autofabriken gibt es mehr Interaktion mit radikalen Studierenden und Beschäftigten aus anderen Branchen – die Großbaustellen sind dagegen räumlich in der Regel recht isoliert. Dies macht es für linke Gruppen schwierig, die ArbeiterInnen zu erreichen. Dagegen hat der Kontakt mit verschiedenen maoistischen und bolschewistischen Organisationen für die Entwicklung des Widerstands in der indischen Autoindustrie durchaus eine Rolle gespielt.

In Indien gab es eine vergleichbare Streikwelle zuletzt Ende der 1970er, in Brasilien zuletzt Ende der 1980er Jahre. Mit den militanten Kampfmethoden der Arbeitenden und ihrer massenhaften Mobilisierung geht jedoch auch eine Zunahme der Repression einher. In beiden Ländern wurden Spe-

zialeinsatzkräfte dauerhaft an den Arbeitsplätzen stationiert, und in Brasilien droht die Justiz mittlerweile Gewerkschaften im Fall von Streiks mit hohen Geldstrafen.

Mit dem Antritt neuer Regierungen – der zweiten, stärker an einer Austeritätsstrategie orientierten Regierung von Dilma Rousseff im Januar 2015 in Brasilien und der wirtschaftsfreundlichen Regierung der Bharatiya Janata Party (BJP) in Indien im Sommer 2014 – ist die Hoffnung auf Kompromisse, die den Arbeitenden eine größere Teilhabe ermöglichen würden, gesunken. Daher ist auch mit neuen Konflikten zu rechnen. In Brasilien meldeten sich kurz nach Antritt der neuen Regierung am 1. Januar 2015 bereits die ArbeiterInnen bei VW do Brasil zurück, die im Zentrum der historischen Streiks 1978/79 gestanden hatten: Durch einen elftägigen Streik und eine eintägige Blockade zentraler Verkehrswege konnten sie 3.000 geplante Entlassungen verhindern. Bei General Motors in Brasilien wurden im Februar 2015 ebenfalls mehrere Hundert geplante Entlassungen aufgrund eines Streiks wieder rückgängig gemacht.

Jörg Nowak, Politikwissenschaftler und Post-Doc-Fellow der Universität Kassel, forscht zu Massenstreiks in Indien und Brasilien. Veröffentlichungen: Politische Streiks im Europa der Krise (2012, hrsg. mit Alexander Gallas und Florian Wilde); Strikes and Workers' Movements in the 21st Century (2015, hrsg. mit Madhumita Dutta und Immanuel Ness).

1 Inzwischen wurden 77 Inhaftierte wieder freigelassen. **2** Die Informationen über die Streiks beruhen auf Medienberichten und – soweit nicht anders ausgewiesen – auf 60 Interviews, die ich in Indien zwischen Oktober 2013 und Januar 2014 geführt habe, sowie auf zwischen Juli und Oktober 2014 in Brasilien geführten Interviews. **3** Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos: Estudo Setorial da Construção 2012, Estudos pesquisa Nr. 65, Mai 2013, São Paulo 2013. **4** Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos: Cresce a Ocupação na Construção Civil, Boletim Trabalho e Construção, Nr. 1, September 2009, São Paulo 2009. **5** Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos: Estudo Setorial, S. 32. **6** Welche Gewerkschaft für welchen Sektor zuständig ist und das Recht hat, dort alle Beschäftigten zu vertreten, wird in Brasilien in Wahlen bestimmt. Per Gesetz werden bestimmte Sektoren definiert, zum Beispiel die Subsektoren Tiefbau, Leichtbau und spezialisierte Dienstleistungen auf dem Bau, für die es jeweils gesonderte Wahlen gibt. Nach dem bereits in den 1940er Jahren etablierten System der industriellen Beziehungen zahlen alle Beschäftigte in einem Sektor Mitgliedsbeiträge an diese Gewerkschaft (und an die Arbeitgeberverbände). Zusätzlich können ArbeiterInnen auch freiwillig Mitglied einer Gewerkschaft (*socios voluntarios*) werden. Dies ermöglicht im Prinzip einer Gewerkschaft in Brasilien, auch ohne aktive Mitglieder tätig zu sein, solange sie die Gewerkschaftswahlen in einem Sektor gewinnt. **7** Estante, Elisio: *Rebeliões de classe média? Precariedade e movimentos sociais em Portugal e no Brasil (2011–2013)*, in: *Revista Crítica de Ciências Sociais* 103, Mai 2014, S. 53–80. **8** Vgl. hierzu Wildcat: *Gurgaon, Indien: Neue Stadt, neues Glück, neue Kämpfe?*, Beilage zu *Wildcat* 82, 2008. Aufgrund der indischen Arbeitsgesetze dürfen Angehörige der Kernbelegschaft und LeiharbeiterInnen nicht in derselben Gewerkschaft Mitglied sein. **9** Beim Autohersteller Maruti Suzuki arbeiten nur Männer.

KARIN KULOW/WERNER RUF

BEVOR SICH DAS FENSTER SCHLIESST

**KONFLIKT IM NAHEN OSTEN: WARUM DIE ZWEI-STAAATEN-OPTION
ALS EINZIGE AUSSICHTSREICHE LÖSUNG FORCIERT WERDEN MUSS**

Die Zwei-Staaten-Option als Lösungsvariante des israelisch-palästinensischen Konflikts, die auch für DIE LINKE zu den programmatischen Grundsätzen ihrer Nahostpolitik zählt, befindet sich offenkundig an einer entscheidenden historischen Wegmarke: Entweder behält sie noch eine gewisse Realisierungschance, indem ihr endlich nachhaltige Unterstützung vor allem auch seitens westlicher Staaten zuteil wird. Oder aber sie läuft Gefahr, ihre ohnehin schon stark dezimierten Realisierungsgrundlagen vollends einzubüßen. Zweifelsohne entspräche die Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor am ehesten den jeweils legitimen nationalen Interessen beider Seiten – nicht zuletzt auch angesichts ihrer jeweiligen, nach wie vor unveröhnlich scheinenden nationalen Selbstverständnisse. Sie ist zudem die einzige, die den existierenden völkerrechtlichen Grundlagen zur Lösung des Konflikts Rechnung trägt. Ihr endgültiges Scheitern wäre mit vielerlei unkalkulierbaren Risiken weit über die Region hinaus verbunden. Das Zwei-Staaten-Konzept sah sich von Anfang an großen Schwierigkeiten gegenüber. Mittlerweile haben diese jedoch ein solches Ausmaß angenommen, dass seine Verwirklichung zunehmend schwierig, wenn nicht gar unmöglich erscheint. Genau dies mag der Grund sein, weshalb Staaten (wie beispielsweise Schweden) oder europäische Parlamente zunehmend die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas vollziehen bzw. einfordern.¹

VÖLKERRECHTLICHE GRUNDLAGEN

Seit fast sieben Jahrzehnten ringt die Staatengemeinschaft um die Realisierung des von der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) begründeten Zwei-Staaten-Konzepts – also des Konzepts der Errichtung zweier souveräner Staaten auf dem Boden des historischen Palästina. Die auf ihrer zweiten Vollversammlung am 29. November 1947 verabschiedete Resolution 181 (II) hatte die Aufteilung des ehemals britischen Mandatsgebiets Palästina in zwei unabhängige Staaten – einen arabischen und einen jüdischen Staat – verfügt. Für Jerusalem sollte ein Sonderregime errichtet werden.

Auf Basis dieser Resolution war dann im Mai 1948 der Staat Israel proklamiert worden, ein Jahr später erfolgte dessen Aufnahme in die UNO, wobei Israel allerdings von seiner Seite keinerlei Grenzen fixierte und wohl auch deshalb ganz bewusst bislang über keine Staatsverfassung verfügt.

Wie Israel sein Existenzrecht auf eben diese Resolution stützte, so leiten auch die Palästinenser daraus für sich das Recht auf Existenz in einem unabhängigen Staat auf historischem palästinensischen Boden ab. Darin wurden und werden sie seitens der UNO unterstützt, die sich als Begründerin des Zwei-Staaten-Konzepts gegenüber der nach wie vor ungelösten Palästinafrage durchaus in der Pflicht sieht. Kaum noch zu zählen sind die Resolutionen, in denen den

Palästinensern stets erneut die nationale Selbstbestimmung in einem unabhängigen, souveränen Staat als ein unveräußerliches Recht zugesichert wurde. Dementsprechend erhielt die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als Vertreterin des palästinensischen Volkes im November 1974 UN-Status, der es ihr erlaubte, als Beobachterin an Vollversammlungen teilzunehmen – ab Ende 1988 dann nicht mehr unter der Bezeichnung PLO, sondern als «Palästina». Seit dem 29. November 2012 besitzt Palästina in der UNO Beobachterstatus als Nichtmitgliedstaat. Auch ist es bereits Mitglied der Spezialorganisation der UNO für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Zugleich wird der Staat Palästina inzwischen von der absoluten Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten anerkannt, wobei es sich jedoch zumeist um «Dritte-Welt»-Staaten handelt.

Das Hauptproblem besteht derzeit in der Diskrepanz zwischen der Haltung der UN-Vollversammlung einerseits und des UN-Sicherheitsrates andererseits, wo vor allem die USA die Anerkennung des Existenzrechts Palästinas bzw. eines palästinensischen Staates neben Israel verhindern.

Denn obwohl die UN-Sicherheitsratsresolution 242 (1967) unmissverständlich «die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern», festgeschrieben hat und dementsprechend den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den

während des Sechstagekriegs im Juni 1967 besetzten Gebieten fordert, hat sich Israel dem bislang widersetzt, wobei es sich stets auf das US-Veto verlassen konnte.² Selbst die Verurteilung der seither von Israel immer intensiver betriebenen Siedlungspolitik – auch von westlicher Seite durchweg als illegal bezeichnet – wurde per US-Veto im Sicherheitsrat blockiert. Im Fall der beiden bisher eingereichten Anträge auf volle UN-Mitgliedschaft Palästinas – im November 2011 und Ende Dezember 2014 – wurde das Zustandekommen einer Mehrheit von neun Ja-Stimmen bei der Abstimmung im Sicherheitsrat ebenfalls verhindert.

Die verbale Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung seitens des Westens wurde so zu einem bloßen Lippenbekenntnis. Diese ist also nur dann realisierbar, wenn sich westliche Staaten auf internationaler Ebene, vor allem im Rahmen der UNO, tatkräftig dafür engagieren. Eine tragfähige Grundlage dafür böte zweifelsohne das von der Arabischen Liga³ 2002 unterbreitete und 2007 erneuerte Friedensangebot an Israel, die sogenannte Arabische Initiative, welche Israel die volle diplomatische Anerkennung und die Aufnahme entsprechender Beziehungen in Aussicht stellt, falls es die Okkupation beendet und der Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zustimmt.

DIE PALÄSTINENSISCHE POSITION

Die PLO, darunter vor allem auch die Fatah,⁴ hat sich entgegen ihrer ursprünglichen Forderung nach Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina seit Beginn der 1970er Jahre schrittweise immer deutlicher zum Zwei-Staaten-Konzept bekannt. Dies geschah damals in deutlicher Abgrenzung von den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, die sich dieses Konzept erst rund ein Jahrzehnt später sukzessive zu eigen machten. Mit der Ausrufung des Staates Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt auf ihrer Nationalratstagung 1988 in Algier bekundete die PLO dann auch offiziell, dessen Formierung auf 22 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebiets anzustreben. Demzufolge würden 78 Prozent des Territoriums beim Staat Israel verbleiben.

Mit dem von Jassir Arafat am 9. September 1993 an den damaligen israelischen Premier Yitzhak Rabin gerichteten Brief erkannte die PLO ausdrücklich «das Recht des Staates Israel, in Frieden und Sicherheit zu existieren», an, und erklärte sich bereit, alle den Endstatus betreffenden offenen Fragen auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Außerdem informierte der Brief über die Streichung aller das Existenzrecht Israels negierenden Artikel in der PLO-Gründungscharta.

Diesen durchaus als historisch zu bezeichnenden Schritt unternahm die PLO in der Hoffnung, nun mit Israel zu einer fairen, auf dem Völkerrecht basierenden Verhandlungslösung zu gelangen und so die Schaffung eines souveränen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 zu ermöglichen. Diese Vorleistung stellte PLO und Fatah vor das Dilemma, nun gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nachweisen zu müssen, dass ihr Vorgehen richtig war. Dass sich die in die Oslo-Abkommen⁵ gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, spielte radikalen Kräften wie der Hamas⁶ in die Hände, beförderte machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen und führte schließlich seit 2007 zur zunehmenden territorialen und politischen Spaltung der Palästinenser: Die PLO kontrolliert das Westjordangebiet (so weit dies nicht Israel tut), die Hamas den Gazastreifen.

War es für das palästinensische nationale Selbstverständnis schon eine Herausforderung, sich mit nur noch rund einem Fünftel des historischen palästinensischen Territoriums abfinden zu müssen, so macht die israelische Siedlungspolitik selbst diese Konzession faktisch zunichte und hat alle einst mit dem Osloer Abkommen verbundenen Hoffnungen enttäuscht. So gibt es für einen zukünftigen Staat Palästina kaum noch ein zusammenhängendes Territorium, da reichlich mehr als die Hälfte – die sogenannte Zone C – wegen angeblicher Sicherheitserfordernisse auf unbestimmte Zeit weiterhin von Israel beansprucht wird. Darüber hinaus wird das Gebiet durch eine Vielzahl von Straßen zerschnitten, die nur Israelis benutzen dürfen, und rund 600 israelische Checkpoints schränken die Bewegungsfreiheit innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete ein.

So gesehen ist die Entscheidung des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas, nunmehr auf internationaler Ebene aktiv zu werden, durchaus als ein letztes Aufbäumen zu werten, um dem Staat Palästina neben Israel noch eine Chance zu geben. Zugleich ist sie der Versuch, die Position von PLO und Fatah gegenüber der Hamas zu stärken. Damit sind Legitimität und Existenz der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) unmittelbar mit der Zwei-Staaten-Lösung verbunden.

Mit dem Beitritt zum Rom-Statut des Internationalen Gerichtshofes (IGH), das laut Aussage des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon ab April 2015 rechtskräftig sein soll, und dem Beitritt zu einem Dutzend weiterer internationaler Konventionen und Verträge hat die palästinensische Seite ihre wohl letzte Karte ausgespielt, um Druck auf Israel auszuüben und zu den Oslo-Vereinbarungen zurückzukehren. Als Reaktion darauf hat Israel die den Palästinensern zustehende Überweisung von Steuern und Zöllen in Höhe von über 130 Millionen US-Dollar gesperrt; wohl wissend, dass damit die Zahlung von Löhnen und Gehältern für die PA-Angestellten ausbleiben wird. Das trifft in erster Linie die Verwaltung im Gazastreifen. So schwächt diese Maßnahme die Stellung der PLO in ihrer Auseinandersetzung mit der Hamas, was wiederum vonseiten der israelischen Regierung als Argument gegen die palästinensische Staatlichkeit benutzt wird.

DIE ISRAELISCHE POSITION

Während die palästinensische Seite mit ihrem sichtlich verstärkten Engagement auf der internationalen Ebene dem Zwei-Staaten-Konzept nun noch eine reale Chance zu geben versucht, will Israel offenkundig den bisherigen Status quo möglichst unangetastet lassen. Zudem möchte es einen internationalisierten Lösungsmechanismus vermeiden und ausschließlich die bilaterale Ebene gelten lassen, auf der die Verhandlungsposition der Palästinenser ohne internationale Unterstützung extrem schwach bleibt. Alle bisherigen israelischen Regierungen haben keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegenüber einem unabhängigen palästinensischen Staat gemacht. Schon gar nicht sollen dafür die Grenzen von 1967 zugrunde gelegt werden. Und Jerusalem, das in Verletzung der UN-Sicherheitsratsresolution 478 (1980) zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt des Staates Israel erklärt worden ist, wird ohnehin als unverhandelbar betrachtet.

Spätestens seit dem Machtantritt des Likud-Blocks Ende der 1970er Jahre⁷ liegt klar auf der Hand, dass die zielstrebig betriebene israelische Siedlungspolitik auf palästinensischem Gebiet zwei eng miteinander verknüpften Zielen dienen soll: der Gründung eines Palästina-Staates entgegen-

zuwirken und weiteres Territorium für den Staat Israel hinzuzugewinnen – anders gesagt, *irreversible facts on the ground* zu schaffen.

Die Siedlungspolitik verstößt gegen das Kriegsvölkerrecht (Vierte Genfer Konvention), wonach zivile Ansiedlungen auf okkupiertem Gebiet illegal sind. Die Zahl israelischer SiedlerInnen in der Westbank und in Ost-Jerusalem beläuft sich gemäß eigenen offiziellen Angaben mittlerweile bereits auf mehr als 750.000. Sie wohnen in etwa 150 Siedlungen, von denen einige – die sogenannten Siedlungsblöcke – hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl bereits die Größe von mittleren Städten erreicht haben. Demonstrativ haben Regierungsmitglieder wie zum Beispiel Avigdor Lieberman ihren Wohnsitz in einer Siedlung.

Eine ganze Reihe dieser Siedlungen wurde bewusst so platziert, dass damit die Grenzen von 1967 de facto bereits ausgehebelt wurden. Die als «Sicherheitsbarriere» gegen terroristische Übergriffe errichtete Mauer, die der IGH wegen ihres Verlaufs in einem Rechtsgutachten 2004 als illegal bezeichnete, reicht an manchen Stellen bis zu 20 Kilometer tief in palästinensisches Gebiet hinein. Nahezu täglich wird der Bau neuer Siedlungswohnheiten bekannt gegeben.

Das israelische Establishment unter Premier Netanjahu verfolgt erkennbar das Ziel, diesen Interimszustand aufrechtzuerhalten, um die territoriale Basis eines zukünftigen Palästinenserstaates obsolet werden zu lassen. Die von extremer Asymmetrie gekennzeichneten bilateralen Gespräche zwischen Israels Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde laufen darauf hinaus, die palästinensische Seite in die Ecke von Verweigerern zu drängen und mithin als Verantwortliche für die Erfolglosigkeit des Verhandlungsprozesses hinzustellen. Mit der Formel «Verhandlungen ohne Vorbedingungen» schließt die israelische Regierung die von ihr geschaffenen *facts on the ground* zudem von den Gesprächen aus. Jenseits der Siedlungsfrage gilt dies auch für die Forderung, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, für das von der UNO sanktionierte Recht auf Rückkehr und für die langfristige israelische Militärpräsenz in der Westbank. Entgegen der Rechtslage formulierte Netanjahu Ende November 2014 im Beisein des britischen Premiers Cameron den Anspruch Israels auf das gesamte historische Palästina, und zwar – in Klitterung der nahöstlichen Geschichte – mit der Begründung, Palästinenser seien dort frühestens Anfang der 1940er Jahre aufgetaucht, nämlich auf der Suche nach Arbeit bei den ansässigen Juden.

Neben dem Mainstream gibt es aber auch andere Stimmen – wie beispielsweise die der Israelischen KP und des von ihr angeführten Wahlbündnisses CHADASCH –, die seit Jahren und Jahrzehnten für die Zwei-Staaten-Lösung eintreten. Sie sehen in der Status-quo-Politik gegenüber den Palästinensern folgenschwere negative Folgen für das eigene Land, vor allem für dessen Existenz in Frieden und Sicherheit mit seinen Nachbarn. Die von CHADASCH jüngst mit drei weiteren arabischen Parteien gegründete Vereinte Liste zog bei den Parlamentswahlen vom 17. März 2015 mit 13 (von 120) Abgeordneten in die neue Knesset ein. So werden die BefürworterInnen der Zwei-Staaten-Lösung auch dort eine Stimme haben.

Ende 2014 initiierte zudem ein breites Spektrum von Persönlichkeiten des israelischen öffentlichen Lebens einen Brief an das EU-Parlament in Brüssel, in dem die europäischen Staaten dazu aufgerufen werden, Palästina anzuerkennen. Neben Ex-MinisterInnen, ehemaligen Knessetab-

geordneten, DiplomatInnen, Generälen, Geschäftsleuten, KünstlerInnen und LiteratInnen – darunter Amos Oz, David Grossman und Abraham B. Jehoshua – unterzeichneten bis Ende Dezember fast 1.000 israelische BürgerInnen den Brief.

PERSPEKTIVEN

135 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen den Staat Palästina an – auch wenn er de facto noch nicht existiert. Bisher fehlen vor allem die westlichen Staaten. Im europäischen Raum deuten sich allerdings Verschiebungen an. Nicht nur Schweden hat die Anerkennung eines palästinensischen Staates beschlossen, auch das britische Unterhaus hat sich mit überwältigender Mehrheit für die Anerkennung eines Staates Palästina ausgesprochen – dies mit der expliziten Begründung, damit die Verwirklichung der Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen. Im belgischen Parlament forderte die Mehrheit die Anerkennung «im günstigsten Moment», die (linke!) Opposition die sofortige und bedingungslose Anerkennung. In zahlreichen weiteren EU-Mitgliedstaaten gibt es entsprechende Forderungen. Frankreich machte im UN-Sicherheitsrat Ende Dezember 2014 den Vorschlag, eine Internationale Nahost-Friedenskonferenz zur Lösung des Israel-Palästina-Konflikts auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 (zur Beendigung des Nahostkrieges von 1967) und 338 (zur Beendigung des Krieges von 1973) auf den Weg zu bringen. Das EU-Parlament beschloss am 17. Dezember 2014 eine Resolution, die die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Palästinas in den Grenzen von 1967 unterstützt und Jerusalem zur Hauptstadt beider Staaten erklärt. Der Resolution stimmten 498 Abgeordnete bei 111 Enthaltungen und 88 Gegenstimmen zu. Diese Bewegung, die 2014 im europäischen Raum in Gang gekommen ist, ist sich gewiss der Tatsache bewusst, dass eine Zwei-Staaten-Lösung entweder bald realisiert werden muss oder ansonsten aufgrund der von Israel täglich geschaffenen *facts on the ground* nicht mehr umsetzbar ist.

Daher ist die EU gefordert und scheint sich in ihrer großen Mehrheit allmählich ihrer Verantwortung zu stellen. Sie verfügt mit ihren 28 Mitgliedern, so sie denn einheitlich handelten, durchaus über die Fähigkeit, die Zwei-Staaten-Option nach vorn zu bringen, wenn

- sie sich entschlossen zeigte, die Rolle eines aktiven Players zu übernehmen, indem sie außer auf die prinzipiellen Anerkennung des palästinensischen Staates gleichzeitig auch auf die Implementierung eines internationalen Mechanismus zur Lösung der offenen Streitfragen fokussierte – bis hin zu Vereinbarungen über zu dessen Kontrolle erforderliche Sicherheitsgremien;
- sie dazu bereit wäre, die ihr verfügbaren Druckmittel einzusetzen, indem beispielsweise Transferleistungen oder andere bestimmte Vergünstigungen oder Upgrades in den Beziehungen zu Israel von messbaren Fortschritten bei der Zwei-Staaten-Lösung abhängig gemacht würden;
- sie die Einhaltung ihrer 2013 verabschiedeten Leitlinien zum Umgang mit den israelischen Siedlungen in der palästinensischen Westbank, in denen diese erstmalig in solch offizieller Form delegitimiert wurden, strikt kontrollierte sowie
- alle EU-Mitgliedstaaten dem Beispiel Schwedens folgten und ihrerseits den Staat Palästina anerkennen würden.

Damit würde auch ein gewisser Druck auf die USA entstehen, der es diesen erschweren würde, ihre einseitige, in allererster Linie an den Bestrebungen der herrschenden israe-

lischen Kräfte ausgerichtete Position weiterhin zu vertreten. Schon in der Vergangenheit gingen von der EU positive Wirkungen aus, beispielsweise von der Venedig-Deklaration 1980, die erstmals westlicherseits die Palästinenser als eigenständiges Handlungsobjekt, politisch vertreten durch die PLO, respektierte und deren Recht zur vollen Ausübung ihrer Selbstbestimmung einforderte. Dies wurde danach auch von US-PolitikerInnen aufgenommen, einschließlich der Akzeptanz der Zwei-Staaten-Lösung. Selbst das Umdenken innerhalb der Arabischen Liga wurde dadurch seinerzeit befördert.

Als Alternative zum Zwei-Staaten-Konzept käme nur die Etablierung eines binationalen Staates in Betracht, in dem die Interessen zweier divergierender Nationalbewegungen kollidieren würden. KritikerInnen auch aus dem israelischen Establishment verweisen zu Recht auf die negativen Folgen eines solchen Einheitsstaates vor allem auch für Israel. Er widerspräche zutiefst dem vorgetragenen Anspruch eines jüdischen und zugleich demokratischen Staates. Der jüdische Charakter des Staates könnte nur kraft einer gezielten Ausgrenzungs- und Unterdrückungspolitik der dann zur Mehrheit herangewachsenen nichtjüdischen Bevölkerungsteile aufrechterhalten werden.

Der Charakter Israels als jüdischer und demokratischer Staat kann folglich nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung garantiert werden. Auch dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser könnte allein dadurch entsprochen werden.

Umso mehr müsste deshalb nun umgehend und mit aller Konsequenz insbesondere auf internationaler Ebene dafür Sorge getragen werden, dass endlich auch den legitimen nationalen Rechten der Palästinenser genüge getan wird – ehe es dafür endgültig zu spät ist. Denn solange die Palästinafrage offen ist, wird auch Israel ungeachtet all seiner militärischen Überlegenheit nicht in Frieden und Sicherheit leben können. Zu einem Zeitpunkt, da der Ausbruch einer dritten Intifada immer wahrscheinlicher wird, müsste Israel unmissverständlich klar gemacht werden, dass die Existenz eines palästinensischen Staates seinen legitimen Sicherheitsinteressen besser dient als die Fortdauer der derzeitigen Situation.

Politisch geht es in Deutschland für alle linken und Friedenskräfte darum, dazu beizutragen, dass die Bundesregierung ihre abwartende Haltung in der Palästinafrage aufgibt und ihrerseits den Staat Palästina auf den völkerrechtlichen Grundlagen anerkennt. Zum anderen sollte auch auf europäischer Ebene auf ein noch aktiveres Engagement der EU bei der Durchsetzung des Zwei-Staaten-Konzepts hingewirkt werden, dem nunmehr eine Schlüsselrolle zukommt.

So ist auch das Parteiprogramm der LINKEN in dieser Hinsicht unmissverständlich: «Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen.»

Bis es soweit ist, sollte der im Sommer 2014 gebildeten palästinensischen Einheitsregierung jede Unterstützung gewährt werden, gerade weil diese selbst innerpalästinensischen Belastungsproben ausgesetzt ist und seitens Israel abgelehnt wird.

Dies kann auch nicht mehr an der Begründung scheitern, dass Hamas diese Regierung mitträgt, hat doch inzwischen

der Europäische Gerichtshof die EU angewiesen, die Hamas von ihrer Terrorliste zu streichen.

All jene Kräfte in Israel, die sich für eine umgehende Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung aussprechen, verdienen zudem ausdrückliche Solidarität und Unterstützung. Dies gilt insbesondere für CHADASCH.

Das sich anscheinend nun in der Palästinafrage neu öffnende *window of opportunity* sollte unbedingt genutzt werden. Denn darin liegt möglicherweise die letzte Chance, um doch noch die Zwei-Staaten-Option zu realisieren. Diese wäre ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der äußerst angespannten Lage in der gesamten Region.

Karin Kulow ist Arabistin, Islamwissenschaftlerin und Historikerin und war Professorin für Geschichte mit Schwerpunkt Naher Osten in Berlin. Werner Ruf ist Politologe und Friedensforscher und war Professor für internationale und innergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik mit Schwerpunkt Naher Osten an der Universität Kassel. Beide AutorInnen sind Mitglieder des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Das Papier wurde im Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutiert. Die dort geäußerten Anregungen und Vorschläge wurden bei der Endfassung berücksichtigt. 2 Wenn die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates – USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien – einer Beschlussvorlage nicht zustimmen, kommt der Beschluss nicht zustande. 3 Der 1945 in Kairo gegründeten Organisation arabischer Staaten «Arabische Liga» gehören 21 arabische Nationalstaaten aus Afrika und Asien sowie Palästina an. 4 Die PLO ist eine Dachorganisation verschiedener palästinensischer Parteien und Bewegungen; die Fatah eine politische Partei mit dem Namen «Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas». Jassir Arafat war 1957 Mitbegründer der Fatah, seit 1968 Vorsitzender der Fatah und ab 1968 Vorsitzender der PLO. Gemeinsam mit den früheren israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres und Yitzhak Rabin erhielt Arafat für seine Bemühungen um eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts 1994 den Friedensnobelpreis. Er starb 2004. 5 Als Oslo-Abkommen werden die Vereinbarungen von 1993 und 1994 zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts bezeichnet, wofür die Hauptbeteiligten beider Seiten 1994 den Friedensnobelpreis erhielten. 6 Die Hamas – «Bewegung des Islamischen Widerstandes» – konstituierte sich 1987 zu Beginn der ersten palästinensischen Intifada (Erhebung) gegen die israelische Okkupation. Hervorgegangen aus der 1973 in Gaza gegründeten «Islamischen Sammlung» definierte sie sich als «Flügel der Muslimbrüder in Palästina und in der Welt» mit engen Verbindungen zur ägyptischen Muslimbruderschaft. Ihre Kontroverse mit Fatah und PLO wurzelt in deren Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen mit Israel. Weder bekennt sie sich wie Fatah und PLO offiziell zur Zwei-Staaten-Lösung, noch will sie sich allein auf den politischen Widerstand gegen die Okkupation Israels festlegen. Vielmehr erachtet sie den Einsatz militärischer Mittel als legitimes Widerstandsrecht. Nichtsdestoweniger haben sich einzelne ihrer führenden Vertreter auch schon für die Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen und prinzipielle Bereitschaft zur Aussöhnung mit Fatah und PLO bekundet, wenngleich sich diese nach wie vor schwierig gestaltet. 7 Likud ist ein konservatives Parteienbündnis in Israel, das 1973 gegen das ursprüngliche Übergewicht der sozialdemokratischen Arbeitspartei gegründet wurde. Likud stellte 1977 mit Menachem Begin erstmals den Ministerpräsidenten. Später folgten Yitzhak Schamir und der heutige Ministerpräsident Benjamin Netanjah.

WOLFIE CHRISTL

DURCHLEUCHTET, ANALYSIERT UND EINSORTIERT

ZUR FORTSCHREITENDEN DIGITALEN ERFASSUNG UNSERES ALLTAGS
DURCH UNTERNEHMEN UND DEN DAMIT EINHERGEHENDEN
GESELLSCHAFTLICHEN RISIKEN

In den letzten zehn Jahren hat sich eine Entwicklung zugespitzt, die auf die vollständige digitale Erfassung unseres Lebens hinausläuft. Unser Alltag wird heute von Tausenden Unternehmen überwacht, die uns ständig durchleuchten, einsortieren und bewerten – und unsere intimsten Details an den Handel, an Versicherungen sowie an die Finanz- und Personalwirtschaft verkaufen. Das digitale Geschäft mit unseren persönlichen Daten läuft auf Hochtouren. Um den damit verbundenen persönlichen und gesellschaftlichen Risiken etwas entgegenzusetzen, bedarf es dringend mehr Transparenz über die zunehmend aggressiven Unternehmenspraktiken, verbunden mit einer neuen europäischen Datenschutz- und Technologiepolitik¹.

Durch die rasante Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien dringt die Erfassung persönlicher Daten immer mehr in den Alltag ein. Unsere Vorlieben und Abneigungen werden heute in einem Ausmaß digital gespeichert, verarbeitet und verwertet, das bis vor wenigen Jahren noch undenkbar war. Einzelne Personen werden über Geräte und Plattformen hinweg wiedererkannt, deren Verhalten und Bewegungen detailliert ausgewertet, Persönlichkeit und Interessen akribisch analysiert. Im sogenannten Internet der Dinge sind immer mehr Geräte und Objekte mit Sensoren ausgestattet und mit dem Internet verbunden, was umfassende Einblicke in das Leben ihrer NutzerInnen ermöglicht. Gleichzeitig lassen sich im Zeitalter von Big Data mit automatisierten Methoden schon aus rudimentären Metadaten über Kommunikations- und Online-Verhalten umfangreiche Persönlichkeitsprofile erstellen. Nicht nur Firmen in den Feldern soziale Netzwerke, Online-Werbung, mobile Apps oder Fitness arbeiten mit Hochdruck an Geschäftsmodellen, die auf der kommerziellen Verwertung der gesammelten Profile beruhen.

VOM SMARTPHONE ZUM INTERNET DER DINGE: DATENHUNGRIGE GERÄTE UND PLATTFORMEN

Facebook hatte zu Beginn des Jahres 2015 global um die 1,4 Milliarden zumindest einmal monatlich aktive NutzerInnen² und wertet in jeder Sekunde Millionen von Einzelinformationen über deren Kontakte, Interessen und

Verhaltensweisen aus. Google gibt wenige Zahlen über registrierte NutzerInnen heraus, dürfte aber Zugriff auf vergleichbare, wenn nicht sogar noch größere Mengen täglicher Nutzungsinteraktionen haben. Allein schon die globale Dominanz als Suchmaschine und der hohe Marktanteil bei den meist mit einem Google-Account genutzten Smartphones auf Basis des Betriebssystems Android sprechen eine deutliche Sprache.

Smartphones und die darauf installierten Apps – also Zusatzprogramme von Drittanbietern – sind heute eines der größten Einfallstore für Unternehmen, die persönliche Daten über NutzerInnen sammeln. Diese Geräte weisen eine Vielzahl an Sensoren auf wie etwa Mikrofon, Kamera, GPS-Empfänger, Bewegungs-, Lage-, Licht-, Näherungs- und Magnetfeldsensoren. Smartphones ermöglichen durch die darauf gespeicherten Daten sehr weitgehende Einblicke in den Alltag ihrer BesitzerInnen. Dieser Markt wird von den beiden Plattformen Android (Google) und iOS (Apple) dominiert. Laut einer Untersuchung von Appthority übertragen 71 Prozent der kostenlosen Android-Apps und 32 Prozent der kostenlosen iOS-Apps persönliche Daten an Drittunternehmen.³ Mehr als die Hälfte der Apps greift auf sensible Informationen wie Standortdaten zu. Nach einer anderen Untersuchung⁴ greifen 31 Prozent von 1.200 populären Apps auf Daten zu, ohne dass dies für die eigentliche Funktion der App notwendig wäre. 59 Prozent der Apps informieren NutzerInnen nicht ausreichend darüber, welche Daten genutzt und weitergegeben werden.

Auch tragbare Geräte zur Auswertung von Schritten, Puls, Schlaf und anderen Körperfunktionen – sogenannte Wearables – sind inzwischen ein Milliardengeschäft. Die von Fitnessarmbändern und Smartwatches gemessenen Daten über Körper und Gesundheit haben großes kommerzielles Potenzial. Während die NutzerInnen mit Spielmechaniken und Anreizen dazu motiviert werden, die Geräte möglichst oft zu nutzen, arbeiten die Unternehmen an Geschäftsmodellen zur kommerziellen Verwertung der erfassten Daten. Der Marktführer Fitbit wirbt etwa öffentlich mit Angeboten für Versicherungen und arbeitet bereits mit vielen Unternehmen im Rahmen betrieblicher Gesundheitsprogramme zusammen. Angestellte des Ölkonzerns BP wurden etwa dazu angehalten, mit Fitbit eine Million Schritte pro Jahr zu erreichen – ein Mitarbeiter ersparte sich dadurch 1.200 US-Dollar bei der Krankenversicherungsprämie.⁵ Große US-Versicherer haben bereits Programme gestartet, die Wearables integrieren und bei Erreichen bestimmter Fitnessziele Belohnungen wie Einkaufsgutscheine oder Kinotickets versprechen. Generali hat für den deutschen Sprachraum ein ähnliches Programm angekündigt.⁶ Es ist wahrscheinlich eine Frage der Zeit, bis KonsumentInnen direkte Rabatte auf Versicherungsprämien erhalten.

Im sogenannten Internet der Dinge werden zudem immer mehr Alltagsgegenstände mit kleinen vernetzten Computern und Sensoren ausgestattet. E-Book-Reader zeichnen detaillierte Informationen zum Leseverhalten auf, vernetzte TV-Geräte versenden Daten über das Fernsehverhalten. Vernetzte Autos, Stromzähler, Thermostaten und Brandmelder oder Kühlschränke liefern bald an vielen Stellen umfangreiche Daten über unser Alltagsverhalten. Dabei überwachen die NutzerInnen nicht nur sich selbst, sondern auch andere – etwa ihre Kinder oder ihre Angestellten, die entweder Geräte mit Sensoren mit sich tragen oder sich an Orten bewegen, die mit Sensoren ausgestattet sind. Das Angebot reicht von der elektronischen Fußfessel für Babys (Owlet Baby Care) bis zu Systemen wie Theatro, das die Ortung von Beschäftigten im Einzelhandel ermöglicht und Auswertungen über deren Verhalten, Produktivität und Bewegungsmuster bietet. Datenbrillen und Wearables zur digitalen Vermessung von Körper, Gesundheit, Verhalten und Umgebung werden immer unauffälliger und kommen heute etwa in Form von Pulssensoren in biometrischen Kopfhörern, Temperatur- und Feuchtigkeitssensoren in elektronischen Tattoos oder in Form von mit Sensoren ausgestatteten Ringen, Socken, T-Shirts, Büstenhalter, Zahnbürsten oder Gabeln daher. Viele ExpertInnen erwarten, dass Anreize zur Verhaltensänderung, beispielsweise zur Übernahme von gesünderen oder sichereren Lebensweisen oder von bestimmten Arbeitsweisen, zum zentralen Treiber für das Internet der Dinge werden.⁷

ANALYSE PERSÖNLICHER DATEN UND VERHALTENS PROGNOSEN AUF BASIS VON BIG DATA

Schon heute werden statistische Methoden und andere Technologien der Analyse eingesetzt, um große Mengen digitaler persönlicher Daten zu analysieren und darin Muster und Zusammenhänge zu finden. Damit lassen sich Erkenntnisse über Einzelne gewinnen, die weit über die in den gesammelten Rohdaten enthaltenen Informationen hinausgehen oder sogar Prognosen über unser zukünftiges Verhalten zulassen. Eines der meistzitierten Beispiele des Einsatzes von statistischen Prognosen auf Basis persönlicher Daten, die auf den ersten Blick nicht sehr aussagekräftig zu sein

scheinen, ist der Fall der US-Supermarktkette Target. Deren Leitung hatte versucht, schwangere Frauen und sogar deren Geburtstermine anhand der Analyse des Einkaufsverhaltens zu identifizieren. Recherchen des Journalisten Charles Duhigg zufolge war Target dabei nicht auf offensichtliche Informationen etwa zum Erwerb von Babykleidung oder Kinderwagen angewiesen, sondern zog Schlüsse aus der Menge bestimmter Hautlotionen, Seife, Watte, Waschlappen oder Nahrungsergänzungsmitteln, die in gewissen Zeitabständen gekauft wurden. Target weist allen KundInnen eine Nummer zu – egal ob sie mit Kreditkarte bezahlen, einen Gutschein verwenden, eine Umfrage ausfüllen, die Telefon-Hotline anrufen, eine E-Mail von Target öffnen oder die Website besuchen. Alle Einkäufe und Interaktionen werden protokolliert.

Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, wie gut die Prognosetechnologien der Unternehmen wirklich funktionieren, deren Algorithmen sind völlig intransparent. Mehrere wissenschaftliche Studien haben aber gezeigt, dass sich schon auf der Grundlage rudimentärer Metadaten über das Online-Verhalten oder die Smartphone-Kommunikation weitreichende Einschätzungen treffen lassen: Allein auf der Basis von Facebook-Likes kann etwa mit hoher Zuverlässigkeit auf persönliche Eigenschaften wie Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, ethnische Zugehörigkeit, politische Einstellung, Religion sowie Nikotin-, Alkohol- oder Drogenkonsum geschlossen werden.⁸ Selbst wenn Internet-NutzerInnen bestimmte Websites anonym besuchen, lassen sich Aussagen zu deren Geschlecht, Alter, Beruf und Ausbildung treffen.⁹ Strukturell ähnliche Daten über Internet-Suchanfragen, gekaufte Produkte oder musikalische Vorlieben bieten einen vergleichbaren Informationsgehalt.

Aus dem Telefonierverhalten wie etwa der Häufigkeit von Anrufen lassen sich mit Wahrscheinlichkeiten zwischen 70 und 76 Prozent der Charaktereigenschaften wie emotionale Stabilität, Extraversion, Offenheit für Neues, soziale Verträglichkeit oder Gewissenhaftigkeit ableiten, ohne auf die Kommunikationsinhalte selbst zuzugreifen.¹⁰ Emotionen oder Zustände wie Zuversicht, Unschlüssigkeit, Nervosität, Entspannung, Trauer oder Müdigkeit lassen sich relativ zuverlässig mithilfe der Analyse von Rhythmus und Dynamik des Tippens erkennen – die Prognosezuverlässigkeit liegt dabei zwischen 77 und 88 Prozent.¹¹ Aus der Kenntnis vergangener GPS-Standorte lassen sich sogar zukünftige Aufenthaltsorte vorhersagen.¹² Wenn die Bewegungsprofile von Bekannten einbezogen werden, sind solche Prognosen besonders zuverlässig.

PRAKTISCHER EINSATZ IM WIRTSCHAFTSLEBEN

Persönliche Daten werden inzwischen in fast allen Wirtschaftsbereichen zur Vorhersage von Risiken, Ertragschancen oder der Loyalität von KundInnen ausgewertet. Das US-amerikanische Startup ZestFinance etwa kombiniert 70.000 Merkmale aus unterschiedlichsten Quellen, um daraus die Kreditwürdigkeit von Personen abzuleiten.¹³ Das Hamburger Unternehmen Kreditech greift dafür unter anderem auf Standortinformationen und Daten aus sozialen Netzwerken zurück. Sogar das Surfverhalten auf der Website oder die Art, wie der Online-Kreditantrag ausgefüllt wird, oder wie häufig die Löschtaste benutzt wird, können als Information in die Analysen einfließen.

Die Firma Evolv hilft Personalabteilungen bei der Bewertung von BewerberInnen und Angestellten. Dabei wird auf

die Daten von inzwischen drei Millionen Personen zurückgegriffen¹⁴ – angefangen bei deren Beschäftigungshistorie und Arbeitsleistung bis hin zur Anzahl ihrer Social-Media-Accounts oder dem benutzten Browser bei der Online-Bewerbung. Auch das Startup ConnectedCube ist mit der Vorhersage der zukünftigen Leistung von Angestellten befasst. Der Versicherungskonzern Aviva versucht, Risiken für Krankheiten wie Diabetes, hohen Blutdruck oder Depression aus Daten über Konsumverhalten, Lebensstil oder Einkommen¹⁵ abzuleiten. Am weitesten fortgeschritten sind derartige Auswertungstechnologien aber im reinen Online-Bereich. Das Werbeunternehmen MediaBrix analysiert die Emotionen von Online-SpielerInnen, spricht diese gezielt und individuell in ganz bestimmten Momenten, zwischen Begeisterung und Frustration, an. Damit konnte die Effektivität der Werbung im Web um 15 Prozent und bei mobilen Apps sogar um 30 Prozent gesteigert werden.

Große internationale Internet-Shops zeigen KonsumentInnen auf Basis von deren Online-Verhalten, Standortinformationen, benutzten Geräten oder Browsern unterschiedliche teure Produkte an oder gar gleiche Produkte mit Preisunterschieden von bis zu 166 Prozent.¹⁶ Beim Reisebuchungsportal Orbitz wurde bei Nutzung eines Mac-Computers eine Auswahl von um bis zu 13 Prozent teurerer Hotels angeboten als bei der Nutzung eines PCs.¹⁷ KonsumentInnen haben bei derartigen Praktiken keine Chance mehr, zu verstehen, wie Preise oder die Auswahl der ihnen angebotenen Produkte zustande kommen.

DATA BROKER UND WERBENETZWERKE: DAS GESCHÄFT MIT UNSEREN PERSÖNLICHEN DATEN

Internationale Player im Geschäft mit den persönlichen Daten – sogenannte Data Broker – verfügen über umfangreiche Daten und erwerben Daten über KonsumentInnen aus umfassenden Online- und Offline-Quellen¹⁸ – angefangen von Informationen über das Zahlungsverhalten und Zeitschriftenabonnements über Aktivitäten in sozialen Medien bis hin zu Daten über religiöse Zugehörigkeiten und politische Präferenzen. Sie ziehen daraus Schlüsse über ethnische Herkunft, Einkommen oder Gesundheit und verkaufen diese Informationen an Versicherungen, Handelsunternehmen oder Personalabteilungen von Firmen und sogar an staatliche Stellen. Die Firma Acxiom etwa verfügt über umfangreiche Dossiers, in denen bis zu 3.000 Einzelinformationen unter anderem zu Ausbildung, zur Wohn- und Beschäftigungssituation, zur finanziellen Lage, zu Eigentumsverhältnissen, zum Wahlverhalten oder zu «Bedürfnissen» und «Interessen» im Bereich Gesundheit von über 700 Millionen Menschen festgehalten sind.¹⁹ Das Unternehmen betreibt 15.000 Kundendatenbanken von globalen Top-Unternehmen und kooperiert mit Google, Facebook und Twitter.²⁰ Acxiom ist auch in Deutschland tätig und besitzt laut der Wochenzeitung *Die Zeit* Daten von über 44 Millionen Deutschen.²¹ Das Unternehmen Datalogix verfügt über Transaktionsdaten von KonsumentInnen über ein Einkaufsvolumen von mehr als zwei Billionen US-Dollar²² und erhebt im Rahmen einer Partnerschaft mit Facebook, wie oft NutzerInnen online Werbung für bestimmte Produkte sehen und daraufhin dann die entsprechenden Käufe in Geschäften tätigen.

Die Firma Lexis Nexis gibt an, Daten über 500 Millionen KonsumentInnen²³ zu besitzen, und wirbt mit «Risikomanagement-Lösungen» für die Bereiche Versicherung, Handel

oder den Gesundheitssektor. Angeboten werden unter anderem Daten über die Kreditwürdigkeit von Personen, Überprüfungen zum Hintergrund von ArbeitnehmerInnen²⁴ oder Informationen über sogenannte Problemmieter.²⁵ Darüber hinaus werden biometrische Services vom Fingerabdruck bis zur Stimmerkennung angeboten – oder Produkte zur Erkennung von «Risiken und Bedrohungen» in sozialen Medien.²⁶ Außerdem sind in den letzten Jahren Tausende Firmen entstanden, die sich auf Online-Tracking, Analyse und Werbung spezialisiert haben. Sie identifizieren NutzerInnen über Websites, Apps und Geräte hinweg und sammeln gewaltige Mengen an persönlichen Informationen. Beim Aufruf bei nahezu aller populären Websites wird jeder einzelne Klick an mehrere Drittunternehmen übertragen, ebenso bei vielen Smartphone-Apps. Das *Wall Street Journal* hat bei einer Untersuchung der 50 populärsten Websites 2010 festgestellt, dass bis auf Wikipedia alle auf derartige Weise die Daten ihrer NutzerInnen an Dritte weiterleiten. 37 der 50 populärsten Internetseiten übertrugen bei jedem Klick Informationen an über 30 Drittparteien, 22 davon sogar an über 60 Drittparteien. Die Analyse- und Werbepattform Flurry ist global auf 1,4 Milliarden Smartphones und Tablets installiert und zeichnet die Nutzungsaktivitäten in 540.000 unterschiedlichen Apps auf.²⁷ Das Unternehmen wirbt damit, ein Drittel aller globalen App-Aktivitäten zu überwachen, und ermöglicht Werbetreibenden eine gezielte Ansprache nach Geschlecht, Alter und Interessen. Zudem werden die NutzerInnen Kategorien wie Hardcore-SpielerInnen oder frischgebackene Mütter zugeordnet oder nach ihrer sexuellen Orientierung klassifiziert.

GESELLSCHAFTLICHE IMPLIKATIONEN

Heute ist kaum mehr nachvollziehbar, welche Daten zur eigenen Person und zum persönlichen Verhalten von Unternehmen digital erfasst und gespeichert werden, wie diese Daten verarbeitet werden, an wen sie weitergegeben oder verkauft werden, welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden und welche Entscheidungen auf Basis dieser Schlüsse über sie gefällt werden. Viele Unternehmen ermöglichen den NutzerInnen nicht einmal mehr den Zugriff auf ihre eigenen Daten und betrachten ihre Algorithmen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis.

Die Verarbeitung und Weiterleitung von persönlichen Daten – jenseits des ursprünglichen Verwendungszwecks bei deren Erfassung – ist heute fast schon eine Selbstverständlichkeit. Überall dort, wo große Datenmengen gespeichert werden, drohen Datenmissbrauch und -verlust. Dadurch entstehen große Risiken für Einzelne – von Belästigung und Stalking bis hin zum «Identitätsdiebstahl» und Cyber-Kriminalität. Wenn Unternehmen Kriterien wie Geschlecht, Alter, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, die materielle Situation oder den Gesundheitszustand ihrer KundInnen zunehmend in ihre geschäftlichen Überlegungen mit einbeziehen, wächst die Gefahr von Diskriminierung und Ausschluss. Generell führt dieser Prozess zu einer potenziellen Einschränkung von individuellen Chancen und Wahlmöglichkeiten. Dies zeigen heute bereits Fälle von «Diskriminierungen» bei Angeboten und Preisen, wobei auch lebensentscheidende Fragen etwa in den Bereichen Finanzen, Gesundheit, Versicherung oder Arbeit betroffen sein können. Verschärfend kommt hinzu, dass «mögliche Diskriminierungseffekte» noch nicht einmal mehr nachzuvollziehen sind, wenn wir «keine Entscheidungsmacht» mehr über die «Wege unserer eigenen Daten» haben, wovor der EU-Parlamentarier Jan Phillip-Albrecht warnt.²⁸ Der

Datenexperte Michael Fertik behauptet gar, dass durch individuelle Preise und personalisierte Angebote die Reichen schon jetzt «ein anderes Internet sehen» würden als die Armen.²⁹

Abgesehen von Fehlern bei der Erfassung der gesammelten Daten können Fehler in den Prognosemodellen und damit falsche Schlussfolgerungen äußerst negative Auswirkungen auf einzelne Personen haben. Big Data ist weit entfernt von wirklicher Objektivität oder davon, wirklich zuverlässige Vorhersagen zu liefern. Die Prognosen sind prinzipiell unscharf, da sie auf Korrelationen und Wahrscheinlichkeiten beruhen. Wer beispielsweise die «falschen Personen» kennt, im «falschen Bezirk» wohnt oder sich bei der Anwendung einer Smartphone-App «falsch verhält», muss damit rechnen, entsprechend klassifiziert zu werden, und negative Konsequenzen tragen, ohne sich dagegen wehren zu können. Wenn Versicherungsunternehmen die Risikoabschätzung zunehmend von Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen abhängig machen, werden dadurch außerdem Risiken immer mehr individualisiert. Auch eine Verweigerung der Teilnahme an der Datenerfassung kann Konsequenzen haben: Wenn keine oder zu wenige Daten über eine Person vorliegen, schätzt ein Unternehmen das Risiko für eine Kundenbeziehung unter Umständen prinzipiell als zu hoch ein.

WAS TUN? HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT

Allgegenwärtige digitale Überwachung könnte künftig drastische Auswirkungen auf Gesellschaft, Demokratie und die Autonomie des Einzelnen haben. Man kann sich nur bedingt vor dieser Art der kommerziellen Überwachung schützen – denn selbst über Menschen, die keine datenerfassenden Angebote nutzen, werden digitale Profile angelegt. Technologieunternehmen aus dem Silicon Valley und anderen Regionen der Welt sind mit hohen Kapitalsummen ausgestattet, treiben die Entwicklung mit permanenten Innovationen voran und legen zunehmend die Regeln für die Informationsgesellschaft fest – während die Politik weitgehend passiv bleibt und viele BürgerInnen sich angesichts der geballten Konzernmacht und den immer größer werdenden Zugriffsmöglichkeiten auf ihre persönlichen Daten eher hilflos fühlen. Um die möglichen negativen Auswirkungen zu minimieren, sind aus Sicht des Autors folgende Schritte überfällig:

- Schaffung von mehr Transparenz über die Praktiken der Unternehmen – durch Forschung, Öffentlichkeit und staatliche Regulierung.
- Eine neue europäische Technologiepolitik: breite Unterstützung einer anderen Art von Innovation in Form von dezentralen Technologien, die mehr Kontrolle über persönliche Daten einräumen – auf allen Ebenen der Forschungs-, Förderungs- und Vergabepaxis.
- Stärkung einer kritischen Auseinandersetzung über Chancen, Risiken, Machtungleichgewichte und Lösungsmöglichkeiten.
- Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft: Der Finanzierungsgrad von zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Fokus auf Netzpolitik, digitale Technologien und deren gesellschaftliche Implikationen ist – etwa im Vergleich zur Umweltschutzbewegung – mehr als mangelhaft.
- Stärkung von digitaler Kompetenz und der Kenntnisse über Möglichkeiten, die eigenen persönlichen Daten zu schützen.
- Kluge und zügige Umsetzung der seit Jahren überfälligen gemeinsamen europäischen Datenschutzverordnung.

Der Entwurf des EU-Parlaments ist zumindest ein guter Kompromiss, die aktuelle Version des EU-Rats wäre aus Sicht der Autors in der Praxis nahezu gleichbedeutend mit einer Abschaffung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.³⁰

- Darüber hinaus ist dringend darüber nachzudenken, wie rechtlich nicht nur Transparenz über die gesammelten Daten, sondern auch über die eingesetzten statistischen Verarbeitungsalgorithmen eingefordert werden könnte.

Wolfie Christl ist Publizist, Netzaktivist und Leiter von Cracked Labs, dem Institut für kritische digitale Kultur in Wien (<http://wolfie.crackedlabs.org>). Er beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Implikationen von Informationstechnologie – insbesondere mit ihren Auswirkungen auf die Privatsphäre, mit Überwachung und Verwertung persönlicher Daten im digitalen Zeitalter. Er ist Mitinitiator des vielfach ausgezeichneten kritisch-didaktischen Online-Spiels «Data Dealer».

¹ Dieser Text basiert auf der Kurzfassung der vom Autor im November 2014 publizierten Studie «Kommerzielle digitale Überwachung im Alltag». ² Vgl. http://allfacebook.de/zahlen_fakten/facebook-nutzerzahlen-2015. ³ Appthority: App Reputation Report, 4.8.2014, unter: www.nomasis.ch/fileadmin/user_upload/flyer/produkte/Appthority/App_reputation_report.pdf. ⁴ Office of the Privacy Commissioner of Canada: Global Privacy Enforcement Network Privacy Sweep, 10.4.2014, unter: www.priv.gc.ca/media/nr-c/2014/bg_140910_e.asp. ⁵ Ebd. ⁶ Gröger, Anne-Christin: Generali erfindet den elektronischen Patienten, in: Süddeutsche Zeitung, 21.11.2014. ⁷ Anderson, Janna/Lee, Rainie: The Internet of Things Will Thrive by 2025, Pew Research Center, Washington D.C. 2014, unter: www.pewinternet.org/2014/05/14/internet-of-things. ⁸ Kosinski, Michal/Stillwell, David/Graepelb, Thore: Private Traits and Attributes Are Predictable from Digital Records of Human Behavior, 9.4.2013, unter: www.pnas.org/content/110/15/5802. ⁹ De Bock, Koen/Van den Poel, Dirk: Predicting website audience demographics for web advertising targeting using multi-website clickstream data, in: Fundamenta Informaticae 1/2010, S. 49–70. ¹⁰ Chittaranjan, Gokul/Blom, Jan/Gatica-Perez, Daniel: Who's Who with Big-Five: Analyzing and Classifying Personality Traits with Smartphones, in: Proceedings of the 2011 Annual International Symposium on Wearable Computers, San Francisco 2011, S. 29–36, unter: http://infoscience.epfl.ch/record/192371/files/Chittaranjan_ISWC11_2011.pdf. ¹¹ Epp, Clayton u.a.: Identifying Emotional States Using Keystroke Dynamics, in: Proceedings of the 2011 Annual Conference on Human Factors in Computing Systems, Vancouver 2011, S. 715–724, unter: <http://hci.usask.ca/uploads/203-p715-epp.pdf>. ¹² Talbot, David: A Phone that Knows Where You're Going, in: MIT Technology Review, 9.7.2012, unter: www.technologyreview.com/news/428441/a-phone-that-knows-where-youre-going/. ¹³ Crosman, Penny: ZestFinance Aims to Fix Underwriting for the Underbanked, 29.11.2013, unter: www.americanbanker.com/issues/177_223/zestfinance-aimsto-fix-underwriting-for-the-underbanked-1054464-1.html. ¹⁴ Javers, Eamon: Inside the wacky world of weird data: What's getting crunched, CNBC, 12.2.2014, unter: www.cnbc.com/id/101410448. ¹⁵ Scism, Leslie/Maremont, Mark: Insurers Test Data Profiles to Identify Risky Clients, in: The Wall Street Journal, 19.11.2010. ¹⁶ Mikians, Jakub u.a.: Detecting price and search discrimination on the internet, unter: <http://conferences.sigcomm.org/hotnets/2012/papers/hotnets12-final94.pdf>. ¹⁷ Mattioli, Dana: On Orbitz, Mac Users Steered to Pricier Hotels, in: Wall Street Journal, 23.8.2012. ¹⁸ Federal Trade Commission: Data Brokers. A Call for Transparency and Accountability, Bericht vom Mai 2014, unter: www.ftc.gov/system/files/documents/reports/data-brokers-call-transparency-accountability-report-federal-trade-commission-may-2014/140527databrokerreport.pdf. ¹⁹ Acxiom: Annual Report 8, Bericht vom September 2013, unter: <http://d3u9yejw7h244g.cloudfront.net/wpcontent/uploads/2013/09/2013-Annual-Report.pdf>. ²⁰ Dwoskin, Elizabeth: Data Broker Acxiom Moves to Tie Physical World to Online Data, in: Wall Street Journal, 14.5.2014. ²¹ McLaughlin, Catriona: Die Besservisser, in: Die Zeit, 5.7.2013. ²² Vgl. www.datalogix.com/audiences/online. ²³ Vgl. www.lexisnexis.com/risk/about/data.aspx. ²⁴ Vgl. www.lexisnexis.com/risk/downloads/literature/Business-Edition.pdf. ²⁵ Vgl. www.lexisnexis.com/government/solutions/literature/screening.pdf. ²⁶ Vgl. www.lexisnexis.com/risk/newsevents/press-release.aspx?id=1381851197735305. ²⁷ Vgl. www.flurry.com/solutions/advertisers/brands. ²⁸ Albrecht, Jan Philipp: Finger weg von unseren Daten! Wie wir entmündigt und ausgenommen werden, München 2014. ²⁹ Fertik, Michael: The Rich See a Different Internet Than the Poor. Ninety-nine percent of us live on the wrong side of a one-way mirror, in: Scientific American, 15.1.2013. ³⁰ Vgl. <http://lobbyplag.eu/governments/topics>.

MARIO CANDEIAS

ZWISCHEN MARKE UND VERBINDENDER PARTEI

WAS SYRIZA IN GRIECHENLAND IST, KÖNNTE PODEMOS IN SPANIEN WERDEN/
NOCH WIRD UM ADÄQUATE ORGANISATIONSSTRUKTUREN GERUNGEN

Mit Podemos ist nach den Bewegungen des 15. Mai 2011 in Spanien eine neue Partei entstanden, die sich anschickt, breite Mehrheiten zu gewinnen. Die Reorganisationsprozesse im Umfeld und unter der «Marke» von Podemos könnten allerdings auch zu einer Fragmentierung der Linken führen. Bei den Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai 2015 wird daher mit einem anderen, vielversprechenden Modell experimentiert werden: verbindenden Plattformen, die eher einer Unidad Popular ähneln, einer verbindenden popularen Vereinigung transformatorischer Kräfte. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird viel für die dann im Herbst folgenden Wahlen zum nationalen Parlament abhängen. Zurzeit zeichnen sich vier mögliche Koalitionsoptionen ab.

Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland gleicht der lang erwarteten Notbremse des dahinrasenden Zuges autoritärer Kürzungsmaßnahmen in Europa. Zumindest repolitisiert dieser Sieg die europäische Politik und macht eine Transformation in Europa überhaupt erst wieder denkbar. Die Herrschenden allerdings tun alles, um die neue Regierung Griechenlands zu isolieren, denn auch in anderen Ländern drohen Regierungen des europäischen Austeritätsregimes abgewählt zu werden: in Portugal, Irland und vor allem in Spanien. Ein mögliches linkes «Krisenbündnis» in Europa gewinnt realistische Konturen. Solche Bündnisse würden sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern böten auch einer in Bedrängnis geratenen Sozialdemokratie die Chance, sich zu erneuern. Dies könnte die Kräfteverhältnisse in Europa verschieben und auch Bewegung in sozialdemokratische Parteien bringen, die sich bislang nicht aus der alten neoliberalen Welt zu lösen vermögen.

Ähnlich wie in Griechenland erleben wir in Reaktion auf die europäische Krise in Spanien eine dynamische Umwälzung und Reorganisation des politischen Feldes – von links. Was Syriza in Griechenland ist, könnte Podemos («Wir können es») in Spanien werden. Doch ist das linke politische Feld in Spanien komplizierter. Die Bewegung des 15. Mai 2011 (15M) hat in Spanien eine umfassende gesellschaftliche Mobilisierung ausgelöst. Für Millionen wurde die Möglichkeit des Widerstands sichtbar. Menschen, die bisher nicht politisiert waren beziehungsweise von politischer Arbeit nichts mehr erwarteten, engagieren sich und gehen auf die Straße, und zwar seither in schöner Regelmäßigkeit und in gro-

ßer Zahl, was von den Medien hier nur selten aufgegriffen wird. Auf die erfolgreiche Mobilisierung reagierte die Regierung mit der Räumung der Plätze. Damit streute die Bewegung in die Barrios (die Nachbarschaften) – ohne sich jedoch zu zerstreuen. Dies war möglich, weil neben vielen jungen Menschen zahlreiche lokale Initiativen, linke Gruppen oder gewerkschaftliche Basisorganisationen von Beginn an Träger und Teil der Bewegung waren. Damit verbunden war ein Strategiewechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen, den Protesten) hin zum Materiellen (den Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse). Solidarische Netzwerke und Strukturen wurden auf den Weg gebracht, die in der Lage sind, die unmittelbaren Alltagsbedürfnisse und Nöte zu befriedigen, auf Basis gegenseitiger Hilfe. Diese neuen Massenorganisationen wie die unterschiedlichen Protestwellen im Gesundheits- oder Bildungsbereich oder allen voran die Plataforma de Afectados por la Hipoteca (Plattform gegen Zwangsräumungen, PAH) beschränken sich nicht darauf, einfach Hilfe anzubieten, sondern sind selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung geworden. Sie sind die Basis der Reorganisation und der Eroberung der Zivilgesellschaft.¹

Doch die Bewegungen erkennen, dass dies nicht ausreicht. Sie nehmen Kurs auf die Eroberung der Institutionen – mit dem Ziel allerdings, diese Institutionen in einem konstitutiven Prozess neu zu begründen, im Sinne «wirklicher Demokratie». In Spanien gibt es ein ganz starkes Bewusstsein dafür, dass es nicht ausreicht, an die Regierung zu kommen, dass vielmehr die Institutionen selbst demokratisiert und umgebaut werden müssen.

EROBERUNG DER INSTITUTIONEN – KADER- STATT BEWEGUNGSPARTEI

Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament konnte die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) eine Verdreifachung der Stimmen verzeichnen. Sie hat nun sechs Abgeordnete in Straßburg. Eigentlicher Überraschungssieger aber war Podemos mit ihrem Spitzenkandidaten Pablo Iglesias. Nur vier Monate nach ihrer Gründung erreichte die Partei ein Ergebnis, das ihr fünf Abgeordnete bescherte. Seither hat Podemos in Umfragen zu einem Höhenflug angesetzt.²

Podemos ist nicht aus den Bewegungen hervorgegangen. Sie ist zunächst eine Kaderpartei mit charismatischem Führungspersonal, das im richtigen Moment eine historische Gelegenheit zu nutzen wusste. Podemos hat jedoch wichtige Impulse aus der Bewegung der Platzbesetzungen aufgenommen: «Real Democracia Ya!» (Wirkliche Demokratie jetzt) war einer der verdichtenden Slogans und Bezugspunkte des politischen Unbehagens. Viele AktivistInnen engagieren sich nun bei Podemos.

Podemos verfolgt eine an den Theoretiker Ernesto Laclau angelehnte Taktik, mit der ein linker Populismusbegriff von unten zurückgewonnen werden soll. Sie umfasst, recht verkürzt, drei Elemente, die es zu berücksichtigen gilt:

1. «Wenn es zum Beispiel in einem bestimmten Stadtteil unerfüllte Ansprüche in Bezug auf die medizinische Versorgung gibt, die Menschen aber erkennen, dass es in dieser Gegend auch andere unbefriedigte Ansprüche gibt, in Bezug auf Wohnung, Bildung, Verkehr, Sicherheit usw., dann kann zwischen allen eine bestimmte Solidarität hergestellt werden. Das nennen wir eine Äquivalenzkette, und es ist die erste notwendige Voraussetzung dafür, dass populäre Klassen sich als kollektiver Akteur herausbilden», ist bei Laclau nachzulesen.³ Im Fall von Podemos sind es die vielen Forderungen aus dem Mosaik der Bewegungen, die auf den Plätzen zusammenkamen, Praxen der demokratischen Selbstvergesellschaftung erprobten und seither die Arbeit der Organisation in den Nachbarschaften leisten.

2. Ist eine Äquivalenzkette gebildet, muss darüber hinaus ein *gemeinsamer* Gegner identifiziert/konstruiert werden, der die Gesellschaft in zwei Lager spaltet – in die populären Klassen und die Machthaber. Noch einmal Laclau: «Es wird sofort deutlich, dass sich diese Dichotomisierung des sozialen Feldes aus ganz unterschiedlichen Ideologien speisen kann. Populismus ist selbst keine Ideologie, sondern eine Form der Konstruktion des Politischen, die auf der Anrufung der Subalternen gegen die Machthaber beruht.» Diese Zuspitzung und Polarisierung findet sich bei Podemos in der Erzählung von der «politischen Kaste», die aus den Positionen der Macht verdrängt werden soll. Dahinter treten konkrete Forderungen oder Strategien zurück. Alles wird auf das Ziel, den Gegner, «die Kaste» konzentriert.

3. Ist die Äquivalenzkette hergestellt, muss sie sich als umfassend darstellen und verdichtet werden. Es braucht einen (*leeren*) *Signifikanten*, der die gesamte Kette, die vielfältigen Ansprüche und Haltung repräsentieren kann. «Ein bestimmter Anspruch oder eine Gruppe von Ansprüchen muss also, ohne seine Partikularität aufzugeben, zum Signifikanten der Kette als Ganzer werden.» Populismus beinhaltet immer eine solche «hegemoniale Operation. Ein hegemonialer Signifikant ist immer mehr oder weniger leer. Es ist leicht zu erkennen, warum: Je ausgedehnter die Äquivalenzkette, desto loser ist der Zusammenhang des hegemonialen Signifikanten mit dem Anspruch des ursprünglichen Signifikats.» Im Extrem

«kann es ein bloßer Name sein – häufig der eines Führers» oder einer Führungsgruppe. Podemos – «Wir können es!» – ist ein solcher leerer Signifikant und ihr Generalsekretär Pablo Iglesias seine Personifizierung. Sie repräsentieren das Neue, das Andere, die Vielfalt der Forderungen und Hoffnungen von unten. Eine kluge Medienstrategie mit eigenen TV-Formaten wie La Tuerka oder Fort Apache verleiht den zentralen Figuren von Podemos zudem eine besondere Sichtbarkeit.

In ihren eigenen Positionen changiert Podemos, lässt vieles bewusst offen. «Nicht links, nicht rechts», so hat es Pablo Iglesias formuliert,⁴ der Generalsekretär mit dem Pferdeschwanz, seinem Erkennungszeichen. Die Mehrdeutigkeit der Botschaften soll eine Projektionsfläche für möglichst viele bieten. Podemos hat entsprechend kein so klares inhaltliches Profil wie Syriza, die ja frühzeitig ein Not- und Regierungsprogramm ausgearbeitet hat und die nun in herausragendem Tempo eine Maßnahme nach der anderen umzusetzen versucht und in harten Auseinandersetzungen mit der Troika steht.

Die Offenheit von Podemos soll dazu einladen, gemeinsam den neuen Kurs zu bestimmen, die Partei setzt auf Beteiligung. Das zeigt sich schon bei der Entwicklung des Programms, über das anknüpfend an die 15M-Bewegung mit ihren vielen Versammlungen (Asambleas) mithilfe offener, internetgestützter Plattformen diskutiert und abgestimmt werden konnte. Dass «diese Offenheit aber nicht in Beliebigkeit umschlägt wie etwa bei der deutschen Piraten-Partei», sondern Podemos inhaltlich eindeutig links zu verorten ist, hat zum einen damit zu tun, dass die Gründungsgruppe um Iglesias herum «klare Vorstellungen» davon hat, wie sich ihr Projekt strategisch entwickeln soll. Zum anderen ist es ihr bisher auch stets gelungen, ihre Anhängerschaft von ihren Ideen zu überzeugen. Außerdem hat die 15M-Bewegung bereits die Richtung vorgegeben: «Re-Demokratisierung, eine radikale, basisorientierte Veränderung der Institutionen, verfassunggebender Prozess, Bruch mit der Austeritätspolitik und der Troika, Verteidigung der sozialen Grundversorgung und – ganz allgemein – gesellschaftliche Solidarität», fasst der politische Schriftsteller Raul Zelik zusammen.⁵

Trotz oder wegen ihrer Mehrdeutigkeit: Radikaldemokratisch und doch ein Phänomen der Massenmedien; «eine Initiative von Hunderttausenden, aber von einer kleinen Gruppe geprägt»; «enorm re-politisierend und doch manchmal erstaunlich unpolitisch» (Zelik), besetzt Podemos ein Feld, «das die Plurale Linke nicht zu erreichen verstand», meint Alberto Garzón, alter Freund und Kontrahent von Iglesias, 15M-Aktivist und seit Kurzem Spitzenkandidat von Izquierda Unida (IU).⁶ Vor allem erreicht Podemos jene, die sich vom politischen System nichts mehr versprechen und von den traditionellen Parteien abgewendet haben. Die Basis von Podemos ist bislang vor allem jung, urban, akademisch ausgebildet (auch die Führungsriege von Podemos rekrutiert sich fast vollständig aus dem akademischen Feld), aber lebt und arbeitet zum Teil in prekären Verhältnissen. Die IU dagegen hält eine stärkere Verbindung zu den populären Klassen, sowohl in den ärmeren urbanen als auch in den ländlichen Regionen. Gemeinsam mit anderen könnte Podemos das in Spanien lange Zeit herrschende Zweiparteiensystem zu Fall bringen.

Hier beginnen jedoch die Probleme: Kommt es nun zu einer weiteren Zersplitterung oder einer größeren Konvergenz der Linken? Es gibt harte Abgrenzungskämpfe. -Es droht die Gefahr der Selbstfragmentierung. Zugleich werden mehr und mehr Kräfte auf die neue Partei konzentriert. Schon jetzt

fehlt es an Personal in den solidarischen Netzwerken wie der Plattform gegen Zwangsräumungen (PAH). Bei der PAH verfolgt man den Aufstieg von Podemos daher auch mit wachsender Skepsis. Die Partei reklamieren in den Medien und bei ihren Auftritten die Erfolge der Bewegungen für sich und ziehen zugleich die Leute aus der konkreten Arbeit der Bewegungen ab. Doch «eine Marke ersetzt keine Politik», findet Chema Ruiz, Mitbegründer der PAH in Madrid.⁷

Der IU wiederum droht durch den Erfolg von Podemos Spaltung und Marginalisierung. Obwohl Podemos, die IU, andere kleinere linke Parteien und die Bewegungen zunächst darin übereinstimmen, dass die transformatorischen Kräfte zusammenfinden sollten, hat der große Zuspruch für Podemos dazu geführt, dass die Partei es zunächst allein versuchen will und bei den kommenden Wahlen keine gemeinsame landesweite Plattform anstrebt. Die Marke zählt. Dabei ist die Zukunft von Podemos unsicher. Die Partei ringt noch um adäquate Organisationsstrukturen, die die Offenheit erhalten sollen, ohne eben eine traditionelle Partei zu werden. Zugleich ist die «innerparteiliche» Demokratie noch nicht wirklich entwickelt – der Prozess wird von dem starken Führungspersonal dominiert. Andere Richtungen, etwa die Antikapitalistische Linke, wurden teilweise aus der Führungsgruppe oder von den Wahllisten gedrängt.⁸

Zwar wird in den vielen Basisversammlungen engagiert diskutiert. Abstimmungen über KandidatInnen oder programmatische Punkte finden jedoch auf der Onlineplattform statt. Damit bezieht Podemos viele ein, die sonst nicht aktiv würden. Ein großer Teil derjenigen, die online abstimmen, beteiligt sich aber nicht an den Debatten in den Basisversammlungen. So fällt es schwer, gemeinsame Positionen zu formulieren. Meist setzen sich in der Regel jene durch, die durch die Medien bekannt wurden – in erster Linie Iglesias und sein Team. Ohnehin stehen keine unterschiedlichen Strömungen oder politischen Projekte zur Diskussion. Zur Wahl stehen Individuen. Auch dies verstärkt den Trend zur Wahl des bekannten Führungspersonals. «Die Diversität der Partei schlägt sich weder in der zentralen noch in den dezentralen Führungsebenen nieder», resümiert Miguel Sanz Alcántara, ein 15M-Aktivist und aktiv bei Podemos Berlin.⁹ Für eine «effiziente Organisation» (Iglesias) mag dies zunächst notwendig sein. Inwiefern künftig dem demokratischen Anspruch wieder stärker Rechnung getragen werden kann, bleibt abzuwarten.

Hinzu kommt: Die traditionellen Parteien, die konservative Partido Popular (PP) und die sozialistische PSOE, auch wenn sie im Korruptionssumpf versinken, sind noch lange nicht geschlagen. Die Wahlen in Andalusien am 22. März 2015 hat die PSOE mit nur leichten Verlusten souverän mit 35 Prozent gewonnen. Podemos konnte immerhin aus dem Stand 15 Prozent der Stimmen erringen. Doch auch in nationalen Umfragen scheint der Aufstieg von Podemos zumindest gebremst. Vor zwei Monaten noch stärkste Partei mit Werten bis zu 30 Prozent und deutlichem Abstand zu den anderen, liefern sich PP und Podemos nun bei Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen, die PSOE knapp dahinter, alle drei um die 20 Prozent. Darüber hinaus gibt es mit Ciudadanos (Bürger) und Albert Rivera an der Spitze eine neue Partei, die ebenfalls mit populistischer Strategie einen Anti-Korruptions-Kurs einschlägt. Mit rechtsliberaler Ausrichtung versucht Ciudadanos, die enttäuschten WählerInnen der Regierungspartei aufzufangen – mit beachtlichem Erfolg bei den Wahlen in Andalusien (9 Prozent) und bei nationalen Umfragen (ca. 18 Prozent). Podemos ist also nicht mehr die einzige neue «Protestpartei».¹⁰

VERBINDENDE KOMMUNALE PLATTFORMEN – GEMEINSAM GEWINNEN

Podemos verfolgt – Laclau folgend – eine *Option des diskursiv konstruierten Populismus*, der die Konvergenz der vielen unterschiedlichen Gruppen und Forderungen, Identitäten und Kulturen eben diskursiv zusammenbindet und verdichtet. Damit unterscheidet sich die Partei deutlich von Syriza, die – eher Gramsci folgend¹¹ – eine *organisch-populäre Option* verfolgt, die auf einer alltäglichen und engen Kooperation mit den Bewegungen und Solidarstrukturen aufbaut und von dort aus versucht, mit der gewonnenen Glaubwürdigkeit auch andere Teile der Bevölkerung zu repräsentieren. Beide Strategien zu verbinden suchen neue verbindende Plattformen auf regionaler und kommunaler Ebene.

Bis zu den nationalen Parlamentswahlen in Spanien Ende des Jahres ist es noch lange hin. Bei lokalen Urnengängen hingegen ist eine Eroberung der Institutionen schon im Mai 2015 denkbar. Am spektakulärsten ist dabei eine Initiative aus den Bewegungen: Nachdem Ada Colau als Sprecherin der PAH zu einer Galionsfigur der Krisenproteste in Spanien geworden ist, hat sie ein neues Projekt in Angriff genommen. Sie ist eine der Sprecherinnen von Guanyem Barcelona («Barcelona gewinnen»), einer Bürgerplattform, die sich Ende Juni 2014 in Barcelona vorgestellt hat und eine radikaloppositionelle Kandidatur für die Bürgermeisterwahlen 2015 anstrebt, jetzt unter den Namen Barcelona en Comú. Die Initiative ist breit angelegt. Sie richtet sich zunächst an die nicht organisierte gesellschaftliche Mehrheit, an jene, die noch nicht politisch aktiv sind. Ihre Basis sind jedoch die organisierten Viertel, die Bewegungen. Guanyem/Barcelona en Comú gelang es auch, (fast) alle politischen Organisationen der Linken hinter sich zu bringen: unter anderem die Vereinigte Linke Alternative (EUiA), die katalanischen Grünen (ICV) und eben Podemos. Organisch-populäre und diskursiv populistische Strategie werden kombiniert, die jeweiligen Stärken verknüpft. «Wir schließen niemanden aus – abgesehen von den Parteien des Regimes», erläutert Colau.¹² Allerdings fehlen im Bündnis die Parteien, die für die katalanische Unabhängigkeit eintreten, wie die Republikanische Linke (ERC) oder die «Linke Kandidatur für die Unidad Popular» (CUP).

Die PAH selbst, aus der Colau kommt, ist für ein solches Mosaik bereits beispielgebend. Dort arbeiten seit Jahren AktivistInnen aus allen möglichen Organisationen in einem sozialen Netz wechselseitiger Hilfe zusammen. Aber das genügt ihnen nicht: Barcelona en Comú will mehr. «Wir wollen gewinnen, das ist der große Unterschied. Und um zu gewinnen, musst du Anstrengungen bündeln. Jeder, der allein antritt, übt sich in Überheblichkeit», so Colau. «Wir streben keinen Sitz im Gemeinderat an, um da für ein bisschen Farbe zu sorgen. Wir wollen gewinnen, um die Dinge zu verändern und zu beweisen, dass Politik grundsätzlich anders sein kann.» Das Beispiel macht Schule. Nicht nur in Katalonien. Überall im Land formieren sich neue Plattformen oder Allianzen, um bei lokalen und regionalen Wahlen anzutreten, etwa in Madrid oder Malaga. Bewegungen wie die PAH oder die Mareas (die Protestwellen) entwickeln mit Podemos, IU und Equo und anderen gemeinsame Positionen, Programme, Strategien und (Wahl-)Listen. Nicht in Hinterzimmern, sondern in offenen Versammlungen und in unzähligen Diskussionen. Ahora Madrid nennt sich die Plattform in Madrid.

Die Einigung verläuft nicht ohne zahlreiche Konflikte. Der vielleicht härteste: Die Kommunistische Partei und wesentliche Teile der IU (etwa die SpitzenkandidatInnen Tania San-

chez und Mauricio Valiente) haben die Partei der Vereinigten Linken verlassen. Denn die alte regionale Führungsriege wollte nicht Teil eines solchen Bündnisses wie Ahora Madrid werden (und sich auch nicht konsequent gegen die Korruption in den eigenen Reihen stellen). Der Rest der IU will unter eigenem Namen bei den Wahlen antreten. Das schwächt die Aussichten der neuen «Bürgerplattformen». Dennoch stehen für sie die Chancen auf Wahlsiege in den Regionen und großen Städten derzeit gut. Barcelona en Comú beispielsweise liegt in aktuellen Umfragen vorn.

Solche lokalen und regionalen Plattformen können der (Selbst-)Fragmentierung der Linken entgegenwirken und die Basis schaffen für eine gemeinsame landesweite Plattform der Linken. Tatsächlich ruft nicht nur die neue Führung der IU dazu auf, sondern auch ein Bündnis von Intellektuellen, Bewegungen, GewerkschafterInnen und allen linken Parteien, einschließlich relevanter Teile der sozialistischen/sozialdemokratischen PSOE, deren Mehrheitsflügel sich bisher immer von allen Kräften links von ihnen abgrenzte und bei wichtigen Entscheidungen an der Seite der rechtskonservativen regierenden PP stand. Das ist ein weiterer Qualitätssprung. Sie richten sich explizit an Podemos, um eine Regierungsperspektive zu ermöglichen – denn allein würde es für Podemos bislang nicht reichen. Interessant ist auch, wie dieses breite Spektrum ihr Manifest nennt: «Wir sind links»¹³ – während Podemos doch versucht, sich nicht eindeutig links zu verorten.

WER GEWINNT? – KOALITIONSOPTIONEN

Und wie sieht es bei den Wahlen im spanischen Staat im Herbst aus? Vier Koalitionsoptionen sind denkbar:

1. Die rechtskonservative Regierungspartei Partido Popular und die sozialistische PSOE bilden als sogenannte Parteien des Systems eine große Koalition gegen die Newcomer von Podemos und Ciudadanos. Bislang gibt es nur vereinzelte Stimmen, die darüber nachdenken. Umfragen zufolge befürworten etwa in Madrid nur 15 Prozent der WählerInnen eine solche Koalition. Ein solches Bündnis erscheint also unwahrscheinlich.

2. Podemos verabschiedet sich von einer umfassenden transformatorischen Position, verzichtet auf einen konstitutiven Prozess des Umbaus der Institutionen und begnügt sich mit einem machtvollen Einzug in die Institutionen. Zusammen mit der vergleichbar starken sozialistischen PSOE, einer «Partei des Systems», wird eine Mitte-links-Regierung gebildet, die sich mit dem europäischen Austeritätsregime zu arrangieren versucht. Der linke Teil von Podemos wird abgespalten. Die Impulse der Bewegungen gehen verloren und die Hoffnungen auf radikale Veränderung werden kanalisiert und passiviert. Auch innerhalb der IU streben sozialdemokratisch orientierte Gruppen, einschließlich bekannter Persönlichkeiten wie der Schriftstellerin Almudena Grandes oder dem Filmemacher Pedro Almodóvar, ein Zusammengehen mit der PSOE an – gegen die Richtung des Spitzenkandidaten Alberto Garzon, der für ein linkes Bündnis streitet. Dies würde das Ende der IU nach sich ziehen.

3. Die Partido Popular hält sich – stark dezimiert – bei 20 Prozent der Wählerstimmen und bildet mit der neuen rechtsliberalen Partei Ciudadanos und alten Koalitionspartnern wie den konservativen katalanischen Nationalisten der CiU eine Regierung zur Fortsetzung des Austeritätsregimes. Dies wird verknüpft mit einem entschlosseneren Vorgehen gegen Korruption in der politischen Klasse (zumindest in einigen spektakulären Fällen). So kann Ciudadanos die Koalition mit der Kor-

ruptionspartei Partido Popular rechtfertigen und die Partido Popular sich von korrupten Politikern trennen und erneuern.

4. Die Perspektive einer Unidad Popular, einer verbindenden populären Vereinigung der transformatorischen Kräfte, ist sicher die weitestgehende. Ziel ist es, die gesellschaftliche Mobilisierung und den partizipativen Impuls zu erhalten und in eine neue Praxis der Regulation öffentlicher Infrastrukturen und der politischen Institutionen zu überführen beziehungsweise Politik wieder stärker an die Zivilgesellschaft zurückzubinden. In Europa setzt man auf ein Südbündnis mit Griechenland und möglichen anderen neuen Regierungen in Irland oder Portugal. Die Perspektive einer Unidad Popular wird vor allem von den regionalen und kommunalen Plattformen, der Mehrheitsrichtung in der IU (vor allem der KP) wie auch dem linken, bewegungsorientierten Flügel von Podemos vertreten. Ein deutlicher Sieg der verbindenden Plattformen bei den Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai könnte die Kräfte in diese Richtung verschieben.

Für Podemos und die Linke in Spanien wird insgesamt viel vom Ausgang der Auseinandersetzungen zwischen der Syriza-Regierung und den nordeuropäischen Gläubigern Griechenlands abhängen. Sollten Tsipras & Co. scheitern, würde auch Podemos an Attraktivität verlieren. Wenn Syriza zumindest einige Wahlversprechen erfüllen kann, einen für Griechenland akzeptablen Deal mit den Gläubigern zustande bringt und Reformen durchsetzt, die nicht mehr nur auf Kosten der Ärmeren gehen, würde Podemos davon automatisch profitieren. Vorausgesetzt, es kommt nicht zu einer Fragmentierung aufseiten der Linken. Übersteht Syriza die ersten sechs Monate, kann die Dynamik bei den Wahlen zum spanischen Parlament zum Ende des Zweiparteiensystems und zur Eröffnung eines konstitutiven Prozesses für wirkliche Demokratie führen.

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer der Zeitschrift «LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis».

1 Vgl. hierzu ausführlich Candeias, Mario/Völpel, Eva: Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise, Hamburg 2014, S. 132ff. 2 El Pais, 13.4.2015. 3 Laclau, Ernesto: Warum Populismus?, in: LuXemburg 1/2014, S. 6–13. 4 Iglesias, Pablo: «Dass wir die absolute Mehrheit anstreben, ist Ausdruck einer Notwendigkeit», LuXemburg-online, Dezember 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/dass-wir-die-absolute-mehrheit-anstreben-ist-ausdruck-einer-notwendigkeit/. 5 Zelik, Raul: Elf Thesen zu Podemos, LuXemburg-online, Dezember 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/thesen-zu-podemos-und-der-demokratischen-revolution-in-spanien/. 6 Garzón, Alberto: «Es geht uns um eine umfassende Transformation unseres politischen Systems», LuXemburg-online, Juni 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/es-geht-uns-um-eine-umfassende-transformation-unseres-politischen-systems/. 7 Ruiz, Chema: «Eine Marke ersetzt keine Politik», LuXemburg-online, April 2015, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/eine-marke-ersetzt-keine-politik/. 8 El Diario, 10.11.2014, unter: www.eldiario.es/politica/lista-Pablo-Iglesias-dirigir-Podemos_0_323018381.html. 9 Sanz Alcántara, Miguel: Podemos: Können wir?, unter: <http://marx21.de/podemos-koennen-wir/>. 10 El Publico, 20.4.2015. 11 Auch Laclau beruft sich auf Gramsci, interpretiert jedoch sein Hegemoniekonzept um. Vgl. Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2012. 12 Colau, Ada: «Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen.», LuXemburg-online, Juli 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen/. 13 Manifest «Wir sind links», LuXemburg-online, Februar 2015, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/manifest-wir-sind-links/.

DARIO STEFANO DELL'AQUILA

DIE FESTUNG EUROPA MUSS GESCHLEIFT WERDEN

**DAS MASSENSTERBEN AUF DEN FLUCHTROUTEN IST KEINE
AUSNAHMESITUATION – ES IST ZUM NORMALZUSTAND GEWORDEN**

Die Tragödie des vieltausendfachen Todes von Menschen auf ihrer Flucht nach Europa nötigt die Regierungen zu Beileidsbekundungen. Entschieden werden Schlepper verurteilt und harte Gegenmaßnahmen versprochen. Die Unglücksfälle sind aber nur der sichtbare Teil eines umfassenderen Dramas. Es ist Folge politischer Entscheidungen, die den Kontinent in eine uneinnehmbare Festung verwandelt und MigrantInnen dazu verurteilt haben, ein unsichtbares Leben zu führen.

Eine der jüngsten Tragödien vor Sizilien ereignete sich am 19. April dieses Jahres. Ein von Libyen aufgebrochenes Boot mit 800 MigrantInnen an Bord kenterte unweit der italienischen Küste. Wie es dazu kommen konnte, ist bislang noch ungeklärt. Dem Anschein nach wurde das Boot von einem zur Rettung herbeigeeilten Handelsschiff gerammt. Nur 28 Personen überlebten. Allem Aufsehen, das dieser Fall erregt hat, zum Trotz: Es ist daran nichts Außergewöhnliches. So ging am 3. Oktober 2013 wenige Seemeilen vor der Insel Lampedusa ein in Brand geratenes libysches Schiff unter, auf dem sich 521 Menschen aus Eritrea, Äthiopien, Ghana, Somalia und Tunesien befanden. 366 Menschen starben, von denen 20 nicht mehr geborgen werden konnten.

Tausende Menschen sind bereits bei dem Versuch ums Leben gekommen, die Straße von Sizilien – von Libyen aus der kürzeste Weg nach Europa – zu überqueren. Wenige Tage vor der Tragödie vom 19. April erzählten einige MigrantInnen von einem gesunkenen Boot mit 400 Personen an Bord. Von diesem Schiff finden sich keinerlei Spuren. Auch hier gibt es Präzedenzfälle. 1996 ging unweit des kleinen sizilianischen Küstenstädtchens Portopalo di Capo Passero in der Nacht zum 25. Dezember ein Boot mit 283 indischen, pakistanischen und tamilischen Flüchtlingen unter. Niemand schenkte den Aussagen der wenigen Überlebenden Glauben, obwohl die Fischer von Portopalo in den folgenden Tagen in ihren Netzen menschliche Körper fanden. Erst 2001 konnte infolge der beharrlichen Nachfragen des Journalisten Giovanni Maria Bellu das Wrack des untergegangenen Bootes ausfindig gemacht werden.¹

Es ist sehr schwierig, einigermaßen zuverlässig die Zahl der MigrantInnen zu schätzen, die bei dem Versuch, Italien zu erreichen, ihr Leben gelassen haben. Nach Berichten eini-

ger italienischer JournalistInnen sind in den letzten zehn Jahren mindesten 1.153 Personen auf dem Weg nach Sizilien gestorben, weitere 447 Personen gelten als vermisst.² Diese Angaben scheinen allerdings deutlich zu niedrig angesetzt, vergleicht man sie mit den vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen herausgegebenen Zahlen. Diesen zufolge sind allein 2014 etwa 3.500 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, im Meer ertrunken oder verschwunden.³

Sizilien ist – neben Spanien (an der Grenze zu Marokko) und Griechenland (an der Grenze zur Türkei) – eines von drei Einfallstoren der Festung Europa. Dem Schriftsteller, Blogger und Menschenrechtler Gabriele del Grande zufolge sind zwischen 1988 und Oktober 2014 mindestens 21.439 Menschen beim Versuch gestorben, diese Außengrenzen Europas zu überwinden.⁴ Die internationale Journalistengruppe Migrants' Files Project spricht dagegen von etwa 28.000 MigrantInnen, die allein zwischen 2000 und 2014 umgekommen seien.⁵ In jedem Fall zeugen diese Zahlen von einer menschlichen Tragödie und widerlegen nachdrücklich die Annahme, es handele sich um bloße Ausnahmen.

Nach der Tragödie vom 3. Oktober 2013 hat Italien eine Küstenschutz-Aktion namens «Mare Nostrum» ins Leben gerufen. Ihr Operationsradius erstreckte sich bis zur libyschen Küste und sollte zum einen die Seenotrettung sicherstellen, zum anderen die Schlepper dingfest machen. Diese Operation hatte primär militärischen Charakter und wurde überwiegend von Einheiten der italienischen Marine und der italienischen Luftwaffe durchgeführt. Nach offiziellen Angaben wurden im Verlauf der im Oktober 2014 eingestellten Aktion «Mare Nostrum» 160.000 Personen gerettet und 366 Personen festgenommen. Das monatliche Budget der Unterneh-

mung betrug 9,5 Millionen Euro. Die italienische Regierung hat auf Initiative des Innenministers Angelino Alfano die Ausgaben für unverhältnismäßig hoch erklärt und bei der Europäischen Union um Unterstützung gebeten.

EUROPÄISCHER WACHPOSTEN FRONTEX

Daraufhin ist die Agentur Frontex («Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union») zum Einsatz gekommen. Frontex wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Grenzen der Europäischen Union zu sichern.⁶ Die strategischen Aufgaben dieser Agentur bestehen in der Überwachung der Grenzen aus der Luft, in der technischen Hilfeleistung für die von illegaler Einwanderung betroffenen Grenzstaaten, in der Unterstützung bei der Ausweisung und Rückführung von MigrantInnen sowie in der Anfertigung strategischer Analysen. Frontex hat einige Monate lang mit den beiden vornehmlich der Küstenwache gewidmeten Projekten «EPN Hermes» (Gesamtkosten: ca. 4,2 Mio. Euro)⁷ und «EPN Aeneas» (ca. zwei Mio. Euro)⁸ auch die Aktion «Mare Nostrum» unterstützt. Im Jahr 2014 hat die Agentur insgesamt mehr als 32,6 Millionen Euro für Maßnahmen der europäischen Grenzsicherung aufgebracht, bei einem Gesamtbudget von knapp 90 Millionen Euro.⁹

Am 1. November 2014 startete eine neue Mission mit dem Namen «Triton», die gemeinsam von Italien und der Europäischen Union geleitet wird. Sie ist sowohl hinsichtlich ihrer finanziellen Ausstattung als auch hinsichtlich ihrer Zielsetzungen deutlich weniger ambitioniert als ihre Vorgängerin «Mare Nostrum». Die monatlichen Ausgaben für «Triton» betragen nur noch 2,9 Millionen Euro. Obwohl der Vorsitzende von Frontex, Gil Arias Fernandez, hervorgehoben hat, dass «Triton» sich zwar «auf die Kontrolle und Überwachung der Grenzen» konzentrierte, dessen ungeachtet aber «die Rettung menschlichen Lebens für Frontex absolute Priorität» habe, entfernen sich die Schiffe der Mission nicht weiter als 30 Kilometer von der europäischen Küste, womit ihre Rettungskapazitäten deutlich eingeschränkt sind.¹⁰

Frontex überwacht permanent die neuralgischen Grenzabschnitte. Nach Angaben der Agentur ist die Zahl der MigrantInnen, die nach Europa zu gelangen versuchen, in den vergangenen zwei Jahren infolge der Krisen in Libyen, Syrien und Tunesien deutlich gestiegen.¹¹ 2013 waren es noch etwa 40.000 Personen, die auf der sogenannten *Central Mediterranean Route* die Küsten Siziliens, Apuliens und Kalabriens erreichen wollten. 2014 ist ihre Zahl auf 170.000 gestiegen. Hingegen haben nur 7.840 MigrantInnen versucht, über die *Western Mediterranean Route* von Nordafrika auf die Iberische Halbinsel zu kommen. Diese Strecke wird von AlgerierInnen, MarokkanerInnen und Menschen aus dem subsaharischen Afrika genutzt, die sich auf ihrem Weg nach Spanien, Frankreich oder Italien zumeist auf den Fähren nach Almeria und Algeciras in Lastwagen oder Containern verstecken.

Etwa 40.000 Personen haben bisher versucht, auf der *Western Balkan Route* nach Europa zu gelangen. Ein Teil von ihnen kommt unmittelbar aus den Ländern des Balkan, die anderen sind hauptsächlich asiatische MigrantInnen, die über die Türkei nach Ungarn einzureisen versuchen. Die *Eastern Mediterranean Route* wird dagegen von denjenigen genutzt, die nach Griechenland, Bulgarien oder Zypern gelangen wollen.

2014 hat Frontex auf der *Western Balkan Route* und der *Eastern Mediterranean Route* einen besonders hohen Aufwand bei der Grenzsicherung betrieben: mit dem Projekt

«Poseidon Sea» entlang der griechischen Küste (Kostenpunkt: ca. 6.6 Mio. Euro), mit dem Projekt «Poseidon Land» entlang der Grenze zwischen Bulgarien und Griechenland (ca. 2,7 Mio Euro) und mit dem räumlich flexiblen Projekt «Focal Points Land» (ca. 4,4 Mio. Euro). Auf spanischer Seite wurden knapp 3,3 Millionen Euro für «EPN Indalo» und rund 850.000 Euro für «EPN Hera» ausgegeben.¹²

Die strategische Koordination dieser Projekte obliegt zwar Frontex, aber die Sicherung der Küsten und Grenzen verbleibt in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der jüngste Bericht von Amnesty International zu den Ausgaben, die zur Sicherung der Festung Europa aufgebracht werden.¹³ Aus ihm geht hervor, dass das Programm «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme» 46 Prozent der für den Zeitraum von 2007 bis 2013 zur Verfügung stehenden Finanzmittel dem External Borders Fund (Außengrenzenfonds), 16 Prozent dem European Return Fund (Europäischer Rückkehrfonds) und nur 21 Prozent dem European Refugee Fund (Europäischer Flüchtlingsfond) gewidmet hat.

Für den Programmzeitraum 2014 bis 2020 ist der Internal Security Fund (ISF) mit 3,8 Milliarden Euro ausgestattet. Ziel ist die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit durch Grenzschutzmaßnahmen und die Unterstützung der europäischen Polizeiverbände. Allein 2,4 Milliarden Euro des veranschlagten Geldes sind unmittelbar für den Kampf gegen die Einwanderung nach Europa und für die Grenzsicherung vorgesehen.¹⁴

In den vergangenen 15 Jahren sind in der gesamten Europäischen Union zahlreiche Hafteinrichtungen für MigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnis entstanden. Da hierzu keine offiziellen Zahlen vorliegen, muss im Folgenden auf die Einschätzungen von Migreurop zurückgegriffen werden, einem Netzwerk europäischer und afrikanischer AktivistInnen und ForscherInnen, das die immer häufiger zu verzeichnende Praxis der Inhaftierung von Geflüchteten zu bekämpfen sucht. Migreurop hat eine Karte erarbeitet, auf der die Haftanstalten für Flüchtlinge auf dem Gebiet der Europäischen Union verzeichnet sind. Den ausgewerteten Daten zufolge werden derzeit etwa 600.000 MigrantInnen in diesen Gefängnissen festgehalten. 2012 wurden 473 Haftanstalten für MigrantInnen gezählt, gegenüber 372 im Jahr 2000. Ein Blick auf die Karte genügt, um sich das Ausmaß zu vergegenwärtigen, das die Politik des Freiheitsentzugs mittlerweile angenommen hat.¹⁵

In den Hafteinrichtungen können die Flüchtlinge in Erwartung ihrer Abschiebung bis zu 18 Monate festgehalten werden. Diese Politik gründet auf zwei Richtlinien der Europäischen Union: der Richtlinie «zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen» (Richtlinie 2013/33/EU),¹⁶ und der «über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger» (Richtlinie 2008/115/EG).¹⁷ Allein im Jahr 2012 sind auf dem Territorium der Europäischen Union 570.660 MigrantInnen in Haft genommen und 252.785 ausgewiesen worden.

Die Verhältnisse in den Haftanstalten weisen auf eine verbreitete und systematische Verletzung von Grundrechten hin. Im Jahr 2004 hat die Organisation Ärzte ohne Grenzen einen Bericht über die Verstöße innerhalb der italienischen Haftanstalten verfasst, durch den sich die italienische Regierung gezwungen sah, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen.¹⁸ 2010 hat dieselbe Organisation in einem

weiteren Bericht dargelegt, dass sich die Situation in der Zwischenzeit nicht grundlegend geändert hatte.¹⁹

Laut Angaben von Human Rights Watch sind in Griechenland zwischen August 2012 und Februar 2013 im Zuge der Polizeiaktion «Zeus Xenios» etwa 85.000 Personen allein aufgrund der Tatsache inhaftiert worden, dass es sich bei ihnen um MigrantInnen handelte.²⁰ Am 4. August 2012 sind während eines einzigen Tages 1.130 Personen in verschiedene Hafteinrichtungen für MigrantInnen überführt worden. Im Oktober 2012 hat eine Delegation von Europaabgeordneten nach einem Besuch der Haftanstalt in Amygdaleza, in der 1.900 Gefangene untergebracht werden können, die dortigen Haftbedingungen als inakzeptabel bezeichnet.²¹ Das Gefängnis von Amygdaleza war vorher bereits europaweit für Menschenrechtsverstöße und die Misshandlung der Insassen bekannt. Erst die neue griechische Regierung unter Alexis Tsipras veranlasste die Schließung der Anstalt. Am 19. Februar 2015 erklärte der sichtlich bewegte Vizeminister für öffentliche Ordnung, Yannis Panousis, nach einem Besuch der Einrichtung: «Wir machen Schluss mit den Hafteinrichtungen für MigrantInnen. Für das, was hier geschehen ist, schäme ich mich, nicht als Angehöriger der Regierung, sondern als Mensch. Alles muss vollständig verändert werden. Und zwar sofort.»²² In Spanien wurde erst im Jahr 2012, nach 20-jähriger Betriebszeit, das Centro de Internamiento para Extranjeros de Málaga geschlossen.²³ Über Jahre hinweg hatten die dort inhaftierten MigrantInnen erfolglos Misshandlungen und Verstöße gegen die Menschlichkeit angeprangert.²⁴ Außer den sieben ständigen Anstalten auf spanischem Gebiet gibt es dort auch temporäre Einrichtungen, die sogenannten Centros de Estancia Temporal de Inmigrantes, die ad hoc aktiviert werden können, wenn besonders viele MigrantInnen festgenommen werden. Die Netzwerke Migreurop und Europeans Alternatives initiierten 2011 die Kampagne «Open Access Now», mit der die Schließung sämtlicher Haftanstalten für MigrantInnen in Europa erreicht werden soll; außerdem wird die rückhaltlose Offenlegung der Haftbedingungen gefordert.²⁵

DIE UNSICHTBAREN FLÜCHTLINGE

MigrantInnen können gar nicht anders, als auf unrechtmäßige Weise in die Europäische Union zu gelangen, weil ihnen jedwede Möglichkeit einer legalen Einreise und eines legalen Aufenthalts in Europa versperrt ist. Wegen der restriktiven Erteilung von Arbeitserlaubnissen können die meisten Einwanderungswilligen kaum auf eine Einreiseerlaubnis, geschweige denn auf eine permanente Aufenthaltsgenehmigung hoffen. Häufig bleibt so nur eine Möglichkeit: die Anerkennung als politischer Flüchtling zu beantragen. «Flüchtling» ist nach internationalem Recht, wer sich als Staatsangehöriger außerhalb seines Herkunftslandes befindet und in dieses nicht zurückkehren kann oder will. Um als Flüchtling anerkannt zu werden, muss der Antragsteller gegenüber den Behörden des betreffenden europäischen Landes nachweisen, dass er vor Krieg oder Verfolgung geflohen ist. Obgleich es an sich obligatorisch ist, für jede Anfrage eine Einzelfalluntersuchung vorzunehmen, kommt es vor, dass eine Rückführung von AntragstellerInnen in deren Herkunftsstaaten angeordnet wird, ohne zuvor genauere Informationen zur politischen Lage in den betreffenden Ländern einzuholen.

Mit der 2014 in Kraft getretenen Verordnung «Dublin III» sind zahlreiche Restriktionen wirksam geworden, die Asylanträge nachhaltig erschwert haben.²⁶ Dazu gehören etwa

neue Möglichkeiten, AntragstellerInnen aufgrund einer angenommenen Fluchtgefahr festzuhalten und ihren Antrag mithilfe eines digitalen Fingerabdrucks in der eigens geschaffenen Datenbank «Eurodac» abzugleichen.

Die «Dublin-III»-Verordnung hat den AsylbewerberInnen zudem endgültig jegliche Möglichkeit genommen, das Land der Antragstellung selbst auszuwählen. Der Staat, der die jeweilige Anfrage nach Gewährung von Asyl erhält, kann AntragstellerInnen an jenes Land verweisen, in dem sie mutmaßlich zuerst angekommen sind. Diese Bestimmung ist nicht zuletzt auf Drängen Deutschlands zustande gekommen.

In vielen Fällen dauert es Jahre, bis der Asylantrag beschieden ist. Während dieser Zeit sind die AntragstellerInnen verpflichtet, sich nur innerhalb eines festgelegten Aufenthaltsgebiets zu bewegen, und dürfen keine Arbeit aufnehmen. Selbst wenn der Flüchtlingsstatus einmal anerkannt worden ist, sind damit mitnichten alle Probleme gelöst. Zunächst kann der Flüchtlingsstatus wieder aufgehoben werden, wenn sich die politischen Verhältnisse im Herkunftsland wandeln. Zudem gewährt das Abkommen von Schengen den AsylbewerberInnen und Flüchtlingen nur eine teilweise Freiheit innerhalb der Europäischen Union.²⁷ So können sie zwar ungehindert reisen, aber nur in dem Land eine Arbeit aufnehmen, das ihnen den Flüchtlingsstatus verliehen hat. Dies bedeutet in letzter Konsequenz, dass jene MigrantInnen, die ihr Ersteinreiseland verlassen, um sich andernorts nach Arbeit umzusehen, gezwungen sind, sich wieder in die Illegalität zu begeben und sich unsichtbar zu machen.

Nach Angaben von Eurostat sind im Jahr 2014 insgesamt 626.065 Asylanträge gestellt worden, eine beträchtlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr (435.190 Anträge).²⁸ Ein Teil dieses Anstiegs geht auf die von syrischen StaatsbürgerInnen gestellten Asylanträge zurück. Doch steigt die Zahl bereits seit 2006, als etwa 200.000 Anträge registriert wurden, kontinuierlich an. Etwa die Hälfte aller Anträge wird abgelehnt und die AntragstellerInnen werden dann zwangsweise in ihre Herkunftsländer zurückgebracht.²⁹

Am 23. April 2015 fand zwischen Italien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien ein Gipfeltreffen statt, einberufen nach dem jüngsten Massensterben von MigrantInnen. Zu den dort beschlossenen Maßnahmen gehört die Ausweitung der Mission «Triton», der weitere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Zusätzliche militärische Ressourcen stellte der britische Premierminister David Cameron in Aussicht, allerdings nur unter der Bedingung, «dass die geretteten Menschen in das nächstgelegene sichere Land gebracht werden, voraussichtlich also nach Italien, und dass sie nicht im Vereinigten Königreich einen Asylantrag stellen werden».³⁰ Ungeachtet der Mitleidsbekundungen angesichts einer Tragödie, die sich nicht wiederholen möge (ein Wunsch, der im Übrigen bereits nach dem 3. Oktober 2013 geäußert wurde), hat der Gipfel seine strikte Abwehrhaltung gegenüber jeglicher Änderung der europäischen Aufnahmepolitik bekräftigt. Die von sämtlichen für den Tod der MigrantInnen verantwortlichen Regierungen verwendeten Phrasen über «illegale Schlepper»³¹ haben einzig den Zweck, die wahren Umstände des Sterbens zu verschleiern. So hat Cecilia Malmström, bis Oktober 2014 EU-Kommissarin für Innenpolitik, noch wenige Tage vor Niederlegung ihres Amtes öffentlich eingeräumt, dass die MigrantInnen nur deswegen auf illegalen Wegen nach Europa zu gelangen suchen, weil ihnen jede Alternative versperrt ist. Wörtlich erklärte Malmström: «Heute ist es praktisch unmöglich, auf legalem und sicherem Weg

nach Europa zu kommen. Die MigrantInnen sind gezwungen, ihr Leben in die Hände von Schiebern und Schmugglern zu legen, die aus dem Elend und der Verzweiflung der MigrantInnen enormen Profit ziehen.»³²

Die europäische Flüchtlingspolitik gründet unverändert auf den beiden Säulen der militärischen Grenzsicherung und der Rückführung. Folglich wird auch das System der Haftzentren für MigrantInnen nicht infrage gestellt. Wenn RegierungsvertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten die Notwendigkeit der Seenotrettung einräumen, dann bestätigen sie damit nur ein Menschenrecht. An der politischen Praxis ändert sich dadurch nicht das Geringste.

Jenseits allen diplomatischen Händedrucks wird vor allem der Versuch Deutschlands deutlich, in einem Moment, in dem auch das Zugpferd der europäischen Wirtschaft keine neuen Arbeitskräfte benötigt, die Zahl der AsylbewerberInnen möglichst zu verringern. Die Änderung der Asylregeln durch die «Dublin-III»-Verordnung hat gleichwohl nicht die gewünschten Ergebnisse gezeitigt. Angela Merkel hat sich daher angesichts von 1.500 AntragstellerInnen aus dem Kosovo jüngst beeilt, eine gleichmäßige Verteilung der MigrantInnen in Europa anzumahnen, und darüber hinaus die Notwendigkeit betont, mit Drittstaaten über politische Kooperationen zu verhandeln.³³ In der politischen Realität bedeutet die sogenannte Kooperation allerdings nichts anderes als eine konzerierte Aktion zur Sicherung der Landesgrenzen.

Die Kräfte der politischen Rechten, die sich in Europa ausgebreitet haben (wie Pegida, Front National oder Lega Nord), sind ohne Zweifel sehr besorgniserregend. Nicht weniger alarmierend sind aber die von demokratisch gewählten Regierungen vertretenen Positionen. Der italienische Innenminister Angelino Alfano etwa hat jüngst als Ziel ausgegeben, «die Boote der Schlepper zu versenken, ihre Abfahrt zu verhindern. Allein können wir das nicht durchsetzen, daher sind Verhandlungen zwischen den Vereinten Nationen und der EU im Gange, in denen wir uns bemühen, innerhalb des internationalen Rechts ein entsprechendes Mandat zu erhalten.»³⁴ Das infolge des Massensterbens im Mittelmeer einberufene Gipfeltreffen hat noch einmal bekräftigt, dass die einzige Strategie der europäischen Staaten angesichts der derzeitigen Migration militärischer Natur ist. Es wird daher zu einer Ausweitung der Mission «Triton» kommen, und das, obgleich der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon noch kürzlich erklärte, es gebe «keine militärische Lösung angesichts der menschlichen Tragödie, die sich im Mittelmeer ereignet». Es sei unabdinglich, so Ban Ki-Moon weiter, «legale und rechtmäßige Immigrationswege» zu schaffen.³⁵

SCHUTZ DER MENSCHEN STATT DER GRENZEN

Durch die tragischen Schiffsunglücke vor den Küsten Siziliens sind die Grenzen einer europäischen Politik offen zutage getreten, deren institutionelle Struktur auf Ausweisungen, Haftanstalten und militärischem Grenzschutz beruht. Diese Politik betrachtet MigrantInnen allein nach ihrem Wert als Arbeitskräfte, die man je nach Arbeitsmarktlage herbeirufen oder abweisen kann. Auf diese Weise wird die Illusion genährt, die Migration sei trotz ihrer tief liegenden Wurzeln letztlich bloß ein durch eine Ausnahmesituation hervorgerufenes Problem. Heute leben in Europa etwa 20,4 Millionen Menschen, die nicht in einem Mitgliedsland der Europäischen Union geboren sind. Das entspricht 4,1 Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung.³⁶ Mit der Rede von einer Ausnahmesituation werden außergewöhnliche Maßnah-

men gerechtfertigt, einschließlich der Verletzung von Grundrechten und der steten Präsenz von militärischen und polizeilichen Einsatzgruppen, die bereitstehen, um sich einem imaginären Feind entgegenzustellen. Gewaltige Ressourcen werden für den Schutz der Grenzen und nicht der Menschen aufgebracht. Es ist an der Zeit, dieses Prinzip umzukehren.

Einen Tag nach dem Schiffskatastrophe vom 19. April haben Hunderte MigrantInnen vor dem italienischen Parlament in Rom demonstriert. Unter Tränen, aber mit Entschlossenheit hat sich Aboubakar Soumahoro, einer der Anführer der Gruppe, mit den folgenden Worten an die Regierungschefs der Europäischen Union gewandt: «Der Auslöser dieser Tragödie sind Ihre politischen Entscheidungen. Aus diesem Grund halten wir Sie, die Herren Präsidenten, für moralisch und politisch verantwortlich für diese Gewaltverbrechen, die nicht weiterhin als Straftaten von Schleppern banalisiert werden dürfen.»³⁷ Es sind dies traurige und eindringliche Worte, die nicht nur Ausdruck einer momentanen Wut sind, sondern denen der bittere Beigeschmack des Wissens um die Wahrheit anhaftet. Ausgehend von diesen Worten muss damit begonnen werden, die Festung Europa bis auf die Grundmauern zu schleifen.

Dario Stefano Dell'Aquila, Ökonom und freier Journalist, arbeitet und lebt in Neapel.

- 1 Vgl. www.lafeltrinelli.it/libri/giovanni-maria-belluoli-fantasma-portopalo/9788804553588
- 2 Vgl. http://palermo.repubblica.it/cronaca/2015/04/19/news/immigrati_oltre_dieci_anni_di_naufragi_e_tragedie_nel_canale_di_sicilia-112317922/
- 3 Vgl. www.unhcr.it/risorse/statistiche/infografiche#_ga=1.141371506.1728210583.1429799899
- 4 Vgl. <http://fortresseurope.blogspot.it/>
- 5 Vgl. www.detective.io/detective/the-migrants-files/
- 6 Vgl. <http://frontex.europa.eu/>
- 7 Vgl. <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/ESDUoR>. EPN steht für «Europäisches Patrouillennetzwerk».
- 8 Vgl. <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/AbjGH>
- 9 Vgl. http://frontex.europa.eu/assets/About_Governance_documents/Budget/Budget_2014.pdf
- 10 Vgl. <http://frontex.europa.eu/news/frontex-launches-joint-operation-triton-JSYpL7>
- 11 Vgl. <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/migratory-routes-map/>
- 12 Vgl. <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/>
- 13 Vgl. www.amnesty.eu/content/assets/Reports/EUR_050012014_Fortress_Europe_complete_web_EN.pdf
- 14 Vgl. http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/financing/fundings/security-and-safeguarding-liberties/internal-security-fund-borders/index_en.htm
- 15 Vgl. www.migreurop.org/article2216.html?lang=fr
- 16 Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:IT:PDF>
- 17 Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/IT/ALL/?uri=CELEX:32008L0115>
- 18 Vgl. http://archivio.medicisenzafrontiere.it/allegati/pubblicazioni/rapporti/cpt_finale.pdf
- 19 Vgl. http://archivio.medicisenzafrontiere.it/allegati/pubblicazioni/rapporti/ita_sommario_aldila_muro.pdf
- 20 Vgl. www.hrw.org/reports/2013/06/12/unwelcome-guests
- 21 Vgl. www.globaldetentionproject.org/fileadmin/docs/Greece_report_April2014.pdf
- 22 Vgl. espresso.repubblica.it/attualita/2015/02/19/news/la-svolta-di-tsipras-chiuso-il-centro-di-espulsione-lager-1.200313
- 23 Vgl. www.elmundo.es/elmundo/2012/06/17/andalucia_malaga/1339921812.html
- 24 Vgl. www.storiemigranti.org/spip.php?article491
- 25 Vgl. <http://en.closethecamps.org/open-access-now/>
- 26 Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32013R0604&qid=1429798091036>
- 27 Vgl. http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/index_en.htm
- 28 Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics
- 29 Vgl. www.cir-onlus.org/images/pdf/KS-QA-13-016-EN.pdf
- 30 Vgl. www.corriere.it/politica/15-aprile_23/immigrazione-renzi-in-europa-ora-qualcosa-finalmente-cambiato-f56d41a2-e9bb-11e4-8a77-30fccc419003.shtml
- 31 Vgl. www.reuters.com/article/2015/04/19/us-europe-migrants-idUSKBN0NA07020150419
- 32 http://europa.eu/rapid/press-release-STATEMENT-14-296_en.htm
- 33 Vgl. www.dw.de/merkel-urges-fair-distribution-of-migrants-in-europe/a-18258513
- 34 Vgl. www.ilmessaggero.it/PRIMOPIANO/POLITICA/migranti_ue_soluzione_militare_alfano_bombardare_barconi_scafisti/notizie/1310794.shtml
- 35 Vgl. www.rainews.it/dl/rainews/articoli/Libia-Ban-Ki-moon-su-migranti-no-soluzione-militare-8eb4b3cb-aec3-42a8-befa-dc6f97e2781f.html?refresh_ce
- 36 Vgl. ec.europa.eu/eurostat/statistic-explained/index.php/Migration_and_migrant_population_statistics
- 37 Vgl. <http://video.corriere.it/preghiere-lacrime-silenzio-sans-papier-montecitorio-le-vittimediterraneo/6cec440c-e9cc-11e4-8a77-30fccc419003>

JAN KÜHN

DER CHAVISMUS IN DER KRISE

IN VENEZUELA STEHT DERZEIT DAS VERMÄCHTNIS DER BOLIVARISCHEN REVOLUTION AUF DEM SPIEL

Zwei Jahre nach dem Tod von Hugo Chávez befindet sich Venezuela in einer überaus schwierigen Lage. Die sozialpolitischen Errungenschaften des letzten Jahrzehnts sind bedroht. Spätestens seit Ende 2013 wird das Land von einer hohen Inflationsrate sowie von Versorgungsengpässen geplagt. Bislang erweckt die Regierung der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas unter der Führung von Präsident Nicolás Maduro den Eindruck, als habe sie keine brauchbaren Lösungen für die Krise anzubieten. Auf der Rechten scheinen altbekannte Akteure nach dem Tod des Charismatikers Hugo Chávez ihre Chance zu wittern, sich einer linken Regierung entledigen und den durch den Chavismus angestoßenen Umverteilungs- und Transformationsprozess rückgängig machen zu können.

Seit seinem knappen Wahlsieg im April 2013 hat Nicolás Maduro nur wenige Verschnaufpausen genießen können. Seitdem er das politische Erbe des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez angetreten hat, spitzen sich die Konflikte mit der Opposition weiter zu. Schon direkt nach der Wahl von Maduro war es zu einer Eskalation der Situation gekommen, als der Kandidat des Oppositionsbündnisses «Tisch der Demokratischen Einheit», Henrique Capriles Radonski, seine Niederlage nicht anerkannte und seine AnhängerInnen zu Straßenprotesten gegen einen angeblichen Wahlbetrug mobilisierte. Das Ergebnis waren gewaltsame Auseinandersetzungen und neun tote Regierungsanhänger. Zwar konnte die Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) dann bei den Regionalwahlen am Jahresende, die Capriles zu einem Referendum über die Regierungspolitik erklärt hatte, einen erneuten Erfolg verbuchen. Doch Anfang 2014 riefen VertreterInnen des radikalen Flügels der Opposition unter dem Motto «Der Ausweg» (La Salida) zum Sturz der Regierung auf. Daraufhin führten weitere Gewaltausbrüche zu einem Konfrontationsniveau, das das Land viele Jahre nicht mehr gekannt hatte: 43 Menschen, mehrheitlich Sicherheitskräfte, Regierungsanhänger und Unbeteiligte, verloren zwischen Februar und Juni durch diese Welle politischer Gewalt ihr Leben. Es kam zu Sachschäden in Milliardenhöhe.¹

Die Hoffnung der InitiatorInnen der Anti-Regierungs-Proteste erfüllte sich unterdessen nicht: Sie blieben im Wesentlichen auf die Bastionen der Opposition in den wohlhabenden Teilen einiger Großstädte konzentriert und sprangen nicht auf die Wohngegenden der unteren Schichten über. Ein Jahr später vereitelten staatliche Stellen nach Angaben der Regierung einen für den 12. Februar 2015 geplanten

Putschversuch. Sie nahmen gut ein Dutzend Militärs und einige Tage später Antonio Ledezma, den Bürgermeister von Groß-Caracas, fest. Ihm wird vorgeworfen, in die Pläne für den Sturz der Regierung eingeweiht gewesen zu sein. Dabei sollten unter anderem staatliche Gebäude sowie die Zentrale des multistaatlichen Fernsehsenders Telesur bombardiert werden. Die Protestwelle vom Frühjahr 2014 markierte auch den Beginn zunehmenden internationalen Drucks. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Eskalation stellte im März dieses Jahres das Dekret des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama dar, das Venezuela zu einer «außergewöhnlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten» erklärte, um den Weg für Sanktionen gegen staatliche Funktionäre freizumachen. Der Vorwurf: Sie seien für Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Protesten vom Frühjahr 2014 verantwortlich. Über die konkreten Sanktionen – Verweigerung ihrer Einreise in die USA und die Drohung, ihr dort vorhandenes Vermögen einzufrieren – hinaus bedeutet das Obama-Dekret jedoch vor allem eine neue Gangart in den traditionell konfliktreichen Beziehungen zwischen Venezuela und den USA, die in einem deutlichen Gegensatz zur aktuellen diplomatischen Entspannung zwischen Kuba und den USA steht.

Entgegen der Intention der US-Regierung führte das Dekret jedoch zu einer Welle der Solidarität mit der Regierung Maduro, und das sowohl im Land als auch außerhalb Venezuelas. Fast alle Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie verschiedene Regionalorganisationen wie die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) sprachen sich offen gegen den Interventionismus der USA aus, und in Venezuela sammelte das Regierungslager über zehn Millionen Unter-

schriften gegen die Einmischung. Im Vorfeld des 7. Amerika-Gipfels in Panama ruderte dann die Obama-Administration zurück und relativierte die Einstufung Venezuelas als Gefahr, indem sie den Akt als eine notwendige Formalie abtat. Im Ergebnis konnte die Regierung von Maduro zumindest kurzfristig von dieser Aggression vonseiten der USA profitieren.

ERDÖLWIRTSCHAFT IN DER KRISE

Die wiederholten Konfrontationen in Venezuela und auf internationalem Parkett sind jedoch nur Ausdruck einer tiefer liegenden Auseinandersetzung, deren «Schlachtfeld» derzeit die venezolanische Wirtschaft ist. Denn spätestens seit Ende 2013 weisen verschiedene Symptome darauf hin, dass sich die von starker Erdölabhängigkeit geprägte Wirtschaft in einer ernsthaften Krise befindet. Vor allem die Preissteigerung mit Inflationsraten von 56,2 Prozent in 2013 und 68,5 Prozent in 2014² – unter Chávez lagen sie im Durchschnitt bei gut 22 Prozent – und Engpässe bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sind seit dem Amtsantritt Maduros prägend für den Alltag des Landes.

Die wirtschaftliche Krise ist omnipräsent, und damit wachsen Unzufriedenheit und Frustration in der Bevölkerung. Dies drückt sich in auch Umfragen aus, in denen die Versorgungsengpässe und die Preissteigerung zuletzt sogar die grassierende Kriminalität von Platz eins auf der Liste der größten Probleme des Landes verdrängt haben.³ Die Preise der meisten Produkte orientieren sich an Wechselkursen, die irgendwo zwischen dem spekulativ überhöhten Schwarzmarktkurs und dem niedrigsten offiziellen Wechselkurs liegen. Hinzu kommt, dass einige Produkte nur zu völlig überhöhten Preisen oder durch glückliche Zufälle zu erwerben sind oder die Menschen hierfür teilweise stundenlang Schlange stehen müssen. Dies trifft derzeit vor allem auf Waren wie Kaffee, Zucker, Maismehl, Milch, Waschmittel, Shampoo, Windeln, Hygieneartikel, Kondome und in geringerem Ausmaß auf Toilettenpapier zu. Auch Ersatzteile für Autos und Baumaterialien sind schwer erhältlich und in der Regel völlig überteuert. Dabei fällt auf, dass insbesondere Produkte fehlen, deren Preise staatlich reguliert sind und die angesichts der allgemeinen Verteuerung fast gratis erscheinen.

Auch wenn die Versorgungsengpässe allgegenwärtig sind, ist bei der Einschätzung ihres Ausmaßes und ihrer Bedeutung jedoch Vorsicht angesagt. Anders als die mediale Darstellung es teilweise nahelegt, sind die Regale der Supermärkte in Venezuela in der Regel prall gefüllt – außer mit den oben genannten Produkten, die abseits der normalen Verkaufswege ihre KäuferInnen finden. Aufgrund der Engpässe muss niemand Hunger leiden. Ernsthaft bedroht sind durch die wirtschaftliche Entwicklung hingegen die Löhne und Gehälter. Zwar wurde der – äußerst niedrige – Mindestlohn entsprechend der Inflationsrate angepasst. Während die Preise jedoch kontinuierlich steigen, erfolgt diese Anpassung der Mindesteinkommen in größeren Abständen. Zudem sind die darüberliegenden Einkommensklassen starken Reallohnverlusten ausgesetzt. Auch die Tatsache, dass Regierung und Zentralbank seit Beginn der Krise viele Wirtschafts- und Sozialstatistiken nur stark zeitverzögert veröffentlichen, lässt nichts Gutes ahnen.

Auffällig ist, dass trotz dieser Entwicklung breite Schichten der venezolanischen Gesellschaft weiterhin eine relativ hohe Kaufkraft zu besitzen scheinen. Denn auch wenn die Preise extrem steigen: Die Supermärkte und Einkaufszentren sind häufig überlaufen, und die Menschen kaufen, was das Zeug

hält. Schlangen bilden sich nicht allein, wenn es um subventionierte Lebensmittel geht, sondern auch bei überteuerten Technikprodukten. Zwar dürfte die hohe Inflationsrate dazu beitragen, dass alles verfügbare Geld schnell ausgegeben wird, um Wertverluste zu vermeiden – Sparen ist nur durch den Erwerb materieller Güter oder in Devisen möglich. Dennoch scheint insgesamt viel Geld für den privaten Konsum verfügbar zu sein. Zunehmend mehr Menschen gehen neben oder statt einer formellen Beschäftigung noch weiteren Geschäften nach, um besser über die Runden zu kommen. Eine Möglichkeit ist, regulierte Produkte, für die man lange anstehen muss, teuer an andere weiterzuverkaufen («Bachaqueo»). Angesichts der Lohnentwicklung sind diese Zuverdienste häufig nötig, und vieles deutet darauf hin, dass hierdurch informelle Arbeitsverhältnisse wieder zunehmen – während unter Präsident Chávez zunächst Fortschritte bei der Zurückdrängung dieser Form von Beschäftigung erzielt worden waren.

«WIRTSCHAFTSKRIEG»

ALS URSACHE DER KRISE?

Für die Regierung von Präsident Maduro ist vor allem der «Wirtschaftskrieg» der alten Eliten schuld an der Krise. Vergleichbar mit den 1970er Jahren, als in Chile Salvador Allende auf einem demokratischen Wege eine sozialistische Gesellschaft errichten wollte und dafür weggeputscht wurde, hätten sich die nach wie vor mächtigen wirtschaftlichen Eliten zusammengeschlossen, um in Venezuela die unliebsame linke Regierung aus dem Amt zu drängen. Und tatsächlich ist diese Sicht nicht gänzlich falsch. So wurden allein in den ersten beiden Monaten des Jahres bereits 6.000 Tonnen gehortete oder geschmuggelte Waren beschlagnahmt⁴ – eine Tatsache, die hiesige Medien gern verschweigen. Und doch greift die Darstellung der Regierung zu kurz und ist nur die halbe Wahrheit, vermeidet sie doch jede Anerkennung der eigenen Verantwortung.

Denn eine der Ursachen der aktuellen Krise ist ein völlig dysfunktionales sowie Spekulation und Korruption befeuerndes Währungsregime. Die Regierung hält weiterhin an einem offiziellen Wechselkurs von 6,3 Bolívars pro US-Dollar für prioritäre Importe (vor allem Lebensmittel und Medikamente) fest. Zugleich ist der Schwarzmarktkurs inzwischen bei 280 Bolívars angelangt – das ist mehr als das Vierzigfache –, was enorme Spekulationsgewinne für diejenigen ermöglicht, die Zugang zu günstigen staatlichen Devisen haben. Auch die jüngst eingeführte Teilliberalisierung des Devisenhandels hat an diesem Preisdifferenzial nichts geändert. Auf dem neuen Devisenmarkt «Sistema Marginal de Divisas» (Simadi)⁵ liegt der Wechselkurs ebenfalls oberhalb von 1:190. Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass der enormen Nachfrage nach Devisen ein viel zu geringes Angebot gegenübersteht, das sich fast ausschließlich aus den staatlichen Erdölexporten speist.

Im Endeffekt bestehen seit dem Ölpreisverfall die größten Versorgungsengpässe bei den Devisen: Sprudelten sie zuvor bei relativ konstanten Preisen um die 100 US-Dollar pro Barrel Öl, so muss die venezolanische Regierung seit einigen Monaten mit etwa der Hälfte auskommen. Trotz dieser Devisenknappheit dasselbe Import- und Konsumniveau aufrechtzuerhalten und gleichzeitig keine Einschnitte bei den Staatsausgaben vorzunehmen, ist nur durch enorme Verschuldung möglich. So ist es wenig verwunderlich, dass Venezuelas Staatshaushalt neuerdings gigantische jährliche Defizite von etwa 20 Prozent der Wirtschaftsleistung aufweist.

Auch wenn die Regierung Maduro diesen Umstand gerne herunterspielt und großspurig verkündet, auch ein noch niedrigerer Ölpreis würde das Sozialmodell des Landes und weitere Errungenschaften des Chavismus nicht gefährden: Durch einige offene und versteckte Maßnahmen gesteht sie indirekt ein, dass sie nicht mehr über ausreichende Einnahmen verfügt. So kürzte sie jüngst die Vergabe subventionierter Devisen für Auslandsreisen, die über Jahre vor allem den venezolanischen Mittel- und Oberschichten günstige oder sogar kostenlose Urlaube im Ausland ermöglichten. Und auch Meldungen über die Verpfändung von Goldreserven verdeutlichen, dass die staatlichen Kassen Liquiditätsgaps aufweisen. Ebenso verweisen Zahlen des staatlichen Statistikinstituts auf einen Mangel an US-Dollar. So reduzierten sich von 2012 bis 2014 die Importe um mehr als 20 Prozent. Eine Studie der Bank of America errechnete sogar einen Rückgang um mehr als ein Drittel.⁶ Zugleich haben die Devisenreserven Venezuelas Ende April einen historischen Tiefstand erreicht.⁷

Das Narrativ vom «Wirtschaftskrieg» hinkt auch an anderer Stelle. Denn es sind nicht allein der Regierung feindselig gegenüberstehende Wirtschaftsvertreter, die von der derzeitigen Situation profitieren. In den anderthalb Dekaden, in denen chavistische Regierungen an der Macht waren, hat sich nämlich eine neue regierungstreue Schicht von Unternehmern herausgebildet, die über den privilegierten Zugang zu günstigen Devisen enorme Gewinne machen konnte. Dass diese Schicht, die als Anspielung auf die bolivarianische Revolution häufig als «Boli-Bourgeoisie» bezeichnet wird, aus politischen Gründen Wirtschaftssabotage betreibt, ist zumindest rational schwer nachvollziehbar. Sie profitiert vielmehr von den Preisdifferenzialen des aktuellen Währungsregimes. Aus diesem Grund sollte auch nicht die Rolle unterschätzt werden, die die Korruption im Zusammenhang mit der Krise spielt, sei es bei staatlichen oder privaten Akteuren. Durch die Währungspolitik sind, wie oben beschrieben, gigantische Spekulationsgewinne möglich geworden. Voraussetzung hierfür ist der Zugang zu subventionierten US-Dollars, die durch staatliche Institutionen (aktuell das Außenhandelszentrum Cencorex, bis Anfang 2014 die Behörde Cadivi) vergeben werden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich Unternehmen, Briefkastenfirmen, aber auch ranghohe Militärs, staatliche Angestellte und Amtsträger in diesem Prozess bereichern und dafür Klientelnetzwerke aufgebaut haben. Allerdings ist dies aufgrund mangelnder Transparenz im Einzelnen schwer nachzuweisen. Dadurch ist eine Kaste von Privilegierten entstanden, deren Interesse darin besteht, den desolaten Status quo beizubehalten. Auch wenn Maduro vor gut einem Jahr eine Offensive gegen die Korruption angekündigt hat, tatsächlich mehrere Gesetze verabschiedete und mehr als 700 Personen wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel verurteilt wurden⁸: Die weit verbreitete Wahrnehmung in Venezuela ist und bleibt, dass die Korruption extreme Ausmaße angenommen hat und staatliche Stellen nicht ausreichend dagegen vorgehen.

GRENZEN DER TRANSFORMATION

Eine der größten Gefahren der Krise ist, dass sie die sozialpolitischen Erfolge der zurückliegenden Jahre zunichte machen könnte. So ist es unter der Führung von Chávez gelungen, die Armut im Land um etwa 35 Prozent zu senken und die extreme Armut gar zu halbieren, während sich die Zahl der EmpfängerInnen staatlicher Renten mehr als verfünffacht hat. Durch Milliardeninvestitionen sorgt der venezola-

nische Staat darüber hinaus für günstige Lebensmittel und eine kostenlose medizinische Grundversorgung. Millionen von Menschen bekamen erstmals Zugang zum Bildungssystem. Auch die Preise für den öffentlichen Nahverkehr, für die Strom- und Wasserversorgung und fürs Telefonieren werden durch staatliche Interventionen auf verhältnismäßig niedrigem Niveau gehalten. Doch werden diese Sozialleistungen und Subventionen ganz offensichtlich zunehmend über Kredite oder die Notenpresse finanziert – und dies nicht erst seit dem Verfall der Erdölpreise Mitte 2014.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die massive Umverteilungspolitik der zurückliegenden 16 Jahre zwar erfolgreich dabei war, die materielle Not eines Großteils der Bevölkerung zurückzudrängen. Viele notwendige strukturelle Änderungen sind aber ausgeblieben, und der Staat setzt fast ausschließlich auf Einnahmen aus dem Erdölgeschäft und basiert auf einer weitgehend unveränderten kapitalistischen Rentenökonomie. Zweifellos wurden Versuche unternommen, auch andere Wirtschaftsformen zu etablieren, beispielsweise durch die starke Förderung von Kooperativen und Genossenschaftsmodellen, durch Arbeitermitbestimmung und -selbstverwaltung in staatlichen Betrieben oder durch den Aufbau von sogenannten Kommunen, die auch wirtschaftlich tätig sind. Insbesondere in den letzten Jahren hat sich aber der Eindruck verstärkt, dass eben jene Mechanismen wieder massiv wirksam sind, die an der vielgehassten «Vierten Republik» (1958–1998) zurecht kritisiert wurden: Klientelismus, Korruption oder der Ausschluss von KritikerInnen aus dem eigenen Lager, um nur einige zu nennen.

So kann man die aktuelle Krise – abgesehen von den politisch motivierten Verwerfungen – auch als eine Erschöpfung des Rentenmodells deuten, das der Chavismus ursprünglich zu überwinden angetreten war. Trotz aller Erklärungen der chavistischen Regierungen, die Wirtschaft diversifizieren zu wollen, ist Venezuela heute abhängiger vom Erdöl denn je. Das Vorhaben, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben, ist vorerst gescheitert. Heute ist die mangelnde Produktion eines der Hauptprobleme Venezuelas, und zwar auch deswegen, weil die Währungspolitik die Importe so günstig macht, dass es nationale Unternehmen und Wirtschaftszweige sehr schwer haben, mit diesen zu konkurrieren.

Chávez ist es gelungen, die neoliberale Hegemonie in Lateinamerika zu brechen, mit dem Ergebnis, dass der Staat als Garant für sozialen Ausgleich und als Gegengewicht zu den Marktkräften wieder aufgewertet und über ihn eine gerechtere Verteilung der Erdölrente durchgesetzt wurde. An der Abhängigkeit des Landes von Rohstoffexporten hat sich allerdings kaum etwas geändert, und auch die Strukturen eines von kolonialer Vergangenheit und Rentenkapitalismus geprägten Staatsapparates bestehen im Wesentlichen weiter. So scheint der Transformationsprozess in diesem Rahmen an seine Grenzen gestoßen zu sein: Weder funktioniert in Venezuela im Jahr 2015 die «geerbte» Marktwirtschaft, noch sind Ansätze zum Aufbau wirtschaftlicher Alternativen entwickelt worden, die über den Kapitalismus hinausweisen. Mit dem Tod von Chávez, der es wie kein anderer verstanden hatte, die chavistische Partei und Bewegung über viele Differenzen hinweg zu vereinen, sind die Widersprüche, die dem Transformationsprozess innewohnen, offen zutage getreten und machen immer deutlicher, dass ein «Weiter so» nicht mehr lange funktionieren wird. Eine Erneuerung des politischen Projekts des Chavismus, die so dringend benötigt wird, ist aber derzeit nicht in Sicht. Stattdessen reagiert die

Regierung Maduro auf die bedrohliche Situation und Kritik mal mit brachialer Rhetorik gegen die oppositionellen wirtschaftlichen Eliten des Landes, mal versucht sie, diese einzubinden, um eine ökonomische Erholung zu ermöglichen. Ohne die Rahmenbedingungen zu verändern, wird aber keine dieser Varianten von Erfolg gekrönt sein.

GESPALTENE OPPOSITION

Aufgrund der schwierigen Lage, in der sich die Regierung von Maduro befindet, ist ein Erfolg der Opposition bei den Parlamentswahlen Ende des Jahres so wahrscheinlich wie noch nie zuvor. Zugleich ist er alles andere als sicher. Denn es fällt auf, dass die Opposition bislang wenig politisches Kapital aus der Lage schlagen konnte. Dies ist angesichts der sehr weit verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung erstaunlich. Laut einer Umfrage vom Februar kommen alle Parteien der Opposition zusammen auf 18 Prozent, während sich trotz schlechter Umfragewerte für die Regierung noch 36 Prozent der Befragten mit der sozialistischen Regierungspartei identifizieren.⁹ Seit Anfang des Jahres hat die Opposition mehrmals zu Protesten aufgerufen. Bei keiner dieser Mobilisierungen schaffte sie es, eine nennenswerte Zahl ihrer AnhängerInnen zu mobilisieren – und das in einer Situation, in der ihre Anliegen und Forderungen medial enorm aufgebauscht wurden und sie ein weiteres Mal den Eindruck vermittelte, Venezuela befände sich endgültig auf dem Weg in eine Diktatur.

Ein wesentlicher Grund für die geringe Mobilisierungsfähigkeit der Opposition dürfte sein: Sie hat kein kohärentes politisches Projekt vorzuweisen – und zwar noch viel weniger als aktuell Nicolás Maduro und seine Partei. Wie zu Chávez' Zeiten beschränkt sich das politische Programm der in der Mesa de la Unidad Democrática (MUD) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien im Wesentlichen darauf, das Gegenteil von dem zu fordern, was die Regierung tut. Auch für die aktuelle Wirtschaftskrise präsentiert die Opposition kaum greifbare Analysen und Lösungen. Hinzu kommt eine anhaltende Spaltung in zwei Fraktionen. Die derzeit dominante von ihnen, repräsentiert durch das Trio aus Leopoldo López, María Corina Machado und Antonio Ledezma, setzt in alter Manier auf Destabilisierung und einen Sturz der Regierung, koste es, was es wolle. Der andere, gemäßigte Flügel der Opposition, dem unter anderen Henrique Capriles Radonski und der Ex-Chavist Henri Falcón zuzurechnen sind, scheint erkannt zu haben, dass der Weg des gewaltsamen Umsturzes in eine Sackgasse führt und dass es darauf ankommt, die Unzufriedenheit weiter Teile der Anhängerschaft des Chavismus auszunutzen. Allerdings schafft er es bislang nicht, sich gegen die äußerst umtriebigen Hardliner durchzusetzen.

PARLAMENTSWAHLEN ENDE 2015

Für die Parlamentswahlen Ende des Jahres ergibt sich somit ein äußerst komplexes Bild. Sehr wahrscheinlich ist eine geringe Wahlbeteiligung: einerseits weil Parlamentswahlen in Venezuela fast immer deutlich weniger WählerInnen mobilisiert haben als Präsidentschaftswahlen, andererseits aber auch wegen der erwähnten wachsenden Unzufriedenheit und Enttäuschung. Die Frage wird sein, ob die Wahlenthaltung in erster Linie zulasten des Chavismus gehen wird, wie es beispielsweise beim Verfassungsreferendum 2007¹⁰ der Fall war, oder ob auch die Opposition Schwierigkeiten haben wird, ihre AnhängerInnen an die Urnen zu bringen. Es wäre auch denkbar, dass beide Lager betroffen sein werden, weil der medial vermittelte Konflikt von vielen als Auseinandersetzung zwi-

schen politischen Eliten wahrgenommen wird, die weit von der Lebensrealität der «normalen Menschen» entfernt sind.

Vier Faktoren könnten dazu beitragen, dass der Chavismus dennoch wieder eine Mehrheit im Parlament erringen wird: 1) Die Regierungspartei PSUV ist bei aller berechtigten Kritik an ihren Strukturen eine wahre Wahlmaschine und den Oppositionsparteien in Bezug auf den Organisationsgrad deutlich überlegen. 2) Trotz aller Enttäuschung und Unzufriedenheit: Der Chavismus kann inzwischen auf eine lange Zeit der Bewegung und Organisierung zurückblicken, was ohne Zweifel auch das politische und historische Bewusstsein sehr vieler Menschen verändert hat. Eine potenzielle Rückkehr der alten Gesichter an die Macht könnte sich mobilisierend auf die chavistische Bewegung auswirken. 3) Das Wahlsystem in Venezuela bevorzugt große Parteien gegenüber kleinen und gewichtet ländliche Regionen stärker als urbane. Dadurch könnte der Chavismus eine Mehrheit im Parlament gewinnen, auch wenn die PSUV nicht die Mehrheit aller Stimmen erhält. 4) Von großer Bedeutung dürfte auch die Aufstellung der KandidatInnen der PSUV sein. Sollte diese in demokratischen Prozessen erfolgen und nicht von oben herab, dann fiel es den Menschen wahrscheinlich leichter, sich mit ihnen zu identifizieren.

Jan Kühn ist Soziologe und Historiker sowie Redakteur des Lateinamerika-Nachrichtenportals «amerika21».

Unter folgendem Link kann der kostenlose Lateinamerika-Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung abonniert werden: <http://is.gd/m6YL6N>.

¹ Vgl. Martínez, Alexandra: Kleine Proteste auf großer Leinwand, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, März 2014, unter: www.rosalux.de/publication/40296/venezuela-kleine-proteste-auf-grosser-leinwand.html. ² La variación intermensual del INPC fue de 5,3% en diciembre, Banco Central de Venezuela, 13.2.2015, unter: www.bcv.org.ve/Upload/NotasPrensa/inpcdic14.pdf. ³ Entre 7 y 8 de cada 10 venezolanos evalúa negativamente situación del país, El Tiempo, 22.2.2015, unter: <http://eltiempo.com.ve/venezuela/situacion-entre-7-y-8-de-cada-10-venezolanos-evalua-negativamente-situacion-del-pais/172622>.

⁴ Venezuela ha incautado 6000 toneladas de alimentos, El Economista, 22.2.2015, unter: <http://eleconomista.com.mx/economia-global/2015/02/22/venezuela-ha-incautado-6000-toneladas-alimentos>. ⁵ Der Devisenmarkt Simadi wurde im Februar 2015 geschaffen und soll Devisen zu Marktpreisen zur Verfügung stellen. Auch auf diesem Markt können Devisen aber nicht gänzlich frei, sondern nur mit gewissen bürokratischen Restriktionen gehandelt werden. Zudem verkauft die Regierung nur einen sehr kleinen Teil der staatlichen Devisen über diesen Mechanismus, weshalb sie ihn als «marginal» bezeichnet. ⁶ La caída de las importaciones aumenta las señales de recesión, El Universal, 8.9.2014, unter: www.eluniversal.com/economia/140908/la-caida-de-las-importaciones-aumenta-las-senales-de-recesion. ⁷ Reservas Internacionales caen a su nivel más bajo en casi 12 años, El Universal, 29.4.2015, unter: www.eluniversal.com/economia/150429/reservas-internacionales-caen-a-su-nivel-mas-bajo-en-casi-12-anos. ⁸ Venezuela condena a más de 700 personas por corrupción, Telesur, 12.12.2014, unter: www.telesurtv.net/news/Venezuela-condena-a-mas-de-700-personas-por-corrupcion-20141212-0045.html. ⁹ Opposition in Venezuela setzt auf Klima der Angst, amerika21, 24.2.2015, unter: <https://amerika21.de/2015/02/12933/umfrageergebnisse-venezuela>. ¹⁰ Ein Jahr nach einem deutlichen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen legte die Regierung von Hugo Chávez im Dezember 2007 eine umfassende Verfassungsreform zur Abstimmung vor, durch die aus ihrer Sicht der Übergang Venezuelas zum Sozialismus beschleunigt werden sollte. Beim Referendum sprach sich bei geringer Wahlbeteiligung eine knappe Mehrheit gegen das Vorhaben aus.

CHRISTOPH JÜNKE

VERGANGENHEIT, DIE NICHT VERGEHT

DIE DEUTSCHE LINKE UND DER LANGE SCHATTEN DES STALINISMUS

Der Stalinismus war und ist zuallererst eine historische Erscheinung und bezeichnet die Ära der Herrschaft Stalins in der Sowjetunion. Die Verbrechen dieses historischen Stalinismus sind im sozialistischen Namen geschehen und wurden jahrzehntelang von vielen Linken gerechtfertigt. Sie waren, sind und bleiben jedoch Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die sozialistische Idee. Und es bleibt deswegen eine moralische Pflicht der Linken, diese Vergangenheit aufzuarbeiten und den Opfern und Oppositionellen des historischen Stalinismus ein ehrendes Gedenken zu geben.¹

Stalinismus bezeichnet allerdings mehr als dieses historisch spezifische Gesellschaftssystem, denn das von Stalin mit Gewalt und Tücke begründete Gesellschaftssystem hat seinen Schöpfer nicht nur um Jahrzehnte überlebt, sondern ist auch in anderen historischen und geografischen Kontexten angewandt worden (in Asien wie in Europa, in Afrika wie in Lateinamerika) – nicht in seinen Gewaltexzessen, wohl aber in seinen gesellschaftlichen Grundlagen, Strukturen, Formen und Ideologien. Stalinismus ist vor diesem Hintergrund nicht nur eine historische Erscheinung, sondern auch und nicht zuletzt eine politische Theorie und Praxis, eine spezifische Art des politischen Denkens und Handelns, die sich als solche sogar von der Person Stalins und vom sowjetrussischen Beispiel vollkommen abzulösen vermag. Nichtsdestotrotz fühlen sich auch linke Menschen mit einer gewissen Logik immer wieder genötigt, den historischen, sowjetrussischen Stalinismus zu beschönigen, zu verteidigen und zu legitimieren. Und genau diese Apologie hat heute wieder Konjunktur in linken Subkulturen, Organisationen und Zeitschriften, wie ich im Folgenden an zwei herausragenden Beispielen, an zwei intellektuellen Vordenkern der deutschen Linken, aufzeigen möchte.

DIE NEUEN APOLOGETEN

Der erste hier zu nennende Autor ist der italienische Altphilologe und kommunistische Historiker Luciano Canfora, dessen Buch «Eine kurze Geschichte der Demokratie» vor nun fast zehn Jahren erschien (und seitdem mehrere Auflagen erlebt hat), eine umfassende Debatte in der deutschen Presse auslöste und bei der deutschen Linken überwiegend Zustimmung und Beifall gefunden hat.² Treffend zeigt Canfora auf, dass die Geschichte der Demokratie nicht so sauber zu

trennen ist von undemokratischen Tendenzen, wie ihre VerfechterInnen gern glauben machen wollen. Schon immer, so seine an sich nicht neue These, wurde dem welthistorischen Siegeszug der Demokratie eine gehörige Portion Oligarchie beigemischt. Canfora schreibt deswegen die Geschichte der Demokratie vor allem als Geschichte einer Ideologie, als Geschichte eines falschen Bewusstseins und eines Manipulationszusammenhangs. Demokratie ist ihm weniger die (wie auch immer widersprüchliche) institutionelle Fassung eines Kampfes von Klassen und Schichten. Vielmehr ist sie ihm zuallererst und letzten Endes ein formales Mittel der oligarchisch Herrschenden, die nachdrängenden Klassen irrezuführen. Die Demokratie war aber niemals nur die Geschichte ihrer Instrumentalisierung von oben. Sie war immer auch und vor allem eine Geschichte des Aufbegehrens von unten, eine Verschwörung der Gleichen, wie Gracchus Babeuf einmal sagte. Demokratie war immer auch und vor allem eine Geschichte der gegen die herrschenden und regierenden Eliten gerichteten demokratischen Bedürfnisse, Forderungen und Bewegungen, in denen es gleichermaßen um Inhalte wie Formen ging. Für Canfora ist Demokratie hingegen keine Verschwörung der Gleichen, sondern eine Verschwörung der herrschenden Eliten. In seinem Buch findet sich die Demokratie als machtvolleres Mittel der Emanzipation nicht. Wir finden bei ihm auch keine Verteidigung demokratischer Werte, demokratischer Bedürfnisse und demokratischer Formen. Für ihn sind Freiheit und Demokratie, so wörtlich, «absolute und letzten Endes hohle Worthülsen»³ – heute ebenso wie früher von nur geringem Wert für Linke.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass Canfora von der Demokratie keinen, oder besser: nur einen sehr eingeschränkten Begriff besitzt. Sein Demokratieverständnis steht

zwar in der hehren Tradition der klassisch sozialistischen Arbeiterbewegung, die die Demokratie nicht wie das liberale Bürgertum *konstitutionell* versteht, nicht als formalen Verfassungstyp, sondern als eine soziale, eine *sozialgeschichtliche Bewegung*. Doch die Unschärfen, Spannungen und latenten Widersprüche dieser auch in meinen Augen ehrenwerten und ausgesprochen aktuellen Tradition hat Canfora weder verstanden noch aufgearbeitet. Demokratie ist nämlich beides: eine sozialgeschichtliche Bewegung ebenso wie eine konstitutionelle Form, eine jahrtausendealte Form politischer und sozialer Freiheitsbewegungen ebenso wie ein Set historisch spezifischer Rechte und Institutionen. In schlechter linker Tradition verabsolutiert dagegen Canfora die Idee einer *sozialen Demokratie*, die Idee einer Ausdehnung der Prinzipien politischer Demokratie auf die Ökonomie und das Soziale, zur prinzipiellen Absage an *demokratische Formen*, zur erziehungsdiktatorischen Herrschaft einer Minderheit, die sich um demokratische Formen nicht zu kümmern brauche.

Es ist deswegen kein Zufall, dass der ganze zweite Teil des Buches, in dem es um das 20. Jahrhundert geht, eine einzige große Apologie des historischen Stalinismus ist. Weil sich für ihn die alte Idee einer sozialen Demokratie im einstmals real existierenden Sozialismus verkörpert, ist Canfora gleichsam gezwungen, das gesamte Programm stalinistischer Logik und Argumente, die ganzen stalinistischen Mythen, Vorurteile und Verleumdungen nachzubeten. Für buchstäblich jede historische Wendung von Stalins politischem Zickzackkurs der 1920er, 1930er, 1940er und 1950er Jahre findet er politische und geschichtsphilosophische Rechtfertigungen. Und alle diese Rechtfertigungsargumente sind weder neu noch originell.

Nicht nur die alte humanistisch-sozialistische Idee einer allseitigen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit wird so zu einem belächelten idealistischen Anspruch. Selbst Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden auf diesem Wege gerechtfertigt – denn ist es nicht so, fragen PhilostalinistInnen wie Luciano Canfora gern, dass sich auch die bürgerlichen Revolutionen als Wegbereiter historischer Emanzipation solcher Mittel bedient haben? Mit dieser fragenden Argumentation sind wir beim zweiten Vordenker des zeitgenössischen Neostalinismus, bei dem italienischen Philosophen und Historiker Domenico Losurdo, der in seinen Arbeiten bürgerliche und sozialistische Revolutionsprozesse nicht nur vergleicht, sondern diese, in politischer Absicht, geradezu in eins setzt.

Bereits im Jahre 2000 veröffentlichte Losurdo ein kleines Pamphlet über «die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass»,⁴ in welchem er die Verbrechen des einstmals real existierenden Sozialismus und vor allem Stalins mit denen von Churchill und Roosevelt vergleicht – *und vergleichen heißt bei ihm: entschulden!* In seiner zynischen Erbsenzählerei, wer denn wohl mehr Leute umgebracht habe, geht Losurdo sogar so weit, zu fragen, ob nicht die Verbrechen von Bill Clinton schlimmer gewesen seien als die von Joseph Stalin. Wörtlich behauptet Losurdo, dass der Stalinismus «mit allen seinen Schrecken» ein Kapitel jenes Emanzipationsprozesses gewesen sei, der das «Dritte Reich» besiegt habe.⁵

Durchaus freimütig gibt Losurdo zu, dass es im Lande der Oktoberrevolution und in der kommunistischen Weltbewegung Diktatur, Terror und Verbrechen gegeben hat. Doch für ihn war jedes einzelne dieser Verbrechen ein integraler und zu rechtfertigender Teil dessen, was er und andere den Drit-

ten Weltkrieg nennen – nach dem Motto: Was getan wurde, musste getan werden! Diese ganze Logik ist dermaßen hohl, dass man sie mit einer einfachen Frage aushebeln kann: Warum eigentlich sollen sich die Menschen für einen Sozialismus engagieren, der ihnen das Gleiche bringt wie das, was sie schon kennen?

Auch Losurdos neuestes Buch, ein Buch ausgerechnet über Stalin, ist kein wirklich historisches Werk.⁶ Es ist ein ebenso wirres wie stalinistisches Amalgam, das willkürlich und verzerrend argumentiert und (fast) ohne jede Methodik auskommt. Auch hier bedient er sich wesentlich des Vergleichs. Doch zwei Dinge zu vergleichen, heißt für den vermeintlichen Antitotalitaristen Losurdo, zwei Dinge einander gleich zu machen, um schließlich zu behaupten, dass man, wenn eh alles gleich ist, auch für Stalin und den Stalinismus sein dürfe.

Wie Canfora reproduziert auch Losurdo in seinen Schriften das gesamte Arsenal stalinistischer Mythen und Lügen. Auch für ihn sind der liberale Parteibürokrat Nikita Chruschtschow und der linke Oppositionelle Leo Trotzki ebenso eins wie der konservative Politiker Winston Churchill und der marxistische Historiker Isaac Deutscher. Der konservative Kongress für kulturelle Freiheit ist für Losurdo das Gleiche wie die linken Radikalen der POUM im Spanischen Bürgerkrieg – sie alle sind für Losurdo gleichermaßen antisozialistische KritikerInnen eines sozialistischen Regimes, das geschichtsphilosophisch gerechtfertigt ist im weltweiten Kampf gegen die Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft. Von der stalinistischen Verfolgung der linken und der rechten Opposition bis zum Kampf gegen die «Kulaken», von den großen Schauprozessen über den Hitler-Stalin-Pakt bis zum stalinistischen Antisemitismus, von der chinesischen Kulturrevolution bis zu Pol Pot – in *allen* diesen Fällen sind explizit nicht die Täter für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen, schuld seien vielmehr der westliche Liberalismus und seine vermeintlich trojanischen Pferde auf der Linken. Alle Verbrechen der stalinistischen Linken waren und sind, Losurdo zufolge, die notwendige Konsequenz des Ausnahmezustandes eines Weltbürgerkriegs zweier vermeintlich antagonistischer Lager.

Was wir hier bei Losurdo lesen, hat mit dem Geiste von Karl Marx recht wenig zu tun, mit dem Geiste von Carl Schmitt dagegen umso mehr – allerdings auch dies auf einem intellektuell ausgesprochen anspruchslosen Niveau. Losurdos Stalin-Buch ist wissenschaftlich ein Witz, intellektuell erschütternd schmalbrüstig, politisch ein Skandal und moralisch eine Zumutung. In Deutschland jedoch wird es von einem undogmatisch linken Verlag wie dem PapyRossa-Verlag (in großen Auflagen) verlegt und massiv beworben, ohne dass die deutsche Linke aufschreit. Publizistische Lorbeeren erntete es nicht nur in der *Jungen Welt*, den *Marxistischen Blättern*, in *Unsere Zeit (UZ)* und anderen einschlägigen Zeitschriften, sondern auch in der *Zeitschrift für marxistische Erneuerung* und sogar im *Neuen Deutschland*, das eine ganzseitige zustimmende Besprechung veröffentlichte – während sich kritische Stimmen nur in wenigen linken «Ghetto»-Zeitschriften wie *analyse & kritik (ak)*, der *Sozialistischen Zeitschrift (SoZ)* oder dem *telegraph* finden.

Die Arbeiten von Canfora und Losurdo stehen hier nur als herausragende Beispiele für das, was ich den Philo- und Neostalinismus nenne – es ließen sich viele weitere nennen, namhafte wie weniger namhafte. Und doch ragen die beiden heraus, gerade aufgrund der breiten Zustimmung, die sie auf der deutschen Linken erfahren haben, gerade aufgrund ih-

rer Rolle als intellektuelle Vordenker. Beide sind sozusagen linke Bestseller-Autoren geworden – verlegt und beworben von führenden linken Verlagen und positiv zitiert von diversen ernstzunehmenden Linken. Was noch Anfang und Mitte der 1990er Jahre ein kleines überschaubares Restmilieu «Ewiggestriger» gewesen ist, ist heute, 20 Jahre später, aus der ostdeutschen «Schmuddel-Ecke» herausgekommen und wieder übergreifend hoffähig geworden.

Gerade weil der Stalinismus mehr war und ist als nur eine bestimmte historische Erscheinung, gerade weil er auch und nicht zuletzt eine politische Theorie und Praxis, eine bestimmte Form des politischen Denkens und Handelns war und ist, lebt stalinistisches Denken in philostalinistischen Apologien wie denen von Canfora, Losurdo und anderen nicht nur fort, sondern wird von ihnen auch immer wieder neu formiert. Noch verkörpert sich dieser Philo- und Neostalinismus allerdings nicht in einer identifizierbaren politisch-organisatorischen Strömung, noch ist er vor allem eine politisch-intellektuelle Strömung. Doch gilt für die noch immer, was der antistalinistische britische Historiker Edward P. Thompson Ende der 1970er Jahre formulierte: «Historiker sollten wissen, dass Spinnereien, wenn man sie toleriert – und sogar hofiert und hegt –, erstaunliche Wirksamkeit und Langlebigkeit entwickeln können. (Schließlich ist für jeden rationalen Geist der größte Teil der Ideengeschichte eine Geschichte von Spinnereien.)»⁷

IHR GESELLSCHAFTLICHER HUMUS

Auch wenn es noch keine identifizierbare politisch-organisatorische Strömung des Neostalinismus gibt, so lassen sich politische Bezüge bereits herstellen, denn politisch übersetzt wird solch philostalinistisches Denken, wenn sich Linke innerhalb wie außerhalb der Partei DIE LINKE gesamtgesellschaftliche Emanzipationsprozesse nicht ohne «sozialistische» Geheimdienste und Mauer, nicht ohne «sozialistische» Armee, autoritäre Staatsmänner und internationalen Lagerkampf vorstellen mögen und können und mit Vorliebe gegen vermeintlich «bürgerlich-antikommunistische» StalinismuskritikerInnen auf der Linken wettern. Nicht der Philo- und Neostalinismus hat es heute schwer auf der deutschen Linken, sondern der Antistalinismus. Und dieses Phänomen erheischt eine materialistische Erklärung. Warum eigentlich, materialistisch gefragt, will diese Vergangenheit nicht vergehen? Warum wirft der historische Stalinismus auch weiterhin einen deutlichen Schatten auf die deutsche Linke?

Ein Teil der Antwort findet sich sicherlich in dem üblichen Hinweis, dass es sich bei dem Philostalinismus um eine Altlast der Vergangenheit, bei seinen VertreterInnen um «Ewiggestrige» handele. In der Tat wirkt der historische Stalinismus nach, praktisch wie theoretisch. Man kann wesentliche Teile des gesellschaftspolitischen und sozialphilosophischen Denkens auch unserer Zeit nicht verstehen, wenn man nicht begreift, dass es in vielerlei Hinsicht, zu Recht oder zu Unrecht, eine intellektuelle Reaktion auf die Geschichte und Ideologie des stalinistisch deformierten Kommunismus ist – das gilt nicht zuletzt für hegemoniale Ideologien wie den Postmodernismus und den Neoliberalismus. Auch in Osteuropa ist der Stalinismus mehr als nur gedanklich noch präsent. Ohne ein Verständnis einstmals «sozialistischer» Bürokratie ist der neue dortige oligarchische Kapitalismus kaum verständlich. Und das größer gewordene Deutschland ist zu einem gehörigen Maß Teil des osteuropäischen Erbes geworden – politisch, ökonomisch wie kulturell.

Woraus speist sich also philo- und neostalinistisches Denken jenseits des bloßen Fortlebens alter apologetischer Traditionen? Meines Erachtens haben wir es hier mit drei spezifisch gesellschaftspolitischen Quellen zu tun.

Philostalinistische Tendenzen speisen sich, erstens, aus dem Zustand unseres Sozialstaates. Hatte die mehr oder weniger schleichende Aushöhlung des westdeutschen Sozialstaates bereits in den 1980er Jahren begonnen, führte vor allem der schlagartige Verlust des ostdeutschen Sozialstaates zu Beginn der 1990er Jahre zu einer «Ostalgie», zu einem teilweise verklärenden Bild vom einstmals real existierenden Sozialismus, die sich im neuen Gesamtdeutschland verstetigt haben. Doch nicht nur das. Auch der hiermit zusammenhängende Zustand der real existierenden bürgerlichen Demokratie fördert den Philostalinismus auf spezifische Weise. Die allgemeine Tendenz zur inneren und äußeren Aushöhlung der Demokratie hat unter den herrschenden Bedingungen von Neoliberalismus und bewaffneter Globalisierung (dem sogenannten Krieg gegen den Terror) ein neues Niveau erreicht und provoziert bei nennenswerten Teilen der Bevölkerung seit vielen Jahren eine Form der «Abscheu vor der Demokratie». Stalinistisches Denken ist als eine Form des linken antidemokratischen Denkens und Handelns *eine* der linken Varianten dieser «Abscheu vor der Demokratie». In Deutschland bietet sie sich gerade den frustrierten und ohnmächtigen Linken an – ob als Form der «Identitätspolitik» oder als vermeintliche «Kraft der Negation».

Philo- und neostalinistische Tendenzen spiegeln aber, dies zum Dritten, auch unabhängig hiervon die Probleme eines jeden Versuchs wider, vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen. Solange über gesellschaftliche Transformationsprozesse über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform hinaus nachgedacht, diskutiert und politisiert wird, solange wird es auch die Versuchung eines gesellschaftspolitischen Substitutionismus geben, das heißt den autoritären und erziehungsdiktatorischen Kurzschluss einer sich an die Stelle der Bevölkerungsmehrheit setzenden und solcherart verselbstständigenden Avantgarde. Und da eine sozialistische Produktionsweise zwangsläufig eine (wie auch immer durch marktwirtschaftliche Formen aufgelockerte) Planwirtschaft sein wird, stellt sich auch hier das Problem einer demokratischen Steuerung und Kontrolle dieser geplanten Gemeinwirtschaft.

Alle drei zeitgenössischen Quellen des Philo- und Neostalinismus sind miteinander verwoben, und doch analytisch zu trennen. Alle drei Quellen sind keine Altlast der Geschichte, haben nichts mit dem historischen Stalinismus zu tun, sondern wurzeln in der gesellschaftlichen Gegenwart, in der vorherrschenden Politik und der linken Opposition dazu. Der Stalinismus als ein System bestimmter Haltungen und falscher Ideen ist vor allem falsches Bewusstsein, eine Ideologie im marxistischen Sinne des Wortes also – und zwar die Ideologie einer revolutionären Elite, die sich innerhalb eines bestimmten historischen Kontextes in eine antidemokratische Bürokratie verwandelt. Diese sozialistische Bürokratie, das sollten wir nie vergessen, ist Ausdruck eines linken antidemokratischen Denkens und Handelns, das sich als unfähig und unwillig gezeigt hat, sich selbst emanzipativ zu erneuern. Und diese Gefahr einer diktatorischen Bürokratisierung sozialistischen Denkens und Handelns hat sich zwar im historischen Stalinismus auf paradigmatische Weise niedergeschlagen – man kann und darf sie jedoch nicht auf diesen historischen Stalinismus reduzieren.

KÖNNEN WIR UNWIDERRUFLICH MIT DEM STALINISMUS BRECHEN?

Vor diesem Hintergrund verstehe ich den langen Schatten des Stalinismus nicht nur als einen Schatten, der aus der Vergangenheit zu uns herüberreicht. Der lange Schatten des Stalinismus ist ebenso ein Schatten, der aus der politischen Zukunft auf uns geworfen wird – als ein Problem jeder politischen Theorie und Praxis, die auf eine Veränderung des Status quo abzielt. Wie immer wir über eine Transformation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nachdenken und wie immer wir Schritte in diese Richtung gehen wollen (beides ist dringend genug), sind wir konfrontiert mit den spezifischen Gefahren eines linken Avantgardismus, der sich nicht nur demokratisch, sondern auch elitär äußern kann. Es hat deswegen in meinen Augen etwas Kurzschlüssiges, wenn wir fordern, *unwiderruflich* mit dem Stalinismus zu brechen. Als politisch-moralischer Imperativ ist der Bruch mit dem Stalinismus vollkommen richtig. Doch auch wenn wir *wollten*, *können* wir nicht unwiderruflich mit dem Stalinismus brechen, weil uns dieser – als spezifisch despotische Form des sozialistischen Kampfes um Emanzipation – solange begleiten wird, solange wir zum Sozialismus streben, aber dort noch nicht endgültig angekommen sind. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts kann ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts nur als breiteste demokratische Selbsttätigkeit der Bevölkerung hegemonie- und mehrheitsfähig werden. Eine solch umfassende und radikale Demokratie im politischen wie im sozialen Sinne kann sich nur entwickeln, wenn der Geist solcher Selbsttätigkeit tiefe und nachhaltige Wurzeln schlägt im Denken und in den Institutionen linker Politik, in Organen einer wirklichen sozialistischen Demokratie. Erst wenn die Menschen in ihrer alltäglichen Praxis erkennen können, dass Sozialismus mehr Demokratie bedeutet als im Kapitalismus, erst dann ist der Durchbruch eines wirklich neuen Sozialismus gesichert. Das ist der einfache Sozialismus, der so schwer zu machen ist. Und das ist mit den berühmten Worten Rosa Luxemburgs gemeint – niedergeschrieben aus Anlass der sowjetrussischen Revolution –, dass die sozialistische Demokratie «nicht erst im gelobten Lande [beginnt], wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.»⁸ Als diese Sätze vor nun fast 100 Jahren geschrieben wurden, waren sie kaum mehr als eine Art Prophezeiung – allerdings eine, die sich aus der Erkenntnis proletarischer Lern- und Emanzipationsprozesse ergeben hatte. Heute kann man diese Worte als geschichtlich verifiziert betrachten. Und eine linke Diskussion, die diese Lehre nicht zieht und zurückfällt in die alten Schablonen stalinistischen Denkens, ist durch und durch regressiv.

Die linke «Abscheu vor der Demokratie» – und Philo- und NeostalinistInnen verabscheuen demokratische Werte und Prinzipien, demokratische Traditionen und Institutionen, demokratische Bewegungen und Bedürfnisse – ist deswegen nicht nur analytisch falsch, sondern auch moralisch verwerflich und politisch regressiv. Eine solche Regression fällt in gerade jene autoritäre, erziehungsdiktatorische Politikform zurück, die der Linken schon allein deshalb keinen Ausweg aus ihrer historischen Krise vermitteln kann, weil es nicht zuletzt diese autoritäre, erziehungsdiktatorische Politik gewesen ist, die sie in diese Lage gebracht hat.

Auch dieser Schoß ist also fruchtbar noch. Doch glaubwürdig neu beginnen kann die deutsche Linke nur, wenn sie die schwierige, aber notwendige Dialektik von Demokratie und Sozialismus erneuert und sich den Schlüssel zur politisch-intellektuellen Erneuerung nicht aus der Hand nehmen lässt. Die in den philo- und neostalinistischen Strömungen zutage tretende «Abscheu vor der Demokratie» ist hierbei nicht nur ein falscher Weg, sondern eine politisch gefährliche Sackgasse in den Neuformierungsdiskussionen der Linken. Denn die Halbheiten der bürgerlichen politischen Emanzipation überwindet man nicht mit den Halbheiten realsozialistischer Emanzipation.

In leichter Abwandlung eines Zitates von Michael Brie⁹ ließe sich sagen: Die Geschichte des Stalinismus ist Geist vom Geiste, Fleisch vom Fleische der europäischen Linken wie der Arbeiterbewegung! Viele Linke haben dies in den vergangenen Jahrzehnten als Begründung für ihren Abschied von der sozialistischen Idee benutzt. Es waren aber immer auch und nicht zuletzt sozialistische Linke und MarxistInnen, die am nachhaltigsten und vehementesten sowohl zum theoretischen als auch zum praktischen Antistalinismus beigetragen haben. Und diese Aufgabe ist noch nicht vorbei. Es drängt und lohnt deswegen, sich des Stalinismus-Themas auch weiterhin anzunehmen. Wir haben also noch viel zu tun – packen wir es an!

Christoph Jünke arbeitet als Historiker an der Fern-Universität Hagen. Er gehört dem Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung an und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der nordrhein-westfälischen Landesstiftung.

¹ Der vorliegende Text ist die schriftliche Fassung eines Vortrags, den der Autor auf der Begleitveranstaltung zur Ausstellung «Ich kam als Gast in euer Land gereist ...». Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933–1956 am 1. März 2015 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg in Stuttgart gehalten hat. ² Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln 2006. Für eine ausführliche Kritik vgl. Jünke, Christoph: Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus und Demokratie gestern und heute, Köln 2007, Kapitel 8 («Luciano Canforas Demokratieverständnis»), S. 151–180. ³ Canfora: Kurze Geschichte, S. 331. ⁴ Losurdo, Domenico: Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass, Essen 2000. Für eine ausführliche Kritik vgl. Jünke, Christoph: Auf zum letzten Gefecht? Zur Kritik an Domenico Losurdos Neostalinismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 118 (August 2000), S. 778–785 (in leicht überarbeiteter Form auch in: Jünke: Der lange Schatten des Stalinismus, Kapitel 6). ⁵ Losurdo: Flucht, S. 30. ⁶ Losurdo, Domenico: Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende, Köln 2012. Ausführlich kritisiert habe ich Losurdos Stalin-Buch in: Zurück zu Stalin!? Domenico Losurdos Feldzug gegen die Entstalinisierung, in: Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis, Heft 4–2, Dezember 2014, S. 57–73. ⁷ Thompson, Edward P.: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt a.M./New York 1980, S. 41. ⁸ Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1987, S. 363. ⁹ Brie, Michael: Der Bruch mit dem Leninismus als System. Sozialismus und Demokratie – Eine historische Tragödie, Vortrag, gehalten in Leipzig am 20. April 2013, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013.

THOMAS KACHEL

NOCH IST EIN MORATORIUM MÖGLICH

**DROHNENKRIEGE: FRIEDENSBEWEGTE MÜSSEN EIN SIGNAL GEGEN
DIE MILITÄRISCHE NUTZUNG DER TECHNOLOGIE SETZEN**

Die jüngsten Verlautbarungen aus dem Verteidigungsministerium, Vorverträge für den Bau einer europäischen Kampfdrohne abzuschließen und bis dahin als Zwischenlösung Drohnen mit «gelenkter Munition» anschaffen zu wollen, lassen aufhorchen. Seit Jahren wird der Einstieg der deutschen Bundeswehr in die Drohnenkriegsführung vorbereitet. Der bisherige Verlauf der öffentlichen Debatte zeigt jedoch: Noch ist in der Bundesrepublik ein Moratorium für bewaffnungsfähige Drohnen erreichbar. DrohnengegnerInnen und Friedensbewegung müssen diese Chance nutzen, um klar Position zu beziehen und ein Signal zu setzen für Abrüstung und einen Ausstieg aus der militärischen Nutzung der Drohnentechnologie. Lediglich die zunehmende sogenannte Autonomisierung von Drohnen abzulehnen, das heißt die Ablösung menschlicher Steuerung durch computergestützte Assistenzsysteme, geht am Problem vorbei.¹

Das Bundesverteidigungsministerium, die Führung der Bundeswehr und ihr Umkreis (namentlich der Bundeswehrbeauftragte und der Bundeswehrverband) sprechen sich seit geraumer Zeit vehement für die Anschaffung bewaffnungsfähiger MALE-Drohnen (MALE = Medium Altitude Long Endurance) aus. Ein Titel für die Beschaffung ist im Bundeshaushalt bereits eingestellt, in der derzeit gültigen Konzeption der Bundeswehr ist die Anschaffung von insgesamt 16 MALE-Drohnen als Ziel definiert. Als Hauptargument muss der Einsatz in einer hypothetischen Bedrohungssituation für deutsche Soldaten, zum Beispiel auf Patrouille, herhalten. Sowohl in regierungsnahen Papieren als auch in den Szenarien, die die Bundeswehrführung selbst entwirft, geht man zunächst vom Einsatz der Waffenplattformen in einem *asymmetrischen Konflikt* aus, das heißt also in jedem Fall von einem Auslandseinsatz in einem Land des Südens.² Vorausgesetzt ist in diesen Szenarien, dass eine nennenswerte Luftverteidigung im Einsatzgebiet nicht existiert und es eine totale Lufthoheit der intervenierenden (deutschen) Kräfte gibt.

In vielen Publikationen, zum Beispiel in dem Papier «Kampfdrohnen. Völkerrecht und militärischer Nutzen» (2013) von Wolfgang Richter (Stiftung Wissenschaft und Politik), wird die Instrumentalität dieser Waffen für eine neokoloniale Kriegsführung durch die Bundeswehr vorgedacht. Angesichts einer großen rechtlichen Grauzone, die vor allem durch die Rechtsbrüche der USA sichtbar geworden ist, steht zu fürchten, dass in Zukunft auch bei der Bundeswehr nicht die Einschätzung der Rechtmäßigkeit im Geiste des

Völkerrechts, sondern die «Erfordernisse vor Ort» ausschlaggebend für den Einsatz werden könnten.³ Die Kampfdrohnen befürwortenden Sachverständigen konnten in einer Anhörung des Verteidigungsausschusses des Bundestages im Juni vergangenen Jahres diese Befürchtung jedenfalls nicht entkräften.

Völlig ausgeblendet werden vonseiten des Ministeriums und der Bundeswehrführung aber die Gefahren, die sich aus den Einsatzszenarien von Kampfdrohnen in einer *symmetrischen militärischen Auseinandersetzung* ergeben, das heißt zwischen ungefähr gleichrangigen militärischen Gegnern. Die meisten Äußerungen dazu erschöpfen sich in dem Verweis auf die Absichten anderer Staaten, ebenfalls bewaffnungsfähige Drohnen zu planen, zu projektieren oder anzuschaffen.⁴ Im Gegensatz zu einer vergleichbaren Vielzahl von wissenschaftlichen Publikationen⁵ hat noch keine Bundeswehr- oder bundeswehurnahe Publikation eine kohärente Stellungnahme zu den Risiken eines globalen Drohnenwettrennens formuliert. Dass diese Entwicklung in irgendeiner Weise durch transnationales politisches Handeln beeinflusst werden könnte, ist ebenfalls nicht Gegenstand der Reflexion. Die sachverständigen Drohnenbefürworter in der Anhörung des Verteidigungsausschusses jedenfalls schwiegen zu diesem Thema.

Beide Hauptaspekte der Bewaffnungsfrage wurden (und werden) aber in der deutschen Öffentlichkeit, sogar in regierungsfreundlichen Medien sehr klar herausgestellt und kritisch diskutiert. Auch deshalb ging das Bundesverteidi-

gungsministerium mit dem Versprechen hausieren, man werde über die Beschaffung von Kampfdrohnen eine «breite und umfassende Debatte» führen.⁶ Ins Zentrum dieser Debatte, wenn man sie denn ernsthaft und mit möglichst vielen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren führen will, gehört allerdings angesichts der Risiken der symmetrischen militärischen Einsatzszenarien von bewaffneten Drohnen die Frage von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Frage ist, ob in der Bundesrepublik der politische Wille existiert, einen internationalen Prozess zur Begrenzung und Abrüstung der militärischen Drohnentechnologie einzuleiten und mit welchen Schritten ein solcher Prozess wirksam vorangebracht werden kann.

PARTEIPOLITISCHE POSITIONIERUNGEN

Die eifrigsten BefürworterInnen bewaffneter Kampfdrohnen finden sich, was wenig überraschend ist, in der CDU. Inzwischen sprechen sich alle entscheidenden UnionspolitikerInnen klar für die Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen aus, obwohl die Partei noch im Bundestagswahlkampf 2013 vor einer expliziten Erwähnung dieses Plans in ihrem Programm zurückschreckte. Die SPD verhielt sich lange überhaupt nicht zu diesem Problem. Die Partei weigerte sich, den von Friedens- und Bürgerrechtsgruppen initiierten Appell «Keine Kampfdrohnen!»⁷ zu unterschreiben, der die Bundesregierung dazu auffordert, auf Kampfdrohnen zu verzichten und sich für ihre internationale Ächtung einzusetzen. Im Vorfeld der Bundestagswahl vor zwei Jahren kam es dann zu mehreren interessanten Rochaden führender Sicherheits- und AußenpolitikerInnen der Partei. Beschloss der SPD-Bundesvorstand zunächst, dass es aus Sicht der Partei «keine Notwendigkeit» für die Beschaffung von bewaffneten Drohnen gebe, so las sich das im SPD-Bundestagswahlprogramm dann «eindeutig zweideutig»: «Kampfdrohnen sollen nicht überstürzt beschafft werden.» Die ausgehandelte Formulierung im Koalitionsvertrag, vor einer Beschaffung «alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig [zu] prüfen», wurde von SPD-nahen Medien als ein Sieg des kleinen Koalitionspartners gefeiert: Die Anschaffung wäre «in dieser Legislaturperiode vom Tisch», wurde suggeriert.⁸ Tatsächlich öffnete diese Formulierung Tür und Tor für die jetzt geplante Beschaffung von Drohnen. Immerhin gelang es der SPD, die Bundesregierung auf die «Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregimes» festzulegen. Allerdings versteht die SPD dies primär nur als den Versuch der Eindämmung der fortschreitenden Autonomisierung.⁹

Die Grünen verhielten sich von Anfang an offen kritisch zu den Plänen zur Kampfdrohnenbeschaffung. Dementsprechend unterschrieb die Partei auch den Appell «Keine Kampfdrohnen!». Unisono haben sich die Sicherheits- und AußenpolitikerInnen der Grünen bisher gegen die Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen ausgesprochen. Seltener ist jedoch, dass die VertreterInnen der Partei im Verteidigungsausschuss gegen den Antrag der LINKEN stimmten, den Posten für die Beschaffung der bewaffnungsfähigen MALE-Drohnen im Haushalt 2014 zu streichen. Formal wird die Bemühung um eine Verbotskonvention für Kampfdrohnen zwar unterstützt, anscheinend hält man jedoch nur ein gegen die Autonomisierung militärischer Drohnen gerichtetes internationales Übereinkommen für realistisch.¹⁰ Wie bei vielen sozialdemokratischen Abgeordneten liegt wohl die

Einschätzung vor, die technologischen Entwicklungen seien schon zu weit fortgeschritten, als dass man die Bewaffnung selbst noch aufhalten könne. Daraus leitet man die neue Zielsetzung ab, dass wenigstens die Entscheidungsgewalt über den Einsatz von Waffen in den Händen von Menschen verbleiben muss. Der gemeinsame Nenner der Positionen dieser drei Fraktionen ist mithin, dass eine «extralegale» Anwendung bewaffneter unbemannter Systeme nicht stattfinden darf und dass eine internationale Anstrengung zur Ächtung vollautomatisierter beziehungsweise autonomisierter Drohnen und anderer robotischer Waffensysteme auf den Weg gebracht werden soll, um die menschliche Entscheidungskompetenz beim Waffeneinsatz zu erhalten. Nur DIE LINKE hielt in ihrem Wahlprogramm und in der politischen Außenkommunikation an dem konkreten abrüstungspolitischen Ziel fest: ein Verzicht der deutschen Bundeswehr auf bewaffnungsfähige Drohnen. Darüber hinaus fordert sie eine politische Initiative zum Zweck des Verbots *aller* bewaffneten Drohnen. Im Wahlprogramm heißt es hierzu eindeutig: «Die LINKE setzt sich dafür ein, alle unbemannten Kampfsysteme [...] im Rahmen einer internationalen Konvention [...] zu ächten.»¹¹

PROLIFERATION, WETTRÜSTEN, AUTONOMISIERUNG

Viele WissenschaftlerInnen verweisen seit Jahren darauf, dass Drohnen- und andere Robotiktechnologien die globale Sicherheitslage und die Militärstrategien grundlegend verändern werden. Eine Reihe von Expertisen weist insbesondere auf den zentralen Zusammenhang zwischen Bewaffnung und Autonomisierung unbemannter Systeme hin. Es gibt im Wesentlichen drei Gründe, warum nur ein grundsätzliches Verbot der Bewaffnung dieser Systeme wirksam sein kann.

1. Die Bewaffnung ist ursächlich verantwortlich für die Autonomisierung von unbemannten Systemen.

Die immer weiter fortschreitende Proliferation der Drohnentechnologie bedingt, dass unbemannte Systeme in militärischen Auseinandersetzungen zwischen ungefähr gleichwertigen Gegnern (im sogenannten symmetrischen Szenario) *gegeneinander* eingesetzt werden können, wenn sie bewaffnet werden.¹² Unbemannte Plattformen werden dann nicht nur mit Luft-Boden-Wirkmitteln, sondern vor allem mit Waffen zur gegenseitigen Vernichtung ausgestattet. Ab diesem Zeitpunkt zwingt die Möglichkeit der Ausrüstung des jeweiligen gegnerischen Waffensystems mit einem autonomen Entscheidungsmechanismus auch die «eigenen» Waffensysteme bei Strafe der Vernichtung, längere menschliche Entscheidungsprozesse – und auch ihre Übertragung – durch autonomisierte Entscheidungsprozesse an Bord zu ersetzen.¹³ Nach Angaben des Pentagon wollen die US-Militärs in den nächsten 15 Jahren eine Autonomie für ihre bewaffneten unbemannten Systeme erreichen.¹⁴ Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich unter dem derzeit herrschenden sicherheitspolitischen Paradigma die Autonomie nicht durchsetzen lassen würde: Das Risiko, in den dann führbaren Luftkämpfen innerhalb von «Sekundenbruchteilen» eine vernichtende Niederlage zu erleiden, weil die eigenen Waffen zu langsam sind, wäre zu groß.

Für Niklas Schörnig von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ist die Bewaffnung ein «erster Schritt auf einer schiefen Ebene, der ohne politisches Gegensteuern fast zwangsläufig zu tödlichen autonomen Waffensystemen» führen muss. Er hält Versprechungen wie «es sol-

le trotz der absehbaren technologischen Entwicklungen immer einen Menschen «in» oder zumindest «auf» der Entscheidungsschleife [für den Waffeneinsatz] geben» für fragwürdig.¹⁵ Marcel Dickow von der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik vertritt eine ähnliche Position und verweist auf schon jetzt praktizierte Vorselektierungen von Entscheidungsoptionen durch Computer, die von den bedienenden Soldaten nicht mehr zu beeinflussen sind. Er zog in der Anhörung des Verteidigungsausschusses des Bundestages letzten Jahres den Schluss: «Weil sich [...] der Trend zur Autonomisierung nicht stoppen lassen wird, ist von einer Bewaffnung [von unbemannten Systemen] abzusehen.»¹⁶

2. Die Umsetzung eines Autonomisierungsverbots ist nicht zu kontrollieren.

Die Grundlage aller funktionierenden Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist ein angemessenes Verifikationssystem. Wie die Einhaltung eines (völkerrechtlich verankerten oder multilateralen) Autonomieverbots in unbemannten Systemen kontrolliert werden könnte, ist weitgehend unklar. Es gibt Vorschläge, wie zum Beispiel das Verbot bestimmter Software oder die Designation von speziellen militärischen Gebieten zu «Kill-Boxes», aber auch große Skepsis hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit.¹⁷ Zweifel bestehen auch an der Praktikabilität eines Kontrollsystems auf der Ebene der elektronischen Steuerung.¹⁸ Die Frage ist: Was soll überhaupt wo kontrolliert werden? Schon der Aufwand der ständig zu aktualisierenden informationstechnischen Expertise mit der Festlegung immer neuer Schnittstellen und der gleichzeitig zu gewährleistende Schutz militärischer Geheimnisse würden aller Wahrscheinlichkeit nach für eine Situation sorgen, in der alle Vertragsparteien das Verifikationsregime als zu schwerfällig betrachten würden.¹⁹ Außerdem weisen Experten darauf hin, dass das Verifikationsregime zur Kontrolle von Bewaffnungen an unbemannten Systemen «in Potenzen einfacher und wirkungsvoller» funktioniert als eine Kontrolle des Nichtvorhandenseins von autonomen elektronischen Entscheidungsstrukturen. Denn bei Ersterem kann die Kontrolle an klar verifizierbaren und einfach zu inspizierenden Teilen des Flugzeugs erfolgen: «Inspektoren könnten überprüfen, ob es am Rumpf oder an den Flügeln eines unbemannten Luftfahrzeugs Bombenschächte oder andere harte Komponenten gibt.»²⁰

3. Die industriepolitischen Interessen werden den militärischen Möglichkeiten folgen und selbst weitere schaffen.

Schon jetzt hat die Drohnentechnologie einen zunehmenden Anteil am Rüstungsgeschäft in der Bundesrepublik und in Europa. Airbus Defence und Rheinmetall Electronics wurden mit Aufträgen in Milliarden- beziehungsweise dreistelliger Millionenhöhe bedacht und haben in diesem Feld klare Eigeninteressen entwickelt. Eine Reihe von US-Wissenschaftlern hat diesbezüglich bereits auf die Problematik der engen Verknüpfung von Militär- und Wirtschaftsinteressen hingewiesen.²¹ Das Projekt Euro Hawk zeigt zudem, wie über diese Interessenverflechtungen die entsprechenden Unternehmen massiv an staatliche Investitionen gebunden werden, anstatt Anreize für eine Umorientierung der Rüstungsbranche in Richtung Produktion ziviler Güter zu setzen. Angesichts der enormen Summen, die derzeit für das neue europäische Drohnenprojekt veranschlagt werden, wird man wieder infrastrukturelle und finanzielle Verpflichtungen

eingehen, die Politik und Rüstungsindustrie bei der Fortentwicklung dieser zweifelhaften Technologie geradezu zum «Erfolg» verdammen.²² Einschränkungen, die den eigenen wirtschaftlichen Erfolg in Milliardenhöhe gefährden könnten, dürften hier auf wenig Zustimmung stoßen. Vielmehr sehen die Bundesregierung und die EU-Kommission hier einen vielversprechenden neuen Markt, in dem es sich zu platzieren gilt, warnt Christoph Marischka, Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung. Für ihn steht fest: «Wirksamer als eine nachholende Ächtung fataler technischer Entwicklungen wäre deren Entschleunigung durch Drosselung der Nachfrage und eine entschiedene Absage an unbemannte Systeme im militärischen Bereich und demjenigen der zivilen Sicherheit.»²³

NORMSETZUNG JETZT – DEN DRUCK FÜR EIN UNBEGRENZTES MORATORIUM NUTZEN

Während in der Öffentlichkeit das Unbehagen am Drohnenkrieg und der wachsenden Zahl von unschuldigen Opfern wächst, hat sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in der Drohnenfrage als geschickte Taktikerin erwiesen. Zum einen ist sie offensichtlich darum bemüht, die von ihr selbst eingeforderte «breite Debatte» über die Ausstattung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen als abgeschlossen zu erklären. Ihr Hauptargument: Nach wie vor sei es ein Mensch, der darüber entscheide, ob eine Waffe genutzt werde oder nicht. Sie versprach darüber hinaus, dass sich die Bundesregierung «international für eine Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen» werde.²⁴ Beides wird einer verantwortungsvollen Abrüstungspolitik aber nicht gerecht.

Die Hoffnung vieler SicherheitsexpertInnen und -politikerInnen, dass es eines fernen Tages gelingen könnte, die miteinander wettrüstenden Armeen und Rüstungskomplexe an einer der Öffentlichkeit schwierig zu vermittelnden, technisch willkürlich gezogenen Autonomisierungsschwelle aufzuhalten, ist eine Illusion. Der politische Druck, der in der Weltöffentlichkeit heute existiert, richtet sich gegen Kampfdrohnen als brutale Waffensysteme an sich, und diesen Druck gilt es auch 2015 zu nutzen. In diesem Sinne ist der neu gestartete Prozess zum Verbot autonomer bewaffneter Roboter (Laser Weapon Systems) unter der UN-Waffenkonvention (CCW) zu begrüßen. Dessen Ziele sind aber nicht weit genug gesetzt.²⁵ Obendrein ist der Prozess auf der Ebene der Genfer Konventionen angesiedelt, aber aufgrund der vermuteten Wirkung der Waffen auf Menschen und der ethischen Implikationen ist ihr Verbot bereits auf der Grundlage des bestehenden humanitären Völkerrechts geboten. Ein Übereinkommen zur radikalen Rüstungsbegrenzung dieser Waffen ist per se eine eminent ethische Aufgabe – wenn man sich zum Beispiel die Gefahr eines Krieges vergegenwärtigt, der durch einen technischen Interpretationsfehler ausgelöst werden kann.²⁶

Die zentrale politische Forderung im Jahr 2015 muss daher lauten: Normsetzung jetzt. Die Bundesregierung muss dazu gebracht werden, ein unbegrenztes Moratorium hinsichtlich der Anschaffung bewaffneter Drohnen zu erklären und damit auf diese Waffensysteme dauerhaft zu verzichten. Dies wäre ein wirkmächtiges Signal für alle (vor allem für andere europäische) Staaten, die ebenfalls eine Beschaffung von Kampfdrohnen in Erwägung ziehen. Das Argument, der entsprechende Druck sei angesichts der offensichtlichen Unwilligkeit der USA, einem Ächtungsübereinkommen zu-

zustimmen, nicht aufzubauen, ist nicht überzeugend. So verzichten etwa Länder wie Deutschland unter dem geltenden Atomwaffensperrvertrag aus politisch-normativen Gründen freiwillig auf ein Waffensystem, über das andere Staaten verfügen. Und wie man darüber hinaus aktuell am Beispiel der Landminenkonvention sehen kann, können selbst solche Verbotskonventionen langfristig normsetzend auf die USA wirken, die diese selbst nicht unterzeichnet haben.²⁷

Vielmehr ist dem Philosophen und Wissenschaftsjournalisten Hans-Arthur Marsiske zuzustimmen, der den Stand der Debatte zu Kampfdrohnen nach Ende der Anhörung des Verteidigungsausschusses folgendermaßen zusammenfasste: «Wer keine autonomen Waffensysteme haben will, muss bei den Waffen ansetzen. Denn autonome Systeme lassen sich nicht verhindern. Ihre Bewaffnung schon. [...] Hier geht es [...] um eine grundlegende Entscheidung, eine Weichenstellung für die Zukunft. Mit dem offensiven Verzicht auf bewaffnete Drohnen könnte Deutschland ein Zeichen setzen, eine Vorreiterstellung in Richtung internationaler Entspannung einnehmen und die weltweite Debatte über Militärroboter vorantreiben.»²⁸ Der im Moment vorhandene öffentliche und politische Druck muss genutzt werden, um die Debatte in diese Richtung zu lenken – und zwar jetzt.

Thomas Kachel ist Referent für Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE.

¹ Vgl. zu den Begriffen Autonomie und Autonomisierung im Zusammenhang mit Drohnen Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestags: Bericht zu Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme, Arbeitsbericht 144, Berlin 2011. ² Vgl. z.B. die Beiträge der beiden Referenten des Bundesverteidigungsministeriums auf der Tagung der Rüstungsindustrie «Unmanned Vehicles IV» der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik am 28./29. Mai 2013 in Bonn. ³ Ein Beispiel für diese Art der

Verselbstständigung und des parlamentarischen Kontrollverlusts sind die Aktivitäten der Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan. Zu den politischen Schlussfolgerungen vgl. Fraktion Die LINKE im Bundestag: Murat Kurnaz und das KSK, Minderheitenbericht zum Untersuchungsausschuss, Berlin 2008. ⁴ Vgl. hierzu z.B. die Ausführungen von Luftwaffeninspekteur Karl Müllner in einem Interview mit Thomas Wiegand vom 25.9.2013 unter: <http://augengeradeaus.net/2013/09/luftwaffeninspekteur-halt-bewaffnete-drohnen-weiter-fur-notig-das-hat-der-einsatz-bewiesen/#more-13056>. ⁵ Vgl. hierzu u.a. Büro für Technikfolgenabschätzung: Bericht zu Stand und Perspektiven. ⁶ Vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-erwaegt-kauf-waffenfaehiger-drohnen-a-846794.html. ⁷ Vgl. <https://drohnen-kampagne.de/appell-keine-kampfdrohnen/>. ⁸ Medick, Veit/Weiland, Severin: Koalitionsverhandlungen: Schwarz-Rot verschiebt Kampfdrohnen-Kauf, in: Spiegel-Online, 13.11.2013, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/schwarz-rot-verabschiedet-sich-von-raschem-kampfdrohnen-kauf-a-933355.html. ⁹ Vgl. Antrag der SPD-Fraktion unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/131/1713192.pdf>. ¹⁰ Vgl. die Reden von Agnieszka Brugger im Bundestag vom 25.4.2013 und vom 13.6.2013. ¹¹ Vgl. Die Linke: «100 % Sozial.» Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, S. 56; vgl. auch die Rede Gregor Gysis vom 5.6.2013 und Andrej Hunkos vom 31.1.2013 im Bundestag. ¹² Vgl. Sharkey, Noel: Automating Warfare: Lessons Learned from Drones, in: Journal of Law, Information and Science, 21(2), unter: www.austlii.edu.au/au/journals/JLInfoSci/2012/8.html; sowie Altmann, Jürgen: Armed Robots and Preventive Arms Control, in: Decker, Michael/Gutmann, Mathias (Hg.): Robo- and Informationethics. Some Fundamentals, Münster 2012, S. 7–30. ¹³ Hierbei sollen mittels Algorithmen mögliche Reaktionen des Gegners vorausgerechnet werden. Die massive Verkürzung der Reaktionszeiten erzwingt auch eine Verkürzung der Kommunikationswege. Das Pentagon (DARPA) und die Rüstungsindustrie in den USA führen hierzu milliardenschwere Forschungen durch. ¹⁴ Vgl. Sharkey: Automating Warfare. ¹⁵ Schörnig, Niklas: Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Verteidigungsausschusses vom 30.6.2014, unter: www.bundestag.de/blob/360248/6a41e778e2589655e5ee5b415881d047/stellungnahme-schoernig-data.pdf. ¹⁶ Dickow, Marcel: Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Verteidigungsausschusses vom 30.6.2014, unter: www.bundestag.de/blob/357136/841147ac850fef92c24eb7f49a44e713/stellungnahme-dr-dickow-data.pdf. ¹⁷ Krishnan, Armin: Killer Robots. Legality and Ethicality of Autonomous Weapons, Farnham/Burlington 2009, S. 162 ff. ¹⁸ Jürgen Altmann, persönliches Interview, 16.12.2013. ¹⁹ Vgl. Krishnan: Killer Robots, S. 162 ff. ²⁰ Jürgen Altmann, persönliches Interview vom 16.12.2013. ²¹ Vgl. z.B. Barry, Tom: The Political Economy of Drones, in: Counterpunch, 1.5.2013, unter: www.counterpunch.org/2013/05/01/the-political-economy-of-drones/. ²² Sowohl die Projektierungen für die Euro-Hawk-Drohne als auch die Projektierungen für die von der Bundeswehr favorisierten bewaffnungsfähigen MALE-Drohnen bewegen/bewegen sich im (einstelligen) Milliardenbereich. ²³ Marischka, Christoph: Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Verteidigungsausschusses vom 30.6.2014, unter: <http://www.bundestag.de/blob/357146/095cb19ac0780fbbd17a0b61a1b7f144/stellungnahme-marischka-data.pdf>. ²⁴ Vgl. die Rede von Ursula von der Leyens in der «Aktuellen Stunde» des Bundestags vom 2.7.2014. ²⁵ Der Prozess, der auf dem Treffen vom 13. bis 16. Mai 2014 in Genf auf den Weg gebracht wurde, thematisiert zum ersten Mal bewaffnete unbemannte Systeme im Kontext der Abrüstungspolitik. Allerdings ist das Mandat von vornherein nur auf das Verbot autonomer Systeme begrenzt. ²⁶ Vgl. Altmann, Jürgen: Arms Control for Armed Uninhabited Vehicles: An Ethical Issue, in: Ethics in Information Technology 2/2013, S. 137–152. ²⁷ Die USA trafen im Juni 2014 die Entscheidung, die Produktion von Personenlandminen einzustellen, obwohl sie kein Unterzeichnerstaat der Landminenkonvention sind. ²⁸ Marsiske, Hans-Arthur: Grünes Licht für Killermaschinen, in: Telepolis, 3.7.2014, unter: www.heise.de/tp/artikel/42/42167/1.html.

JOSEPH DAHER

SYRIEN: GEMACHTES «SEKTIERERTUM»

HERRSCHENDE NUTZEN RELIGIÖSE UND ETHNISCHE ZUGEHÖRIGKEITEN
ZUR SPALTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER BEVÖLKERUNG

«Sektierertum»¹ wird oft als Wiederaufleben von primitiven Impulsen oder eines uralten Hasses zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen beschrieben, wie etwa zwischen Schiiten und Sunniten im Irak, in Bahrain und im Libanon, zwischen Alawiten und Sunniten in Syrien oder zwischen Christen und Sunniten in Ägypten. Das heißt, Sektierertum im Nahen und Mittleren Osten wird in der Regel entweder als historisches Relikt, das der Modernisierung in den jeweiligen Ländern im Wege steht, oder als grundlegende Eigenschaft der Menschen in der arabischen Region gedeutet. Der folgende Text wendet sich entschieden gegen diese Auffassung und analysiert das Sektierertum am Beispiel Syrien – ganz im Gegenteil – als ein Produkt der Moderne.

In seinem bahnbrechenden Werk «Die Kultur des Sektierertums» zur Geschichte des ottomanischen Libanon im 19. Jahrhundert weist Ussama Makdissi auf einen groben analytischen Fehler in der Geschichtswissenschaft hin: «Zu den größten Irrtümern der Geschichtsschreibung des Mittleren Ostens zählt die Auffassung, das Sektierertum stünde der Modernisierung im Wege und sei für den sogenannten Krisenverlauf symptomatisch. Diese Interpretation hat zu einem zusehends gescheiterten Pfad innerhalb der Geschichtsforschung geführt, auf dem sich einige AkademikerInnen ernsthaft bemühten, in der Vergangenheit Antworten zu finden, während sich das Problem des Sektierertums weiter verschärfte, stetig fester verwurzelte und immer komplexer wurde. Der Beginn des Sektierertums war keine Rückbesinnung. Er markierte einen Bruch, die Geburt einer neuen Kultur, in der die Religionszugehörigkeit zum bestimmenden öffentlichen und politischen Merkmal des modernen Subjekts und Bürgers wurde.»²

In der Tat ist das Sektierertum ein Produkt der Moderne und eine der beliebtesten Waffen der herrschenden Klassen der Region sowie der reaktionären islamischen Kräfte, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu spalten. Nehmen wir Syrien als Beispiel. Das Assad-Regime ist weder sektierisch, noch setzt es sich ausschließlich aus Mitgliedern einer Religionsgemeinschaft zusammen, wie es manche syrische Oppositionelle und auch sogenannte ExpertInnen gern darstellen. Es ist in erster Linie autoritär und baut auf Klientelismus auf. Als solches fand es die Unterstützung der

überwiegend sunnitischen und christlichen bürgerlichen Schichten aus den Städten Aleppo und Damaskus, die von der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre, insbesondere seit Einführung der «sozialen Marktwirtschaft» im Jahr 2005, profitiert haben. Dem Regime zur Seite standen der Sicherheitsapparat, der überwiegend von alawitischen Persönlichkeiten mit Verbindungen zur Assad-Familie dominiert wurde, sowie die Netzwerke der Bürokraten und Kapitalisten. Sie entstanden durch Vetternwirtschaft im öffentlichen Sektor und entwickelten sich insbesondere in den 1990er Jahren nach der Umsetzung des Investitionsgesetzes von 1991³ prächtig. Das syrische Regime verfolgte eine zweigleisige Politik. Einerseits wurden unabhängige zivilgesellschaftliche und säkulare Organisationen sowie politische Parteien unterdrückt, sodass als einzige Alternative nur Regierungsorganisationen blieben. Andererseits wurden konfessionelle und archaische Merkmale, etwa uralte Stammeszugehörigkeiten, auf unterschiedliche Weise gestärkt.

Es ist daher das Regime selbst, das am stärksten für die Spaltung der syrischen Bevölkerung verantwortlich ist – und nicht eine Verschwörung ausländischer Akteure, wie vom Regime dargestellt, oder ein «Sektierertum», wie häufig im Ausland zu hören.

DIE UNTERDRÜCKUNG SÄKULARER UND ZIVILER POLITISCHER ORGANISATIONEN

Mit der Machtübernahme Hafiz al-Assads nach einem erfolgreichen Putsch im Jahr 1970 begann eine neue Ära in

Syrien. Unabhängige Organisationen, wie etwa Gewerkschaften, Berufsverbände und zivilgesellschaftliche Vereinigungen, waren fortan brutaler Repression ausgesetzt und wurden schließlich der Autorität des Regimes unterstellt. So wurden etwa die Berufsverbände von Medizinern, Anwälten, Ingenieuren und Apothekern in den 1980er Jahren aufgelöst. Sie hatten in den Jahren zuvor an vorderster Front für die Rückkehr zu demokratischen Freiheiten und für die Aufhebung des Ausnahmezustands gekämpft. Anschließend wurden diese Verbände neu gegründet und ihre Führungen ausgetauscht. Ans Ruder kamen staatlich ernannte Personen.⁴

Innerhalb des Schulsystems ging das Regime vornehmlich gegen alle linksgerichteten Lehrkräfte vor und ließ gleichzeitig zu, dass sich fundamentalistische religiöse Strömungen entwickelten.⁵ Weder die Universitäten als Institutionen noch Lehrkräfte und Studierende als Individuen waren vor Verfolgung geschützt. Die Sicherheitsbehörden konnten Studierende sogar in den Vorlesungssälen oder auf dem Campus verhaften. In ähnlicher Weise ging das Regime gegen die Gewerkschaften vor. Es blockierte den Kampf von ArbeiterInnen gegen seine neoliberale Politik, die für die Verschlechterung des Lebensstandards der Mehrheit der Menschen sowie für politische Unterdrückung verantwortlich war.

Unterdrückt wurden ebenfalls alle politischen Parteien, die sich nicht dem Diktat von Hafiz al-Assad unterwerfen wollten und sich weigerten, dem Bündnis der Nationalen Progressiven Front beizutreten, in dem sie im Grunde keinerlei Rechte für politische Aktivitäten ohne die Zustimmung der Regierung mehr hatten. Ihnen galten die harten Repressionen des Regimes seit der Machtübernahme, nicht nur der Muslimbruderschaft. Zu Beginn der 1970er Jahre gerieten zahlreiche säkulare politische Parteien, insbesondere die des linken Spektrums, ins Visier des Regimes. Was die Rolle der Baath-Partei in der Gesellschaft betrifft, so verlor sie mit der Machtübernahme von Hafiz al-Assad, der die Partei zu einem Instrument machte, um die Gesellschaft zu kontrollieren, ihr ideologisches Fundament und ihre ursprüngliche Dynamik. Parteiinterne Wahlen wurden abgeschafft. Stattdessen entschieden Regime und Sicherheitskräfte über die Besetzung von Posten. Gleichzeitig unterdrückten sie alle oppositionellen Elemente in der Partei.

Die Unterdrückung politischer GegnerInnen setzte sich nach dem Tod von Hafiz al-Assad im Jahr 2000 und mit der Machtübernahme seines Sohnes Baschar al-Assad fort. Eine Oppositionsbewegung aus Intellektuellen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, WissenschaftlerInnen und sogar PolitikerInnen, die zwischen 2000 und 2006 Reformen und die Demokratisierung des Staates forderte, wurde von den verschiedenen Organen des Sicherheitsapparats unterdrückt: Foren wurden geschlossen, Sit-ins zerschlagen und viele Intellektuelle inhaftiert.

Zunehmend gerieten weite Teile der syrischen Gesellschaft unter die Kontrolle des Regimes. Als einzige politische Organisation hatte die Baath-Partei das Recht, Veranstaltungen, Vorlesungen und öffentliche Kundgebungen auf dem Gelände von Universitäten und Militäreinrichtungen abzuhalten und dort Zeitungen herauszugeben und zu verteilen. Die Baath-Partei kontrollierte zudem eine Reihe von Verbänden, mit denen sie zusätzliche gesellschaftliche Sektoren unter ihre Kontrolle brachte. Sie wurden Volksorganisationen genannt und nahmen Bauern, Jugendliche und Frauen auf.

DIE ROLLE DER KONFESSIONEN IN DEN REGIERUNGSPRÄSIDIEN

Die Repression zivilgesellschaftlicher Organisationen ging bereits während der Präsidentschaft Hafiz al-Assads mit einer zunehmenden Zusammenarbeit mit der mehrheitlich sunnitischen Unternehmerschaft der Städte und mit konservativen Gruppierungen in der Gesellschaft einher. Dies spiegelte sich in den verschiedenen Institutionen des Regimes wider. Eine große Anzahl sunnitischer Städte, überwiegend aus Damaskus, wurde in die höchsten Parteiebenen aufgenommen, und viele parteilose Technokraten wurden Teil der Regierung.⁶ Im Parlament erhielten Repräsentanten der Berufsverbände, Unternehmer, religiöse Scheiche und sogar einige parteiunabhängige traditionelle Stammesführer mehr Raum und Mitsprache.⁷

Hafiz al-Assads Ziel war es, mittels einer «gesteuerten Liberalisierung» die Stabilität seines Regimes zu sichern, indem er Kapitalakkumulation ermöglichte und somit die mächtigen Wirtschaftsbereiche beruhigte. Unter seiner Herrschaft wuchs die Bedeutung privater Unternehmen ebenso wie die der religiösen und konservativen Gruppierungen. In den 1970er und 1980er Jahren wurde die Muslimbruderschaft massiv unterdrückt, was das Regime jedoch nicht davon abhielt, einen religiös-konservativen Diskurs zu entwickeln, der diametral dem Bild eines sogenannten weltlichen Regimes widersprach. Die Regierung ließ zahlreiche Moscheen errichten und unterstützte Scharia-Schulen und islamische Schulen großzügig. Ebenfalls förderte sie die islamischen Religionsgelehrten, erhöhte in den 1970er Jahren mehrfach die Löhne des sunnitischen religiösen Establishments, unter anderem der Imame, Religionsgelehrten und Prediger, und propagierte den Islam in den Massenmedien. Zugleich wurde das konservative islamische Establishment ermutigt, bestimmte islamische Strömungen zur Legitimierung des Regimes zu mobilisieren.⁸ Im Jahr 1973 nahm Hafiz al-Assad in Reaktion auf die Proteste und die Kritik einiger sunnitischer Religionsvertreter eine Verfassungsänderung vor, die im selben Jahr vom Parlament angenommen wurde und die die Religionszugehörigkeit des Präsidenten zum Islam fest schrieb.

Unter der Führung von Baschar al-Assad wurde diese Politik fortgesetzt. Der genannte Artikel wurde in der «neuen» Verfassung vom März 2012 um den Zusatz «die islamische Rechtswissenschaft wird zu einer Hauptquelle der Gesetzgebung» erweitert, um so die islamische Legitimation des Regimes zu bekräftigen. Die Zusammenarbeit mit den religiösen Vereinigungen und konservativen Teilen der Gesellschaft wurde im Kontext der neuen «sozialen Marktwirtschaft» und der Einführung einer verschärften neoliberalen Politik verstärkt. Einher ging dies mit der Kürzung staatlicher Sozialausgaben und anderer Gelder für viele weitere grundlegende öffentliche Bereiche. Vor Ausbruch der Revolution lebten 30,1 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und beinahe zwei Millionen Menschen – oder 11,4 Prozent der Bevölkerung – fehlten die Mittel zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse.⁹ Das reale BIP-Wachstum und das Pro-Kopf-Realeinkommen sind seit Anfang der 1990er Jahre gesunken. Schon aus diesem Grund setzt die Regierung ihre neoliberale Politik fort und bemüht sich um weiteres Privatkapital.¹⁰ Aus dem Gesundheitswesen hat sich die Regierung zurückgezogen und überlässt dieses zunehmend den karitativen und insbesondere den religiösen Organisationen. Die neoliberale Politik hat sowohl islamische als auch christliche reli-

giöse Vereinigungen und ihre Netzwerke gestärkt, und damit auch ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft zuungunsten des Staates.

Das Regime setzte die Entspannungspolitik gegenüber der islamischen Opposition fort. Tausende politische Häftlinge wurden 1992 freigelassen, islamische Publikationen und einzelne Bewegungen toleriert, sofern sich diese nicht in die Politik einmischten. Während die Regierung säkulare Literatur und Kunst zensierte, förderte sie die religiöse Literatur, die in den Buchhandlungen immer mehr Regale füllte, die höhere Bildung wurde zunehmend islamisiert. Emanzipatorische AkteurInnen dagegen wurden drangsaliert. Im Jahr 2007 etwa entzog die Regierung infolge des Drucks seitens verschiedener religiöser Organisationen und Persönlichkeiten zwei feministischen Organisationen die Genehmigung.¹¹

Mit Beginn des Aufstands im April 2011 bemühte sich die Regierung zudem darum, den konservativen Teilen der Gesellschaft entgegenzukommen, indem sie etwa das einzige Spielcasino des Landes schloss. Darüber hinaus hob sie das Verbot für Lehrerinnen auf, im Unterricht einen Gesichtsschleier (den Niqab) zu tragen. Die Regierung hatte den Niqab im Juli 2010 aus den Klassenzimmern verbannt und Hunderte Lehrerinnen auf Verwaltungsstellen versetzt. Vertreter des Regimes trafen sich außerdem mit einer Reihe religiöser Würdenträger aus verschiedenen Städten, in der Hoffnung, die Protestbewegung so besänftigen zu können.

DER AUFBAU EINER POLITISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFT

Mit der Machtübernahme der Baath-Partei verbesserte sich in den 1960er Jahren der Lebensstandard der Bevölkerung insbesondere in den ländlichen Gebieten spürbar. Dies galt auch für die Alawiten, die mehrheitlich, aber nicht ausschließlich den ländlichen Regionen entstammten und nun größere soziale und wirtschaftliche Aufstiegschancen erhielten. Das Regime von Hafiz al-Assad wollte damit die alawitische Bevölkerung als Ganzes an die Regierung, insbesondere aber an den Assad-Clan binden. Zu diesem Zweck unternahm es den Versuch, abweichende Meinungen innerhalb der alawitischen Bevölkerung zum Schweigen zu bringen. Die alawitische Gemeinde sollte im Grunde die Religionsgemeinschaft des Assad-Clans werden, was jedoch nie ganz gelang.

Mit Ausnahme der vom Regime kontrollierten «Ali al-Murtada»-Vereinigung und den von Rami Makhlof, einem Cousin Baschar al-Assads, gegründeten Organisationen untersagte das Regime der alawitischen Gemeinde, im Gegensatz zu anderen Religionsgemeinschaften, den Aufbau gemeinnütziger konfessioneller Organisationen. Die Assad-Familie wollte verhindern, dass sich eine alternative Macht innerhalb der eigenen Gemeinschaft etablierte. Viele Verbindungen mit klientelistischem Charakter entstanden zwischen der alawitischen Bevölkerung und Beamten, die auf gemeinsamen Interessen und Verbundenheit gegenüber der Familie oder des engeren Clans beruhten.

Ebenfalls mit der Absicht, eine unabhängige Macht innerhalb der Gemeinschaft zu verhindern, untersagte das Assad-Regime jede Form zivilgesellschaftlicher Vertretungen in Form eines Obersten Rats der Alawiten als Pendant zum Obersten Rat der Schiiten oder dem Obersten Rat der Ismailiten. Der alawitischen Gemeinde fehlen öffentliche religiöse Institutionen, was nicht dem sogenannten Säkularismus des Regimes, sondern der Tatsache geschuldet ist, dass die

alawitische Gemeinde eng mit dem Assad-Regime verknüpft und der Herrschaft der Assad-Familie unterworfen werden sollte. Die alawitische Unterschicht andererseits profitierte ebenso wenig wie andere SyrerInnen von den wirtschaftlichen Maßnahmen des Regimes. In den 1990er Jahren schrieb der Historiker Hanna Batatu über die Beschwerden der Alawiten in den Hochebenen, dass die Mehrheit der Bauern in ihren Gebieten in Armut lebe und ihr Ertrag immer noch von den wechselhaften Witterungsbedingungen abhängt. Hinzu komme, dass ihre Realeinkommen aus der Landwirtschaft abnahmen und sich viele von ihnen zusätzliche Einkommensquellen erschließen müssten.¹² In einem neueren Bericht der International Crisis Group (ICG) heißt es: «Die ländlichen Gemeinden der Alawiten sind weiterhin deutlich unterentwickelt, viele treten mangels anderer Alternativen in die Armee ein; Mitglieder der Sicherheitskräfte sind meist überarbeitet und unterbezahlt. Die jungen Menschen der Gemeinde schlossen sich dem Sicherheitsapparat größtenteils nur an, weil das Regime ihnen keine anderen Perspektiven bot. Durchschnittliche Alawiten profitierten selten von der Korruption auf höchster Ebene und am wenigsten unter Baschar.»¹³

Solche Befunde gab es auch für andere Regionen Syriens, was zeigte, wie ähnlich die Bedingungen für alle SyrerInnen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit sind. Allerdings ging die Strategie des Regimes der Gleichschaltung der alawitischen Gemeinschaft unter der Führung des Assad-Regimes nicht auf, da viele Alawiten in der Vergangenheit gegen das Regime kämpften und es auch heute noch tun.

Alawitische AktivistInnen wie die Feministin Hanady Zahlout und die seit Jahren aktiven DissidentInnen Habib Saleh, Abdel Aziz al-Khayr, Samar Yazbeck, Louai Hussein und Fadwa Soleiman gehören zu den wichtigen Oppositionellen, ebenso wie der bekannte Ökonom Aref Dalila, der aufgrund seiner Tätigkeit gegen das Regime nicht wenige Jahre im Gefängnis verbrachte. Zudem entstand in der Freien Syrischen Armee (FSA) in der Provinz Idlib eine alawitische Brigade, und zahlreiche alawitische Offiziere und Soldaten der Regierungstreitkräfte sind übergelaufen.¹⁴

DIE DISKRIMINIERUNG DER KURDISCHEN BEVÖLKERUNG

Das Assad-Regime hat seit den 1970er Jahren die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung verschärft und Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Nordosten Syriens (KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen, TurkmenInnen) geschürt, um die Korruption sowie die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der trotz der Ölverkommen ärmsten Region zu vertuschen. Dazu bediente sich die Regierung der unterschiedlichen ethnischen Herkunft der Menschen.

Unter dem Assad-Regime hatten die KurdInnen – die einen Anteil von zehn Prozent an der Bevölkerung stellen – stets einen untergeordneten Status. Sie durften weder ihre eigene Sprache unterrichten noch ihre Traditionen pflegen. Die kurdische Bevölkerung wurde bewusst in Armut gehalten. Land wurde an arabische Besitzer verpachtet, Ölfelder wurden ihnen vom Staat genommen und Straßen dem Verfall überlassen. Zwischen 1972 und 1977 fand eine Kolonialisierung bestimmter Regionen statt, die überwiegend von KurdInnen bewohnt wurden. Rund 25.000 «arabische» Bauern, deren Land beim Bau der Tabqa-Talsperre geflutet wurde, siedelte

man in «modernen Dörfern» in der Dschazira-Region nahe den kurdischen Dörfern an.¹⁵ Die neuen «modernen Dörfer» verfügten über Wasser, Elektrizität, Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Polizeiwachen und andere Leistungen, während es den kurdischen NachbarInnen beinahe an allem fehlte. Die kurdische Bevölkerung in diesen Regionen war täglichen Diskriminierungen ausgesetzt. Hierzu zählten unter anderem die Kündigung von Lehrern (unter dem Vorwand, sie seien Ausländer), die Entlassung von Arbeitskräften, die Zerstörung der Häuser und die Verhaftung ihrer politischen Repräsentanten.

Diese Politik des «arabischen Gürtels» sah die Einrichtung einer Pufferzone zwischen Syrien und den benachbarten KurdInnen am nördlichen und nordöstlichen Rand der Dschazira vor, entlang den Grenzen zur Türkei und dem Irak. Kurdisches Land wurde beschlagnahmt und die Bevölkerung aufgefordert, sich im Landesinneren niederzulassen, um Platz für AraberInnen zu schaffen. Charakteristisch für diese Zone war auch eine hohe Militärpräsenz. Die arabischen Siedlungen waren, wie erwähnt, institutionell besser ausgestattet und erhielten zur Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands zahlreiche staatliche Vergünstigungen.¹⁶

Immer wieder kam es in den 1980er und 1990er Jahren zu Protesten, Zusammenstößen und Verhaftungen. Anlässe waren das kurdische Neujahrsfest Newroz oder der Jahrestag der 1962 durchgeführten Volkszählung in al-Hasaka im Osten Syriens, durch die rund 150.000 KurdInnen ihre Staatsbürgerschaft und somit ihre grundlegenden Bürgerrechte verloren. Sie und ihre Kinder waren somit zu Armut und Diskriminierung verdammt. Ein Zustand, der sich in den folgenden Jahrzehnten ausbreiten sollte: Heute sind davon mehr als 300.000 KurdInnen betroffen.

Im Jahr 2004 wurde der kurdische Aufstand, der in der Stadt Qamischli begonnen hatte und anschließend rasch auf die kurdischen Gebieten Syriens – Dschazira, Afrin, Aleppo und Damaskus – übergriff, von den Sicherheitskräften und mithilfe arabischer Stammesmilizen brutal unterdrückt. Mehr als 2.000 kurdische AktivistInnen und Protestierende wurden dabei getötet oder verhaftet, andere ins Exil gezwungen.

Bei Ausbruch der Revolution 2011 erließ Baschar al-Assad im April im Anschluss an verschiedene Treffen mit kurdischen VertreterInnen einen Erlass, demzufolge die als Ausländer registrierten Personen im Gouvernement al-Hasaka die syrische Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Viele staatenlose KurdInnen warten hierauf jedoch noch heute. Kurdische AktivistInnen haben eine führende Rolle im Aufstand übernommen und sind im revolutionären Prozess sehr präsent. Viele KurdInnen sind deshalb ins Visier der syrischen Sicherheitskräfte geraten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Assad-Regime hat, um das Land zu regieren, in den vergangenen 40 Jahren eine Politik der Spaltung entlang der konfessionellen und ethnischen Zugehörigkeiten der Bevölkerung gefördert und umgesetzt. All die genannten Elemente sowie die Unterdrückung der zivilgesellschaftlichen und säkularen Organisationen, gepaart mit dem Fehlen weltlicher Stimmen aus der Arbeiterklasse, die unter den verschiedenen Formen der Unterdrückung und Vereinnahmung der Gewerkschaftsstrukturen zu leiden hatte, schufen den Raum für eine sektiererische Rhetorik, die sich auch unter den reaktionärsten und konservativsten Elementen der syrischen Revolution manifestiert hat.

Diese Hauptursache des Sektierertums und Konfessionalismus gilt es zu überwinden: das Regime und seine Helfer, aber auch die reaktionären und opportunistischen Elemente innerhalb der Revolution, insbesondere die islamischen Reaktionen und dschihadistischen Gruppen. Ussama Makdissi schrieb: «Zur Überwindung [des Sektierertums], wenn sie denn überhaupt möglich ist, muss ein weiterer Bruch erfolgen, ein Bruch der so radikal für das Staatswesen ist, wie es der Beginn des Sektierertums für das alte Regime war. Es bedarf einer anderen Vision der Moderne.»¹⁷

Der Kampf gegen Sektierertum und Konfessionalismus ist Teil des Kampfes für die Überwindung dieses verbrecherischen Regimes und für den radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Dieser Bruch mit der sektiererischen Politik des Regimes bedeutet auch den Bruch mit dem sektiererischen Diskurs eines Teils der Opposition, der von den arabischen Golfstaaten und ihrer Propaganda gestützt wird. Sektierertum und Konfessionalismus können nur besiegt werden im gemeinsamen Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Säkularität und echte Unabhängigkeit. Der Kampf gegen den Konfessionalismus ist Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System und für die Einigung der Unterdrückten in Syrien, seien sie arabischer, kurdischer, sunnitischer, christlicher oder alawitischer Abstammung, um das Regime zu stürzen und ein neues Syrien aufzubauen.

Joseph Daher ist Mitglied der Revolutionary Left Current in Syrien. Er ist Doktorand und Assistent an der Universität Lausanne in der Schweiz, Mitbegründer des Blogs Cafe Thawra (<https://cafethawrarevolution.wordpress.com>) und Gründer des Blogs Syria Freedom Forever (<https://syriafreedomforever.wordpress.com>). Er ist Mitherausgeber des Buchs «Penser l'émancipation. Offensives capitalistes et résistances internationales» und Autor (gemeinsam mit John Rees) von «The People Demand. A Short History of the Arab Revolutions».

¹ Die hier verwendete Bezeichnung «Sektierertum» übernimmt den Bedeutungsgehalt des englischen Begriffs «sectarianism»: «Sectarianism, like racism, is a form of bigotry, discrimination, or hatred arising from attaching importance to perceived differences between subdivisions within a group, such as between different denominations of a religion, nationalism, class, regional or factions of a political movement» (<https://en.wikipedia.org/wiki/Sectarianism>). ² Makdissi, Ussama: *The Culture of Sectarianism. Community, History and Violence in Nineteenth-century Ottoman Lebanon*, Berkeley 2000, S. 174. ³ Vgl. Haddad, Bassam: *Business Networks in Syria. The Political Economy of Authoritarian Resilience*, Stanford 2012, S. XIV. ⁴ Vgl. Hinnebusch, Raymond: *Syria. Revolution from above*, New York 2001, S. 83. ⁵ Seurat, Michel: *L'Etat de barbarie Syrie, 1979–1982*, Paris 1983, S. 138. ⁶ Vgl. Hinnebusch: *Syria*, S. 83. ⁷ Vgl. Batatu, Hanna: *Syria's Peasantry, the Descendants of Its Lesser Rural Notables, and Their Politics*, Princeton 1999, S. 277. ⁸ Vgl. Hinnebusch: *Syria*, S. 83. ⁹ Vgl. United Nations Development Programme: *Poverty in Syria 1996–2004. Diagnosis and Pro-poor Policy Considerations*, Damaskus 2005. ¹⁰ Vgl. Haddad: *Business Networks in Syria*, S. 5. ¹¹ Vgl. Al hayat, 5.1.2006, zitiert nach: Pierret, Thomas: *Baas et Islam en Syrie. La dynastie Assad face aux Oulémas*, Paris 2011, S. 115. ¹² Vgl. Batatu: *Syria's Peasantry*, S. 277. ¹³ Vgl. www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Syria/128-syrias-mutating-conflict. ¹⁴ Vgl. <http://alhayat.com/Details/417219>. ¹⁵ Vgl. Seurat: *Syrie*, S. 181. ¹⁶ Vgl. www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Middle%20East/bsyriankurds.pdf. ¹⁷ Makdissi: *The Culture of Sectarianism*, S. 174.

JUDITH DELLHEIM

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE VON GRIECHENLAND LERNEN

AKTIVE UNTERSTÜTZUNG IST EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE LINKEN
IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die erneute Offensive der Herrschenden richtet sich auf eine Vertiefung neoliberaler Prinzipien, autoritär und gegen jeden Widerstand. Herausragende Stichworte sind die Freihandelsabkommen TTIP und CETA und die Unterwerfung der griechischen Regierung und Syrizas, um jede Alternative in der Europäischen Union (EU) unmöglich zu machen. Gerade in Griechenland wurden insbesondere in den letzten Jahren breite Solidarstrukturen aufgebaut, die nicht allein der wechselseitigen Hilfe dienen, sondern auch Orte der zivilgesellschaftlichen politischen Organisation sind.¹ Dazu gehören Praxen starker solidarischer Ökonomie, jenseits gesellschaftlicher Nischen. In Griechenland, in Deutschland und in der EU haben soziale Bewegungen und linke Organisationen für den Herbst 2015 Zusammenkünfte und Aktionen geplant,² um der neoliberalen Offensive etwas entgegenzusetzen. Griechenland ist der aktuelle Kristallisationspunkt, an dem sich erweisen muss, ob wir in der Lage sind, solidarische Ökonomien aufzubauen und zu verteidigen.

Nach dem Willen der führenden Neoliberalen sollen die Menschen weiter vereinzelt werden – sie sollen mit der Meisterung ihres Alltags beschäftigt sein und sich um ihre persönlichen Belange kümmern. Sie sollen ihre «Beschäftigungsfähigkeit» sichern und damit an «ihren» Standorten die weltweite Konkurrenzfähigkeit der Global Player garantieren. Die Ausweitung der Kontrollapparate soll dann für die «Sicherheit» der Einzelnen sorgen, vor allem für die Sicherheit der Herrschenden in einem Meer wachsender gesellschaftlicher Ungleichheiten. Soziale, ökologische und andere Belange werden einer «marktkonformen Demokratie» untergeordnet. «Wir befinden uns mitten [...] im Schlamassel einer «Finanzkrise», die auch hierzulande die soziale Kluft verstärkt und Debatten über zukunftsfähige Entwicklung und Klimagerechtigkeit ausgebremst hat.»³

SOLIDARITÄT ALS UMKÄMPFTER BEGRIFF

Um den sozialen Zusammenhalt in einer immer stärker von Konkurrenz geprägten Marktgesellschaft zu sichern, kommt den Herrschenden der Begriff der Solidarität gerade recht: Die Bessergestellten sollen mit den Armen «solidarisch» sein und für Bedürftige spenden, Wohltätigkeit üben. «Hilfe zur Selbsthilfe» heißt dies in der Entwicklungspolitik, die von den eigenen Wirtschafts- und «Sicherheits-»Interessen ausgeht. Eine solche «Solidarität» soll gesellschaftspolitische Verhältnisse und Hierarchien wahren, soll eigene Machtpositionen ausbauen. Sie soll die Folgen von Vereinzelung und Konkur-

renz kontrollierbar halten und ideologisch kitten – «Solidarität» als entwendeter Begriff für eine Politik der Entsolidarisierung im Konsens mit den Herrschenden. Da stört die griechische solidarische Ökonomie mit ihrem gesellschaftsverändernden Anspruch.

«Solidarische Ökonomie heißt wirtschaften, um die Bedürfnisse der Menschen auf Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe zu befriedigen [...]. Sie bildet damit eine Alternative zur konkurrenz- und profitorientierten Wirtschaftsform. Ihre Wurzeln liegen in traditionellen und indigenen gemeinschaftlichen Wirtschaftsweisen (inkl. Allmende-Wirtschaft/Commons) und in der aus christlicher Sozialethik und frühsozialistischen Ansätzen entstandenen Genossenschaftsbewegung. Dazu kamen die Alternative Ökonomie und die Solidaritätsbewegung der 1970er und 80er Jahre.»⁴

Zu fragen wäre, wer «Solidarität» wie versteht und wer warum mit wem freiwillig und ohne Konkurrenz zusammenarbeitet und sich dabei mit den Herrschenden und mit den Machtstrukturen beziehungsweise mit den Machtverhältnissen auseinandersetzt. Wird Solidarität als Absage an Konkurrenz und Egoismus in der Gruppe verstanden oder mehr damit verbunden, nämlich den Schwächsten und Schwächeren in der Gesellschaft zur Seite zu stehen, um gemeinsam mit ihnen ihre gesellschaftliche Position strukturell zu verbessern und damit die Gesellschaft, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nachhaltig zulasten der Herrschen-

den zu verändern, gesellschaftliche Organisationsformen und staatliche Institutionen in einem weiten Verständnis zu demokratisieren? Wird solidarische Ökonomie vorrangig oder einzig als Angelegenheit jener gesehen, die über das eigene Projekt oder den eigenen Betrieb ihre individuellen und Gruppenprobleme mildern oder lösen wollen, oder wird solidarische Ökonomie mit dem aktiven Eintreten für eine tief greifende Veränderung der gesellschaftlichen Produktions-, Konsumtions- und Machtstrukturen verbunden? Um beide Herangehensweisen voneinander zu unterscheiden, könnte von solidarischer Ökonomie im engen Sinne und von solidarischer Ökonomie im weiten Sinne gesprochen werden.⁵ Weil es keine fixen Grenzen zwischen beiden gibt, würden die Akteure der solidarischen Ökonomie im weiten Sinne selbstverständlich gefordert sein, in Projekten und in Betrieben der solidarischen Ökonomie im engen Sinne Aktive zum Engagement für eine solidarische Gesellschaft zu gewinnen. Solidarische Ökonomie im weiten Sinne könnte genauer definiert werden als:

- Kooperation von in einem Betrieb/Projekt wirtschaftenden, sozial gleichen Menschen, die
- ihre Maschinen, Gebäude, Rohstoffe und Materialien und/oder ihre Wohnung/Mobilität/Konsumtionsmittel selbst verwalten,
- sich gemeinsam einen Lebensunterhalt/die Versorgung mit konkreten Produkten/Leistungen sichern und
- die Gesellschaft demokratisch und solidarisch verändern wollen;
- dabei kommt der Verteidigung, dem Ausbau und der Demokratisierung des Öffentlichen, der Gemeingüter bzw. der Allmende/den Commons ein prioritärer bzw. herausragender Stellenwert zu.

In den sozialen Bewegungen werden Gemeingüter, Commons und Allmende vielfach synonym verwandt. Sie stehen für Ressourcen und Leistungen, die für alle lebensnotwendig sind, wie zum Beispiel die Wasser- und Gesundheitsversorgung, und von denen niemand ausgeschlossen sein darf.⁶

In Europa reichen die Anfänge der kollektiven Selbsthilfe- und Allmende-Bewegungen bis zur Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise zurück: Da ist die kollektive, vielfach genossenschaftliche Selbsthilfe kleiner Warenproduzenten gegen die sich durchsetzende kapitalistische Konkurrenz und da ist der Protest gegen die private Einhegung bisher gemeinsam genutzter Naturressourcen (Gemeinde-land, Seen, Flüsse, Wälder). Solidarische Ökonomie im engen Sinne wird im Allgemeinen mit Genossenschaften als Unternehmensform oder mit genossenschaftlichen Projekten verbunden, während die Commons-Bewegungen mit dem Protest gegen die Privatisierung von Gemeingütern und mit dem Ringen um ihre (Wieder-)Aneignung gefasst wird. Commons-Bewegungen würden also eher zur solidarischen Ökonomie im weiten Sinne gehören.

DIE GROSSE HERAUSFORDERUNG: PLAN C FÜR GRIECHENLAND?

Seit der «Vereinbarung» eines dritten sogenannten Rettungspakets für Griechenland am 13. Juli 2015 (bei der Alexis Tsipras den Forderungen der Gläubiger weitgehend nachgab und damit gerade einmal eine Katastrophenbegrenzung erreichen konnte) wird die Debatte zur solidarischen Ökonomie im hier bestimmten, weiten Sinne unter den Linken in und außerhalb Griechenlands in einer wachsenden Haltung der politischen Defensive geführt. Ungeachtet der konkreten

Bewertung des Ereignisses wird den Linken in Griechenland nun (von mehreren Seiten) ein Plan C vorgeschlagen (Plan A: in der Wirtschafts- und Währungsunion bleiben und Kompromisse mit den Gläubigern suchen, Plan B: Grexit). Dezentrale Kooperationen und Kooperativen, lokale und regionale Währungen und auf ihnen beruhende Lokal- und Regionalentwicklung werden als Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie für Griechenland gesehen. Zu fragen wäre: Was gibt es bereits in Sachen Solidarstrukturen beziehungsweise solidarischer Ökonomie in Griechenland und wie können ihre Akteure wirksam unterstützt werden? Was sind die Grenzen derartiger Praxen?

Grenzen meint hier zum einen die ökonomischen Schranken: Was können – in der gebeutelten Wirtschaft des EU-Mitglieds Griechenland – dezentrale Solidarstrukturen für die Versorgung der Bevölkerung, für die volkswirtschaftliche Reproduktion und für eine notwendige sozialökologische Transformation tatsächlich leisten? Grenzen meint zum anderen die subjektiven Bedingungen und die individuelle Verfasstheit der Akteure. Schließlich leben Solidarstrukturen wesentlich davon, dass Menschen, die ihren Alltag ohne diese Strukturen organisieren könnten, jenen helfen, die derartige Strukturen zum Überleben brauchen. Sollen die HelferInnen weiterhin Solidarität erweisen und organisieren können, muss ihnen ihr Alltag das auch gestatten. Was aber können die Menschen verkraften, die seit Jahren unter extremen Bedingungen leben und politisch aktiv sind; erst recht seit ihrer politischen Niederlage vom 13. Juli mit all ihren (noch nicht vollständig absehbaren) Folgen?

Die ökonomischen Grenzen eines Plans C sind dramatisch: Griechenlands Wirtschaft ist klein und zerrüttet, schuldenüberladen und extrem importabhängig. Die politischen Machtverhältnisse in der EU setzen dem konkreten Handeln der Linken enge Grenzen. Daher ist es leider ganz klar: Plan C vermag es nicht, den Alltag der Bevölkerungsmehrheit in der komplexen Wirtschaftskrise zu meistern. Es braucht mehr.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Syriza-Aktivist Theodoros Paraskevopoulos bezeichnet die «Vereinbarung» als «schmerzhaften Kompromiss» mit den Gläubigern und sagt, «die zu diskutierende Frage» laute, wie dadurch erlangter Raum und gewonnene Zeit genutzt werden können: «Wie wird die andersartige, linke administrative Reform ausgestaltet sein, wie wird sie die durch korrupte und unterwürfige Regierungen ausgelieferte und aufgelöste Gewerkschaftsbewegung wiederherstellen, wie werden die Menschen ihr Wort in den örtlichen Kommunalverwaltungen geltend machen, wie und in welchem Maße werden die Erfahrungen der glanzvollen Solidaritätsbewegung, sogar ohne jede Mittel der Sozialbehörden, in den Wiederaufbau integriert werden, wie wird die Neuformierung der Produktion (dennoch) nicht die Angelegenheit der gewinnorientierten Absichten eines jeden Gelegenheitsdiebes, sondern Angelegenheit der Demokratie sein? Wie werden die harten Rentenparagrafen ausgeglichen? Wie werden sich (trotz alledem) die Wirtschafts-, Steuer-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik mit jener von Syriza angekündigten Parteilichkeit zugunsten der einfachen Leute auszeichnen? Die zentrale Herausforderung ist, ob Syriza auf diesem schmalen Pfad eigene Lösungen findet.»⁷

Ob die Herausforderung gemeistert wird, hängt wesentlich davon ab, inwiefern es Syriza und den Linken in Griechenland gelingt, den Erhalt und die Stärkung der Solidarstrukturen, der solidarischen Ökonomie im engen und im weiten Sinne, die Verteidigung und Demokratisierung des

Öffentlichen, der Gemeingüter/Commons zu einem gemeinsamen Schwerpunkt zu machen – zu einem Kristallisationspunkt der Gleichgesinnten in den verschiedenen politischen und sozialen Zusammenhängen, in ihren unterschiedlichen Funktionen und Verantwortlichkeiten. Wechselseitig damit verbunden ist die Frage nach der Zukunft von Syriza.

Begreifen dies die Linken in den anderen EU-Mitgliedsländern und unterstützen sie die griechischen Solidarstrukturen, die solidarische Ökonomie (im weiten Sinne)? Helfen sie Projekten oder Betrieben der solidarischen Ökonomie im eigenen Land dabei, Partnerprojekte oder -betriebe in Griechenland zu finden? Eine solche Vernetzung ist wichtiger als politische Ratschläge von «Allwissenden», die oft die griechische solidarische Ökonomie mit ihrer antifaschistischen demokratischen Tradition gar nicht kennen.

DIE PRAXIS DER SOLIDARITÄT

Zu den Solidarstrukturen in Griechenland gehören heute Hunderte von Projekten. Insbesondere in den Jahren 2011 und 2012 haben griechische Aktive Erfahrungen der trans- und internationalen Bewegung genutzt und «Wir-zahlen-nicht-Bewegungen» geschaffen. «Wir zahlen nicht» bezog und bezieht sich auf sozial ungerechte Steuern, Tarife und Gebühren. Dass im Mai 2015 die zahlreichen und vielfältigen Solidarprojekte zusammengekommen sind,⁸ darf als politischer Erfolg gewertet werden. Zuvor haben die «Ohne-Zwischenhändler-Initiativen», die für die Versorgung der Armen mit Nahrungsmitteln hochrelevant sind, eine landesweite Koordinierung geschaffen. Im Frühjahr 2014 haben sich die über 100 Solidaritätsgruppen zur Nahrungsmittelversorgung ausgetauscht. Die circa 40 solidarischen Gesundheitszentren und Kliniken hatten bereits im November 2013 eine «Charta der gemeinsamen Prinzipien» verabschiedet.

Die selbstorganisierten Projekte finden sich zusammen, um die Selbsthilfe der Betroffenen und Hilfen für Bedürftige zu qualifizieren und mit gemeinsamen politischen Forderungen, Aktionen und Strategiearbeit zu verknüpfen. Sie verstehen sich also mehrheitlich nicht als karitative Einrichtungen oder als Ersatz für den staatlichen öffentlichen Sektor, sondern als Praxen emanzipativ-solidarischer Kultur, wo Menschen ihren Alltag verändern, sich vernetzen, gemeinsam lernen, sich Kompetenzen aneignen, um auch den gesellschaftlichen Alltag und so die Gesellschaft solidarisch zu verändern.

Das Spektrum der Themen und Aktivitäten der Solidarprojekte ist breit: Nahrungsmittelherstellung und -versorgung, gesundheitliche Betreuung, Beratungsleistungen vielfältiger Art, Protest und Verhinderung von Zwangsumzügen wie -räumungen und Stromabsperungen, Nachbarschaftshilfe mit und ohne Tauschringen, Hilfe für Flüchtlinge, Hilfe für Obdachlose, Nachhilfeunterricht, Musikunterricht, künstlerische Selbstbetätigung und Kulturangebote, Betriebsbesetzungen und Arbeiterselbstverwaltung oder Anti-Privatisierungs-Initiativen. In den Projekten selbst soll möglichst kein Geld zirkulieren. Ein Beispiel: In den solidarischen Gesundheitspraxen, zu denen die «Klinik der Solidarität» in Thessaloniki und das soziale Gesundheitszentrum Ellinikon in Athen gehören, behandeln Fachleute anonym und unentgeltlich. Kein bedürftiger Mensch wird von den ehrenamtlich Tätigen abgewiesen. Die Pharmazeutika sind meist gespendet oder mit Spenden gekauft. Sie werden teilweise auch an öffentliche Krankenhäuser gegeben, deren Beschäftigte vielfach in ihrer Freizeit in den solidarischen Praxen arbeiten. Die Kooperationsbeziehungen sind vielgestaltig und jede Praxis ist einzigartig.⁹ Die Gesund-

heitszentren und solidarischen Apotheken sind oft mit anderen Projekten der sozialen Arbeit (Sprachunterricht, Hilfen für Flüchtlinge) und der solidarischen Ökonomie vernetzt. So sorgen insbesondere Agrar- und Konsumgenossenschaften für die Versorgung der GesundheitsarbeiterInnen und PatientInnen mit lokal und regional produzierten Lebensmitteln, aber auch mit Kräutern und anderen Naturprodukten für die alternative Medizin. Betroffeneninitiativen, Solidaritätsgruppen für Flüchtlinge und MigrantInnen, Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen kooperieren mit sehr verschiedenen Solidarprojekten. Insbesondere haben GewerkschafterInnen viel für die Vernetzung von Betroffenen und sozial Engagierten geleistet. Sie haben Alleinerziehende, arme Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen mit den solidarischen Gesundheitseinrichtungen zusammengebracht, zur Kooperation ermutigt. Dieses Miteinander ist unabdingbar, um den Gebäudebetrieb – etwa die Strom- und Wasserversorgung der Gesundheitspraxen – zu sichern. Auch von im Gesundheitswesen Tätigen in anderen Ländern kommt Hilfe: Sie klären über Zustände im griechischen Gesundheitswesen und über die solidarischen Gesundheitspraxen auf, sammeln Geld- und Sachspenden. Im Ausland lebende griechische Fachleute bieten unentgeltliche Mitarbeit während des Urlaubs an.

Gezielte hierarchiefreie Kooperation unter den Aktiven, transparente kollektive Entscheidungen, die gemeinsame Nutzung von Wissen, Diagnose, Räumen, Instrumenten und Hilfsmitteln, das andere MedizinerIn-PatientIn-Verhältnis bewirken eine enorme Reduzierung von Kosten, stofflichem und energetischem Verbrauch sowie von Arbeitsaufwand im Vergleich zum traditionellen Alltag. Menschen eignen sich neue Kenntnisse, Fähigkeiten, Kooperationsbeziehungen und Erfahrungen an. Das ist keine Romantisierung, das sind Bedingungen für erfolgreichen Widerstand gegen die anhaltende Kürzungs- und Privatisierungspolitik und für erfolgreiche Arbeit an gesellschaftlichen Alternativen.¹⁰

Dieser Widerstand und diese Arbeit sind dringlich. Die linke Regierung hatte vor der «Vereinbarung» vom 13. Juli 2015 Gesetze und Maßnahmen gegen Hunger und Unterernährung, gegen Energiearmut und Bildungsmisere, zur Mieterförderung, zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung sowie zur Wiedereinführung der Grundrente beschlossen. Nach dem Willen der Gläubiger sollen diese Gesetze und Maßnahmen wieder verschwinden. Nach dem Willen der Gläubiger sollen auch die Solidarstrukturen, die solidarische Ökonomie im weiten Sinne (etwa die Commons-Bewegungen) verschwinden. Bestenfalls soll solidarische Ökonomie im engen Sinne als Steigbügelhalter für neue neoliberale Finanzialisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung dienen. Das Motto der Herrschenden ist: Verschwinden soll, was die weitere neoliberale Durchsetzung der Marktgesellschaft stört. Bleiben darf, was weiteres «Sparen» und die weitere Absenkung von demokratischen und sozialen Standards ermöglicht, ohne dass offene unkontrollierbare Hunger- und Verzweiflungsrevolten ausbrechen.

Damit sich die Gläubiger beziehungsweise die in Deutschland, in der EU und global Herrschenden «geschnitten haben», muss Syriza das gemeinsame politische Projekt und den über alle taktischen Differenzen hinweg tragfähigen inneren Konsens neu finden. Zugleich müssen die griechische Solidaritätsbewegung und die demokratische Solidaritätsbewegung mit Griechenland in Europa einen neuen Aufschwung erfahren. «Entweder hält [...] die Einheit der Bewegung – dann wird es möglich sein, eine Dialektik von

Anwendung und Widerstand in der Umsetzung der Vereinbarungen in Gang zu setzen. Oder sie zerbricht – womit dann die Hoffnung begraben wäre, wie sie in Griechenland, in Europa und sogar in der Welt aufgekommen war.»¹¹

UND NUN? PATENSCHAFTEN FÜR PROJEKTE

Im Jahr 2012 hat Syriza das soziale Netzwerk und den Fonds Solidarity4all («Solidarität für alle») gegründet. Solidarity4all will die Solidarstrukturen, die solidarische Ökonomie im weiten Sinne unterstützen und ausbauen – über ehrenamtliche Arbeit, angeworbene Spenden und Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutet insbesondere die Mitwirkung der Syriza-Mitglieder in den Projekten, ihre Vernetzungsarbeit, die Bereitstellung von Kommunikationstechnik, Räumen und Logistik, Finanzen oder die Organisation internationaler Solidaritätskampagnen mit der griechischen Bevölkerung. Bei alldem spielen linke KommunalpolitikerInnen eine Schlüsselrolle.¹² Die Solidaritätsstrukturen entscheiden selbst mit. Die Autonomie der Bewegung bleibt gewahrt.

Ideen und Pläne gibt es viele, etwa zur Arbeit von Energiegenossenschaften, insbesondere auf den bewohnten Inseln. Initiativen auf Sifnos, Rhodos und Kreta wollen diese energieautark machen und die Vorzüge der dezentral produzierten und genutzten Energie zeigen, schöpferische NachmacherInnen finden. Sie verweisen auf den «sparbedingten» Stillstand bei der Energiewende, werben für Crowdfunding für Solaranlagen über die Webseite Indiegogo¹³ und hoffen auf Syrizas Ökoflügel.¹⁴

In Leeds motivieren Aktive zu *twinnings* (Zwillingsgeschwisterschaft): Britische Projekte der solidarischen Ökonomie sollen ermutigt werden, sich Partner in der griechischen solidarischen Ökonomie zu suchen und diese direkt zu unterstützen.¹⁵ Medico international und Ärzte ohne Grenzen engagieren sich für Flüchtlingshilfen in Griechenland. ÄrztInnen, Solidaritätsgruppen in Deutschland und in anderen Ländern sammeln Spenden für Lieferungen von Pharmazeutika, medizinischen und anderen Hilfen an die griechischen Solidarstrukturen.

Um diese dringliche humanistische Unterstützung mit der Stärkung der solidarisch-emanzipativen Kräfte in der EU zu verknüpfen, müssen die Verteidigung und Mehrung der politischen Handlungsmöglichkeiten der griechischen Linken, auch und insbesondere in den Gremien und Verwaltungen, den gemeinsamen Fokus bilden. Das bedeutet einzutreten für sozial gerechte Schuldenstreichungen, für deutsche Reparationszahlungen für die im Zweiten Weltkrieg eingetribenen Tribute und die von der deutschen Besatzung in Griechenland verübten Morde und Verwüstungen, für den Transfer der Gläubiger-Gewinne aus der «Griechenland-Krise» (insbesondere Zinsgewinne) an Griechenland. Das bedeutet zugleich die von den Herrschenden gewollte platte, wortwörtliche Umsetzung der Vereinbarung vom 13. Juli 2015 zu verhindern. Das ist die Bedingung dafür, dass Öffentliches erhalten und demokratisiert, demokratische, soziale und ökologische Standards verteidigt und gehoben werden können. Das ist auch die Voraussetzung dafür, dass die lokalen und regionalen Ressourcen für eine solidarische Erneuerung und Transformation der Gesellschaft und ihrer Wirtschaft erschlossen und zur Wirkung gebracht werden können. Es geht jetzt um die elementare Grundlage dafür, dass Menschen und ihre Institutionen solidarisch und demokratisch handeln können. «Der Unterschied, den [...] Syriza machen kann, liegt in der Partizipation.»¹⁶ Gelingt es den

emanzipatorischen Kräften nicht, die solidarische Ökonomie in Griechenland zu verteidigen und auszuweiten, werden auch die Möglichkeitsräume für solche Praxen in der EU insgesamt immer enger.

Judith Dellheim ist Mitarbeiterin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ Vgl. Candeias, Mario/Völpel, Eva: Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg 2014. ² Vgl. Solikon2015 – Kongress Solidarische Ökonomie und Transformation, 10.–13.9.2015, TU Berlin, unter: www.solikon2015.org/de. ³ Konzept Solikon2015, unter: www.solikon2015.org/de/konzept-solikon2015. ⁴ Ebd. ⁵ Vgl. Dellheim, Judith: Solidarisch wirtschaften, um eine solidarische Gesellschaft zu ermöglichen, 2013, unter: www.academia.edu/2507314/Solidarisch_wirtschaften_um_eine_solidarische_Gesellschaft_zu_erm%C3%B6glichen und Dellheim, Judith: Ein (weiteres) Diskussionsangebot zur Solidarischen Ökonomie, 27.3.2012, unter: <http://ifg.rosalux.de/2012/03/27/ein-weiteres-diskussionsangebot-zur-solidarischen-okonomie/>. ⁶ Es gehört zu den Vorzügen des Solikon2015-Konzepts, keinen Gegensatz zwischen der Bewegung der solidarischen Ökonomie und den Commons/Gemeingüter-Bewegungen zu konstruieren. Das ist leider nicht selbstverständlich. ⁷ Paraskevopoulos, Theodoros: Raum, Zeit – und Gefahr. Gibt es ein Leben nach dem Kompromiss von Brüssel?, in: Deutsch-Europa gegen SYRIZA # This Is A Coup, Dossier der Tageszeitung neues deutschland, Berlin 2015, S. 26–27. ⁸ Das Treffen der Projekte sollte vor allem Kooperationsmöglichkeiten untereinander, mit dem öffentlichen Sektor, mit den Linken in den Verwaltungen diskutieren, organisieren beziehungsweise helfen, sie wirksamer zu gestalten. ⁹ Vgl. solidarity4all: Solidarität mit Griechenland. Hoffnung schaffen gegen Angst und Zerstörung, eine Beilage des Netzwerks www.solidarity4all.gr, unterstützt von der Tageszeitung neues deutschland, 2015, S. 8–9. ¹⁰ Dellheim, Judith: Commons und die Kliniken der Solidarität, in: Atlas der Globalisierung von Le Monde Diplomatique, Weniger wird mehr, Berlin 2015, S. 150–152. ¹¹ Balibar, Etienne/Mezzadra, Sandro/Wolf, Frieder Otto: Das Dilemma von SYRIZA. Der «lange Marsch» für ein demokratisches und solidarisches Europa ist nicht am 13. Juli in Brüssel zu Ende gekommen, in: Deutsch-Europa gegen SYRIZA # This Is A Coup, Dossier der Tageszeitung neues deutschland, Berlin 2015, S. 54–55. ¹² Vgl. solidarity4all. ¹³ Vgl. Stefan, Anke: Mit der Sonne aus der Krise. Greenpeace Griechenland sammelt Geld für Photovoltaik-Anlagen, in: neues deutschland, 8./9.8.2015, S. 8. ¹⁴ Vgl. Mihai, Silviu: Sonne und Wind in der Warteschleife. Das Projekt einer dezentralen und sozial nachhaltigen Energiewende kann Griechenland nur umsetzen, wenn sich die Wirtschaft des Landes erholt, in: Neue Energie 7/2015, S. 62–65. ¹⁵ Vgl. Plan C: Plan C Leeds – Solidarity with Greece: Twinning Against Austerity, Beitrag vom 22.7.2015, unter: www.weareplanc.org/event/plan-c-leeds-solidarity-with-greece-twinning-against-austerity/. ¹⁶ Paraskevopoulos: Raum, Zeit – und Gefahr, S. 27.

SOLIDARITÄT SCHAFFT KRAFT UND BRAUCHT AUCH SPENDEN

Spenden für Solidaritätskampagnen

über solidarity4all: www.solidarity4all.gr via
http://greesolidarity.org/?page_id=1112
www.facebook.com/sol4all

Vio.Me.Seife, Naturseife aus der selbstverwalteten Fabrik

bestellen über *neues deutschland*, Shop
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel. 030 29781654, shop@nd-online.de

Spenden für Flüchtlingsprojekte

via medico international
Konto: 1800 Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822

TSAFRIR COHEN UND KATJA HERMANN

QUO VADIS ISRAEL? QUO VADIS PALÄSTINA?

ZUR AKTUELLEN KRISE IN ISRAEL UND PALÄSTINA
UND MÖGLICHEN LÖSUNGSANSÄTZEN

Seit Wochen eskaliert die Gewalt in den Palästinensischen Gebieten und in Israel. Seit Anfang Oktober sind mindestens 64 PalästinenserInnen und neun Israelis getötet worden, viele Hundert wurden verletzt und verhaftet. Menschen auf beiden Seiten der Mauern und Zäune leben in Angst und fragen sich, ob eine dritte Intifada bevorsteht. Deeskalation ist das Gebot der Stunde, doch die Wiederherstellung des Status quo wird kaum aus der Krise führen. Denn solange keine gerechte Lösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt gefunden wird, die ein Ende der Besatzung, Freiheit und Selbstbestimmung der PalästinenserInnen zur Grundlage hat und die Sicherheit aller Menschen in Israel und Palästina gewährleistet, sind Gewalt und die Erosion demokratischer Grundwerte auf beiden Seiten vorprogrammiert. Katja Hermann, Leiterin des Regionalbüros Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Tsafir Cohen, Leiter des Israel-Büros der Stiftung, zeichnen die innerisraelischen und -palästinensischen Diskurse nach und fragen nach Lösungsansätzen.

QUO VADIS PALÄSTINA?

Von Katja Hermann

Wenn von der dramatischen eskalierenden Gewalt im palästinensisch-israelischen Konflikt die Rede ist, dann fehlen in der Darstellung oft Hinweise auf die Hintergründe. Die tagtägliche Gewalt, der die palästinensische Bevölkerung ausgesetzt ist, bleibt meist unbeachtet, ebenso die jahrzehntelange Besatzung, deren Strukturen und Auswirkungen bekannt sind: Entrechtung und Enteignung, gewalttätige Übergriffe, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren sowie weitreichende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Westjordanland bis hin zum kompletten Einschluss im Gazastreifen, um nur einige Aspekte zu nennen.

EIN HALBES JAHRHUNDERT UNTER BESATZUNG

Insbesondere die Siedlerbewegung hat sich in den letzten Jahren stark radikalisiert und führt immer brutalere Angriffe auf PalästinenserInnen durch. Die BewohnerInnen Jerusalems sowie der ländlichen Gebiete sind diesen Attacken schutzlos ausgeliefert. Die Siedlerbewegung kann seit Jahrzehnten nicht nur auf die Unterstützung aller israelischen Regierungen bauen, sie weiß sich auch durch den gesellschaftlichen Mainstream legitimiert. Seit dem Sommer häufen sich die Aktivitäten radikaler SiedlerInnen im Umfeld des Haram

Al-Scharif (Tempelberg) in Jerusalem, was die ohnehin angespannte Lage in diesem Teil der Stadt weiter angeheizt hat. Wegen der großen religiösen Bedeutung, die der Ort für viele PalästinenserInnen hat, spielt die Auseinandersetzung um Jerusalem in der derzeitigen Eskalation eine wichtige mobilisierende Rolle. Doch ist der Konflikt im Kern kein religiöser Konflikt. In seinem Zentrum steht die seit einem halben Jahrhundert andauernde Besatzung von Westjordanland, Gazastreifen und Ost-Jerusalem. Obwohl die Besatzungssituation auf israelischer Seite in «ruhigen» Zeiten verdrängt wird, und obwohl die internationale Gemeinschaft die politische Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Konfliktes scheinbar aufgegeben und Palästina im Wesentlichen zu einer entwicklungspolitischen Herausforderung degradiert hat – das Leiden unter der Besatzung und die Suche nach einem Weg, diese zu beenden, bleibt das zentrale Momentum in der palästinensischen Gesellschaft. Die derzeit täglichen Proteste palästinensischer Jugendlicher und junger Erwachsener sind der Aufschrei einer Generation, die tief frustriert und ohne Hoffnung ist. Das Gleiche gilt für die zumeist jugendlichen PalästinenserInnen, die im Alleingang und mit Messern bewaffnet Israelis angreifen. Angesichts der Übermacht Isra-

els, gescheiterter Verhandlungen, einer schwachen palästinensischen Führung sowie des Fehlens jeder realistischen Aussicht auf Veränderung sehen sie keine andere Option als den Kampf auf der Straße und an den Checkpoints.

DIE SUCHE NACH STRATEGIEN

Die PalästinenserInnen haben in den Jahrzehnten seit Beginn der Besetzung 1967 viele unterschiedliche Widerstandsstrategien eingesetzt. Nach Jahren des zunächst militanten Kampfes und später des gewaltfreien Widerstandes haben sie mehr als 20 Jahre lang an politischen Verhandlungen, allen voran am Oslo-Prozess, teilgenommen. Ihr Ziel war die Gründung eines eigenen, unabhängigen Staates neben Israel. Keine der Strategien hat es vermocht, dieses Ziel zu erreichen. Ganz im Gegenteil: Ungeachtet sämtlicher Vereinbarungen hat Israel den Oslo-Prozess genutzt, um Abkommen und Zeitpläne zu ignorieren und zu blockieren. Während dieser Zeit hat es systematisch weiter Land enteignet und den Bau von Siedlungen, Straßennetzen und Sperranlagen auf palästinensischem Gebiet fortgesetzt. Israel hat damit Fakten geschaffen, die mittlerweile der Entwicklung eines palästinensischen Staates – und damit der Zwei-Staaten-Lösung – buchstäblich im Wege stehen. Angesichts blockierter politischer Verhandlungen haben Teile der palästinensischen Zivilgesellschaft ihren Schwerpunkt auf den gewaltfreien Widerstand verlagert. Lokale Komitees organisieren vor allem in den Dörfern regelmäßig Veranstaltungen und Demonstrationen. Zudem gewann die international vernetzte Boykottbewegung, die sich an dem Vorbild des südafrikanischen Widerstands orientiert, an Unterstützung. Dort hatte seinerzeit der African National Congress (ANC) zum Boykott politischer, ökonomischer, kultureller und akademischer südafrikanischer Einrichtungen aufgerufen, um ein Ende der Apartheid zu erwirken. Auf der offiziellen Ebene versucht die palästinensische Führung in den letzten Jahren mit der «Internationalisierung des Konflikts», ihren Druck auf Israel zu erhöhen. Die Aufwertung Palästinas zum UN-Beobachterstaat (2012), die formelle Anerkennung des Staates Palästina durch zahlreiche Staaten sowie der Beitritt zum Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofes (2015) sind Beispiele für politische Erfolge – Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Palästina haben sie nicht.

DIE AUTONOMIEBEHÖRDE – EIN TEIL DES PROBLEMS

So wichtig die Bemühungen um eine Internationalisierung des Konfliktes sind, sie sind der einzige Ansatz, den die palästinensische Führung in Ramallah verfolgt, um Bewegung in die Lage zu bringen. Selbst ein Ergebnis des Oslo-Prozesses, ist die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in hohem Maße von Israel sowie von internationalen Gebern abhängig; ihre Autorität und auch ihr Handlungsspielraum sind minimal. Über diverse Abkommen ist sie eng mit Israel verwoben. Insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit hat sich die PA über die Jahre zu einer technokratischen Behörde mit komplexem Eigenleben und Eigeninteressen entwickelt. Vor dem Hintergrund der fehlenden demokratischen Verfasstheit der PA – seit Jahren regiert der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas praktisch im Alleingang, ohne demokratisches Mandat, ohne Parlament und ohne Wahlen – ist in ihrem Umfeld ein System von Klientelismus und Korruption entstanden, das bestimmten Gruppen Zugang zu Privilegien verschafft, den allermeisten Menschen aber keine Perspektive bietet. Die früher so starke und kritische palästi-

nensische Zivilgesellschaft ist größtenteils in geberfinanzierten NGOs kooptiert. Die verbleibenden unabhängigen Stimmen müssen mit harten Restriktionen rechnen, sowohl von israelischer als auch palästinensischer Seite. Während die palästinensische Straße und viele KritikerInnen schon lange fordern, die Oslo-Abkommen für null und nichtig zu erklären und vor allem die Sicherheitskoordination mit Israel zu beenden, hat sich Abbas jahrelang auf die Rolle des verlässlichen Partners konzentriert und an Verhandlungen mit Israel festgehalten, als die Mehrheit der PalästinenserInnen und der internationalen BeobachterInnen diese längst für gescheitert erklärt hat. Wenn Abbas in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Ende September nun erstmalig erklärte, sich nicht länger an die Osloer Verträge gebunden zu fühlen, ist das ein deutliches Signal, dass seine und die Geduld der PalästinenserInnen zu Ende gehen.

DER AUFSTAND DER JUGEND

Trotz teils vehementer Kritik an der Autonomiebehörde und am Präsidenten scheut die Mehrheit der PalästinenserInnen eine offene Konfrontation. Sie weiß um die Abhängigkeit ihrer politischen Führung und unterscheidet klar zwischen dem Kern des Problems, der israelischen Besetzung, und den Folgeerscheinungen. In der Konsequenz bedeutet das aber, dass seit Jahren keine politische Partei, Bewegung oder Organisation für einen wirklichen Wandel zur Verfügung steht, die linken Kräfte eingeschlossen. Die Eliten des Landes haben sich in der Situation eingerichtet, für sie steht viel auf dem Spiel, und gerade die ältere Generation, die zwei Aufstände miterlebt hat, weiß um den Preis des aktiven Widerstands. Ganz anders verhält es sich mit der palästinensischen Jugend. Sie leidet am meisten unter den leeren Versprechungen von Oslo. Sie kann sich weder innerhalb der Palästinensischen Gebiete frei bewegen, noch kann sie nach Israel oder ins Ausland reisen. Ihre Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sind begrenzt, die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in der Altersklasse der 20–24-Jährigen 42 Prozent. Es sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die die Perspektivlosigkeit und Frustration der ganzen Gesellschaft nun auf die Straße tragen. Ihre Aktionen sind weder zentral organisiert noch gesteuert, und die Jugendlichen sind sehr darauf bedacht, sich nicht vom politischen Establishment vereinnahmen zu lassen. Dieser «Aufstand der Jugend» trifft gesellschaftsübergreifend und quer durch alle palästinensischen politischen Strömungen auf großes Verständnis und Unterstützung. Doch so nachvollziehbar der Aufstand der Jugend im Kontext von Besetzung und Stagnation ist, er ist keine politische Strategie und kann auch kein Ersatz für eine politische Lösung sein.

SIGNALE IN UNTERSCHIEDLICHE RICHTUNGEN

Die gegenwärtige Eskalation zeigt, wie zugespitzt die Situation der Besetzung ist. Das sollte ein Signal für Israel sein, dass die PalästinenserInnen nicht länger bereit sind, diese hinzunehmen. Sie ist ein ebenso deutliches Signal an die internationale Gemeinschaft, sich umgehend für eine gerechte und nachhaltige Lösung einzusetzen, die ein Ende der Besetzung sowie Freiheit und Selbstbestimmung der PalästinenserInnen zur Grundlage hat. Die Eskalation auf den Straßen und an den Checkpoints ist aber auch als Appell an die palästinensische Führung sowie an die gesamte palästinensische politische Szene zu verstehen, dass die Zeit der Stagnation und des Abwartens vorbei sein muss. Aufgaben gibt es viele: die Überwindung der langjährigen und unproduktiven Spal-

tung zwischen Fatah und Hamas, die von vielen Seiten geforderte demokratische Reform von Autonomiebehörde und PLO, die Auseinandersetzung mit innergesellschaftlichen Herausforderungen wie der wachsenden sozioökonomischen Fragmentierung und Entsolidarisierung. Damit wäre

die Grundlage geschaffen, um sich mit Fragen von Strategiebildung, Formen des Widerstandes und Prozessen des Wandels zu beschäftigen. Eine schwierige Herausforderung, aber notwendig, um den Kampf für Befreiung und Selbstbestimmung nicht der Jugend zu überlassen.

QUO VADIS ISRAEL?

Von Tsafir Cohen

Die Angst geht um in Israel. Diesmal ist es nicht die Angst vor Raketen aus dem Gazastreifen, sondern eine Angst, die an die Zweite Intifada 2000–2005 erinnert. Zwar sind es diesmal nicht in erster Linie Bomben, sondern Messerangriffe, doch genauso wie Bomben entfalten diese ihre Wirkung, denn sie können jeden treffen, auf dem Markt, auf dem Weg zur Schule oder von der Arbeit. Die Angst lässt die Menschen zweimal überlegen, ob sie einkaufen gehen. Restaurants und Geschäfte vermelden bereits sinkende Umsätze. Diese Angst eint heute alle Israelis. Denn zu der Angst der jüdischen Israelis, angegriffen zu werden, gesellt sich die Angst der palästinensisch-arabischen Minderheit und der MigrantInnen vor allem aus den Ländern südlich der Sahara, nicht nur beschimpft, sondern fälschlicherweise für einen Täter gehalten und von aufgebracht Menschen getötet zu werden.

Da die Gefahr überall im öffentlichen Raum lauert, suchen viele die Gemeinschaft in den sozialen Medien. Doch die sozialen Medien erweisen sich auch als ideale Plattformen für die Folgen der Angst. In Zehntausenden Chats leben Menschen ihre Hass- und Rachefantasien aus, fordern Selbstjustiz und Bewaffnung von ZivilistInnen. Den Worten folgen Taten. Arabische Geschäfte werden boykottiert, der Verkauf von Kleinwaffen erreicht Rekordhöhen, arabische ArbeiterInnen und Angestellte werden von ihren Arbeitsplätzen entfernt. Und dann kommt es tatsächlich zu einer Lynch-Tat: Als ein israelischer Beduine in der Negev-Metropole Be'er Scheva einen Soldaten erschießt, verletzen Sicherheitskräfte einen unbeteiligten eritreischen Flüchtling, die herbeigeeilte Menschenmenge schlägt auf den am Boden liegenden Verletzten ein. An einem anderen Ort sucht ein jüdischer Israeli einen Araber, um ihn zu töten, und greift einen orientalisches aussehenden Mann an. Später stellt sich heraus, dass der Verletzte jüdischer Israeli ist.

NETANJAHUS POLITIK:

EINDÄMMUNG UND HURRA-PATRIOTISMUS

Die Grundannahme der Regierungskoalition des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahus ist, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht lösbar ist, da eine Einigung für die israelische Regierung inakzeptable Kompromisse notwendig machen würde: ein Ende der Kontrolle über die PalästinenserInnen und den Rückbau der jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Deshalb möchte sie an ihrer bisherigen Politik festhalten, sprich der Ausweitung der Siedlungen und der vertieften Kontrolle über die PalästinenserInnen. Jede Verschärfung des Konflikts würde jedoch unberechenbare Folgen haben und den internationalen Druck auf Israel erhöhen, Kompromisse einzugehen. Deshalb ist die Netanjahu-Regierung bemüht, die Krise nicht durch übermäßig gewaltsame Reaktionen der israelischen Sicherheitskräfte zu verschärfen. Gleichzeitig möchte sie verhindern, dass

eine alternative Politik, die einen Kompromiss mit den PalästinenserInnen für möglich hält, an Unterstützung gewinnt. Deshalb verfolgt Netanjahu neben der Eindämmungspolitik gegenüber den PalästinenserInnen eine nach innen und ans Ausland gerichtete Politik der Angst. Sie dient dazu, einen solchen Kompromiss als Chimäre darzustellen. Zu diesem Zweck spricht Israels Regierung der palästinensischen Seite jegliches nachvollziehbare Handeln ab. Die PalästinenserInnen würden aus purem Hass und völlig irrational agieren. Dieses Denken gipfelte in Premier Netanjahus abstruser These, die PalästinenserInnen seien die treibende Kraft bei der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden gewesen. Nach dieser Logik hat die israelische Politik keine Möglichkeit, die Situation grundlegend zu verändern, denn auch ein Rückzug aus den besetzten Gebieten würde den irrationalen Hass gegen Israel nicht beenden. Parallel dazu schürt die Koalition den jüdischen Nationalismus und den Hurra-Patriotismus als bewährte Mittel gegen die Vision einer friedlichen Koexistenz: So ruft etwa Jerusalems Bürgermeister die Zivilbevölkerung dazu auf, Waffen zu tragen. Andere regierungsnahen Kreise geben die Devise aus, bei Verdacht sofort zu schießen und erst nachher die tatsächlichen Sachverhalte zu eruieren.

DIE OPPOSITION

Den scheinbaren Widerspruch zwischen Eindämmungspolitik und Hurra-Patriotismus greifen die lautesten KritikerInnen der Regierung, die aus ultrarechten Kreisen in und außerhalb der Koalition kommen, auf. Sie verlangen als logische Konsequenz aus dem innenpolitischen Diskurs konsequentere Schritte gegen die PalästinenserInnen. Dies beginnt mit der Forderung nach dem Abriss aller ohne Genehmigung gebauten Gebäude in Ostjerusalem – wovon etwa vierzig Prozent der palästinensischen Bevölkerung der Stadt betroffen wären, da die Stadtverwaltung PalästinenserInnen kaum Baugenehmigungen erteilt – und endet mit der offenen Androhung einer zweiten Nakba (die Flucht und Vertreibung von etwa 700.000 AraberInnen aus dem heutigen Israel 1947–1949), also der Massenvertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Die Hauptopposition um das Zionistische Lager, der Allianz aus Arbeitspartei und der Mitte-Links-Partei Ha-Tnu'a, war hingegen schon in friedlicheren Tagen nicht in der Lage, eine Alternative zur Koalition der Rechten und Rechtsaußen darzustellen. Einen kohärenten Vorschlag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts macht sie nicht. Stattdessen wirft sie der Regierung mangelnde sicherheitspolitische Durchsetzungsfähigkeit vor.

DIE BESATZUNG – KEIN THEMA IN ISRAEL

Auch in den israelischen Massenmedien spiegelt sich das Fehlen einer politischen Alternative wider. In endlosen Nachrichtensendungen und Talkrunden diskutieren die Beteiligten

die Einzelheiten der Angriffe, erörtern ExpertInnen und PolitikerInnen – oft mit militärischem Fachwissen angereichert – Schritte zur Überwindung der Lage. Dabei verschwindet der Unterschied zwischen Berichterstattung und Kommentar völlig. In diesen patriotischen Zeiten wird Dissens komplett vermieden. VertreterInnen der vor allem vom jüdischen Bildungsbürgertum gewählten Partei Meretz, die die fortwährende Besatzung als den Grund für den jetzigen Gewaltausbruch benennen, sowie die wenigen VertreterInnen des linken Flügels der Arbeitspartei werden von den Massenmedien boykottiert. Damit entsteht in der israelischen Öffentlichkeit keine Diskussion über die tatsächlichen Verantwortlichkeiten für die jetzige Lage. Die Besatzung kommt in keiner der Analysen vor, die der Öffentlichkeit präsentiert werden. Auch die schleichende Verdrängung der PalästinenserInnen aus Ost-Jerusalem ist kein Thema, obwohl sie der unmittelbare Beweggrund für die aktuellen Angriffe ist. Die Eskalation wirkt so auf die israelischen BürgerInnen fast zwangsläufig als Ausbruch irrationalen Hasses der PalästinenserInnen, die lediglich mit Gegenmaßnahmen sicherheitstechnischer Art beantwortet werden kann.

Eine dissonante Stimme gibt es jedoch im israelischen Diskurs, und zwar die der palästinensisch-arabischen Minderheit in Israel, die etwa zwanzig Prozent der israelischen Bevölkerung ausmacht. Ihre Mitglieder sind gleichberechtigte StaatsbürgerInnen Israels, werden aber zugleich stark benachteiligt. Diese Minderheit wird vor allem von der Gemeinsamen Liste vertreten, ein Zusammenschluss der linken, sozialistischen Chadasch mit Balad, einer palästinensischen nationalen Partei, sowie einem Parteienbündnisses. Die Gemeinsame Liste erhielt bei den Wahlen 13 der 120 Mandate in der Knesset und wurde damit drittstärkste Partei Israels. Vor allem ihr Vorsitzender Ayman Odeh von Chadasch vermag es, seine Empathie für alle Opfer zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig stellt er fest, dass es unmöglich sei, ein Volk unter Besatzung zu halten, und dass der Weg zu mehr Sicherheit für alle nur über die Lösung des Konflikts führt. Dennoch, so linke BeobachterInnen wie der Historiker Gadi Algazi, kommt seine Botschaft nicht an. Im Kontext des gegenwärtigen israelischen Diskurses nimmt die jüdische Mehrheitsgesellschaft ihn nicht als einen linken Politiker mit einer alternativen Vision wahr, sondern als palästinensische Stimme, der jede Glaubwürdigkeit abgesprochen wird. Die Gemeinsame Liste wollte jedoch nicht allein Israels arabisch-palästinensische Minderheit vertreten, sondern – auch wenn sie nur von wenigen Tausend jüdischen Israelis, die an Chadasch angebunden sind, gewählt wurde, darunter radikale, anti- und postzionistische Linke – ausdrücklich ein politisches Angebot für die gesamte israelische Gesellschaft, für ein Ende der Besatzung und für mehr soziale Gerechtigkeit anbieten. Auch diese Botschaft kommt heute kaum an. Offizieller Ausdruck dafür, dass Israels palästinensisch-arabische Minderheit nicht zum Staatsvolk gehört, war Premier Netanjahus Entschluss, den Vorsitzenden der drittgrößten Partei in der Knesset nicht zu Beratungen mit den Oppositionsparteien einzuladen. Damit droht die fragile, kostbare arabisch-jüdische Koexistenz innerhalb Israels, langfristig der Eskalation zum Opfer zu fallen. Dies ist umso schmerzhafter, als die arabisch-palästinensische Minderheit gerade in den letzten Jahren eine sich vertiefende Integration in allen Bereichen der Gesellschaft erlebt, gepaart mit einem wachsenden Selbstbewusstsein als indigene Minderheit. Damit wuchs auch ihr Potenzial, eine Brückenfunktion zwischen den PalästinenserInnen unter Besatzung in der Westbank und

dem Gazastreifen und den jüdischen Israelis wahrzunehmen. Doch je stärker sich die arabisch-palästinensische Minderheit emanzipierte, desto vehementer wurde sie von reaktionären Kräften als «Fremdkörper» angefeindet. Als Reaktion hierauf und auf die fortwährende Benachteiligung sowie mitunter auch als Folge ihres gestärkten Bewusstseins als PalästinenserInnen greifen nun zum ersten Mal gewaltbereite, junge israelische PalästinenserInnen jüdische MitbürgerInnen, zumeist mit Messern bewaffnet, an. Umso kostbarer sind die wenigen Momente, in denen jüdisch-palästinensische Solidarität zum Vorschein kommt, etwa bei einer Demonstration in Jerusalem für eine andere Zukunftsvision Mitte Oktober. Dort standen zweitausend Menschen, vereint unter den Slogans «Ohne Hass und Angst – gemeinsam demonstrieren!» und «Araber und Juden weigern sich, Feinde zu sein!», und lauschten den Worten eines palästinensischen Rappers, eines ultraorthodoxen Juden und von Eltern einer jüdisch-arabischen Grundschule, die alle auf ihre Weise für die Möglichkeit der Koexistenz plädierten. Dennoch: Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate sind untrügliche Zeichen für eine besorgniserregende Erosion der demokratischen und zivilen Strukturen der israelischen Gesellschaft.

LINKE STRATEGIEN?

Die Mehrheit der ehemals Friedenswilligen glaubt heute ihren politischen FührerInnen, dass die PalästinenserInnen keinen Frieden wollen. Sie sind einer politischen Elite gefolgt, die in Friedensverhandlungen eingetreten war, vorgeblich bereit, «schmerzhaft» Kompromisse einzugehen, und Schritte wie den Rückzug aus dem Gazastreifen «gewagt» hatte. Ihre mangelnde Bereitschaft, tatsächlich eine tragfähige Zweistaatenlösung zu ermöglichen und damit die Kontrolle über die PalästinenserInnen aufzugeben, und ihre Angst, die Wut der stärksten Lobby Israels, der Siedlerbewegung, auf sich zu ziehen, kaschierten die politischen FührerInnen von Likud, Kadima oder Arbeitspartei stets mit Schuldzuweisungen an die palästinensische Seite. Israel bleibe folglich als einzige vernünftige Option die Einhegung des Konflikts in seinem jetzigen Zustand mit möglichst wenigen Opfern auf der eigenen Seite. Damit beherrscht die Politik der Angst die israelische Öffentlichkeit uneingeschränkt. Ein Teufelskreis, da die PalästinenserInnen eine fortwährende Besatzung – zumal diese mit einer schleichenden Verdrängung der PalästinenserInnen in dichtgedrängte Enklaven einhergeht – kaum akzeptieren können. Die israelische Linke hat momentan schlicht keine Strategie, um dieser hegemonialen Logik zu begegnen, eine glaubwürdige Alternative zu präsentieren und so die Dominanz der Politik der Angst im innerisraelischen Diskurs zu brechen.

Katja Hermann leitet das Regionalbüro Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah. Tsafir Cohen ist Leiter des Israel-Büros der Stiftung in Tel Aviv.

GERHARD DILGER/JÜRGEN VOGT

STICHWAHL IN ARGENTINIEN: RECHTSRUCK IN SICHT

In Argentinien ist eine konservative Wende nicht mehr aufzuhalten. Im Endspurt des Kopf-an-Kopf-Rennens um die Präsidentschaft hat der rechtsliberale Kandidat Mauricio Macri Oberwasser – vor der Stichwahl am 22. November lehrt der Unternehmersohn und Bürgermeister von Buenos Aires den Peronisten Daniel Scioli von der Regierungsbündnis «Front für den Sieg» (*Frente para la Victoria*) das Fürchten. Die Ära der Linkspersonen Néstor Kirchner (2003–07) und Cristina Fernández de Kirchner (2007–15) geht dem Ende entgegen – denn selbst ein Sieger Scioli würde einen Kurswechsel einleiten. Ein Sieg Macris wäre darüber hinaus ein harter Schlag für die «progressiven» Regierungen in der gesamten Region.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 25. Oktober endete mit einer faustdicken Überraschung: Favorit Scioli verpasste mit 37,1 Prozent nicht nur den in vielen Umfragen vorhergesagten K.-o.-Sieg – über 40 Prozent bei mindestens 10 Punkten Vorsprung auf Macri, der auf 34,2 Prozent kam –, sondern wurde unversehens zum Außenseiter degradiert. Die meisten Stimmen für die übrigen vier KandidatInnen können nämlich auch als Kritik an der Regierungspolitik von Cristina Fernández de Kirchner (CFK) gedeutet werden: Bei einer Wahlbeteiligung von gut 81 Prozent und wenigen Enthaltungen kamen die konservativen Peronisten Sergio Massa und Adolfo Rodríguez Saá auf 21,4 bzw. 1,6 Prozent der «gültigen» Stimmen, der Trotzkie Nicolás del Caño auf 3,2, die Linksliberale Margarita Stolbizer gar nur auf 2,5 Prozent.

«Heute hat sich die politische Landschaft verändert», verkündete ein strahlender Mauricio Macri an jenem Wahlabend. Noch vor vier Jahren hatte es ganz anderes ausgesehen: Damals siegte CFK mit gut 54 Prozent im ersten Wahlgang, dem besten Ergebnis seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1983. Als sie am 10. Dezember 2011 ihre zweite Amtszeit antrat, stand sie im Zenit ihrer Macht und Popularität.

ZUR MENSCHENRECHTSBILANZ DES KIRCHNERISMO

Néstor Kirchner und seine Frau Cristina haben das Argentinien der 2000er Jahre ebenso wie den südamerikanischen «Linksruck» nachhaltig mitgeprägt. Im Mai 2003, gar nicht so lange nach dem wirtschaftlichen und sozialen Bankrott des Landes um die Jahreswende 2001/02, war Carlos Menem, der schillernde peronistische Staatschef der neoliberalen

1990er Jahre, nicht zur Stichwahl gegen Kirchner angetreten.

Damit begann die Kirchner-Ära so überraschend und unorthodox, wie sie jahrelang weiterging, mit allerhand innen- und außenpolitischen Polarisierungen, Cristinas erstem rauschenden Wahlsieg 2007, dem Tod durch Herzinfarkt des gerade 60-jährigen Néstor 2010¹ und schließlich CFKs Scheitern, einen Nachfolger für ihr linksperonistisches, «national-populäres» Projekt aufzubauen.

Anstatt die Polizei auf Streikende oder StraßenblockiererInnen zu hetzen, wie dies seine Vorgänger getan hatten, ging Néstor auf die rebellische Basis mit Sozialprogrammen zu. Auch wenn ihre unorthodoxe, protektionistische Wirtschaftspolitik seit 2003 quer zum marktwirtschaftlichen Einheitsdenken steht und dementsprechend eine schlechte Presse hat: Heute steht Argentinien sozial und wirtschaftlich bedeutend besser da als vor zwölf Jahren. Zudem haben die Kirchners der Menschenrechtspolitik einen breiten Raum eingeräumt.

Der «Pinguin» aus der patagonischen Provinz Santa Cruz legte sich mit den Gläubigern und dem Internationalen Währungsfonds an, reformierte den Obersten Gerichtshof, wechselte die Armeeführung aus und trieb die Aufarbeitung der Militärdiktatur (1976–83) konsequenter voran als all seine KollegInnen aus den Nachbarländern zusammen. Dabei arbeiteten Exekutive, Legislative und Judikative enger denn je zusammen.

Nicht nur Militärs, sondern auch Justizangestellte, Mitglieder der katholischen Kirche oder UnternehmerInnen wurden vor Gericht gestellt. Auch wenn die Mühlen der Justiz langsam mahlen: Im März 2015, zum 39. Jahrestag des Putsches, waren 136 Diktatur-Prozesse abgeschlossen, ebenso

viele eingeleitet. 563 von 613 Angeklagten wurden verurteilt, 52 Prozent waren inhaftiert, 40 Prozent standen unter Hausarrest, 8 Prozent befanden sich auf der Flucht.

Durch extensive Sozialprogramme, eine Rückverstaatlichung der Altersvorsorge und die Erhöhung der Kaufkraft verbesserte sich das Leben von Millionen. Auch die Gesetze über Migration, mentale Gesundheit, die Homoehe, umfassenden Schutz der Frauen oder das umstrittene Mediengesetz von 2009, mit dem sich CFK mit dem mächtigen Clarín-Konzern anlegte, hatten die «Ausweitung von Rechten zur Folge», schreibt Gastón Chillier, der Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation CELS,² allerdings gebe es Probleme bei der Umsetzung. Und nicht nur das.

Seit 2010 ist zudem ein zunehmend repressives Vorgehen der Polizeikräfte bei sozialen Protesten festzustellen, die Antiterrorgesetzgebung wurde Ende Dezember 2011 klammheimlich verschärft. Eine dringend nötige Polizeireform blieb aus, in Gefängnissen und auf Polizeistationen sind Folterungen an der Tagesordnung, betroffen sind davon ausschließlich die Armen. Trotz mancher Bemühungen leiden die sozial Schwachen unter dem erschwerten Zugang zu Land und Wohnraum. Schließlich werden die Anliegen indigener Völker, die sich gegen Landraub und extraktive Großprojekte wehren, von der Regierung systematisch ignoriert.³

EXTRAKTIVISMUS ALS KONSTANTE

Carlos Menem sagte einmal: «Kirchner hat Glück und Soja.» Tatsächlich zogen die Preise für Öl, Erze, Metalle und Agrarprodukte ab den Jahren 2005 und 2006 kräftig an. Allen voran stieg der Sojapreis jährlich auf immer neue Rekordmarken. Und Argentinien hatte die besten landwirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen, um in großem Stil in den Sojaanbau einzusteigen: fruchtbarer Boden, Wasser, massiver Einsatz von Gensaatgut, Pestiziden, Insektiziden und Herbiziden. Direktaussaat wurde zum magischen Begriff: Ohne die Ackerkrume umzubringen, wird das Saatgut direkt in den Boden gepflanzt. Für eine «saubere» Oberfläche sorgt das Pflanzenvernichtungsmittel Glyphosat.

Heute ist die Anbaufläche für Soja auf rund 22 Millionen Hektar angewachsen und macht damit zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Die jährliche Ernte pendelt um die 50-Millionen-Tonnen-Marke. Über 90 Prozent der Ernte gehen in den Export. Dabei schöpft der Staat mit einer 35-prozentigen Exportsteuer, anders als in sämtlichen Nachbarstaaten, kräftig beim Erlös ab.

Ein großer Teil dieser Steuereinnahmen floss in staatliche Subventionen für öffentlichen Transport, Strom, Gas und Wasser, in Sozialprogramme, aber auch in die Förderung des privaten Konsums. Doch seit dem Erreichen des Höhepunkts von knapp über 600 Dollar pro Tonne Sojabohnen im Jahr 2012 ist der Weltmarktpreis nahezu kontinuierlich auf gegenwärtig rund 300 Dollar gefallen. Für den argentinischen Fiskus bedeutet dies einen immensen Einnahmeverlust.

Es gibt keine offiziellen Zahlen darüber, wie viele Arbeitsplätze durch den großflächigen Einsatz der Direktsaat in der Landwirtschaft weggefallen sind. Die Migration vom Land in die Stadt, genauer gesagt in die Armutsgürtel um die großen Städte herum, wurde auch in der Kirchner-Ära nicht gestoppt. Die sozialen Folgen beschränken sich jedoch nicht nur auf den Verlust von Arbeitsplätzen und Abwanderung.

Das gentechnisch immer weiter modifizierte Saatgut macht die Verschiebung der Anbaugrenzen nach Norden möglich. Landkonflikte haben in den nördlichen Provinzen

Santiago del Estero, Chaco, Formosa und Salta zugenommen. Luftaufnahmen zeigen, wie sich die Sojamonokultur in die letzten Urwaldgebiete Argentinien frisst. Und die gesundheitsschädigenden Auswirkungen dieser industriellen Form der Landwirtschaft sind verheerend.⁴ «Hier hat sich eine neue Bourgeoisie herausgebildet, die Ländereien in der Größe zwischen 1.000 und 10.000 Hektar zusammenpachtet und im Verbund mit aggressiven Multis wie Monsanto oder Bayer ein Entwicklungsmodell auf dem Land propagiert, das über die Produktion von *commodities* Einkommen erwirtschaftet», sagt der Mediziner Medardo Ávila.⁵

Es ist dieser «Rohstoff-Konsens», den die argentinische Soziologin Maristella Svampa für ganz Lateinamerika feststellt,⁶ der sich auch im Argentinien der Kirchner-Ära durchgesetzt hat und der sich neben dem Agrobusiness auf alle Bereiche der Ausbeutung natürlicher Ressourcen erstreckt, sei es im Bergbau, bei der Ölförderung, im Fracking oder in der Forstwirtschaft. Nach wie vor fällt Argentinien – wie auch den anderen Staaten Lateinamerikas – in der internationalen Arbeitsteilung die Rolle des Rohstofflieferanten zu.

Sowohl Macri als auch Scioli würden diesen Kurs fortsetzen. Trotz eines skandalösen Zyanid-«Unfalls» in der Provinz San Juan Ende September⁷ stand das extraktivistische Wirtschaftsmodell⁸ auch im Wahlkampf nicht zur Disposition.

DAS AUTORITÄRE ERBE DES PERONISMUS

Ohne den Rückgriff auf Juan Domingo Perón (1895–1974), Militär, dreifacher Präsident, Populist und Caudillo mit Gespür für die sozialen Bedürfnisse der Arbeiterklasse, aber auch Sympathisant von Mussolini und Hitler⁹, ist das politische System Argentinien nicht zu verstehen. Die peronistische Partei trägt den offiziellen Namen *Partido Justicialista* (PJ) – Gerechtigkeitspartei. Seit dem Tod des politischen Übervaters streiten sich die Nachfolger darum, was Peronismus ist.

Die PJ ist keine Partei nach europäischem Muster. Es gilt das vertikale Führungsprinzip, Personen waren schon immer wichtiger als Parteiprogramme. Wer oben steht, wird ausgekungelt, offene Debatten oder Parteitage, auf denen Delegierte das Führungspersonal wählen, sind ihr fremd. Daraus resultieren die verschiedensten politischen Strömungen von links bis rechts mit ihren jeweiligen Anführern, die sich um Einfluss und Macht streiten. Bündnisse werden eingegangen und aufgelöst, Wechsel von einer Strömung zu einer anderen sind an der Tagesordnung.

Was die PeronistInnen vor allem zusammenhält, ist ein ausgeprägter Pragmatismus und der Wille zur Macht. Der Führungsperson, die den Sprung an die Macht schafft, ordnen sich fast alle unter. Dieser strukturelle Autoritarismus macht aber Kontinuitäten mit sanften Übergängen fast unmöglich.

Mit ihrem zweiten Wahlsieg 2011 hatte CFK ihre dominierende Rolle innerhalb des Peronismus unterstrichen. Partei-internen Widersachern war vorerst der Wind aus den Segeln genommen, auch weil es ihre vorerst letzte Amtszeit sein würde – die Verfassung erlaubt nur eine Wiederwahl in Folge, die für eine Verfassungsänderung nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress sollte bei den Parlamentstiewahlen 2013 errungen werden.

Doch dieses Vorhaben scheiterte deutlich¹⁰ – vor allem weil sich die innerparteiliche Opposition um ihren ehemaligen Kabinettschef Sergio Massa und dessen «Erneuerungsfront» geschart hatte. In der seit 1987 von Peronisten und derzeit

noch von Scioli regierten Provinz Buenos Aires, wo ein Drittel aller Wahlberechtigten leben, kamen sie 2013 aus dem Stand auf 44 Prozent der Stimmen. Zwei Jahre später, am 25. Oktober 2015, verlor in der strategisch wichtigen Provinz der Kirchner-Vertraute Aníbal Fernández gegen María Eugenia Vidal, Macris Stellvertreterin im Bürgermeisteramt der Hauptstadt – ein Menetekel?

DANIEL SCIOLI – EIN PERONIST FÜR ALLE FÄLLE

Als der junge Rennbootfahrer Daniel Scioli bei einem Rennunfall im Dezember 1989 seinen rechten Arm verlor, soll ihn Carlos Menem in der Rehaklinik besucht und gesagt haben: «Daniel, die besten Tage kommen noch.» Menem hatte zweifellos ein Gespür für Talente, die einmal in der Lage sein könnten, Wahlen zu gewinnen. So lockte er noch mehr illustre Gestalten in den Peronismus: den Formel-1-Fahrer Carlos Reutemann (zweifacher Gouverneur der Provinz Santa Fe; 1991–95, 1999–2003) oder den Schlagersänger Pablo «Palito» Ortega (Gouverneur der Provinz Tucumán; 1991–95).

Als mit dem Topmodel Karina Rabolini verheirateter Spitzensportler erlangte Scioli einen enormen Bekanntheitsgrad, der sich bei Wahlen gut nutzen ließ. 1997 kandidierte er erfolgreich für das Abgeordnetenhaus, 2002/03 amtierte er kurzzeitig als Sport- und Tourismusminister.

2003 wurde er vom damaligen peronistischen Staatschef Eduardo Duhalde als Vizekandidat an die Seite Kirchners gestellt. Scioli war dabei für den Stimmenfang im konservativen Peronistenspektrum zuständig. Vizepräsident war er bis 2007, als ihn Kirchner zum Kandidaten für den Gouverneursposten in der Provinz Buenos Aires machte. Auch diese Wahl gewann Scioli mit überzeugenden 49 Prozent der Stimmen; 2011 wurde er sogar mit 55 Prozent wiedergewählt.

Programmatische, gar visionäre Aussagen sind von Daniel Scioli nicht bekannt. Für viele verkörpert er den «gefühlten» Peronismus. Schon seit Jahren genießt er hohe Sympathiewerte und lag in den Umfragen stets deutlich vor all seinen Parteifreunden. Seine Sätze scheinen einem Baukasten entnommen, in dem die gängigsten Redewendungen von Juan Domingo Perón, Carlos Menem, Eduardo Duhalde oder Néstor Kirchner abgelegt sind und je nach Bedarf variiert werden.

Das führt zu Phrasen wie «Wir brauchen ein gerechtes, freies und souveränes Land», «Nationale Souveränität mit ökonomischer Unabhängigkeit, die es erlaubt, die Verteilung des Reichtums besser vorzunehmen», «Für einen Argentinier gibt es nichts Besseres als einen anderen Argentinier». Das geht sehr vielen unter die Haut. Dazu galt Scioli als ziemlich charismatisch.

Sein größter Gegner in den vergangenen Jahren war denn auch nicht Mauricio Macri, sondern – Cristina Fernández de Kirchner. Die Konflikte zwischen den beiden reichen in die 1990er Jahre zurück, als sie als Abgeordnete in der Kommission zur Untersuchung von Geldwäsche tätig waren. Trotzdem hat CFK nun dafür gesorgt, dass Sciolis innerparteiliche Rivalen schon vor den Vorwahlen im August ausgebootet wurden, denn auch sie traute nur ihm zu, die Präsidentschaftswahl zu gewinnen.

Nun, nach dem enttäuschenden Abschneiden in der ersten Runde, selbst in seiner Provinzhochburg, versucht der Peronist mit einem Diskurs der «harten Hand», die möglicherweise entscheidenden Stimmen aus dem Lager der Wähler des noch konservativeren Peronisten-Dissidenten

Sergio Massa an sich zu ziehen – und legitimiert zugleich die oben erwähnte Repressionspolitik der vergangenen Jahre.

MAURICIO MACRI – EIN SMARTER RECHTSAUSLEGER

Dem Bürgermeister von Buenos Aires, der neuerdings auch gern Juan Domingo Perón zitiert, ist das Kunststück gelungen, eine neue Mitte-rechts-Allianz aufzubauen, die ihre Stammwählerschaft vor allem in der Ober- und Mittelschicht hat, aber heute auch Teile der unteren Mittel- und Unterschichten anzieht. Für viele verkörpert er jene moderne Rechte, die die demokratischen Spielregeln des Parlamentarismus anerkennt.

Dies ist gerade in Argentinien von großer Bedeutung, da sich die Rechten bislang allzu oft der Militärs bedienten, um ihre Machtstellung zu sichern. Hinzu kommt, dass Macri auf das Vokabular des Neoliberalismus wie Privatisierung, Deregulierung, Weltmarktöffnung oder Anpassung der Staatsausgaben wohlweislich verzichtet, hingegen die Rolle des Staates mit seiner Schutzfunktion für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen betont.

Macris Ansprache ist direkt: «Du schaffst es, wenn du es willst» lautet seine simple Botschaft, jeder sei der Protagonist des eigenen Erfolges. Dass dieses Konzept greift, ist auch dem Neoliberalismus der 1990er Jahre geschuldet, der in Argentinien einen Individualismus verankert hat, den der *kirchnerismo* paradoxerweise durch seine konsumorientierte Politik zugunsten der breiten Bevölkerungsmehrheit verstärkt hat.

Ein Selfmademan ist der reiche Unternehmersohn jedoch nicht. Sein Vater war 1945 aus Italien nach Argentinien emigriert. 1973 zählte die Macri-Gruppe bereits sieben Firmen, am Ende der Diktatur 1983 waren es 47, im Jahr 1993 schon 116 Firmen. Zwei Jahre zuvor begann Mauricio Macri in verschiedenen Firmen seines Vaters zu arbeiten. Von 1995 bis 2007 war er Präsident des Fußballclubs Boca Juniors, seither ist er Hauptstadtbürgermeister.

In Buenos Aires ist Macris Partei *Propuesta Republicana* (PRO) heute eindeutig die stärkste politische Kraft. Landesweit ist sie jedoch nach wie vor nur wenig verankert, gerade im Vergleich zu den Peronisten. Um dieses Manko auszugleichen, gingen PRO und die Radikalen die Allianz «Lasst uns etwas ändern» (*Cambiemos*) ein.

WAHLKAMPF-ENDSPURT UND DILEMMA DER LINKEN

Auch wenn Macri aus dem TV-Duell eine Woche vor der Stichwahl – einem Novum in Argentinien – als Punktsieger hervorging: Entschieden wird erst am Wahlsonntag, und die ArgentinierInnen sind immer für eine Überraschung gut. Die mediale Polarisierung in Fernsehen, Radio oder auch den tonangebenden Printmedien, etwa zwischen regierungsnahen Zeitungen wie *Página 12* und unternehmerfreundlichen Blättern wie *Clarín* oder *La Nación*, spiegelt nicht unbedingt die Stimmung in der Bevölkerung wider, wo eine starke Abneigung gegen die gesamte, als korrupt geltende Politikerkaste dominiert.

Daniel Scioli versucht den Spagat: Während er einerseits – ähnlich wie vor einem Jahr Dilma Rousseff in Brasilien¹¹ – auf einen Diskurs der Angst setzt («Macri steht für Strukturanpassung, Peso-Abwertung, Arbeitslosigkeit»), geht er andererseits mit Blick auf die Massa-WählerInnen wieder mehr

auf Distanz zur Präsidentin, die zuletzt nicht mehr auf seinen Plakaten auftauchte, auch gemeinsame Auftritte gibt es nicht mehr. Unterdessen geriert sich Mauricio Macri weiterhin als gelassener, sanfter Modernisierer und bleibt bis hin zu seinem Schattenkabinett im Ungefahren.

Vor allem linke WählerInnen und die zahlreichen AktivistInnen aus den sozialen Bewegungen, denen beide Kandidaten viel zu ähnlich und gleichermaßen zuwider sind, stehen vor einem Dilemma: Sollen sie ihre Stimme «ungütig» machen (wörtlich und besser: «weiß wählen») und damit möglicherweise dazu beitragen, dem «größeren Übel» Macri zum Sieg zu verhelfen? Der trotzkistische Kandidat del Caño hat zum «weißen Votum» aufgerufen, und auch der linke Ökonom Claudio Katz befürwortet es als «Widerstandsbotschaft gegen den Sparkurs, den beide Kandidaten vorbereiten». Ein konservativ agierender Scioli könne ebenso wie Rouseff in Brasilien Resignation und Apathie bei der Basis verbreiten, warnt er.¹²

Eine solche Position sei sektiererisch, finden die linken, nicht peronistischen Scioli-VerteidigerInnen, die sich vom Prinzip Hoffnung leiten lassen: «Ganz wenige linke Organisationen werden sich dazu aufrufen, für Scioli zu werben oder gegen Macri, aber wenigstens sollten sie nicht zum ›Weißwählen‹ aufrufen, ihren Mitgliedern also die Handlungsfreiheit überlassen, ohne ihnen dabei zu vermitteln, dass eine Stimme für Scioli einem Verrat an der Revolution gleichkommt.»¹³

ENDE DES «PROGRESSIVEN ZYKLUS» IN SÜDAMERIKA?

Am überzeugendsten ist der Diskurs der *kirchneristas*, wenn er die zwei deutlich unterschiedlichen Projekte in der Außen- und Geopolitik benennt, doch wahlentscheidend dürfte er kaum sein. Macri hat aus seinen Sympathien für die kontinentale Rechte vom eher «zentristischen» Henrique Capriles in Venezuela bis hin zu Kolumbiens Hardliner Álvaro Uribe nie einen Hehl gemacht, ohne aber gleich wie Carlos Menem in den 1990er Jahren von «intimen Beziehungen» mit den USA zu fabulieren. Zweifellos ist Macri der Wunschkandidat des westlichen Mainstreams und der Finanzmärkte.

Scioli hingegen holte sich während des Wahlkampfes Schützenhilfe von linken Ikonen wie Evo Morales, Lula da Silva oder José «Pepé» Mujica, die wie auch CFK und immer noch selbstbewusst die Eigenständigkeit der Region gegenüber den USA proklamieren. Doch die heroische Aufbruchphase der rosaroten Welle, die vor zehn Jahren im argentinischen Mar del Plata in das «Begräbnis» der von Washington propagierten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA mündete, ist schon lange passé, die «progressiven» Regierungen sind pragmatischer als je zuvor. So dürfte der kommende argentinische Präsident, wie immer er auch heißen mag, jene Intellektuellen wie den Uruguayer Raúl Zibechi bestärken, die schon länger ein «Ende des progressiven Zyklus» in Südamerika diagnostizieren: «Überflüssig zu betonen, dass dieses Ende des Zyklus für die Basissektoren und für Linke katastrophal ist. Es erfüllt uns mit Ungewissheit und Beklemmung angesichts der unmittelbaren Zukunft wegen des rechten, repressiven Zuschnitts, dem wir uns entgegenstellen müssen.»¹⁴

An anderer Stelle schreibt Zibechi: «Aus linker Warte dreht sich die Politik um die Fähigkeit der Basissektoren, sich zu reorganisieren und zu mobilisieren, um die wirtschaftliche und politische Macht zu schwächen und so die Möglichkeiten für

Veränderung zu schaffen. [...] Das Problem ist es jetzt, wie man mit entpolitierten und unorganisierten Gesellschaften der rechten Offensive Paroli bieten kann, denn die Linke hat die soziale Energie, die während der Diktaturen angehäuft wurde, verschleudert.»¹⁵

Mitarbeit: Florencia Puente und Elis Soldatelli, Verbindungsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Buenos Aires.

Gerhard Dilger leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo. Jürgen Vogt ist Korrespondent von *neues deutschland*, *taz* und anderen deutschsprachigen Medien in Buenos Aires.

Unter folgendem Link kann der kostenlose Lateinamerika-Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung abonniert werden: <http://is.gd/m6YL6N>.

¹ Dilger, Gerhard: Der verkannte Held. Gewiefter Redner und Strategie – Der verstorbene argentinische Expräsident Néstor Kirchner war eine Schlüsselfigur im Gefüge der südamerikanischen Linken, *taz*, 1.11.2010, unter: www.taz.de/1/archiv/?dig=2010/11/01/a0108. ² Chillier, Gastón: Los avances y las reformas pendientes, Oktober 2015, unter: www.perfil.com/observador/Los-avances-y-las-reformas-pendientes-20151026-0270.html. ³ Vgl. die Karte von Amnesty International Argentinien unter: www.territorioindigena.com.ar/; Aranda, Darío: Argentina Originaria, erw. Neuauflage, Buenos Aires 2015. ⁴ Vgl. Vogt, Jürgen: Glyphosat in Argentinien. Tödlicher Sprühregen, unter: <http://rosaluxspba.org/de/toedlicher-spruehregen/>; Ludermann, Bernd: Missbildungen durch Glyphosat, unter: <http://www.welt-sichten.org/artikel/30858/missbildungen-durch-glyphosat-argentinien>. ⁵ Interview mit Jürgen Vogt. ⁶ Vgl. Svampa, Maristella/Viale, Enrique: *Commodities Consensus* and Valuation Languages in Latin America, 2015 [Original 2012], unter: www.alternautas.net/blog/2015/4/22/the-commodities-consensus-and-valuation-languages-in-latin-america-1. ⁷ Vgl. Eglau, Victoria: Megabergbau im Kreuzfeuer, Oktober 2015, unter: <http://rosaluxspba.org/de/schwerer-zyanid-unfall-stellt-mega-bergbau-infrage/>. ⁸ Das Standardwerk hierzu: Svampa, Maristella/Viale, Enrique: *Maldesarrollo. La Argentina del extractivismo y del despojo*, Buenos Aires 2014. ⁹ Vgl. Goñi, Uki: *Odessa: Die wahre Geschichte – Fluchhilfe für NS-Kriegsverbrecher*, Hamburg 2006. ¹⁰ Vgl. Gambina, Julio C.: *Viele Ungewissheiten. Zur Situation in Argentinien nach den Parlamentswahlen*, Standpunkte international 14/2013, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013, unter: www.rosalux.de/publication/40046/viele-ungewissheiten.html. ¹¹ Vgl. Dilger, Gerhard: *Stichwahl in Brasilien. Schafft es Dilma doch noch?*, Standpunkte 20/2014, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014, unter: www.rosalux.de/publication/40860/schafftes-dilma-doch-noch.html. ¹² Katz, Claudio: *La izquierda frente al balotaje*, November 2015, unter: <http://katz.lahaine.org/?p=262>. ¹³ Azcurra, Martín: *Balotaje: la izquierda ante una duda histórica*, November 2015, unter: www.marcha.org.ar/balotaje-la-izquierda-ante-una-duda-historica. ¹⁴ Ein guter Überblick über diese Debatte findet sich bei Gaudichaud, Franck: *¿Fin de ciclo? La crisis de los «progresismos» gubernamentales*, November 2015, unter: <http://rosaluxspba.org/es/fin-de-ciclo/>. ¹⁵ Zibechi, Raúl: *Taking stock of «Progresismo»*, September 2015, unter: www.opendemocracy.net/democraciaabierta/ra%C3%BAI-zibechi/taking-stock-of-%E2%80%98progresismo%E2%80%99.

BERNARD SCHMID

FRANKREICH ZWISCHEN ATTENTATEN UND AUSNAHMEZUSTAND

DIE NOTSTANDSGESETZGEBUNG SPIELT FRONT NATIONAL UND ISLAMISCHEM STAAT IN DIE HÄNDE

Am 13. November 2015 wurde Frankreichs Hauptstadt Paris von insgesamt acht schweren Attentaten erschüttert. Die Anschläge forderten bislang 130 Tote und mehr als 350 Verletzte. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen sind in ihrer gesamten Tragweite noch gar nicht absehbar. Allerdings haben die Attentate bereits die Regierung veranlasst, ein aus dem Jahr 1955 stammendes Notstandsgesetz anzuwenden und den Ausnahmezustand zu verhängen. Die eingeleiteten Maßnahmen und ihre geplante Ausweitung werden weitreichende Veränderungen in der französischen Innenpolitik zur Folge haben. Sie bilden eine Steilvorlage für eine künftige Rechtsregierung, an der womöglich der rechtsextreme Front National (FN) beteiligt sein könnte. Der sogenannte Islamische Staat (IS), als Urheber der Attentate, hätte dann mindestens eines seiner Ziele erreicht: Menschen mit muslimischem Hintergrund, die in Frankreich leben, sollen sich dort immer weniger zu Hause fühlen – und so «erkennen», dass es für sie nur in einem «islamisch geführten Land» eine Zukunft geben könne.

ZU DEN MORDANSCHLÄGEN SELBST

Ein Bekenner schreiben des sogenannten Islamischen Staats, das am 14. November 2015, einen Tag nach den Pariser Mordanschlägen, publik wurde (ihm folgten mehrere Bekennervideos), enthält eine doppelte Rechtfertigung. Zum einen werden die angegriffenen Örtlichkeiten – Cafés, Restaurants, der Konzertsaal Le Bataclan sowie das Fußballstadion in Saint-Denis bei Paris – als Sündenpfuhle und Orte der Verderbnis für die Jugend beschrieben. Zum anderen wird behauptet, es handele sich bei den Anschlägen um Racheakte für Frankreichs militärisches Eingreifen in Syrien.

Tatsächlich bombardiert Frankreich seit dem 27. September 2015 Stellungen des IS auch in Syrien. Bis dahin hatten sich französische Streitkräfte zwar an der 2014 gegründeten internationalen Anti-IS-Koalition beteiligt, aber nur im Irak Luftangriffe geflogen. Seit dem Wochenende 14./15. November 2015 fliegt Frankreichs Luftwaffe infolge der Attentate verstärkt Angriffe (zum Teil in Absprache mit Russland) auf die Provinzhauptstadt Raqqa im Nordosten Syriens, die vom IS kontrolliert wird, wo sich aber auch etwa 250.000 ZivilistInnen aufhalten. Es ist damit zu rechnen, dass die aktuelle Situation zu einer Annäherung Frankreichs an das Regime Bascher Al-Assads führen wird. Dessen Sturz war bislang von der französischen Regierung wiederholt gefordert worden, doch wird dieses Ziel nunmehr zugunsten einer als vorrangig dargestellten Bekämpfung des IS hintangestellt.

Viele Wege der Attentäter, die zu den drei Kommandogruppen in Paris gehörten, führten offensichtlich über das Bürgerkriegsland Syrien. Wie die ErmittlerInnen am vorletzten Novemberwochenende bekannt gaben, wurden die Fingerabdrücke von mindestens drei der Attentäter im Sommer und Frühherbst 2015 in Griechenland registriert. Allem Anschein nach haben sich einige der Dschihadisten unter die aus Syrien Geflohenen bei ihrer Einreise in die Europäische Union gemischt. Das bedeutet keineswegs, dass es sich um syrische Flüchtlinge handeln muss. Ebenso plausibel ist, dass sie sich gezielt unter die Fliehenden mischten, um diese zu diskreditieren, feindselige Reaktionen in der europäischen Öffentlichkeit hervorzurufen und auch den Rassismus zu schüren. Bereits Anfang September 2015 hatte der IS erklärt, Muslime dürften nur in einem islamischen Land leben; Zuflucht im «ungläubigen» Europa zu suchen sei «eine schwere Sünde».

Dabei lebten die bislang identifizierten Tatbeteiligten, deren Vita rekonstruiert werden kann, durchaus inmitten der europäischen Bevölkerung und teilten weitestgehend deren Lebensstil – bevor bei den meisten von ihnen ein sektenartiger Rückzug auf die Gruppenideologie begann. Zwei der Selbstmordattentäter, die sich in die Luft sprengten, sind bislang noch nicht identifiziert worden. Die Echtheit eines beim Stadion aufgefundenen Reisepasses auf den Namen von Ahmad Al-Mohammad – es handelt sich angeblich um einen 1990 in Idlib geborenen syrischen Staatsbürger – wird nach wie vor angezweifelt.

TÄTERPROFILE

Bei den bislang zweifelsfrei identifizierten Attentätern – die signifikantesten Profile werden im Folgenden skizziert – handelt es sich um französische und belgische Staatsangehörige. Ihr Anführer war der bei seinem Tod 28-jährige Abdelhamid Abaaoud, der sowohl die belgische als auch die marokkanische Staatsbürgerschaft besaß. Er war von seiner familiären Herkunft nicht dazu prädestiniert, zum sozialen «Underdog» zu werden; sein Vater war Kleinunternehmer und zählte zu den aufstrebenden Mittelschichten migrantischer Herkunft. Als Jugendlicher wurde Abaaoud auf eine katholisch geprägte Privatschule mit eher elitärem Anspruch geschickt, das Collège Saint-Pierre im Brüsseler Vorort Uccle. Doch dort langweilte er sich anscheinend, sei ein ausgesprochen schlechter Schüler gewesen und meist unverschämt aufgetreten. Ein früherer Klassenkamerad erinnerte sich in der belgischen Zeitung *La Dernière heure*, er sei «ein Vollidiot gewesen, aber kein Extremist»; für Religion interessierte er sich definitiv nicht. Einbruchsdelikte und ähnliche Straftaten brachten ihn zwischen 2006 und 2012 mehrfach kurzzeitig ins Gefängnis. Er sah sich offensichtlich am liebsten als Gangster, der durch sein brutales Auftreten Anerkennung findet. 2013 reiste er nach Syrien aus, wohl in dem Glauben, dort seine Brutalität ausleben zu können, und nahm seinen 13-jährigen Bruder Younès gegen den Willen der übrigen Familie dorthin mit. Aus bislang nicht genau geklärten Gründen konnte er, obwohl zur Fahndung ausgeschrieben – im Juli 2015 wurde er in Belgien wegen seiner Rolle bei der Überstellung von freiwilligen Kombattanten «für den Dschihad» nach Syrien in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von 20 Jahren verurteilt –, mehrfach ungehindert zwischen Syrien und Mitgliedstaaten der EU hin und her reisen. Im Februar 2014 wurde er etwa am Kölner Flughafen registriert, auch in Griechenland fand sich seine Spur. Wie die Pariser Abendzeitung *Le Monde* am 28. November 2015 berichtete, waren seine Fingerabdrücke im Januar und Februar dieses Jahres durch griechische Behörden in zwei unterschiedlichen Wohnungen in Athen aufgefunden, damals jedoch keiner ihnen bekannten Person zugeordnet worden.

Die 26-jährige Hasna Aït Boulahcen, eine Cousine Abaaouds, die bei seiner Festnahme ums Leben kam, wuchs im Pariser Umland auf. Als junge Erwachsene zeichnete sie sich eher durch einen dezidiert «unislamischen» Lebensstil aus, trug bevorzugt Cowboyhüte und Jeans, trank Bier und Whisky, zog durch Diskotheken. In den letzten sechs Monaten trat unter Einfluss ihres Cousins eine Wandlung bei ihr ein, sie bedeckte ihr Haar und redete viel von den «Märtyrern» und Heldentaten des IS. Sie sprach jedoch weder Arabisch, noch besaß sie Korankenntnisse. Zur Vorbereitung der Attentate wurde Aït Boulahcen durch ihren Cousin vor allem dafür eingesetzt, die als Versteck dienende Wohnung in Saint-Denis anzumieten. Sie tötete sich nicht selbst, wie ursprünglich angenommen, sondern starb, als die Polizei Abaaoud festnehmen wollte und ein in der Wohnung befindlicher Mann seinen Sprengstoffgürtel zündete.

Mit dem Leben davonzukommen trachteten anscheinend auch zumindest zwei der Todesschützen vom Konzertsaal Le Bataclan. Polizeiliche Augenzeugen sagten aus, die Sprengstoffgürtel seien erst aktiviert worden, nachdem die Attentäter durch die Einsatzkräfte auf einem schmalen Korridor in die Enge getrieben worden seien. In ihrer Ausgabe vom 24. November 2015 zitiert *Le Monde* zudem Anwohner der durch die Attentätergruppe um Brahim und Salah Abdeslam,

die aus Belgien eingereist war, angemieteten Wohnung in Bobigny. Sie sprechen von einem heftigen Streit zwischen den beiden Brüdern am Vorabend der Attentate. Brahim, der ältere, aber als geistig minderbemittelt geltende Bruder habe dem jüngeren und aktiveren Salah Abdeslam – nach ihm fahndeten die Polizeikräfte Frankreichs und Belgiens bei Redaktionsschluss noch immer – entgegengeschleudert: «Ohne Zaster mache ich es nicht, ohne Zaster gehe ich nicht hin.» Trifft diese Version zu und steht sie in einer Verbindung mit den Mordaktionen, dann ging zumindest dieser Attentäter an sie eher wie an ein gewöhnliches Verbrechen denn an eine Himmelfahrt ins vermeintliche Paradies heran.

Ein anderes Täterprofil weist der 28-jährige Samy Amimour auf. Der als verschlossen und oft abweisend beschriebene frühere Busfahrer aus der nördlichen Pariser Banlieue befand sich ab etwa 2011 in einem sektenähnlichen Selbstmissionierungsprozess. Er stammt aus einer laizistischen, algerisch-berberischen (kabyllischen) Familie. Laut Bekunden seines Vaters betete niemand in der Familie – als der Sohn damit begonnen habe, habe er versucht, es ihm gleich zu tun, «um nicht den Kontakt zu ihm zu verlieren». 2012 hinderte die Justiz Amimour an einem ersten Versuch, in den Jemen auszureisen, wo zahlreiche Dschihadisten unterschiedlicher Couleur aktiv sind; sein Pass wurde einkassiert. Dennoch gelang es ihm 2013, sich nach Syrien durchzuschlagen. Sein damals 67-jähriger Vater reiste ihm im vorigen Jahr nach und versuchte, ihn zurückzuholen. Vergeblich. Sein Sohn habe wie nach einer Gehirnwäsche gewirkt, berichtet Mohamed Amimour.

Keiner der bislang identifizierten Tatbeteiligten hatte einen Bezug zu religiösen Traditionen oder pflegte im Alltag einen vom islamischen Glauben geprägten Lebensstil. Ihr Abdriften in eine gewalttätige Praxis scheint eher in Verbindung mit einer Sektenideologie zu stehen. So vergleicht der Soziologe Farid Khosrokhavar in *Libération* (14. November 2015) Personen wie die Attentäter eher mit Anhängern christlich-fundamentalistischer *Bornagain*-Sekten, die sich aus einem bis dahin gänzlich unreligiös geprägten Leben heraus zu neuen, besonders radikalen Idealen bekehren. Eher als in islamischen (oder als islamisch betrachteten) Traditionen sucht Khosrokhavar die Ursachen für die ideologische Radikalisierung und die Hinwendung zur Gewalt in einer Form der Deklassierung von Angehörigen von Mittelschichtsfamilien, in der gründlich fehlgeleiteten Suche nach einem «Sinn im Leben», in «einem Gefühl des Opfer-Seins und des Aufgehens in einer kollektiven «Sache»».

DER RÜCKGRIFF AUF DIE NOTSTANDS-GESETZGEBUNG

Noch in der Nacht des Pariser Blutbads verhängte die französische Regierung den Notstand. Zusätzlich kündigte die französische Exekutive am 27. November 2015 beim Europarat an, vom Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Gebrauch zu machen. Dieser besagt, dass sich ein Staat unter Berufung auf einen Kriegs- oder sonstigen «nationalen Notzustand» selbst vorübergehend von der Anwendung der durch die Konvention garantierten Grundrechte entbinden kann.

Die Ausrufung des Notstands basiert auf einem Gesetz, das am 3. April 1955 verabschiedet wurde. Während des Algerienkriegs sollte die «Heimatfront» im Kolonialkrieg stabilisiert, in den darauffolgenden Jahren aber auch Putschversuche aus dem Militär (von dem Teile gegen den schließlich

beschlossenen Rückzug aus Algerien meuterten) abgewehrt werden. In jüngerer Vergangenheit wurde der Notstand zweimal ausgerufen: 1984 in der französischen Kolonie Neukaledonien im Westpazifik und im November 2005 anlässlich der Revolten in einigen französischen Trabantenstädten (*banlieues*). Nun wird, erstmals seit 1961, der Notstand wieder über fast das gesamte Staatsgebiet verhängt, inklusive der sogenannten Überseegebiete.

Die Verhängung des Notstands beinhaltet unter anderem ein allgemeines Versammlungsverbot unter freiem Himmel. Nur Spontankundgebungen für Trauer und Gedenken wurden zunächst de facto toleriert. Dagegen wurden die ab dem 28./29. November 2015 vorgesehenen Proteste rund um die Pariser Klimakonferenz COP21 offiziell untersagt, ebenso wie eine Kundgebung für Solidarität mit Flüchtlingen am 22. November in Paris, die allerdings mit knapp 1.000 Personen dennoch stattfand. Die Polizei übermittelte im Zusammenhang mit der letztgenannten Aktion die Namen von 58 Personen, die in einem Video identifiziert worden sein sollen (sich zum Teil allerdings am fraglichen Tag nicht in Paris aufhielten), an die Staatsanwaltschaft, damit diese Strafverfahren wegen Teilnahme an einer illegalen Demonstration einleiten kann. Bei einer verbotenen Kundgebung am 29. November zum Klimagipfel wurden in Paris 340 Personen festgenommen. Solche Verbote, die von großen Teilen des Protestspektrums und der engagierten Zivilgesellschaft abgelehnt werden, fußen auf der Behauptung, als Menschenansammlungen seien Demonstrationen potenzielle Ziele von Terrorattacken – was anscheinend für Einkaufszentren, Multiplexkinos und Weihnachtsmärkte nicht gilt, die geöffnet bleiben. Am 1. Dezember wurde das allgemeine Demonstrationsverbot dann eingeschränkt. Zunächst bis Mitte Dezember gilt es auf Anordnung der Zentralregierung aber noch für die Pariser Champs-Élysées sowie für die Vorstadt Le Bourget, wo die Klimakonferenz COP21 stattfindet. Andernorts bleibt es den Präfekten (Vertretern des Zentralstaats in den Bezirken) überlassen, ob sie allgemeine Demonstrationsverbote durchsetzen oder aufheben wollten.

Auf Beschluss der Exekutive kann der Notstand nach derzeitigem Rechtsstand für bis zu zwölf Tage verhängt werden; dann muss für seine Verlängerung ein Sondergesetz verabschiedet werden, das bis zu drei Monate gelten kann. Dies ist am 19. und 20. November in beiden Kammern des französischen Parlaments geschehen. Präsident François Hollande erklärte darüber hinaus, dass er den Notstand – bislang durch einfaches Gesetz geregelt – künftig in der Verfassung festschreiben und von jeder zeitlichen Befristung befreien möchte. Eine Vorlage dafür arbeitet das Präsidialamt derzeit aus, die spätestens am 23. Dezember 2015 dem Regierungskabinett vorliegen soll.

Die aktuell bestehenden Notstandsgesetze erlauben der Regierung, auf ein Dutzend Vollmachten zurückzugreifen. Dazu gehört neben dem erwähnten Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel auch die Verhängung von Ausgangssperren in bestimmten Zonen und/oder zu bestimmten Zeiten sowie die Schließung von kulturellen und anderen Veranstaltungsräumen.

Das Gesetz von 1955 ermöglicht auch die Internierung von Personen, die eine mutmaßliche Gefährdung «für die öffentliche Sicherheit» darstellen, auch ohne vorherige strafrechtliche Verurteilung. Die konservative Rechte fordert nun die vorübergehende Internierung von, je nach Angaben, 4.000 bis zu 11.500 «Dschihad-Sympathisanten», die in den Da-

teien als «radikalisierte» Personen eingespeichert seien. Der frühere Staatspräsident Sarkozy verlangte zwischenzeitlich allerdings eher Hausarrest und den Einsatz elektronischer Armbänder oder Fußfesseln. Premierminister Manuel Valls erklärte sich bereit, die Forderung «zu prüfen». Bis Redaktionsschluss kam es nicht dazu, doch am 3. Dezember wurde bekannt, dass eine entsprechende Beschlussvorlage zwecks Begutachtung an den Conseil d'Etat (das oberste Verwaltungsgericht, das in Frankreich auch regierungsberatende Funktionen innehat) gesandt wird.

Hingegen wurde in mehr als 2.000 Fällen (bis zum 2. Dezember waren es 2.235) von der in den Notstandsgesetzen vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung vorzunehmen. Das geschah unter anderem bei islamistischen Einrichtungen, die beileibe nicht alle mit dschihadistischen Terrorpraktiken in Verbindung stehen – auch Gebäude und Vereine der nicht gewalttätigen, pietistischen Strömung des Salafismus sowie im Umfeld der Muslimbrüder waren etwa betroffen. Bei einigen Durchsuchungen schien jeglicher Bezug zum Islamismus zweifelhaft, etwa beim Halal-Restaurant «Pepper Grill» in einem Vorort rund 20 Kilometer nördlich von Paris, dessen Tür mit schwerem Gerät aufgebrochen wurde.

Die Notstandsgesetzgebung erlaubt darüber hinaus, Personen ohne richterliche Anordnung unter Hausarrest zu stellen, was beinhaltet, dass sie sich drei- bis viermal täglich bei der zuständigen Polizeiwache melden und eine Unterschrift leisten müssen. Davon betroffen waren neben mutmaßlichen IslamistInnen auch 24 UmweltaktivistInnen im Vorfeld der Klimakonferenz COP21, was in den Medien auf einige Kritik stieß.

Staatspräsident Hollande erklärte, er werde auch von der Möglichkeit Gebrauch machen, Personen die Staatsbürgerschaft zu entziehen und Ausweisungen zu beschleunigen. Bislang kann die französische Staatsbürgerschaft einer Person, die neben dieser noch eine zweite besitzt, unter bestimmten, relativ eng gefassten Bedingungen entzogen werden. Dazu zählt, dass die Person die französische Staatsbürgerschaft durch freiwilligen Erwerb (und nicht durch Geburt) erhalten haben muss und dass sie aufgrund einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt wurde. Nach den Plänen von Hollande und seiner Regierung soll der Staatsbürgerschaftsentzug erleichtert, vor allem jedoch auch auf zusätzliche Personenkreise ausgeweitet werden – darunter Personen, die von Geburt an die französische Staatsbürgerschaft, neben ihr jedoch noch eine zweite besitzen.

Diese Maßnahme ist als weitgehend ideologisch motiviert zu interpretieren – und sie stellt eine alte Forderung der extremen Rechten dar, die damit eine Grenze zwischen «uns» und «ihnen» markieren will, zwischen «echten» und «zweifelhaften» Angehörigen der Nation. Die Forderung nach dem Entzug der Staatsbürgerschaft etwa für bestimmte Straftätergruppen kommt seit Langem vom Front National und wurde 2010 vom damaligen konservativen Präsidenten Nicolas Sarkozy bei einer Rede in Grenoble erstmals aufgegriffen; Anlass war eine rein kriminell und nicht ideologisch motivierte Schießerei in der Stadt. Aufgrund juristischer Komplikationen und Streitigkeiten in ihrem politischen Lager wurden die Pläne damals von den regierenden Konservativen nicht weiterverfolgt.

Präventive Auswirkungen hätte die Maßnahme wohl kaum, wie auch die frühere sozialdemokratische Parteivorsitzende und Ex-Ministerin Martine Aubry am 3. Dezember kritisch anmerkte. Denn wie sollte ein Entzug der Staatsan-

gehörigkeit Menschen abschrecken, die – wie die Selbstmordattentäter am Pariser Stadion – bereit oder gar entschlossen sind, ihr eigenes Leben zu opfern? In erster Linie soll ein solches Vorhaben Franzosen ausländischer Herkunft signalisieren, dass sie nie vollständig dazugehören werden, sondern ihre Nationalität unter Widerrufsvorbehalt steht.

POLITISCHE REAKTIONEN

Neben diesen gesetzlichen Aspekten ist auf politischer Ebene damit zu rechnen, dass Rassismus und Abwehrhaltung gegen MigrantInnen und Geflüchtete durch die aktuelle Debatte befeuert werden. Nahrung erhält sie sicherlich auch durch das bereits erwähnte Gerücht, wonach der syrische Reisepass eines der Attentäter in der Nähe des Fußballnationalstadions aufgefunden worden sei.

Dabei gilt es zudem zu berücksichtigen, dass der sogenannte Islamische Staat es mindestens in Kauf nimmt, wohl aber auch beabsichtigt, antidemokratischen Kräften, RassistenInnen und FaschistInnen in Europa in die Hände zu arbeiten. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für den gesamten Kontinent. Die am 25. Oktober 2015 frisch gewählte national-konservative Regierung in Polen unter Beata Szydlo beispielsweise hat bereits angekündigt, die bescheidenen Pläne für die EU-weite Umverteilung von Geflüchteten für ihr Land auszusetzen – unter Berufung auf die Pariser Attentate und die Terrorgefahr. Einen Zusammenhang zwischen Migration und Terrorismus stellten auch die CSU in Deutschland, der slowakische Ministerpräsident Robert Fico und der französische Premierminister Manuel Valls her. Letzterer sprach sich in einem am 26. November 2015 publizierten Interview für die *Süddeutsche Zeitung* und den britischen *Guardian* als Lehre aus den Pariser Attentaten dafür aus, dass «die EU nicht mehr so viele Flüchtlinge wie bisher aufnehmen» dürfe. Sein Vorgesetzter Hollande warnte zwar am Abend desselben Tages – anlässlich seines Zusammentreffens mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel – davor, «Migranten und Terroristen unzulässig zu vermischen» – er sprach in diesem Zusammenhang vor einem «Amalgam» –, doch Valls hatte wenige Stunden zuvor genau dies getan.

Die extreme Rechte will natürlich nicht abseits stehen. Am Wochenende 14./15. November 2015 wurden bei ersten spontanen (und polizeilich geduldeten) Solidaritätskundgebungen im nordfranzösischen Lille sowie in Metz (Lothringen) rechtsextreme AktivistInnen aus der «identitären Bewegung» gesichtet, die jedoch von der Menge ebenfalls spontan verjagt wurden.

In Rouen in der Normandie demonstrierten 5.000 Menschen im Gedenken an die Opfer von Paris. Ein Großteil dürfte nicht gehnt haben, dass die Anmeldung und die Organisation eines Ordnerdienstes Angehörige der «Identitären» übernommen hatten. Erst als diese außerparlamentarische rechtsextreme Gruppierung sich mehr als eine Woche danach öffentlich damit brüstete, kam diese Verbindung ans Tageslicht, was jedoch zu ablehnenden öffentlichen Reaktionen von TeilnehmerInnen führte («Dann waren wir eben 4.900 Ahnungslose und 100 Sympathisanten ihrer Ideen»).

Noch im Januar 2015, nach den Anschlägen auf die Zeitungsredaktion von *Charlie Hebdo* und einen koscheren Supermarkt an der Pariser Porte de Vincennes, war man eher um Konsens und Schulterschluss unter den etablierten politischen Kräften bemüht gewesen – mit einem Sonderstatus für den Front National, den man nur zur Hälfte mit im Boot duldete (die Konservativen unter Nicolas Sarkozy forderten

seine Beteiligung, die Sozialdemokraten verhielten sich eher ablehnend). Nach dem 13. November hingegen war zunächst eher eine Strategie der Überbietens und des Übertrumpfens im politischen Diskurs der Rechten zu beobachten.

Nachdem es bereits im Vorfeld kritische Äußerungen über ihre eventuelle Präsenz auf der zentralen Pariser Gedenkveranstaltung gegeben hatte, hatte Marine Le Pen, die Parteichefin des Front National, es im Januar 2015 vorgezogen, der Riesendemonstration fernzubleiben. Hauptsächlich wohl, weil sie Unmutsäußerungen gegen ihre Anwesenheit fürchtete. Schlussendlich demonstrierte sie damals in der FN-regierten Kleinstadt Beaucaire mit wenigen Hundert Leuten und schien damit aus dem nationalen Konsens etwas verdrängt.

Im November 2015 hingegen attackierten sowohl Konservative als auch Rechtsextreme schon in den ersten Stunden nach den Attentaten scharf die Regierung. Beide erklärten Letztere für mitschuldig: Sie habe eine zu laxen Sicherheitspolitik betrieben und zu viele MigrantInnen ins Land gelassen. Allerdings vollzog der konservative Parteichef Nicolas Sarkozy (Les Républicains/LR, ehemals UMP) ab dem 17. November eine Kehrtwende zugunsten von eher «konstruktiven» Positionen, um nicht zu offen als politischer Nutznießer zu erscheinen. Der Front National hingegen fuhr mit seinen Angriffen auf die Regierung fort, die aufgefordert wurde, sich zu schämen und zurückzutreten.

Nach den Ankündigungen von François Hollande, erweiterte Möglichkeiten zum Staatsbürgerschaftsentzug zu prüfen und künftig einen unbefristeten Rückgriff auf den Notstand zu ermöglichen, schwenkte auch Marine Le Pen manchmal auf eine eher «konstruktive» Linie um, der dann aber wieder scharfe Angriffe auf ihre politischen GegnerInnen folgten. Am 25. November rief Marine Le Pen auf einer Wahlkampfkundgebung im ostfranzösischen Hayange triumphierend aus: «Hollande und Sarkozy suchten nach den Attentaten verzweifelt nach Antworten. Sie fanden einige im Programm des Front National, weil sie selbst keine hatten.» Ihre Umsetzung sei jedoch völlig unzureichend, und ohnehin sollten die WählerInnen das Original gegenüber der Kopie vorziehen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Stimmung ist mit weiteren Radikalisierungen im politischen Diskurs zu rechnen. Und man wird sich im Falle einer Rechts-rechts-Regierung in späteren Jahren – die dann auf Instrumente wie einen nicht mehr zeitlich befristeten Notstand zurückgreifen könnte – bei jenen dafür bedanken dürfen, die zuvor solche rechtlichen Instrumente schufen.

Bernard Schmid lehrt als Jurist an französischen Hochschulen und ist nebenberuflich als freier Journalist und Publizist in Paris tätig.

Redaktion

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bereich Politische Kommunikation
Verantwortlich: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel. +49 30 44310-130 · heine@rosalux.de

Bestellung von Druckexemplaren

(auch der einzelnen Standpunkte) – soweit vorrätig

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bereich Politische Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Tel. +49 30 44310-123 · bestellung@rosalux.de

Download als PDF

(auch der einzelnen Standpunkte) unter
www.rosalux.de/publikationen

